

**DIE KRISE DES REFORMISMUS
IN DER
BRITISCHEN ARBEITERBEWEGUNG**

Eine empirische Studie zum Zusammenhang von historischer
Tradition, ökonomischer Strukturkrise und politischem Bewußtsein
in den Klassenkonflikten seit den sechziger Jahren

INAUGURAL-DISSERTATION
zur
Erlangung der Doktorwürde
des
Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften
der Philipps-Universität Marburg/Lahn

vorgelegt von
PAUL OEHLKE
aus Landsberg/Warthe

Marburg/Lahn 1973

1974

**DIE KRISE DES REFORMISMUS
IN DER
BRITISCHEN ARBEITERBEWEGUNG**

Eine empirische Studie zum Zusammenhang von historischer
Tradition, ökonomischer Strukturkrise und politischem Bewußtsein
in den Klassenkonflikten seit den sechziger Jahren

**INAUGURAL-DISSERTATION
zur
Erlangung der Doktorwürde
des
Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften
der Philipps-Universität Marburg/Lahn**

vorgelegt von
PAUL OEHLKE
aus Landsberg/Warthe

Marburg/Lahn 1973

Vom Fachbereich 03 (Gesellschaftswissenschaften) der
Philipps- Universität Marburg/Lahn als Dissertation
angenommen am 6.1. 1974

Abschluß der mündlichen Prüfung: 30. Januar 1974

Hauptberichterstatter: Prof. Dr. Frank Deppe
1. Mitberichterstatter: Prof. Dr. Georg Fülberth
2. Mitberichterstatter: Prof. Dr. Dieter Boris



INHALTSVERZEICHNIS

1.	Einige Bemerkungen zum methodischen Ansatz bei der Analyse von Klassenkonflikten im gegenwärtigen Kapitalismus	6
1.1.	Zur gesellschaftlichen Ausgangssituation	7
1.2.	Allgemeiner Untersuchungsansatz	14
1.3.	Probleme der Darstellung	23
2.	Zur Herausbildung des Reformismus in der britischen Arbeiterbewegung	27
2.1.	Der Entstehungsprozeß des britischen Proletariats bis zum Chartismus	27
2.2.	Die Institutionalisierung des Klassenkonflikts im britischen Parlamentarismus	34
2.3.	Die syndikalistischen Massenaktionen in der revolutionären Periode um den Ersten Weltkrieg bis zum Generalstreik	47
2.4.	Zur Integration der britischen Arbeiterbewegung in das monopolkapitalistische Herrschaftssystem	65
3.	Daten zur Strukturkrise des britischen Imperialismus und sozialen Lage der Arbeiterklasse	97
3.1.	Allgemeine Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung	98
3.1.1.	Ursachen der strukturellen Schwäche	102
3.1.2.	Das staatliche Krisenmanagement	111
3.1.3.	Zur Neuorientierung des britischen Monopolkapitals	117
3.2.	Veränderungen in der Klassenstruktur	124
3.2.1.	Zur inneren Gliederung der Klasse der Lohnarbeiter	127
3.2.2.	Entwicklungstrends in der Beschäftigungsstruktur	136
3.3.	Einige Grundzüge der sozialen Lage der britischen Arbeiterklasse	142
3.3.1.	Lohnhöhe und Entlohnungsformen	143
3.3.2.	Konkrete Arbeitsbedingungen: Arbeitszeit und Unfälle	150

3.3.3.	Allgemeine Lebensbedingungen: Sozialleistungs- und Steuersystem	153
3.3.4.	Armut, Alter und Arbeitslosigkeit	156
4.	Die Entwicklung der Klassenkämpfe seit den sechziger Jahren	162
4.1.	Ursachen, Formen und Ziele der neuen Militanz	164
4.1.1.	Veränderungen im Lohnsystem	165
4.1.2.	Die wachsende Bedeutung der Shop Stewards	170
4.1.3.	Von Lohn- und Kontrollforderungen	175
	Exkurs A: Streikursachen in der Autoindustrie	179
4.2.	Gegenstrategien von Monopolkapital und Staat	188
4.2.1.	Produktivitätsabkommen ("productivity deals")	190
	Exkurs B: Auseinandersetzungen in der Dock- industrie um den "Devlin-Report"	195
4.2.2.	Die staatliche Einkommenspolitik ("Incomes Policy")	203
	Exkurs C: Kampfmaßnahmen niedrig bezahlter Arbeiter - der Bergarbeiterstreik	205
4.2.3.	Gewerkschaftsgesetzgebung ("Industrial Relations Bill")	213
	Exkurs D: Der Streik bei Ford im Februar/ März 1969	218
4.3.	Politisierung der Streikbewegung	225
4.3.1.	Die Lohnbewegung	229
4.3.1.1.	Streiks im öffentlichen Sektor	229
4.3.1.2.	Streiks in der Autoindustrie - der Fordstreik 1971	237
4.3.2.	Politische Streiks	244
4.3.3.	Einheitliche Klassenaktionen	248
4.3.3.1.	Der Kampf um das Recht auf Arbeit - U.C.S. und andere Betriebsbesetzungen	249
4.3.3.2.	Der erste nationale Bergarbeiterstreik seit 1926 gegen die staatlichen Lohn- leitlinien	259
4.3.3.3.	Auseinandersetzungen um die Gewerk- schaftsgesetze - der Dockarbeiterstreik	278

5.	Konstitutive Elemente in der Herausbildung eines revolutionären Bewusstseins in der britischen Arbeiterklasse	286
5.1.	Entwicklungsstufen der gewerkschaftlichen Solidarität in der britischen Arbeiterklasse	287
5.1.1.	Strukturelle Faktoren der betrieblichen Kampfbereitschaft	290
5.1.2.	Verallgemeinerung der Streikaktivität unter staatlichem Druck	293
5.1.3.	Zum Zusammenhang von klassenbewußter Tradition, allgemeiner Solidarität und militanten Kampfformen	297
5.2.	Die Mobilisierung der britischen Arbeiterorganisationen: zum Verhältnis von Klassenkämpfen, Organisationsstruktur und Politik	301
5.2.1.	Träger der organisatorischen Erneuerung; die kommunistischen Shop Stewards	302
5.2.2.	Zur innergewerkschaftlichen Demokratisierung als ungleichzeitiger Prozeß	309
5.2.3.	Die Politisierung der zentralen Arbeiterorganisationen T.U.C. und Labour Party	319
5.3.	Ansätze zu einer sozialistischen Programmatik	332
5.3.1.	Die Kampagne für Arbeiterkontrolle	333
5.3.2.	Das Nationalisierungsprogramm der Labour Party	337
5.3.3.	Probleme einer revolutionären Strategie in Großbritannien	341
	Tabellarischer Anhang	351
	Anmerkungen	377
	Literaturverzeichnis	407

1. Einige Bemerkungen zum methodischen Ansatz
bei der Analyse von Klassenkonflikten im gegen-
wärtigen Kapitalismus

In der vorliegenden Arbeit werden die Klassenkämpfe in Großbritannien seit den sechziger Jahren dargestellt. Die faktische Existenz einer solchen Untersuchung weist auf einen spezifischen gesellschaftlichen Zusammenhang, der historisch zu bestimmen ist. Daher soll kurz auf die realen Grundlagen der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung eingegangen werden, deren gemeinsamer Nenner gerade in der Bundesrepublik für eine lange Zeit schlicht als Antimarxismus zu bezeichnen ist. Die Ablehnung der materialistischen Gesellschaftstheorie gehörte bereits zum Traditionsbestand des in Forschung und Lehre institutionalisierten Wissenschaftsbetriebes, ehe unter dem Nationalsozialismus auch seine demokratischen und selbst liberalen Ableger verbannt wurden. Angesichts der politischen Kräftekonstellation nach dem Zweiten Weltkrieg konnte während der langen Rekonstruktionskonjunktur die Negation des Klassenkampfes als bewegendes Prinzip des historischen Entwicklungsprozesses in immer neuen, wenn sich auch abschwächenden Varianten wiederholt werden. Das soll im Kontext der realhistorischen Entwicklung angedeutet werden, die mit den sich in den sechziger Jahren in fast allen hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern vertiefenden Krisenerscheinungen wieder Ansätze einer marxistisch orientierten Gesellschaftswissenschaft freisetzte. Deren grundlegende Kategorien können nur insoweit umrissen werden, als sie die Untersuchung von realen Klassenkonflikten im gegenwärtigen Kapitalismus leiten, auf deren besondere Probleme bei der Darstellung der jüngsten Geschichte der britischen Arbeiterbewegung eingegangen werden soll.

1.1. Zur gesellschaftlichen Ausgangssituation

In den beiden ersten Nachkriegsjahrzehnten erlebte das kapitalistische Wirtschaftssystem einen beispiellosen Aufstieg, der allenfalls von kurzen Rezessionen verlangsamt wurde. Trotz gesellschaftlicher und politischer Schwierigkeiten in der unmittelbaren Nachkriegsphase verzeichneten nahezu alle kapitalistischen Industrienationen ganz im Gegensatz zur depressiven Entwicklung im Verlauf der Weltwirtschaftskrise einen stetigen Produktionsanstieg. Das Zeitalter einer säkularen Stagnation mit hohen Arbeitslosenzahlen begann endgültig mit dem Korea-Boom einer längerfristigen Wachstumsperiode zu weichen. Die Ära der verschiedenen "Wirtschaftswunder" setzte zunächst bei den Verlierern des Zweiten Weltkrieges wie in Westdeutschland ein. Im Faschismus und Zweiten Weltkrieg war die Arbeiterklasse politisch derart geschwächt worden, daß die Mehrwertrate auf der Grundlage eines überschüssigen Arbeitskräftepotentials, der langen Arbeitszeiten und der schon durch die hohen Arbeitslosenzahlen bedingten niedrigen Löhne gewaltig gesteigert werden konnte. Die Zerstörung der relativ veralteten Industrieanlagen und das vorübergehende Verbot der Rüstungsproduktion förderten zudem die Modernisierung des Produktionsapparates und der gesamten Industriezweigstruktur. Dabei sicherten die Initialzündung des Marshall-Planes und der militärische "Schutzschild" der NATO, daß sich der Wiederaufbau im Rahmen der überkommenen gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse vollzog.

Mit einigem Abstand zur Steigerung der Produktion und der Profite erhöhten sich auch die Beschäftigungsziffern und Reallöhne. Auf der Grundlage dieses konjunkturellen Aufschwungs wurde in

der Bundesrepublik ein emotionaler Antikommunismus stabilisiert, der die ohnehin geschwächte Kampfkraft der westdeutschen Arbeiterklasse weiter abbaute. So konnte die seit 1947 in der Montanindustrie verankerte paritätische Mitbestimmung in den Aufsichtsräten noch durch außerparlamentarischen Druck gesichert werden, doch mußte das dem Arbeitsordnungsgesetz von 1934 vergleichbare reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz bereits hingenommen werden, das in der Schweigepflicht, Friedenspflicht, dem Verbot parteipolitischer Betätigung und dem Gebot vertrauensvoller Zusammenarbeit die Betriebsräte aus der gewerkschaftlichen Interessensolidarität herauslöste. So verloren die sozialen und politischen Kämpfe zwischen den gesellschaftlichen Klassen, die noch in der ersten Hälfte des Jahrhunderts fast alle kapitalistischen Länder erschüttert hatten, während der fünfziger Jahre allmählich an Heftigkeit. Im gleichen Maße verstärkte sich bei den maßgebenden bürgerlichen Politikern, Publizisten und Sozialwissenschaftlern die Zuversicht, endgültig die ökonomische und politische Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Systems überwunden zu haben. Von der ständigen Verfeinerung des wirtschafts- und finanzpolitischen Instrumentariums und der Bereitschaft aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen zur "Konzertierung" ihrer jeweiligen Interessen versprach man sich eine weitgehende Beherrschung des konjunkturellen Zyklus und eine harmonische Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung.

Begriffe wie "Klasse", "Klassenkampf", ja selbst "Kapitalismus" wurden als überholt abgelehnt, allenfalls zur Analyse gesellschaftlicher Phänomene des 19. Jahrhunderts erlaubt. Statt dessen sprach man nun von einer "nivellierten Mittelstandsgesellschaft", von "Konsum-", Wohlstands-" oder gar "Überflußgesellschaft". Soweit man in dieser die

Existenz von sozialen Konflikten anerkannte, erschienen sie als notwendiges Element sozialen Wandels. Als produktive Dysfunktion jederzeit steuerbar, sollte der Konflikt als ein Motor gesellschaftlichen Fortschritts fungieren.¹ Gemeinsam war diesen Konzeptionen die strikte Ablehnung der marxistischen Gesellschaftstheorie und der von ihr verwendeten Kategorien.

So erfolgreich die Integration des wichtigsten Krisenpotentials im Innern der kapitalistischen Länder während dieser Periode, insbesondere in der BRD der 50er Jahre, auch sein mochte, von welthistorisch größerer Bedeutung war zweifellos die Entstehung eines sozialistischen Weltsystems, in dem rund ein Drittel der Menschheit lebt, und die gewaltige nationale Befreiungsbewegung in den ehemaligen Kolonialländern Asiens und Afrikas sowie die revolutionären Bewegungen Lateinamerikas. Beide Phänomene stellten für das Fortbestehen des kapitalistischen Weltsystems eine ständig wachsende Herausforderung dar. Der Konflikt zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern stand zunächst als "Kalter Krieg" im Mittelpunkt des weltpolitischen Geschehens und trug zunächst sowohl zur ideologischen (Anti-Kommunismus) als auch ökonomischen (Rüstungsausgaben) Stabilisierung des kapitalistischen Systems bei. Anfang der sechziger Jahre weitete er sich mehr und mehr auf die Länder der "Dritten Welt" aus und wurde durch das relative Eigengewicht der nationalen Befreiungsbewegungen stark modifiziert, ohne jedoch seine grundlegende Bedeutung zu verlieren.

Etwa zur gleichen Zeit machten sich innerhalb des bei weitem fortgeschrittensten Landes der kapitalistischen Welt, den Vereinigten Staaten, stär-

kere Krisenerscheinungen bemerkbar. Man entdeckte die Armut inmitten der "Überflußgesellschaft" und war von ihrem Ausmaß überrascht. Das soziale Problem war zugleich ein Rassenproblem; aber es ließ sich nicht darauf reduzieren. Nach und nach erkannte man den widersprüchlichen Zusammenhang zwischen dem ungeheuren Reichtum der kapitalistischen Großindustrie und der Armut ganzer Bevölkerungsschichten und Landstriche. Man erkannte den Zusammenhang zwischen dem sich beschleunigenden Verfall der Großstädte, der Verschmutzung der Umwelt, den Unzulänglichkeiten des Verkehrswesens, der Vernachlässigung des Gesundheitswesens, dem Zurückbleiben des Bildungssystems und den Superprofiten der monopolistischen Konzerne, den gigantischen Militär- und Raumfahrtausgaben, der Verschwendung produktiver Ressourcen durch Werbung, künstliche Produktdifferenzierung, geplante Obsoleszenz, der inflationären Preisentwicklung und der Spekulation mit Grundstücken, Gold und Geld². Der Widerspruch zwischen dem potentiellen Reichtum, auf der Basis des erreichten Standes der Produktivkräfte, und der tatsächlichen gesellschaftlichen Armut wurde unübersehbar, als sich mit dem amerikanischen Eingreifen in den nationalen Befreiungskrieg des vietnamesischen Volkes alle Programme des "Kampfes gegen die Armut" als illusionär erwiesen. Dieses System war offenbar in der Lage, alle notwendigen materiellen Ressourcen zur Führung eines imperialistischen Krieges in Asien zu mobilisieren, nicht jedoch für seine eigenen drängenden Probleme. Der Widerstand organisierte sich; zunächst unter den Schwarzen, dann bei Teilen der Studenten und Intellektuellen. Sie schienen für sozialkritische Autoren wie Herbert Marcuse mehr und mehr die traditionelle Funktion der Arbeiterklasse in der Spätphase des Kapitalismus übernommen zu haben.

Abgeschwächt und mit einigen Modifikationen stellten sich um die Mitte der sechziger Jahre die gleichen Strukturprobleme auch in den übrigen hochentwickelten kapitalistischen Ländern. Mit der wachsenden Bedeutung des Ausbildungssystems für die erweiterte Reproduktion der Arbeitskraft wurde die Universität zu einem neuen gesellschaftlichen Konfliktzentrum. Daher wurde den Studenten häufig eine revolutionäre Rolle zugeschrieben, die sie gar nicht aktualisieren konnten. Um so mehr mußte verschiedenen kritischen Sozialwissenschaftlern der traditionelle Klassenkonflikt gleichsam stillgelegt erscheinen. Die einen rückten die staatliche Konfliktvermeidungsstrategie mit ihrer sozialen Entschädigungspolitik in den Vordergrund, die anderen glaubten den Schwarzen Peter in der Bürokratisierung der Arbeiterorganisationen zu finden. Wenn diese Gruppierungen sich an die marxistische Gesellschaftstheorie anlehnten, abstrahierten sie von der Analyse des kapitalistischen Krisenzyklus. Insofern mußten sich die Folgen der langfristigen Aufschwungsperiode wie eine konfliktvermeidende staatliche Entschädigungspolitik und die weitgehende Anpassung der Arbeiterorganisationen zur unabhängigen Variablen verkehren. Diese Beschränkung barg gleicherweise die Gefahr kontemplativer Resignation wie sektiererischen Aktivismus.

Mitte der sechziger Jahre begann sich jedoch das wirtschaftliche Wachstum zu verlangsamen. In einigen Ländern ging das Produktionsvolumen sogar zeitweise zurück. Die Reallöhne sanken oder stagnierten und Arbeitslosigkeit bzw. Kurzarbeit stiegen sprunghaft an. Unternehmer und Staat versuchten die Folgen der Stagnation und der sich verschärfenden internationalen Konkurrenz durch

weitere Intensivierung der Arbeit, Beschränkung der sozialen Ausgaben und Umverteilung der Steuerlast auf die Masse der arbeitenden Bevölkerung abzuwälzen, während gleichzeitig die staatliche Subventionierung der privaten Kapitalakkumulation, insbesondere der industriell verwertbaren Großforschung verstärkt wurde. Daraufhin entwickelte sich eine wachsende Kampfbereitschaft der Arbeiter und großer Teile der übrigen Lohnabhängigen in verschiedenen westeuropäischen Ländern.

Im Frühjahr 1968 kam es dann in Frankreich nach einer Phase verstärkter Streikkämpfe zu einem fast explosionsartigen Ausbruch der Unzufriedenheit mit dem bestehenden ökonomischen und politischen System. Die Studentendemonstrationen der ersten Mai-Tage 1968 lösten die bisher größte Streikbewegung aus, die Frankreich je erlebt hat. In ihrem Zentrum standen die Fabrikbesetzungen der Arbeiter, denen sich eine große Zahl von Technikern, Ingenieuren und Wissenschaftlern, von kaufmännischen Angestellten, Beamten und Lehrern anschloß. Binnen weniger Tage hatte sich die Bewegung zu einem Generalstreik von fast zehn Millionen Lohnabhängigen ausgeweitet. Dadurch erreichte die Bewegung sehr bald ein politisches Niveau, durch das das gesamte gesellschaftliche System Frankreichs erschüttert wurde.

Die öffentliche Meinung der kapitalistischen Länder war schon geneigt, den Mai 1968 aus dem Bewußtsein zu verdrängen, als sich in Italien die sozialen Auseinandersetzungen kontinuierlich zu verschärfen begannen. Im Herbst 1969 erreichte die Welle der Fabrikkämpfe ein in der italienischen Nachkriegsgeschichte unbekanntes Ausmaß. Aus der Streikbewegung entstanden neue, direkt von der Basis

gewählte Organe der Arbeiterklasse, wie die Abteilungsdelegierten und die Fabrikräte, die für eine wachsende Mobilisierung der Belegschaften und zugleich für eine tiefgreifende Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung sorgten.

Im Laufe des Jahres 1970 erreichte auch in Großbritannien die seit mehreren Jahren ansteigende Streikbewegung ein Ausmaß, das nur noch von den großen Klassenauseinandersetzungen der frühen zwanziger Jahre übertroffen worden war. Die zuvor eher zersplitterten Streikaktionen weiteten sich zunächst auf ganze Industriezweige und den öffentlichen Dienst aus, ehe sie im Winter 1970/1971 mit den industrieweiten Generalstreiks gegen die arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsgesetze besondere politische Bedeutung gewannen. Zwar ist es der britischen Arbeiterklasse nicht gelungen, die parlamentarische Verabschiedung des Gesetzes zu verhindern, doch ist eine zunehmende Politisierung des traditionell trade-unionistischen Arbeiterbewußtseins in Großbritannien unverkennbar. Selbst in den bisher als "Inseln des sozialen Friedens" angesehenen Ländern BRD und Schweden kam es zu spontanen Arbeitsniederlegungen von mehreren hunderttausend Arbeitern und Angestellten.

Die vorliegende Arbeit versucht keineswegs eine Theorie des Klassenkampfes in spätkapitalistischen Gesellschaften zu entwickeln. Sie versteht sich vielmehr als ein empirischer Beitrag am Beispiel der britischen Arbeiterbewegung zu einer weiteren theoretischen Durchdringung der beschriebenen Phänomene. Angesichts der Unfähigkeit kritischer bürgerlicher Sozialwissenschaftler, die vielfältigen Ausdrucksformen der gesellschaftlichen Krise des kapitalistischen Systems aus dem nach wie vor grundlegenden Klassenkonflikt zwischen der noch immer anwachsenden Masse der Lohnabhängigen und einer sich ständig verringernden Zahl von Kapital-

eigentümern und Managern zu begreifen, erscheint der Rekurs auf die Kategorien der marxistischen Gesellschaftstheorie notwendiger denn je.

1.2. Allgemeiner Untersuchungsansatz

Die gesamtgesellschaftliche Dimension der Analyse von Klassenkämpfen erfordert methodisch den Bezug zu einer bisher nur in Ansätzen vorliegenden materialistischen Gesellschaftstheorie und deren ständige Überprüfung an den empirischen Ergebnissen. Nach diesem methodischen Ansatz kann davon ausgegangen werden, daß die dem Bewußtsein (unmittelbar oder durch spezifische Forschungsinstrumente vermittelt) zugänglichen gesellschaftlichen Phänomene Teile eines historisch entstandenen und systematisch gegliederten Ganzen (d.h. einer bestimmten Gesellschaftsformation) sind, dessen Struktur und Bewegung "in letzter Instanz" durch die ökonomischen Verhältnisse - Produktionsverhältnisse und die ihnen entsprechenden sozial-ökonomischen Entwicklungstendenzen - bestimmt ist. Die vielfältigen Einzelphänomene können daher nur in diesem gesellschaftlichen Systemzusammenhang hinreichend begriffen werden. Dabei soll "in letzter Instanz durch die ökonomischen Verhältnisse bestimmt" heißen, daß die historisch-konkreten Erscheinungsformen der gesellschaftlichen Widersprüche (Klassenkonflikte) nicht unmittelbare Widerspiegelungen des ökonomischen Krisenzyklus sind, sondern durch zahlreiche Momente des gesellschaftlichen "Überbaus" wie politische und sonstige Bewußtseinsformen vermittelt werden. Diese können aufgrund der fortgeschrittenen Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Funktionsbereichen eine relative Autonomie besitzen

und daher aktiv auf die ökonomische "Basis" zurückwirken, wodurch wieder die Rahmenbedingungen, in denen die gesellschaftlichen Widersprüche sich bewegen, modifiziert werden. Entscheidend für den allgemeinen Charakter und die Grundformen der real hervortretenden Widersprüche einer spezifischen Gesellschaft in einer bestimmten historischen Phase bleiben jedoch stets die ökonomischen Haupttendenzen, und die dadurch im großen und ganzen bestimmte Lage der gesellschaftlichen Klassen.

Aus diesem allgemeinen Ansatz ergibt sich zunächst die Notwendigkeit einer Analyse der ökonomischen Haupttendenzen in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern seit Anfang bzw. Mitte der sechziger Jahre und ihrer Auswirkungen auf die realen Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen, um daraus spezifische Hypothesen über Ursachen und Formen der verstärkten Klassenkämpfe und des sich dabei herausbildenden Arbeiterbewußtseins zu gewinnen.

Das Ende der langen ökonomischen Rekonstruktionsperiode (Wirtschaftswunder) deutete sich in den meisten westeuropäischen Ländern seit etwa Anfang der 60er Jahre in einer allgemeinen Verschlechterung der Kapitalverwertungsbedingungen an:

- sinkende Durchschnittsprofitrate,
- Verlangsamung des ökonomischen Wachstums,
- Zuspitzung des kapitalistischen Krisenzyklus,
- Verschärfung der internationalen Konkurrenz.

Mit dem Erreichen der "Kapazitätsgrenze" der Infrastruktur seit etwa Mitte der 60er Jahre verschärften sich die ökonomischen Krisenphänomene und dehnten sich auf nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche aus (Bildung, Wissenschaft, Gesundheit, Städtebau, Umwelt usw.). Der umfassende Charakter

dieser Krisenmomente beschleunigte die Umwälzung der materiell-technischen Produktionsbasis (wissenschaftlich-technischer Fortschritt, Wandel der Industriezweig- und Regionalstruktur) und forderte im Interesse der weiteren Kapitalakkumulation die permanente Intervention des Staates in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß heraus. Diese Krisenerscheinungen wurden vielfach als ein Übergang zu einer Normalisierungsphase gewertet⁴, dürften aber den Beginn einer längerfristigen Stagnation bedeuten, die nur durch tiefgreifende wissenschaftlich-technische, sozialökonomische und politische Strukturveränderungen überwunden werden könnten⁵.

Der Übergang zu einer "intensiven" Wachstumsphase nach dem Ende des Wiederaufbaus fand im Zusammenhang mit einer sprunghaften Ausdehnung der Märkte statt: einmal durch die Liberalisierung des Welt Handels, zum anderen durch die Schaffung von EWG und EFTA⁶. Mit der Rekonstruktion des Weltmarktes verschärfte sich die internationale Konkurrenz, die den industriellen Zentralisationsprozeß in den vielfältigsten Formen beschleunigte. Unter dem Druck des amerikanischen Großkapitals setzte eine verstärkte Zusammenarbeit der westeuropäischen Großunternehmen, die Herausbildung multinationaler Konzerne und ein verstärkter Kapitalexport ein⁷.

Diese ökonomische Entwicklung schloß tiefgreifende Veränderungen des industriellen Produktionsprozesses ein, der von der beginnenden wissenschaftlich-technischen Revolution und dem damit verbundenen Wandel in der Industriezweigstruktur geprägt ist.

Während traditionelle Basisindustrien (Kohlebergbau, Textil u.a.) in eine dauerhafte Strukturkrise gerieten, verlagerte sich das industrielle Schwergewicht zu den Wachstumsindustrien wie Maschinenbau, Automobilbau, Elektro- und Chemieindustrie. Daneben gewinnen die Zukunftsindustrien (Elektronik, Atomindustrie, Flugzeug- und Raumfahrtindustrie) rasch an Bedeutung, in denen der wissenschaftlich-technische Fortschritt durch hohe Forschungsaufwendungen institutionalisiert ist. Diese beginnen in wachsendem Maße mit der ökonomisch und politisch mächtigen traditionellen Rüstungsindustrie zu einem militärisch-industriellen Komplex zu verwachsen⁸.

Gerade in den neuen Schlüsselsektoren wird die enge Kooperation von Staat und Großkonzern schon wegen der hohen Forschungs- und Entwicklungsausgaben zu einer ökonomischen Notwendigkeit, zumal der Staat auch größter Auftraggeber dieser Industrien ist⁹. Die verstärkte staatliche Förderung von Wissenschaft und industrieller Großforschung steht in engem Zusammenhang mit der sich verschärfenden internationalen Konkurrenz, die zur Ökonomisierung aller materiellen und intellektuellen Ressourcen beigetragen und die Tendenz zur gesellschaftlichen Planung der wichtigsten ökonomischen Faktoren wesentlich begünstigt hat. Das spiegelt sich im systematischen Ausbau des wirtschafts- und finanzpolitischen Instrumentariums, der verstärkten Anwendung einkommenspolitischer und strukturpolitischer Maßnahmen¹⁰.

Die hier skizzierten ökonomischen Haupttendenzen haben zu einer Bedrohung der allgemeinen Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen geführt. Mit dem Anstieg der Reallöhne nach der Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß

und einer verschärften internationalen Konkurrenz ging das Kapital in verstärktem Maße zur Produktion von relativem Mehrwert über. Das bedeutet eine Steigerung der Produktivkraft der Arbeit durch Veränderungen in der Technologie und Intensifikation der Arbeit¹¹.

Die Kostenökonomie des Kapitals führte seit den 60er Jahren zur Ausdehnung der Nacht- und Schichtarbeit, von Teilzeitbeschäftigungen und Überstunden, zur "Straffung der Produktion" in einem möglichst durchgängigen Produktionsfluß, überhaupt zu neuen Produktions- und Arbeitsmethoden, die von differenzierten Lohnfindungssystemen begleitet werden. Dabei wird die Krise des an traditionellen Qualifikationsmerkmalen wie ungelern- te, angelernte und Facharbeit orientierten Leistungslohns vor allem dadurch ausgelöst, daß die Arbeitsgänge an hochmechanisierten und automatisierten Anlagen durch den Ablauf der Maschinerie determiniert und immer weniger quantifizierbar und individuell beeinflussbar sind. Dennoch knüpfen die neueren Lohnformen zur Verschleierung und Verschärfung der Ausbeutung an der Illusion des leistungsgerechten Lohnes an, indem

- nach einem "System vorbestimmter Zeiten" (MTM = Methods-Time-Measurement, WF = Work Factor) die Vorgabezeiten vor Beginn des Produktionsprozesses anhand von Filmaufnahmen ermittelt werden, um den kürzesten Weg eines Arbeitsvorgangs als Normzeit festzulegen;
- nach der "analytischen Arbeitsplatzbewertung" die scheinbar wissenschaftlich ermittelten Anforderungen des Arbeitsplatzes nach willkürlichen Bewertungskriterien gewichtet werden, um die Qualifikationen weitgehend den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals anzupassen;

- in verschiedenen "Prämienlohnforderungen" für Quantität, Qualität, Einsparungen, Nutzung der Betriebsmittel usw. der gesellschaftliche Charakter des Produktionsprozesses in individuellen Leistungsanreizen vernebelt wird.

Die wachsende Anwendung von Arbeitsbewertungsverfahren stellt ein "System der wissenschaftlichen Schweißauspressung" dar, wie es Lenin bereits am Taylorismus analysiert hat. Die kapitalistische Rationalisierung des Arbeitsprozesses führt nicht nur zur Intensifikation der Arbeit, sondern auch zu hohen Freisetzungsraten. Damit ist eine Umschichtung innerhalb der Lohnarbeiterklasse verbunden, bei der die unmittelbar in der Fertigung Beschäftigten (Fließfertigung und Maschinenbedienung) abnehmen, während die mittelbar mit der Produktion zusammenhängenden Tätigkeiten der Steuerung, Kontrolle, Überwachung usw. ebenso zunehmen wie die Instandhaltungsarbeiten. Mit der Entwertung der berufsspezifischen Qualifikationen gehen häufig Dequalifikationstendenzen und wachsende nervliche, psychophysische und sensomotorische Belastungen einher, die gerade durch die wissenschaftlichen Lohnfindungssysteme zementiert werden. Hierbei zeichnet sich ein verstärkter Verschleiß der Arbeitskraft bis zur gesundheitlichen Zerrüttung der Arbeiter ab - bei repetitiven Teilarbeiten zeigen sich von etwa 30 Jahren an verminderte Reaktionsgeschwindigkeiten und geringere Leistungsreserven, ganz abgesehen von den insgesamt erhöhten Unfallzahlen, Berufskrankheiten und Erwerbsunfähigkeit.

Mit der Entwertung der Arbeitskraft geht eine wachsende technologische Arbeitslosigkeit einher, die zunächst die älteren Arbeiter, dann aber auch die in die Ballungsräume strömenden unqualifizierten Jungarbeiter bedroht. Das Zusammentreffen von technologischer, struktureller und konjunktureller

Arbeitslosigkeit hat zwischen 1967-1971 zu einem kontinuierlichen Anstieg der Freisetzenngen geführt¹² - bis über die Millionengrenze hinaus in Italien und Großbritannien. Gerade die sich ausbreitende Arbeitslosigkeit demonstriert die nur begrenzte gesamtgesellschaftliche Effizienz des Staates unter monopolkapitalistischen Akkumulationsbedingungen. Diese setzen in verstärktem Maße eine Umverteilung der gesamtgesellschaftlichen Mehrwertmasse zugunsten der monopolistischen Großkonzern durch, indem der Staat zunehmend zum Mittel der gesetzlichen Zwangsregulierung der Löhne, zum Abbau der Sozialleistungen und einseitigen Steuerbelastung greift.

Die bedrohten Arbeits- und Lebensbedingungen stehen in einem ursächlichen Zusammenhang mit den verschärften Klassenkonflikten, die sich auf verschiedenen Ebenen entfalten können, ehe sie sich im Verlauf einer Klassenkampferiode durchdringen:

- Die Intensivierung der Arbeit hat unter den Bedingungen relativer Vollbeschäftigung und bei Leistungslohnsystemen zu einer Zunahme spontaner betrieblicher Streiks von Industriearbeiter und Technikergruppen geführt, in deren Kontext sich kampfstärke gewerkschaftliche Betriebsgruppen herangebildet haben, die häufig erweiterte Mitbestimmungs- und Kontrollrechte auf betrieblicher Ebene erkämpfen;
- Die zyklisch stagnierenden Reallöhne, vor allem aber die verschiedenen Varianten staatlicher Einkommenspolitik haben massive Lohnbewegungen hervorgerufen, bei denen sich in wachsenden Maße bisher nicht streikaktive Arbeiter- und Angestelltengruppen beteiligen. Das weist zugleich auf die zunehmende Angleichung der sozialen Lebensbedingungen zwischen den verschiedenen Schichten der Lohnabhängigen;

- Mit der Einschränkung der Sozialleistungen einschließlich der sich ausbildenden strukturellen Disparitäten im Wohnungs-, Gesundheits- und Bildungssektor erwächst den Gewerkschaften ein neues Aktionsfeld, was sich in einigen Ländern bereits an den sich häufenden Massenstreiks um Sozialreformen abzeichnet.

Die sich im Kampf um ein höheres Lohnniveau und Sozialreformen anbahnende Politisierung der Gewerkschaftsbewegungen wird durch repressive Maßnahmen des Staatsapparates aufrechterhalten oder noch vorangetrieben. So standen am Anfang der französischen Maibewegung massive Polizeieinsätze, konnten Demonstrationsverbote und eine Welle von Strafverfahren nach dem Heißen Herbst die italienischen Arbeiter nicht einschüchtern, veranlaßten die antigewerkschaftlichen Gesetzespläne der britischen Regierungen massive Abwehrreaktionen der britischen Arbeiter, die eine weitgehende Mobilisierung der britischen Gewerkschaftsbewegung zur Folge hatten.

Mit den spezifischen Entwicklungsformen der sozialen Auseinandersetzungen in den verschiedenen Konfliktbereichen und ihrer Wechselwirkung sind tiefgreifende Veränderungen in den Arbeiterorganisationen verbunden. Zunächst gingen von den mit den betrieblichen Lohn- und Kontrollstreiks entstandenen räteähnlichen Organen wesentliche Impulse zur Demokratisierung der Gewerkschaftsapparate aus, die schließlich zur Aktionseinheit und stellenweise zur organisatorischen Vereinheitlichung fanden. Dadurch konnten die von dem zunehmenden staatlichen Regulierungsdruck verstärkten Tendenzen der innergewerkschaftlichen Bürokratisierung, Zentralisierung der Tarifverhandlungen und Funktionsverlust der lokalen Grundeinheiten im Verlauf der sozialen Auseinandersetzungen umgekehrt werden. Das politische Niveau der Klassen-

Konflikte zeigt sich nicht nur in der Kampfbereitschaft und Solidarität der Arbeiter, sondern auch in den Forderungen und Zielsetzungen der Arbeiterorganisationen, bei denen sich verschiedene Entwicklungsstufen feststellen lassen:

So in der Bundesrepublik seit den Septemberstreiks eine anwachsende Streikbereitschaft bei noch ausschließlich ökonomischen Forderungen, in Großbritannien eine kontinuierliche Entwicklung zu einer antikapitalistisch orientierten Gewerkschaftsbewegung mit politischen Massenaktionen, in Italien mit steigender Intensität der Fabrikkämpfe eine Serie von Generalstreiks und Sozialreformen mit fortgeschrittener Bündnisfähigkeit der Arbeiterorganisationen und in Frankreich die explosionsartige, der Tendenz nach revolutionäre Kraftprobe mit der autoritären Staatsform des Gaullismus¹³!

Die vor allem von einer politisierten Gewerkschaftsbewegung getragenen Klassenkämpfe seit Ende der 60er Jahre haben eine Erneuerung bzw. Weiterführung der sozialistischen Substanz in den sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Arbeiterparteien zur Folge gehabt und die Isolierung der kommunistischen Parteien weitgehend aufgehoben. Mit der sich in den konkreten Kämpfen herstellenden Aktions-einheit, stabilen Bündnissen und einer revolutionären Strategie werden die subjektiven Voraussetzungen für die sozialistische Transformation in der Arbeiterbewegung geschaffen. Dadurch wird das sich organisatorisch und programmatisch stabilisierende Klassenbewußtsein zu einem entscheidenden Faktor in dem Klassenkonflikten, die selbst wieder bestimmend auf die strukturellen Krisenerscheinungen zurückwirken, aus denen sie sich ursprünglich entwickelt haben.

1.3 Probleme der Darstellung

Die britische Arbeiterbewegung beginnt eine Rolle als Subjekt des historischen Prozesses in der Periode verschärfter Klassenkämpfe seit den 60er Jahren zu gewinnen, in denen sie sich zugleich in einem grundlegenden Widerspruch befand. Während ihre zentralen Organisationen Trades Union Congress und Labour Party selbst traditionelle reformistische Positionen preisgaben und ihre Führer zum Rationalisierungspersonal der herrschenden Klasse avancierten, hatte die gewerkschaftliche Basis bereits teilweise eine neue Kampfkraft in bestimmten Wachstumsindustrien wie dem Maschinenbau gewonnen, die sich auf der ökonomischen Grundlage einer relativen Vollbeschäftigung entfaltete. Daß die Mobilisierung der Betriebsgruppen so eng von sozialstrukturellen und wirtschaftspolitischen Faktoren bestimmt wurde und die zentralen Arbeiterorganisationen so umfassend in das monopolkapitalistische Herrschaftssystem integriert werden konnten, macht ein traditionelles Problem der britischen Arbeiterbewegung offenbar: ihre organisatorische Zersplitterung, die auf die Anfänge der Trade Unions und ihre vergleichbar ungestörte Entwicklung verweist.

Die historische Entwicklung der britischen Arbeiterbewegung ist im Gegensatz zur kontinentalen weder durch Kriege im eigenen Land noch durch revolutionäre Ereignisse oder gar durch bonapartistische oder faschistische Diktaturen unterbrochen worden. Statt dessen konnte sich auf der Grundlage des Industrie-, Handels- und Kolonialmonopols eine parlamentarische Demokratie herausbilden, in der die Gewerkschaften nach der Niederlage in den owenistisch-chartistischen Klassenkämpfen nicht zur organisatorischen Straffung und politischen Führung gezwungen worden waren. So schritt die Institutionalisierung der Klassenauseinandersetzungen zwischen Lohnarbeit und Kapital weiter voran, als die Labour Party nach jahrzehntelangem Zögern von den im Trades Union Congress (T.U.C.) zusammengefaßten Gewerkschaften und einigen sozialistischen Gruppierungen gegründet wurde. Geradezu umgekehrt hatten im militaristischen Deutschland und polizeistaat-

lichen Rußland die marxistisch orientierten Arbeiterparteien die Gründung von Gewerkschaften vorangetrieben, die wie die parlamentarische Vertretung nur eine untergeordnete wenn auch unerläßliche Rolle im Emanzipationskampf des Proletariats spielten. Diese Differenz zeigt bereits die besondere Entwicklung der britischen Arbeiterbewegung, die selbst in gesellschaftlichen Krisensituationen wie um den ^{er}Ersten Weltkrieg den Rahmen von ökonomischem Tageskampf und politischer Reformarbeit nur in syndikalistischen Aktionen sprengen konnte. Daher müssen die wesentlichen Momente dieser historischen Tradition vergegenwärtigt werden, um das politische Niveau und die Perspektive der Klassenkämpfe abschätzen zu können. Das sich in ihrem Verlauf entwickelnde Bewußtsein der Arbeiterklasse ist gerade in Großbritannien entscheidend von zurückliegenden Erfahrungen geprägt, die in der Geschichte der einzelnen Arbeiterkollektive und ihrer Gewerkschaften sowie in den zentralen Arbeiterorganisationen T.U.C. und Labour Party in durchaus widersprüchlicher Weise gespeichert sind.

Die Bildung eines revolutionären Klassenbewußtseins ist durch die auf dem Kontinent längst überwundene gewerkschaftliche Zersplitterung in eine Vielfalt von Berufs- Industrie- und allgemeinen Gewerkschaften gehemmt worden. Während sich in Frankreich und Italien jeweils drei politische Richtungsgewerkschaften mit christlich-sozialer, sozialdemokratischer und kommunistisch-sozialistischer Orientierung herausgebildet haben und die westdeutschen Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg endgültig nach dem Industrieprinzip organisiert worden sind, gibt es in Großbritannien noch immer weit über 500 Einzelgewerkschaften unterschiedlicher Größe und politischer Ausrichtung. Das hat zur Folge, daß Veränderungen in der Industriezweigstruktur, Produktionstechnik und den Qualifikationsmerkmalen sowie in der Zusammensetzung, Struktur und regionalen Verteilung der Arbeiterklasse viel unmittelbarer als in anderen kapitalistischen Industrienationen die Entwicklung der Gewerkschaften bestimmen. Dadurch ist wiederum eine einheitliche organisatorische und politische Ausrichtung erschwert und der Reformismus der zentralen Arbeiterorganisationen begünstigt worden. Der Grundstein für diesen

Zirkel aus zersplitterter Organisationsstruktur und Politik wurde zwar bereits in der Phase des Weltmarktmonopols gelegt, konnte aber noch in den folgenden Phasen des Kolonial- und regionalen Absatzmonopols aufrechterhalten werden. Erst mit der sich seit den 60er Jahren vertiefenden Strukturkrise des britischen Imperialismus und ihren Auswirkungen auf die soziale Lage der Arbeiterklasse entstanden die Rahmenbedingungen für die Überwindung des Reformismus in der britischen Arbeiterbewegung. Diese braucht ohne organisatorisches Zentrum und entsprechender politischer Strategie allerdings einen längeren Prozeß verschärfter Klassenkämpfe, um die charakteristische Diskrepanz zwischen einer unvergleichlichen betrieblichen Kampfstärke und ihrer mangelnden politischen Umsetzung zu verringern, was schon der späte Engels geißelte und die Kommunistische Internationale Anfang der 20er Jahre ratlos machte.

Die für die neuere britische Arbeiterbewegung konstitutive Wechselwirkung zwischen der überkommenen reformistischen Tradition, der ökonomischen Strukturkrise des britischen Imperialismus und dem sich herausbildenden politischen Bewußtsein der Gewerkschaftsbewegung und ihrer Partei wird durch die Klassenkonflikte der 60er und frühen 70er Jahre vermittelt, die im Mittelpunkt der Darstellung stehen. Dabei mußte zunächst die von besonderen politisch-ökonomischen und sozialstrukturellen Faktoren entscheidend geprägte neue Militanz bestimmter Arbeitergruppen systematisch herausgearbeitet werden, ehe die von den verschiedenen Gegenstrategien der herrschenden Klasse hervorgerufenen Streikbewegungen und einheitlichen Klassenaktionen im einzelnen dokumentiert werden. Dabei war es unerläßlich, in längeren Arbeitsaufenthalten sonst schwer erreichbare Quellen wie Betriebszeitungen, Gewerkschaftspublikationen, Flugblätter, Presseberichte und Zeitschriften politischer Gruppierungen auszuwerten, mit an den Aktionen Beteiligten an der gewerkschaftlichen Basis wie in den Arbeiterorganisationen selbst zu diskutieren und die in der Bundesrepublik unbekannte wissenschaftliche Literatur heranzuziehen.¹⁴ Erst der Verbund dieser empirischen Erfassung der aktuellen Klassenauseinandersetzungen mit der Aufarbeitung einiger Grundzüge der historischen Entwicklung

der britischen Arbeiterbewegung und der ökonomischen Strukturkrise des britischen Imperialismus ermöglichte einen vertieften Einblick in die Perspektive der Klassenkämpfe in Großbritannien, in deren Verlauf sich eine wachsende Einsicht der Arbeiterklasse in ihre gesamtgesellschaftliche Lage, das politische Kräfteverhältnis der antagonistischen Klassen und die Notwendigkeit der sozialistischen Transformation herausbildet.

Die verschiedenen Elemente des neuen Klassenbewußtseins der britischen Arbeiter wie die wachsende gewerkschaftliche Solidarität, eine durchgängige Mobilisierung der verschiedenen Arbeiterorganisationen und Ansätze einer sozialistischen Programmatik werden im einzelnen wie in ihrer Wechselwirkung dargestellt, die bei der organisatorischen Zersplitterung der britischen Arbeiterbewegung - ganz im Gegensatz zur französischen und italienischen Arbeiterbewegung mit ihren dominierenden Arbeiterparteien und politischen Richtungsgewerkschaften - erst das Resultat einer längeren Klassenkampfperiode in der ökonomischen Strukturkrise des britischen Imperialismus ist. In dem Maße wie die zentralen Arbeiterorganisationen T.U.C. und Labour Party selbst zu mobilisierenden Elementen der Arbeiterklasse werden und damit zur Auflösung des gerade von ihnen verbreiteten Reformismus in der britischen Arbeiterbewegung beitragen, entwickeln sich umgekehrt Momente einer revolutionären Strategie in dem sich erneuernden politischen Bewußtsein der britischen Arbeiterklasse. Damit wird aber die Krise des traditionellen Reformismus in der britischen Arbeiterbewegung beschleunigt, der als ein Produkt des britischen Imperialismus mit dessen struktureller Krise zu zerfallen beginnt.¹⁵

2. Zur Herausbildung des Reformismus in der britischen Arbeiterbewegung

2.1. Der Entstehungsprozeß des britischen Proletariats bis zum Chartismus

Seit dem 14. Jahrhundert hatten strikte Koalitionsverbote und Arbeitsstatuten zur Begrenzung des Lohns und Verlängerung des Arbeitstages die von Grund und Boden vertriebene Landbevölkerung für die manufakturkapitalistische Produktionsweise diszipliniert. Die fortschreitende Teilung der Arbeit in der Manufaktur produzierte schließlich die Maschinerie, speziell die Werkzeugmaschine als Ausgangspunkt der industriellen Revolution, die zunächst ihren Mittelpunkt in der Baumwollindustrie, später dann im Kohlenbergbau, in der Eisenindustrie und dem Transportmittel Eisenbahn hatte. Mit der industriekapitalistischen Umwälzung begann sich bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts das Lohnarbeitsverhältnis in den Fabriken und Bergwerken der noch schneller als die Metropole London wachsenden Städte Nordenglands wie Manchester, Liverpool, Birmingham und Leeds durchzusetzen, zu dem zwischen 1780 und 1820 die ersten Arbeitergenerationen aus vertriebenen Landarbeitern und Bauern, bankrotten Handwerkern und entlassenen Soldaten, Saison- und Gelegenheitsarbeitern, Bettlern, Armen und Gefangenen faktisch gezwungen wurden.¹ Daneben blieben allerdings vielfältige Formen abhängiger Arbeit vom formell selbständigen Handwerk bis zur verlagsabhängigen Heimarbeit bestehen.

Die soziale Lage der arbeitenden Klasse verschlechterte sich in dem Maße, wie die beschleunigte Kapitalakkumulation mit der beruflichen Umschichtung und Dequalifizierung im Fabrikssystem alle gesetzlichen, traditionellen und moralischen Schranken bei der Aus-

beutung der Arbeitskraft fortsetzte, was bereits Engels und Marx detailliert an der schrankenlosen Verlängerung des Arbeitstages und Anwendung von Frauen- und Kinderarbeit, an der gleichzeitig wachsenden Arbeitslosigkeit und den sinkenden Reallöhnen, beides verstärkt durch die unbeschränkte Zufuhr irischer Arbeiter, an dem berücksichtigten Truck- und Cottage-System, überhaupt an den Arbeits-, Gesundheits-, Wohnungs- und Bildungsverhältnissen untersucht haben.² Auf das soziale Elend, verstärkte Arbeitsqual, moralische Degradation und den Zusammenbruch der alten auf individueller Autonomie und kommunaler Solidarität beruhenden Lebensformen begann die sich formierende Arbeiterklasse mit kollektivem Widerstand zu reagieren, zu dessen Sammelbecken die gewerkschaftlichen Organisationen wurden.

Schon mit dem weiteren Vordringen der Manufaktur und dem Zerfall der überlieferten Zunftordnung und gesetzlichen Lohnregulierung organisierten sich die Handwerksgesellen, um die hergebrachten Arbeits- und Lebensbedingungen zu schützen.³ Die im 18. Jahrhundert entstehenden "Friendly Societies" der Buchdrucker, Kutschen- und Schiffbauer, Schneider, Hufschmiede und sonstiger Handwerksberufe mit ihren solidarischen Ausgleichskassen für Krankheit, Alter und Tod entwickelten eine unabhängige, selbstdisziplinierte und kollektive Unterlassenkultur, aus der die "Trade Unions" hervorgingen. Indem diese die freie Konkurrenz unter den abhängig Arbeitenden einschränkten, hemmten sie deren ungezügelte Ausbeutung durch das entstehende Industriekapital. Dabei wurde der vor allem in Streiks vorangetriebene Kampf der Gewerkschaften gegen die vom Staat gestützten Kapitalisten um die Wahrung und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zur Grundlage der sich entfaltenden proletarischen Solidarität, so sehr die arbeitenden Klassen auch nach sozialer Herkunft und sozialem

Status, lokaler Zugehörigkeit, Industriezweig, Produktionsform und Betriebsgröße differenziert waren. Dieser historische Konstitutionsprozeß des britischen Industrieproletariats zur bewußt handelnden Klasse ist anhand der Klassenkämpfe vom Luddismus über die erstarkende Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung bis zum Chartismus von Michael Vester⁴ auf der Basis der Arbeiten von Cole⁵, Hobsbawn⁶ und vor allem Thompson⁷ im einzelnen aufgewiesen worden, kann an dieser Stelle aber nur cursorisch behandelt werden.

Als sich die gewerkschaftlichen Vereinigungen unter der Schlüsselsektion der neuen Klasse der Fabrikarbeiter, den Baumwollspinnern von Lancashire, auszubreiten begannen, reagierte die schon von der französischen Revolution aufgestörten herrschende Klasse mit dem allgemeinen Koalitionsverbot von 1799 und 1800 ("Combination Acts"). Zugleich wurden die von Thomas Paines Schrift "The Rights of Man" inspirierten Korrespondenz-Gesellschaften verboten, deren Mittelpunkt die von Thomas Hardy gegründete "London Corresponding Society" als erste politische Körperschaft der Arbeiterklasse bildete. Gerade die Repressionsmaßnahmen förderten die Verbindung von handwerklichem Jakobinismus und industriellem Tradeunionismus - vor allem bei den Textilarbeitern, die um den gesetzlichen Schutz ihrer von der Maschinerie bedrohten Arbeitsplätze kämpften.

Die Mißerfolge der protektionistischen Petitionen an das Parlament angesichts der zunehmenden Laissez-faire-Gesetzgebung lösten bei den durch den englisch-französischen Krieg bedingten Preiserhöhungen und Hungersnöten schließlich den organisierten Maschinensturm aus, der vor allem von gelernten Arbeitern in kleineren Werkstätten, den Strumpfwirkern in den Midlands, den Tuchmachern von Yorkshire und den Webern

von Lancashire, geführt wurde. In der lokalen und regionalen Zersplitterung der Bewegung kommen Züge einer industriellen Bauernrevolte zum Ausdruck, die sich einerseits auf die Tradition der gewerkschaftlichen Illegalität mit ihren geheimen Riten und Eidformeln stützte, andererseits aber in den häufig diszipliniert durchgeführten Aktionen eine Übergangsform zu der späteren Gewerkschaftsbewegung darstellte.⁸ Mit der Unterdrückung des Luddismus lebten wiederum die von radikalen Clubs, Agitatoren und Massenblättern wie Cobbetts "Weekly Political Register" inspirierten Kämpfe um die Wahlreform und die für die frühe Arbeiterbewegung unerläßlichen demokratischen Freiheits- und Kommunikationsrechte wie Vereins-, Versammlungs-, Presse- und Redefreiheit auf. Die politische Radikalisierung kam zu ihrem Wendepunkt, als eine friedliche Massendemonstration im August 1819 von dem berittenen Besitzbürgertum Manchesters blutig niedergeschlagen wurde. Das zwölf Tote fordernde Massaker von Peterloo führte sofort zu Protestkundgebungen im ganzen Land, in London allein zu einer Massenversammlung von 300 000 Menschen, und leitete trotz zunächst verschärfter Ausnahme Gesetze eine weitere Solidarisierung der unterdrückten Klassen ein.⁹ Aktionsformen dieser Periode wie Petitionen, Maschinensturm und sporadische Massenversammlungen waren einmal geprägt von dem allgemeinen Kommunikationsverbot durch die herrschende Reaktion der Tories von 1792 - 1820, zum anderen von der Existenzkrise des handwerklichen Kleinproduzententums und der sozialen Degradierung der Heim- und Landarbeiter, die auf die Einhegungen des Gemeindelandes, den Abbau der Arbeitsschutzgesetze und die preistreibenden Kornzölle impulsiv und spontan, häufig auch mit chiliarischen Hoffnungen reagierten.

Erst nachdem sich die industriekapitalistische Produktionsweise mit den in Fabriken konzentrierten

Lohnarbeitern weitgehend durchgesetzt hatte - deutlich an der ersten zyklischen Überproduktionskrise im Jahre 1825¹⁰ - , zeichnete sich schon vor der Aufhebung des Koalitionsverbotes 1824 eine stärkere gewerkschaftliche und genossenschaftliche Aktivität der städtischen Handwerker und industriellen Facharbeiter mit regionalen Organisationsansätzen ab, die trotz erneuter gesetzlicher Beschränkungen 1825 zu einem allgemeinen Aufschwung der Arbeiterbewegung führte.¹¹ Unter dem Einfluß der zunächst philanthropisch-fabrikreformerischen Ideen Robert Owens¹² kam es in lokalen Arbeiterbildungsvereinen, Genossenschaftsläden und Produzentengenossenschaften sowie in Tauschbasaren und Arbeitsbörsen zu einer weitverzweigten Genossenschaftsbewegung und nach Mißerfolgen bei Tarifaufinandersetzungen zur Gründung überregionaler Gewerkschaften wie der von John Doherty vorangetriebenen "Grand General Union of all the Operative Spinners of the United Kingdom" (1829), der "National Association for the Protection of Labour" (1830) und der "Metropolitan Trades' Union" (1831), die sich teilweise von Berufsverbänden zu Klassenorganisationen entwickelten. Dabei verband sich der Kampf um politische Demokratisierung nicht mehr mit den restaurativ-utopischen Vorstellungen einer individualistischen Gesellschaft von Kleineigentümern der naturrechtlichen Sozialkritik von Spence bis Hodgskin¹³, sondern mit dem konkreten Ziel einer genossenschaftlich-sozialistischen Transformation der bestehenden Gesellschaft.

Während die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Bewegung ihren proletarischen Charakter bewahrte, beruhte die nach Niederlagen der großen Gewerkschaften und der agrarischen Massenbewegung 1830 wieder auflebende Wahlrechtsbewegung auf einem Bündnis mit dem ökonomischen Gegner: der aufsteigenden Mittelklasse der Industriestädte. Dagegen entwickelte die

sich um die "National Union of the Working Classes and Others" (1831) und ihrer von O'Brien redigierten Zeitschrift "Poor Man's Guardian" scharende Arbeiterintelligenz Londons ein klassenkämpferisches Alternativprogramm, in dem das allgemeine Männerwahlrecht und die Abschaffung des Lohnsystems gefordert wurde.¹⁴ Unter dem Druck der anwachsenden vorrevolutionären Massenbewegung wurde die industrielle Mittelklasse mit der Erweiterung des Wahlrechts in die Klassenkoalition aus Boden- und Handelskapital integriert, der arbeitenden Klasse das Stimmrecht aber faktisch verweigert, da nur die mit 10 Pfund Jahresmiete in die Gemeindesteuerliste eingeschriebenen Stadtbewohner wählen durften. Als nicht mehr der Grundbesitz allein, sondern das Eigentum schlechthin die Grundlage der Verfassung bildete, gab der überwiegende Teil der Mittelklasse sein Bündnis mit den Arbeitern auf. Damit waren zugleich die Klassenfronten geklärt und mit der ideologisch-politischen Trennung von der Bourgeoisie die Arbeiterklasse als eigenständiges historisches Subjekt im nationalen Maßstab konstituiert, das in den wechselnden ökonomischen und politischen Auseinandersetzungen, den Kämpfen um die entscheidenden Kommunikationsrechte und der owenistischen Integrationsideologie ein antikapitalistisches Klassenbewußtsein entwickelte.¹⁵

Nach der Niederlage im Kampf um das allgemeine Männerwahlrecht machte der militante Jakobinismus einem ebenso militanten Owenismus der großen Gewerkschaftsverbände Platz, in denen direkte industrielle Massenaktionen wie der von W. Benbow propagierte einmonatige Generalstreik ("Grand National Holiday") zur Veränderung der Gesellschaft befürwortet wurden.¹⁶ Dabei sollten Industriegewerkschaften wie die 1832 gegründete militante "Operative Builder's Union" oder Einheitsverbände wie die von Owen initiierte "Grand National Consolidated Trades Union" (1833) in selbstverwalteten Arbeitergilden und Produktionsgenossen-

schaften der kapitalistischen Industrie nach und nach die Arbeitskräfte entziehen. Als diese übergreifenden Gewerkschaftsverbände am entschlossenen Widerstand der Unternehmer (in Aussperrungen), der bürgerlichen Öffentlichkeit (in Pressekampagnen) und des Staatsapparates (in Justizexemplen: Märtyrer von Tolpuddle) zerbrachen, mußten die Arbeiter die Schranken einer vorwiegend syndikalistischen Orientierung bei dem gegebenen Kräfteverhältnis erkennen.¹⁷ So kehrten die nordenglischen Industrie- und Heimarbeiter nach der Revision der Armengesetze 1834 in einer Periode der Massenarbeitslosigkeit unter der publizistischen Führung von Feargus O'Connors "Northern Star" ebenso wie die Londoner Arbeiterintelligenz und die Wahlrechtsvereinigung von Birmingham zu politischen Kampfmitteln zurück, um auf gesetzlichem Wege die erforderlichen Sozialreformen durchzusetzen.

Die Lösung der sozialen Frage durch ein Arbeiterparlament stand letztlich hinter der chartistischen Wahlrechtsagitatio, deren unmittelbare Ziele von den führenden Vertretern der "London Working Men's Association" wie dem Tischler W. Lovett, dem Schriftsetzer H. Hetherington, dem Buchdrucker H. Vincent usw. in den sechs Forderungen der "People's Charter" (1838) zusammengefaßt wurden: allgemeines Wahlrecht für Männer, geheime Abstimmung, jährliche Legislaturperioden, gleiche Wahlkreise, Abschaffung des Besitzzensus für Kandidaten, Diäten für Parlamentsmitglieder. Die verschiedenen chartistischen Kampfwellen 1838-40, 1840-43 und 1843-48 begannen jeweils mit einer breiten Massenagitatio für die Wahlrechtspetition, die das Unterhaus jedes Mal ablehnte.¹⁸ Folgende Streiks und kleinere, zum Teil bewaffnete Aufstandsversuche endeten jeweils mit Massenverhaftungen, mit denen die unzureichend organisierte Bewegung gestoppt, sozialpolitische Konzessionen aber

wie das Bergwerksgesetz und die Zehnstunden-Bill gewährt wurden. Mit der Niederlage der europäischen Revolution von 1848 war auch die dritte Massenpetition zur Erfolglosigkeit verdammt und das Schicksal des Chartismus als erster Arbeiterpartei in der Geschichte besiegelt.¹⁹

2.2. Die Institutionalisierung des Klassenkonflikts im britischen Parlamentarismus

In der chartistischen Wahlrechtsagitation kulminierte die Anfangsperiode der britischen Arbeiterbewegung, die in den verschiedenen gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationsformen, in den Massenversammlungen und Wahlrechtsvereinen wie in ihren Zeitungen und Bildungsinstitutionen ein breites, wenn auch ständig bedrohtes Kommunikationssystem aufbaute. Abgesehen von der städtischen Arbeiterintelligenz vor allem in London gelang es in den verschiedenen Aktionsformen wie Petitionen, Massendemonstrationen und Generalstreikversuchen jedoch nicht eine stabil organisierte und ideologisch gefestigte Klassenbewegung zu entwickeln - ein Problem der britischen Arbeiterbewegung bis auf den heutigen Tag. Während die syndikalistisch geprägten Massenorganisationen der frühen 30er Jahre keine politische Perspektive eröffneten, fehlte den chartistischen Bewegungen in den von der Massenarbeitslosigkeit geschwächten und sich zurückhaltenden Gewerkschaften die notwendige organisatorische Basis, zumal sich der Streit zwischen der mit der Industriebourgeoisie bündnisbereiten "Moral Force Party" und der radikalen "Physical Force Party" in der Führung hemmend auswirkte.²⁰ Das trug dazu bei, daß sich keine politisch-ökonomischen Massenaktionen entwickeln konnten, wie sie für die russische Revolutionsperiode von 1905 typisch waren. So mußte die spontane, sich von Lancashire über Nordengland,

die Midlands und Wales ausbreitende Massenstreikwelle des Jahres 1842 gegen Massenarbeitslosigkeit und Hungersnot politisch folgenlos bleiben, obwohl kurz zuvor die zweite von 3,3 Millionen Unterschriften getragene Petition abgelehnt worden war.²¹

Angesichts des Scheiterns der owenistisch-chartistischen Kämpfe um den kooperativen Sozialismus und diepolitische Macht erschienen dem klassenbewußten Teil des Proletariats die mittelbar erzielten Erfolge wie das erste Fabrikgesetz für Kinder und Jugendliche (1833), das erste Bergwerksgesetz für Kinder und Frauen (1842) und vor allem die Zehnstunden-Bill (1847) unbedeutend, zumal gerade letztere mit Hilfe von industriekapitalfeindlichen Tories ("Young England Party") unter Führung des Großgrundbesitzers Lord Ashley verabschiedet wurde.²²

Da nach dem Verfall der syndikalistischen und charistischen Massenbewegungen allein die unpolitischen und partikularistischen Berufsverbände der gelerten Arbeiter und Handwerker als organisatorische Basis der Arbeiterbewegung übriggeblieben war, mußte das gerade in den Kämpfen erworbene Klassenbewußtsein ohne die Vermittlung einer politischen Arbeiterorganisation wieder zerfallen. Daß die zudem nach einer Niederlage unvermeidliche politische Apathie sich aber über mehrere Jahrzehnte erstreckte, wurde im wesentlichen durch zwei Faktoren begünstigt: die historisch-politische Tradition der herrschenden Klassen und das sich herausbildende Weltmarktmonopol als Angelpunkt des britischen Gesellschaftssystems (vgl. Tabelle 2.1).

Das frühe Bündnis zwischen kommerzialisiertem Grundbesitz und städtischem Handelskapital gegen die Krone verhinderte in der bürgerlichen Revolution des 17. Jahrhunderts die Entstehung einer zentralistischen

Bürokratie und eines mächtigen Landheeres. Statt eines starken absolutistischen Staatsapparates begann sich ein parlamentarisches System mit bürgerlichen Parteien und individuellen Freiheitsrechten (Habeas-Corpus-Acte 1679, Declaration of Rights 1689, usw.) zu entwickeln, in dem die grundbesitzende Oberklasse faktisch ihre auf die Vernichtung der Bauernschaft hinauslaufenden Interessen auf dem Wege legaler Gewaltsamkeit durchsetzte.²³ Dabei stellte das Parlament einen flexiblen institutionellen Mechanismus zur relativ friedlichen Austragung von Interessenkonflikten zwischen der kapitalisierten Feudalaristokratie und der Handelsbourgeoisie dar, in den mit der Wahlrechtsreform von 1832 die Industriebourgeoisie eingegliedert werden mußte, die von nun an mit den vorwiegend liberalen Mehrheiten im Parlament ihre ökonomischen Ziele auf dem Arbeits-, Waren- und Kapitalmarkt vor allem durch Reduzierung der Armenfürsorge, Kornimportzölle und Krediterleichterungen durchsetzte. Während mit der industriellen Prosperität nach 1848 in Kontinentaleuropa die Reaktion wieder erstarkte, konnte die britische Mittelklasse auf der Grundlage ihres sich entfaltenden Weltmarktmonopols²⁴ trotz voll entwickeltem Klassengegensatz wohldosierte soziale und politische Zugeständnisse wie langsam steigende Reallöhne, rechtliche Anerkennung der Gewerkschafter und Wahlrechtsreformen machen (vgl. Tabelle 2.2).

Die Konzessionsbereitschaft der Bourgeoisie begünstigte eine zünftlerische Arbeiterpolitik²⁵, die sich auf die in Berufsverbänden zusammenschließenden gelernten Arbeiter wie die Maschinenschlosser, Bauarbeiter und Zimmerleute stützte, aus denen sich einst die Avantgarde des Proletariats rekrutiert hatte und im Ersten Weltkrieg wieder rekrutieren sollte. Jetzt profitierte diese arbeitendaristokratische Schicht von der traditionell gefestigten Ver-

handlungsposition ihrer Fachverbände, die sich mit der steigenden Nachfrage nach gelernten Eisen- und Stahlarbeitern, Maschinenbau- und Schiffbauarbeitern in den dynamisch wachsenden Metallindustrien noch verstärkt hatte. Daher konnten die neuen Trade Unions, wie Engels ausgeführt hat²⁶, mindestens das Lohngesetz durchsetzen, d.h. den vollen Wert ihrer Arbeitskraft erhalten, während die große Masse der ungelerten und unorganisierten Arbeiter am Rande des Existenzminimums in sozialem Elend lebte (vgl. Tabelle 2.3). Zum Modell der exklusiven Facharbeitervereinigungen wurde die auf die "Old Mechanics" von 1827 zurückgehende "Amalgamated Society of Engineers" (1851), nach deren Vorbild sich die Arbeiter in den bestbezahlten Berufen wie die Drucker und Schriftsetzer, Tischler und Bauhandwerker und mit einem gewissen Abstand in der Lohnskala die Spinner und Weber, Schuhmacher und Schneider organisierten²⁷. Die neuen Modellgewerkschaften zogen von ihren Mitgliedern hohe Beiträge für die Finanzierung sozialer Hilfeleistungen wie die früheren Friendly Societies ein, bevorzugten die zentralisierten Verhandlungen mit dem Unternehmer unter teilweiser Einbeziehung von Schlichtungsausschüssen und sparten politische Probleme soweit wie möglich aus. So gab die A.S.E. zwischen 1851-89 Unterstützungsgelder in der Höhe von fast 3 Millionen Pfund aus, aber nur etwas mehr als 85 000 Pfund für Streiks²⁸.

Trotz des sozialpartnerschaftlichen Verhaltens der Gewerkschaften standen in den 70er Jahren an der Spitze der Streikstatistik die privilegierten Gruppen der Bauarbeiter mit 598 registrierten Streiks und der Metallarbeiter mit 390 Streiks²⁹, in denen zum Teil auch um gewerkschaftliche Anerkennung und wie später auch bei Streiks der Baumwoll- und Bergarbeiter um den neunstündigen Arbeitstag gekämpft wurde. Diesem streitbaren Ökonomismus entsprach in

den 60er Jahren eine begrenzte internationale Solidarität, die sich zwar bei den Massendemonstrationen für den Norden im amerikanischen Bürgerkrieg und für die nationalen Befreiungsbewegungen der Italiener und Polen wie bei dem Anschluß einer Reihe von Trade Unions an die 1864 gegründete "International Working Men's Association" (Erste Internationale) zeigte, die aktiv in die Auseinandersetzungen um die Erweiterung des Wahlrechts eingriff. Mit der Pariser Kommune und ihrer revolutionären Zertrümmerung der Staatsgewalt aber mochten sich die noch um parlamentarische Anerkennung ringenden Gewerkschaftsführer nicht identifizieren³⁰.

Um die rechtliche Emanzipation der Arbeiterklasse in der bürgerlichen Gesellschaft voranzutreiben, entstanden als allgemeinere Gewerkschaftsorganisationen der nach dem Bauarbeiterstreik von 1860 gegründete "London Trades Council" und der 1868 im Zusammenhang der Untersuchungen einer Königlichen Kommission über Gewerkschaftsaktivitäten von den Gewerkschaftsräten in Salford und Manchester einberufene "Trades Union Congress" (T.U.C.), der künftig in allen die Arbeiterklasse betreffenden parlamentarischen Fragen tätig werden sollte. In der nahezu parlamentarischen Orientierung, noch verstärkt durch das auf dem T.U.C.-Kongreß 1872 gewählte "Parliamentary Committee", wurde offenbar, wie sehr bereits trotz einer sich jahrelang um Potters Zeitschrift "Beehive" gruppierenden Opposition und sonstiger Querelen in der Gewerkschaftsbewegung die gemäßigten Funktionäre wie Allan (Engineers), Applegarth (Carpenters and Joiners), Guile (Ironfounders), Coulson (Bricklayers) und Odger (Ladies' Shoemakers) dominierten. Dieser "Junta"³¹ kam es vor allem darauf an, die gewerkschaftliche Tätigkeit zu legalisieren, um erst einmal die Bedingungen freier Konkurrenz um den Preis der Ware Arbeitskraft herzustellen. Dabei fand sich die besten-

falls reformistische Politik der Gewerkschaften durch die ökonomischen, rechtlichen und politischen Erfolge bestätigt, die sie verständlicherweise weniger dem Manövrierspielraum des konkurrenzlos prosperierenden britischen Kapitalismus als vielmehr ihrer eigenen Respektabilität zuschrieben³².

Mit den steigenden Reallöhnen und der verkürzten Arbeitszeit der Fabrikarbeiter insbesondere in der Textilindustrie, der Metallindustrie und im Baugewerbe waren die Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessert worden. Der "Employers and Workmen Act" von 1875 brachte die rechtliche Gleichheit im Arbeitsverhältnis³³. Die Tätigkeit der Gewerkschaften selbst wurde im "Trade Union Act" von 1871 zwar legalisiert, zugleich jedoch in den strafrechtlichen Bestimmungen des "Criminal Law Amendment Act" das Streikrecht eingeschränkt, das erst im "Conspiracy and Protection of Property Act" von 1875 endgültig zugestanden wurde. Der gesetzlichen Anerkennung der Gewerkschaften war die von der "National Reform League" (Später: "Labour Representation Committee") vorangetriebene Wahlrechtsreform Disraelis 1867 vorausgegangen, der später die Wahlrechtsreform Gladstones 1884 folgte, ohne daß die nun weitgehend stimmberechtigte Arbeiterklasse um die direkte Vertretung ihrer Interessen in den gesetzgebenden Körperschaften kämpfte. Das wurde zu meist dem linken Flügel der von den Fabrikanten geführten liberalen Partei überlassen, als deren Mitglieder sich Arbeiterführer wie Alexander Macdonald und Thomas Burt 1874 ins Parlament wählen ließen. Zu diesem insgesamt unpolitischen Verhalten mochte auch die von der "Rochdale Pioneers' Society" (1844) ausgehende Konsumgenossenschaftsbewegung beigetragen haben, in der zwar Tausende von Arbeitern ihre organisatorischen Fähigkeiten entfalteten, aber unter den damaligen Rahmenbedingungen vom Feld des Klassenkampfes abgelenkt wurden³⁴.

Der Verzicht der britischen Arbeiterklasse auf den politischen Kampf um eine sozialistische Transformation resultierte also aus historischen Konstellationen des Klassenkampfes, die von der im sozialen Sinne zwar erstarkenden Arbeiterbewegung aber auf der Grundlage des Industrie-, Handels- und Kolonialmonopols des sich herausbildenden britischen Imperialismus - weder organisatorisch noch politisch - überwunden werden konnten: einmal die Tradition der parlamentarischen Konfliktregulierung durch die herrschenden Klassen, zum anderen die mit der Niederlage des Chartismus fortbestehende Zersplitterung der Arbeiterklasse in den Berufsgewerkschaften der gelernten Arbeiter³⁵. Damit war faktisch der Grundstein für jenen die britische Arbeiterbewegung charakterisierenden Reformismus gelegt, der letztlich auch die im Gefolge der großen Depression ausbrechenden Klassenkämpfe mitbestimmen sollte.

Schon Ende der 50er Jahre hatte Engels für die bürgerlichste aller Nationen konstatiert, daß sie neben der Bourgeoisie eine bürgerliche Aristokratie und ein bürgerliches Proletariat zu besitzen scheint, das auch Anfang der 80er Jahre auf politischer Ebene ein bloßes Anhängsel der liberalen Partei war. Wenn diese politische Apathie davon abhing, daß die britischen Arbeiter vom Weltmarkt- und Kolonialmonopol flott mitzehrten, dann konnte es tatsächlich erst mit dem Verlust des Industriemonopols in England wieder Sozialismus geben³⁶. Mit der fortschreitenden Industrialisierung der anderen kapitalistischen Länder begann Großbritannien rapide seinen historischen Entwicklungsvorsprung einzubüßen³⁷. Die "Werkstatt der Welt" produzierte 1870 nur noch zwischen einem Viertel und einem Fünftel aller Dampfernergie und weit weniger als die Hälfte des Stahls. Bereits 1880 wurde die britische Industrieproduktion von der amerikanischen und kurz nach 1900 auch von der deutschen eingeholt. Die wachsende internationale

Konkurrenz Amerikas, Deutschlands usw. vertiefte die Große Depression der 70er und 80er Jahre, in deren Verlauf bis zu einem Drittel der Londoner Bevölkerung ins soziale Elend geworfen wurde³⁸. Nicht nur die Masse der unorganisierten Arbeiter wie z.B. die Land-, Hafen- und Gasarbeiter litten unter steigender Existenzunsicherheit, sondern in steigendem Maße auch die privilegierten Arbeitergruppen. Wenn in den Krisenjahren 1879 und 1886 mehr als 10 % der gelernten Arbeiter, in der Metallindustrie sogar über 13 %, von periodischer Arbeitslosigkeit betroffen waren, dann mußten auch die exklusiven Berufsverbände geschwächt werden, die ohnehin nicht mit der Entwicklung der Produktionstechnik Schritt halten konnten. Die fortschreitende Mechanisierung erhöhte das Gewicht der angelernten Arbeiter gegenüber den hochqualifizierten Facharbeitern, deren Gewerkschaften zudem bei der gleichzeitig stattfindenden Spezialisierung immer häufiger in Abgrenzungskonflikte ("demarcation disputes") untereinander verwickelt wurden³⁹.

Damit waren die Bedingungen für eine Erneuerung der britischen Gewerkschaftsbewegung herangereift, die in dem 1887 wieder einsetzenden Aufschwung unter dem Einfluß der neu entstandenen sozialistischen Organisationsansätze und verschärfter Repressionsmaßnahmen der Regierung ("Blutiger Sonntag" vom 13. November 1887) eine klassenkämpferische Aktivität entfaltete. So kam es nach den Massendemonstrationen der Arbeitslosen 1886 und 1887 und nach dem erfolgreichen von Sozialisten im Juli 1888 inspirierten Streik der Arbeiterinnen einer Londoner Streichholzfabrik im verarmten Londoner East End zum wachsenden Widerstand der Gasarbeiter gegen ihre katastrophalen Arbeitsbedingungen, die eine Achtstundenschicht und sechstägige Arbeitswoche sowie Lohnerhöhungen forderten. Als die Gasarbeiter sich

in der Gewerkschaft der Gasarbeiter und Allgemeinen Arbeiter organisierten und mit einem Streik drohten, gaben die Gasgesellschaften sofort nach⁴⁰. Dies ermutigte die Dockarbeiter nach der Ablehnung von Lohnforderungen durch Hafenunternehmer in den Ausstand zu treten, der zum erstenmal den Londoner Hafen lahmlegte. Durch die organisatorische Arbeit von Sozialisten wie z.B. Ben Tillet, seinem Kollegen John Burns und Tom Mann von der A.S.E. sowie Eleanor Marx als Sekretärin des Streikbüros gelang es, einen disziplinierten und solidarischen Massestreik der ungelernten Gelegenheitsarbeiter in den Docks wochenlang aufrechtzuerhalten, bis er mit einer Streikunterstützung von 30 000 Pfund der australischen Gewerkschaften siegreich beendet werden konnte. Von diesem Erfolg ging der "New Unionism" der ungelernten Arbeiter aus, von denen sich in den folgenden Jahren etwa 200 000 in den Häfen und Gaswerken, in Schifffahrt, Eisenbahnindustrie und Bergbau organisierten⁴¹.

Die neuen Trade Unions der ungelernten Arbeiter hatten mit ihrer Öffnung für alle Arbeitergruppen, ihrer offensiven Streikführung und sozialistischen Einfärbung die von Gladstones Liberalismus durchdrungenen Gewerkschaften wieder in Bewegung gebracht, deren Mitgliederzahl sich ebenso wie die lokalen Gewerkschaftsräte im folgenden Jahre verdoppelte (vgl. Tabelle 2.4). Dazu trugen wesentlich die vom praktischen Beispiel der deutschen Sozialdemokratie und theoretisch von Marx und Engels beeinflussten sozialistischen Gruppierungen bei wie die Anfang der 80er Jahre entstandene Social Democratic Federation (S.D.F.), die von ihr abgespaltene Socialist League und der Intellektuellenzirkel der Fabian Society, denen die führenden Mitglieder des New Unionismus selbst angehörten oder nahestanden⁴². Unter ihrem organisatorischen und agitatorischen Einfluß wurde

die schon 1886 begonnene Kampagne für die gesetzliche Einführung des Achtstundentages vorangetrieben. In der Losung des Achtstundentages waren die gemeinsamen Interessen des Proletariats zusammengefaßt, politische Aktionen vorbereitet und die internationale Solidarität mit der 1889 in Paris gegründeten II. Internationale eingeleitet worden - eine Mobilisierung der Gewerkschaftsbewegung, die in der Maidemonstration 1890 von etwa 300 000 Arbeitern in London für den gesetzlichen Achtstundentag kulminierte. In der Annahme von Resolutionen zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel auf den folgenden Gewerkschaftskongressen schlug sich der wachsende sozialistische Einfluß nieder, der allerdings durch die Wahl-niederlage der von Keir Hardie ebenso wie die "Scottish Labour Party" gegründeten "Independent Labour Party" (I.L.P.) eingeschränkt wurde⁴³. Im gleichen Jahr hatte das Parlamentarische Komitee des T.U.C. das Abstimmungsprinzip nach dem Verhältnis der Mitgliederzahl durchgesetzt und damit die eher sozialistisch orientierten Gewerkschaftsräte und einzelne Sozialisten ausgeschlossen. Stattdessen dominierten auf dem T.U.C. in den folgenden Jahren die zwischen den Konservativen und Liberalen schwankenden Gewerkschaften der Baumwollarbeiter und der Bergarbeiter, die sich aufgrund der industriellen Konzentration in wenigen Wahlkreisen selbständig im Parlament repräsentieren konnten⁴⁴. Dadurch wurde eine unabhängige Arbeitervertretung im Parlament verhindert, die erst Ende der 90er Jahre von der Mehrheit der Gewerkschaften, nach der Gründung der relativ erfolglosen "General Federation of Trade Unions" (1897), dank der unermüdlichen Agitation der I.L.P. ins Auge gefaßt wurde.

Der Hintergrund für den organisatorischen Erfolg des 1900 von einigen Gewerkschaften und den sozialistischen Gruppen I.L.P., S.D.F. und Fabian

Society gegründeten Labour Representation Committee (L.R.C.) lag an der verstärkt einsetzenden Gegenoffensive der sich selbst organisierenden Unternehmer ("Employers Federation of Engineering", "Employers Parliamentary Council" usw.), der damit einhergehenden Aushöhlung der rechtlichen Stellung der Gewerkschaften und dem imperialistischen Krieg gegen die südafrikanische Burenrepublik. Durch lange Aussperrungen und Streikbrecherorganisationen vor allem im Maschinen- und Schiffbau, aber auch im Bergbau und der Baumwollindustrie waren zahlreiche Gewerkschaften geschwächt und die Tarifeininandersetzungen zum Teil in Schlichtungsausschüssen, Schiedsgerichten und (meist nach unten) gleitenden Lohnskalen institutionalisiert worden⁴⁵. Gleichzeitig wurde die rechtlich konsolidierte Stellung der Gewerkschaften in verschiedenen Urteilen wie im Fall "Lyons v. Wilkins" hinsichtlich des Streikrechts und mit der Schadensersatzpflicht bei Arbeitskonflikten in der "Taff-Vale"-Entscheidung von 1901 faktisch wieder aufgehoben⁴⁶. Angesichts der antigewerkschaftlichen Rechtsprechung begannen sich zahlreiche Gewerkschaften dem L.R.C. anzuschließen, das mit 29 gewählten Kandidaten bei der Unterhauswahl 1905 eine eigene Unterhausfraktion, die "Parliamentary Labour Party", bildete (vgl. Tabelle 2.5), während noch immer 25 Arbeitervertreter als "Lib-Lab"-Gruppe dem linken Flügel der liberalen Partei angehörten. Als mit dem überraschenden Wahlsieg der Liberalen die rechtliche Stellung der Gewerkschaften im "Trades Disputes Act" von 1906 wiederhergestellt worden war, hatte der T.U.C. sein unmittelbares parlamentarisches Ziel erreicht, auch wenn um weitere soziale Reformen gerungen wurde wie den Achtstundentag im Bergbau und Verkürzung des gesetzlichen Arbeitstages in allen Industriezweigen, Altersrenten, Arbeitslosengeld, Sozialversicherung, Verbesserung der Armen-

gesetze und der Wohnungsbedingungen für die arbeitende Klasse⁴⁷.

Als organisatorische Plattform der Gewerkschaften stellte die Labour Party nur einen ersten Schritt der proletarischen Organisationen Englands zur bewußten Klassenpolitik und sozialistischen Arbeiterpartei dar, wie Lenin präzise ihre politischen Schranken auf der Tagung des Internationalen Sozialistischen Büros aufzeigte⁴⁸. Denn Keir Hardies zum Teil aus Finanzierungsgründen motivierter Kampf um den Eintritt der Gewerkschaften in das L.R.C. entsprach einmal der spezifischen von den Trade Unions geprägten Entwicklung der britischen Arbeiterbewegung, die sich auf politischer Ebene jahrzehntelang allenfalls um die Beeinflussung einzelner konservativer Abgeordneter und der radikal-liberalen Partei kümmerte. Zum anderen bedeutete die gewerkschaftliche Dominanz von Anfang an den Verzicht auf eine explizite sozialistische Zielsetzung und auf die Anerkennung des Klassenkampfes, wie es von der doktrinären S.D.F. vergeblich gefordert wurde. Diese verfiel darauf immer wieder in sektiererische Positionen mit den zwangsläufig folgenden Spaltungen in die kleinere Socialist Labour Party und die 1911 gebildete British Socialist Party (B.S.P.) als Vorläuferin der Kommunistischen Partei. Dadurch geriet aber die strikt konstitutionalistische I.L.P. unter den ideologischen Einfluß zunächst der reformistischen Fabier und dann mit der Bekennung zum Freihandel auch der Liberalen⁴⁹.

Mit der gegenseitigen Neutralisierung der sozialistischen Parteien wurde in der entstehenden Labour Party freilich einem von Keir Hardie gegeißelten prinzipienlosen Opportunismus der Weg geebnet, der bereits in der unterschiedlichen Haltung zum imperialistischen Burenkrieg zum Ausdruck kam. Die unter-

schiedlichen Strömungen in den Gewerkschaften und den einzelnen sozialistischen Sekten mußten eine klassenbewußte Politik geradezu verhindern, die für die selbständig entstandenen, die Gewerkschaften dominierenden und weitgehend marxistisch geprägten deutschen und russischen Arbeiterparteien zunächst kennzeichnend war. Demgegenüber hatte sich die britische Arbeiterklasse in Petitionen und Deputationen, in Komitees und Kommissionen den traditionellen Spielregeln des britischen Parlamentarismus angepaßt, ohne die erkämpften Reformen wie die schrittweise Demokratisierung des Wahlrechts, Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, Sicherung der Lage der Arbeiter bei Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit mit einem proletarischen Klasseninhalt zu füllen. Um so mehr mußte die soziale Reformpolitik unter Lloyd George vor dem Ersten Weltkrieg mit ihrem Angebot lukrativer Stellen für etwa 4000-5000 Gewerkschaftsfunktionäre in der staatlichen Bürokratie wie der Sozialversicherung, den Arbeitsämtern und den Trade Boards integrierend wirken⁵⁰. Es verwundert nicht, daß sich unter diesen Rahmenbedingungen die bürokratisierenden Tendenzen in den Arbeiterorganisationen selbst verstärkten - in den Gewerkschaftsapparaten und Konsumgenossenschaften, in der parlamentarischen Vertretung und auf dem Gewerkschaftskongreß. Dieser sozialen Anpassung entsprach eine seit der Großen Depression in die Arbeiterklasse hineingetragene sozialimperialistische Ideologie, die den Übergang von der Freihandels- zur Schutzzollpolitik und zur ungezügelten kolonialen Expansion begleitete, mit der die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten gelöst werden sollten⁵¹.

Wie weit die soziale, ideologische und politische Integration der Gewerkschaftsführungen und ihres politischen Apparates in das bürgerliche Gesellschaftssystem bereits vorangeschritten war, kam bei

der Zustimmung zur imperialistischen Kriegspolitik der Regierung ans Tageslicht, vor der allein die pazifistische I.L.P. nicht kapitulierte. Das parlamentarische Komitee des T.U.C. und die Labour Party stimmten kurz nach Kriegsausbruch einer allgemeinen Rekrutierungskampagne zu, um das freie und unabhängige Regierungssystem zu retten, wie es in einem Aufruf an alle Gewerkschafter hieß⁵². Nachdem die Gewerkschaften in einer Vereinbarung mit dem Schatzkanzler im Sinne loyaler Zusammenarbeit das Streikrecht zugunsten von Schiedssprüchen und die erkämpften Arbeitspraktiken zur Erhöhung des Produktionsausstoßes freiwillig aufgegeben hatten, konnte die Regierung in den "Munitions of War Acts" (1915-17) unbehelligt den Arbeitszwang in den kriegswichtigen Industrien einführen. Ohne erkennbaren Widerstand des T.U.C. oder der an der Regierung beteiligten Labour Party wurden die britischen Arbeiterorganisationen zu einem unerläßlichen "Teil der sozialen Maschinerie des Staates"⁵³.

2.3. Die syndikalistischen Massenaktionen in der revolutionären Periode um den Ersten Weltkrieg bis zum Generalstreik

Der mit der Burgfriedenspolitik auf die Spitze getriebene Widerspruch zwischen der britischen Arbeiterklasse und ihren in das imperialistische System eingefügten Organisationen hatte schon vor dem Ersten Weltkrieg den syndikalistischen Charakter der "Labour-unrest" zwischen 1910 und 1914 bestimmt, die von den steigenden Lebenshaltungskosten - zwischen 1902 und 1908 um 4 - 5 % und zwischen 1909 und 1913 bereits um 9 % - und den damit gegenüber den 90er Jahren beträchtlich sinkenden Reallöhnen hervorgerufen wurde (vgl. Tabelle 2.2)⁵⁴. So begann die Streikbereitschaft der zugleich von periodischer Arbeitslosigkeit erbitterten Arbeiter unter dem

dem Einfluß neuerer sozialistischer Strömungen wie der "Industrial Workers of the World", der "Socialist Labour Party", der "Marxist Labour College Movement" und verschiedener Spielarten des Syndikalismus⁵⁵ an Härte und Dauer bei den irischen Dockarbeitern, den Schiff- und Maschinenbauern an der Nordostküste und vor allem bei den Eisenbahnern und Baumwollarbeitern zu gewinnen, bis sie in den sich gegenseitig verstärkenden Massenstreiks der Transport-, Eisenbahn- und Bergarbeiter vorrevolutionäre Ausmaße annahm (vgl. Tabelle 2.6).

Nach einigen Streiks in den Baumwoll-, Werft- und Kohlenindustrien erlebte die Streikbewegung im Juli 1911 ihren ersten Höhepunkt, als die zunächst den Einsatz von Truppen erwägende Regierung vor der Kampfkraft der Dockarbeiter zurückschreckte, die bei dem erniedrigendem System der Gelegenheitsarbeit besonders von den steigenden Lebenshaltungskosten betroffen waren. Dagegen kam es in Liverpool zwischen etwa 70 000 von Tom Mann geführten Transportarbeitern und der brutal vorgehenden Polizei zu schweren Zusammenstößen. Die sich noch in Glasgow und London fortsetzenden Massenaktionen regten die nach ihrem Tarifabschluß von 1907 unzufriedenen Eisenbahner zu vorerst vereinzelt Kampfmaßnahmen an, die bei der unnachgiebigen Haltung der Regierung schließlich zu einem nationalen Streik der Eisenbahner führten, dessen lähmende Wirkung auf die Industrieproduktion Regierung und Unternehmer rasch zum Einlenken zwang. Während der Streikbewegung der Transportarbeiter und Eisenbahner hatte es bereits lokale Auseinandersetzungen im Kohlenbergbau gegeben, die in der Forderung der Bergarbeiter nach einem Minimallohn gipfelten. Aus der prinzipiellen Ablehnung der Grubenbesitzer entstand der erste nationale, sechs Wochen dauernde Streik von einer Million Bergarbeiter im März 1912, mit dem Lenin eine neue Epoche

der britischen Arbeiterbewegung anbrechen sah⁵⁶. In den Auseinandersetzungen mit den verschiedenen Organen des Staates wie Polizei, Regierung und Parlament bekamen die spektakulären Massenaktionen eine politische Qualität, die sich im folgenden Jahr wiederum in einer nahezu verdoppelten Zahl kleinerer Streiks in sämtlichen Industriezweigen, insbesondere im Baugewerbe, Schiffs- und Maschinenbau sowie in der Textilindustrie, umsetzte. Der anwachsende "Geist der Revolte" schlug sich am deutlichsten in den Massenstreiks von 80 000 Dubliner Arbeitern im Juli und August 1913 unter der revolutionären Führung von Jim Larkin und dem 1916 im Osteraufstand erschossenen James Connolly nieder. Als der blutige Polizeiterror zwei Tote und Hunderte von Verletzten forderte, begann man in den sich solidarisierenden britischen Gewerkschaften über Generalstreiks, den bewaffneten Aufstand und revolutionäre Aktionen zu diskutieren⁵⁷.

Der steigenden Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse - statistisch gesehen von 30 Streiks im Monatsdurchschnitt 1908 auf 75 im Jahre 1911 und 150 bis Ende Juli 1914 - entsprach zugleich eine Organisationswelle, in deren Verlauf die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von 2,5 auf 4 Millionen stieg (vgl. Tabelle 2.4). Wie aus dem Eisenbahnerstreik die erste nationale Industriegewerkschaft hervorging, so zeichnete sich unter dem Druck der kampfstarken gewerkschaftlichen Basis ein Dreierbund ("Triple Alliance") der Transport-, Eisenbahn- und Bergarbeitergewerkschaften ab, mit dem im Sommer 1914 ein "beinahe revolutionärer Ausbruch von gigantischen industriellen Konflikten"⁵⁸ bevorstand. Zugleich deutete sich mit dem Widerstand der Konservativen, des protestantischen Ulster, des Oberhauses und der Armee gegen das Home-Rule-Gesetz eine dem Bürgerkrieg nahe Krise innerhalb der herr-

schenden Klasse an, die vor der eigenen Spaltung und der mobilisierten Arbeiterklasse nur durch den Ersten Weltkrieg gerettet wurde. Die Konzentration der zentrifugalen Kräfte auf den imperialistischen Krieg konnte nur deshalb so bruchlos gelingen, weil in der schon zur Tradition gewordenen Spannung zwischen parlamentarischem Reformismus und militantem Syndikalismus der strukturell zersplitterten Gewerkschaftsbewegung noch immer keine revolutionäre Massenpartei entstanden war.

Der historische Rückblick zeigt, daß die von einem klassenkämpferischen Owenismus geprägten syndikalistischen Massenaktionen unmittelbar auf die für die Arbeiterklasse enttäuschende bürgerliche Wahlrechtsreform von 1832 folgten. Ebenso setzte die vom französischen Syndikalismus der direkten Aktion und vom amerikanischen Industrieunionismus beeinflusste syndikalistische Kritik am politischen Reformismus der Gewerkschaften an. So wurde die Trennung von parlamentarischem und industriellem Mandat und die Kontrolle der parlamentarischen Arbeit von den südwalisischen Bergarbeitern in ihrer programmatischen Schrift "The Miners' Next Step" gefordert, Verstaatlichungen innerhalb des kapitalistischen Systems aber wegen ihrer stabilisierenden Funktion abgelehnt⁵⁹. Stattdessen soll der antikapitalistische Kampf in direkten Aktionen im unmittelbaren Produktionsbereich und die gesellschaftliche Neuordnung durch das industriegewerkschaftliche Organisationsprinzip vorangetrieben werden. Dabei wird es unerlässlich, die große Masse der nicht gewerkschaftlich gebundenen Arbeiter zu organisieren, die organisatorische Zersplitterung in 1100 verschiedene Gewerkschaften zu Beginn des Jahrhunderts und die strukturelle Kluft zwischen Facharbeitergewerkschaften der gelernten Arbeiter und den Massengewerkschaften der ungelernten Arbeiter zu überwinden. Denn der gewerkschaftliche Partikularismus

hemmte ebenso einheitliche Klassenaktionen wie er den politischen Reformismus und einen entsprechenden "Sozialismus aller Schattierungen" (Engels) und letztlich auch die syndikalistischen Illusionen begünstigte. Der in der Zeitschrift "The New Age" propagierte Gildensozialismus erweitert das Instrument der direkten Aktion und die Organisationsform der Industriegewerkschaft zwar um die politische Dimension des Staates, der das Konsuminteresse gegenüber den aus den Industriegewerkschaften hervorgehenden Gilden vertreten soll⁶⁰. Die Gildenexperimente nach dem Ersten Weltkrieg vor allem im Baugewerbe zeigten aber im gleichen Maße wie bereits der erfolglose Versuch der "Operative Builder's Union" von 1832 einer sozialistischen Transformation vor fast hundert Jahren, daß auch in der gildensozialistischen Strategie die Frage der Eroberung der politischen Macht im Grunde ausgespart blieb - das grundsätzliche Dilemma der Shop-Stewards-Bewegung im Ersten Weltkrieg.

Die in der Massenstreikperiode vor dem Ersten Weltkrieg popularisierten gildensozialistischen, industrieunionistischen und vor allem syndikalistischen Strömungen sollten mit ihrer Akzentuierung demokratischer Basisaktivität und gewerkschaftlicher Aktions-einheit im Ersten Weltkrieg eine unmittelbar aktuelle Relevanz gewinnen - aus zwei verschiedenen Gründen: einmal durch den Einbau der Gewerkschaftsapparate in die Kriegsmaschinerie, zum anderen durch die mit der Rüstungsproduktion beschleunigte Veränderung der Produktionsbedingungen. Die schon vor Kriegsausbruch forcierte Aufrüstung hatte mit dem folgenden Mechanisierungsschub eine Krise der beruflichen Klassifizierungssysteme ausgelöst, der die lokal organisierten Berufsgewerkschaften bei der raschen Ersetzung gelernter Arbeiter durch angelernte ("dilution") nicht gewachsen waren⁶¹. Da die Gewerk-

schaften zudem handlungsunfähig waren - abgesehen von der Bergarbeitergewerkschaft (M.F.G.B.), insbesondere ihrer südwalisischen Sektion, die im Juli 1915 erfolgreiche Streiks durchführte -, entwickelten sich aus den schon um 1890 entstandenen Werkstattausschüssen radikal-demokratische Arbeiterkomitees nach dem Vorbild des dominierenden "Clyde Workers' Committee" von 1915, in dem alle Betriebe dieser Region durch ihre Vertreter, die "Shop Stewards", repräsentiert waren⁶².

Die betrieblichen Shop Stewards Committees und Workers' Committees mit ihren überregionalen Organisationsansätzen und ihren eigenen Publikationsorganen, "The Worker" in Glasgow und "Solidarity" in London, kämpften kurzfristig um die verlorengegangenen Kontrollrechte über die unmittelbaren Produktionsbedingungen, konnten aber die langfristig revolutionäre Zielsetzung der Zerstörung des Lohnsystems und der Errichtung der industriellen Demokratie schon aus organisatorischen Gründen nicht einlösen. Aus der Abneigung gegen den politischen Reformismus der Arbeiterorganisationen begannen die Shop Stewards eine politische Führung schlechthin abzulehnen. Statt in der entstehenden Massenbewegung den allgemeinen gesellschaftlichen Klassenkampf zu vertiefen, reduzierten sie diese auf spontane ökonomische Aktionen, in denen die überregionalen Komitees bereits nach ihrem Organisationsstatut nur administrative Aufgaben wahrnehmen durften. Während die Massen auf die Initiative der Führer warteten, warteten die Führer auf die Bewegung der Massen, die sich ohne politische Exekutive zwangsläufig zersplittern mußte⁶³.

Die strikte Orientierung in allen politischen Fragen auf die gewerkschaftliche Basis wurde unter dem Eindruck der Sowjets im russischen Revolutionsprozeß

zunächst noch verstärkt, der auf die gesamte britische Arbeiterklasse politisierend wirkte. Dies offenbarte sich auf der von 1150 Delegierten besuchten Arbeiterkonferenz von Leeds im Juni 1917, die zur Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten aufrief, den revolutionären Kampf gegen den Krieg propagierte und sich als Teil der internationalen Bewegung für die Befreiung der arbeitenden Klasse von allen Formen politischer, wirtschaftlicher und imperialistischer Ausbeutung verstand. Mit dieser Politisierung ging eine massive Streikwelle einher, die allein im Maschinenbau 300 000 Arbeiter erfaßte. Noch versuchte die Regierung vergeblich, die Shop-Stewards-Bewegung durch Verhaftungen, gemeinsame Industrieausschüsse von Unternehmern und Beschäftigten ("Whitley Councils") sowie durch gewerkschaftliche Kontrolle der Arbeiterkomitees zu brechen. Dennoch gelang es auf der nationalen Delegiertenkonferenz der Streikausschüsse während der Maistreiks 1917 und auf der nationalen Konferenz der Shop Stewards' and Workers' Committee Movement im August 1917 nicht, eine zentrale Führung aufzubauen. In ihren Satzungen hieß es: "Kein Komitee soll exekutive Macht besitzen; alle Fragen der Politik und Aktion sollen an die Basis zurückverwiesen werden"⁶⁴. Und als die von der siegreichen Oktoberrevolution inspirierten Maschinenbauer und Werftarbeiter unter der Führung des Clyde Workers' Committee 1919 ohne gewerkschaftliche Unterstützung um die 40-Stundenwoche streikten, anstatt die revolutionäre Transformation zu organisieren, manifestierte sich ein weiteres Mal in der Geschichte der britischen Arbeiterbewegung eine unzureichende politische Orientierung gerade bei den klassenkämpferischen Arbeitergruppen⁶⁵.

Die historische Erfahrung der britischen Arbeiterbewegung und das praktische Beispiel der Bolschewiki in der Oktoberrevolution machten zwar die Not-

wendigkeit einer kommunistischen Partei deutlich, doch konnte der Widerstand der militanten Shop Stewards wie Gallacher, Bell, MacManus und vor allem Murphy usw. gegen den Anschluß an die aus sozialistischen Sekten und der B.S.P. als Nachfolgerin der S.D.F. hervorgehenden Kommunistischen Partei (C.P.G.B.) erst auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale überwunden werden, auf dem sich Lenin ausführlich wie schon im "Linken Radikalismus" mit der britischen Situation beschäftigte⁶⁶. Dort wurde zugleich gegen den Widerstand der britischen Vertreter der Anschluß an die Labour Party propagiert, da diese im Unterschied zu den kontinentalen "bürgerlichen Arbeiterparteien" nur eine organisatorische Plattform der Gewerkschaften als den entscheidenden Massenorganisationen der britischen Arbeiterklasse darstellte und mit ihrer lockeren Struktur eigenständige Fraktionen und volle Freiheit der Kritik ermöglichte. Führt die revolutionäre Taktik auf dem Kontinent zur Spaltung der revisionistischen Arbeiterparteien, so machten die besonderen britischen Bedingungen umgekehrt den Eintritt in die Labour Party erforderlich, der allerdings trotz Unterstützung des Glasgower und Londoner Gewerkschaftsrates wie der Miners' Federation von den Gewerkschaftszentralen und der Labour Party verhindert wurde⁶⁷.

Unter dem Druck der gegen Ende des Krieges anwachsenden Massenbewegung hatte der T.U.C. 1918 mit den Blockstimmen der Bergleute, Eisenbahner und Maschinenbauer für einen Verhandlungsfrieden votiert und die Labour Party unmittelbar nach dem Waffenstillstand die Koalitionsregierung verlassen. Die Labour Party hatte schon Anfang 1918 ein maßgeblich von S. Webb entworfenes Programm unter dem Titel "Labour and the New Social Order" angenommen, in dem zum erstenmal eine evolutionäre Trans-

formation "auf der Basis des gesellschaftlichen Eigentums an den Mitteln von Produktion, Verteilung und Austausch" verlangt wurde⁶⁸. In den im Laufe des Jahres 1918 erhobenen Nationalisierungsforderungen zeichnete sich ebenso eine Zuspitzung der Klassenauseinandersetzungen ab wie in den nach Kriegsende folgenden Unterhauswahlen, bei denen die liberale Partei beträchtliche Stimmeneinbußen zugunsten der Konservativen und der Labour Party hinnehmen mußte. Der sich bei den folgenden Wahlen fortsetzende Stimmenzuwachs der Labour Party spiegelt indirekt die steigende Mitgliederzahl in den Gewerkschaften - von über 4 Millionen 1914 auf 6,5 Millionen 1918 und fast 8,5 Millionen im Jahre 1920 (vgl. Tabelle 2.4; Tabelle 2.7). Diese organisatorische Festigung erlangte mit dem mittlerweile konsolidierten Dreierbund der Bergarbeiter-, Transportarbeiter- und Eisenbahnergewerkschaften eine politische Qualität, die in den Klassenkämpfen der folgenden Jahre 1919-1921 zu einer revolutionären Gärung führte.

An der fehlenden politischen Führung und der mangelnden Solidarisierung der Gewerkschaften war der von den aktiven Shop Stewards geführte Generalstreik der Hafen-, Metall- und Bauarbeiter am Clyde noch gescheitert. Den Forderungen der kampfbereiten Bergarbeiter nach einer Lohnerhöhung von 30 %, sechstündigem Arbeitstag, Lohnausgleich für die demobilisierten unbeschäftigten Bergarbeiter und Nationalisierung der Bergwerke unter Arbeiterkontrolle⁶⁹ konnte die Regierung bei den geringen Kohlenvorräten und der raschen Solidarisierung der verbündeten Gewerkschaften nur durch das taktische Angebot einer Königlichen Kommission unter Lord Sankey ausweichen, deren Empfehlungen zur Verstaatlichung des Bergbaus sie dann später nicht mehr folgte. Trotz zahlreicher Ablenkungsmanöver wie die Einberufung

einer nationalen Industriekonferenz der Unternehmerverbände und Gewerkschaften mußte die Regierung durch die in Bewegung geratene Arbeiterklasse eine Reihe von Niederlagen hinnehmen: in regionalen Streiks der Bergarbeiter, im Textilarbeiterstreik von Lancashire um die 48-Stundenwoche und eine 30 %ige Lohnerhöhung und vor allem im Eisenbahnerstreik, vor dessen Niederschlagung durch Streikbrecherorganisationen und militärische Provokationen die Regierung angesichts der zunehmenden Unterstützung in der Arbeiterklasse zurückschreckte⁷⁰.

In den im Jahre 1919 auf 35 Millionen Streiktage anwachsenden Massenaktionen wirkte als politisierendes Ferment der sich verstärkende Widerstand der Arbeiter, Matrosen und Soldaten gegen den brutalen Kolonialkrieg der britischen Truppen und Terrorbanden ("Black and Tans") gegen die irische Republik unter de Valera, die von der britischen Arbeiterklasse ebenso unterstützt wurde wie der von den militärischen Interventionen des britischen Imperialismus bedrohte Sowjetstaat. In Massendemonstrationen, Versammlungen und Aktionsausschüssen organisierte sich von 1918-1920 eine breite Protestbewegung, zu deren Symbol die Weigerung der Londoner Dockarbeiter wurde, die "Jolly George" mit Waffen für Polen zu beladen. Als das Kabinett Lloyd George-Churchill die Sowjetunion mit einem Ultimatum zum Abbruch der Offensive der Roten Armee gegen Polen zwingen wollte, bereiteten die Arbeiterorganisationen unter der Führung eines zentralen Aktionsrates den Generalstreik vor, der den offenen Kriegsausbruch verhinderte⁷¹.

Die britische Arbeiterklasse hatte in der sich gerade bildenden Kommunistischen Partei, den überall gegen die militärische Intervention entstehenden Aktionsausschüssen, der enorm gewachsenen Gewerkschaftsbewegung mit einer Serie von Zusammenschlüssen,

dem Dreierbund und dem neu geschaffenen Generalrat des T.U.C. als koordinierendes Organ sowie der regierungsfähigen Labour Party eine in ihrer bisherigen Geschichte unvergleichliche organisatorische Kraft entwickelt. Dadurch wurde der seit dem Ersten Weltkrieg gegenüber den USA geschwächte britische Kapitalismus zu sozialen und politischen Konzessionen gezwungen, die von vermehrten sozialstaatlichen Leistungen wie der auf alle Arbeiter erweiterten ^AArbeitslosenversicherung und der 48-Stundenwoche bis zur Ausdehnung des Wahlrechts auf Frauen über 30 Jahre und zur Aufgabe der unmittelbaren militärischen Intervention in den Sowjetstaat reichten. So hatte sich trotz enormer Kriegsgewinne und des Nachkriegsbooms mit der Verschuldung Großbritanniens an die USA und der wachsenden internationalen Konkurrenz der Manövrierspielraum der herrschenden Klasse erheblich verringert. Daher ging sie in der 1920 einsetzenden Krise - mit einem Sinken der Industrieproduktion um 30 %, der Exporte um 50 % und einer über 16 % steigenden Arbeitslosenrate⁷² - zum allgemeinen Gegenangriff auf die gerade zuvor etwas verbesserten Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse, vor allem in den zentralen Sektoren Kohlenbergbau, Maschinenbau, Schiffbau und Textilindustrie, über. Angesichts der seit der Labour-unruhen vor dem Ersten Weltkrieg mobilisierten Arbeiterklasse bereitete sich die Regierung mit Notstandsgesetzen auf die anstehenden Klassenkämpfe vor, in deren Zentrum wieder die Bergarbeiter stehen sollten.

Im Unterschied zu den Auseinandersetzungen um das Prinzip des Minimallohns im Jahre 1912 wurden die Bergarbeiter mit dem Erlöschen der staatlichen Kontrolle über die Kohlenindustrie in die Defensive gedrängt. Als sie den von den Grubenbesitzern geforderten Lohnkürzungen auf der Basis regionaler

Tarifabschlüsse nicht zustimmten, eröffnete die Regierung mit der Aussperrung der Bergarbeiter zum 1. April 1921 den Frontalangriff gegen die fortgeschrittenste, stärkste und kämpferischste Sektion der britischen Arbeiterklasse, um eine Vorentscheidung zu erzwingen⁷³. Die Verkündung des Ausnahmezustandes, die Verlegung von Truppeneinheiten in Industriegebiete, die Einberufung von Reservisten, die Schaffung eines freiwilligen Verteidigungskorps und sonstige Einschüchterungsmaßnahmen schufen eine Bürgerkriegsatmosphäre, der die reformistische Gewerkschaftsbürokratie und ihre politischen Instanzen in der vollständigen Ausrichtung auf das parlamentarische System nicht gewachsen waren. So wurde mit fadenscheinigen Gründen die schon gegebene Streikzusage der verbündeten Gewerkschaften am Freitag, den 15. April 1921, von den verhandlungsbereiten Funktionären zurückgezogen, die Bergarbeiter im Stich gelassen und mit der folgenden Niederlage die britische Arbeiterklasse insgesamt zum Rückzug gezwungen⁷⁴. Der "Schwarze Freitag" leitete bei der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit von über 10 % eine Serie von Niederlagen für die vereinzelt kämpfenden Arbeitergruppen in den verschiedenen Industriezweigen ein, die sich mit beträchtlichen Lohnkürzungen und längeren Arbeitstagen abfinden mußten. Bereits etwa ein Jahr später gelang es den Unternehmern mit der Aussperrung der aus der A.S.E. und anderen Fachverbänden entstandenen Amalgamated Engineering Union (A.E.U.) nicht nur wie schon bei der Aussperrung von 1897 die von den Shop Stewards erkämpften Kontrollrechte über die unmittelbaren Arbeitsbedingungen zurückzuerobern, sondern auch die bei der großen Arbeitslosigkeit der Maschinenbauer noch vorhandenen Arbeiterkomitees zu zerschlagen⁷⁵.

In der Gegenoffensive von Kapital und Staat wurde die britische Arbeiterklasse zwar geschwächt, ihre Demoralisierung aber durch die organisatorische Ak-

tivität der C.P.G.B. verhindert. Diese wurde auf dem IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale für England als Land mit "alter Gewerkschaftsbewegung" und "alten antipolitischen und antisozialistischen Traditionen" sowie einer jungen "kleinen kommunistischen Partei" darin gesehen, eine oppositionelle Gewerkschaftsbewegung mit kommunistischen Gruppen als Kristallisationskerne in den Zentren der Klassenauseinandersetzungen zu schaffen⁷⁶. So versuchte die inzwischen reorganisierte Kommunistische Partei mit der britischen Sektion der roten Gewerkschaftsinternationale zunächst im Herbst 1922 in einer Reihe von Konferenzen die Massenausritte aus den Gewerkschaften zu bremsen, die vor allem von den gekündigten Shop Stewards geführte Bewegung der Arbeitslosen ("National Unemployed Workers' Committee Movement") in Hungermärschen, Demonstrationen und Mietstreiks voranzutreiben und dann im Jahre 1923 eine "Minority Movement" der militanten gewerkschaftlichen Basis mit der publizistischen Hilfe des "Workers's Weekly" aufzubauen⁷⁷. Die von den Kommunisten wie dem Veteranen Tom Mann, Murphy und Pollitt quasi als Nachfolgerin der Shop-Stewards-Bewegung organisierte Minderheitsbewegung bot den von ihren führungslosen Gewerkschaftsapparaten enttäuschten Bergarbeiter- und Metallarbeitergruppen eine realistische Perspektive, indem sie in ihrer antikapitalistischen Zielsetzung die Prinzipien des Sozialismus und revolutionären Klassenkampfes sowie der gewerkschaftlichen Aktionseinheit mit konkreten Forderungen im ökonomischen, organisatorischen und politischen Bereich verband wie: Minimallöhne und Überstundenverbote; Neuorganisation der Gewerkschaftsbewegung durch Gründung von Betriebskomitees, Garantien gegen Versetzungen und Entlassungen von Shop Stewards, Anschluß der lokalen Gewerkschaftsräte und der Arbeitslosenbewegung an den T.U.C., Erweiterung der exekutiven Funktionen des Generalrates;

Arbeiterkontrolle der Industrie und (1924 gerade amtierenden) Labour-Regierung, Ablehnung des Dawes-Planes und Kampf gegen den Krieg⁷⁸.

Der rasche organisatorische Anstieg der von den südwalisischen Kohlenrevieren ausgehenden und den Maschinenbau und die Eisenbahnindustrie erfassenden Minority Movement von 200 000 Mitgliedern 1924 auf eine Million 1926 machte eine erneute Stärkung der Arbeiterklasse offenbar. Dagegen nahmen bei der stagnierenden Wirtschaftslage die Widersprüche in der Innen-, Außen- und Kolonialpolitik derart zu, daß sich die herrschende Klasse nach den Parlamentswahlen vom Dezember 1923 weder über eine Koalitionsregierung aus Konservativen und Liberalen noch über eine Einparteienregierung verständigen konnte, so daß es zur Gründung der ersten Labour-Regierung unter MacDonald von der I.L.P. kam. Das dabei von der herrschenden Klasse eingegangene Risiko blieb insofern gering, als diese ohnehin von den Liberalen abhängige Arbeiterregierung sich mit Snowden als Schatzkanzler, Thomas als Kolonialminister und Henderson als Innenminister aus dem staatstreuen rechten Flügel des T.U.C. und der Labour Party zusammensetzte. So rühmte MacDonald die Labour Party als Bollwerk gegen den die Massen faszinierenden "roten Feuerschein am Horizont Europas", als beste Dienerin der Grundsätze und Tradition der Verfassung und als Hüterin der parlamentarischen Ordnung und der Gesetze⁷⁹. Trotz dieser Anpassung an die Spielregeln des bürgerlichen Parlamentarismus mußte selbst die nur begrenzt reformistische Regierungspolitik mit sozialen Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus und Verbesserung der Sozialversicherung sowie einer außenpolitischen Entspannung mit der Anerkennung der Sowjetunion der herrschenden Klasse suspekt bleiben, da sie nicht die Stabilität der Labour-Regierung gegenüber der sich mo-

bilisierenden Arbeiterklasse einkalkulieren konnte. Daher wurde in einer von der bürgerlichen Presse geschürten antibolschewistischen Hysterie der Rücktritt des Kabinetts MacDonald erzwungen und auch nicht auf die Fälschung eines Komitern-Briefes von Sinowjew verzichtet, um den Wahlkampf für die Konservativen zu entscheiden. Die antisozialistische Kampagne konnte nicht von einer liberalen Arbeiterregierung abgefangen werden, die bei abstrakten Zielen den realen Klassenkampf strikt ablehnte⁸⁰. Je mehr sie daher unter der Formel der Klassenneutralität und des Gemeinwohls gegen die anwachsende Streikbewegung der Eisenbahner, Hafenarbeiter und Transportarbeiter vorging, um so mehr mußte sich der Widerstand der militanten Arbeitergruppen verstärken. Das manifestierte sich nicht nur in den anwachsenden Arbeitslosen- und Minderheitsbewegungen, sondern auch auf dem T.U.C. 1924, der eine Charta der Industriearbeiter annahm, die Befugnisse des Generalrates zur Verbesserung des Lebensstandards erweiterte, industrielle Aktionen bei Kriegsgefahr beschloß, demonstrativ eine sowjetische Gewerkschaftsdelegation empfangt und sogar eine einheitliche Gewerkschaftsinternationale anregte⁸¹.

Mit dieser gewerkschaftlichen Aktivierung mußte sich bei den nach wie vor hohen Arbeitslosenzahlen und wirtschaftlichen Engpässen ein neuer Höhepunkt der Klassenauseinandersetzungen anbahnen, bei denen wiederum die von A.J. Cook, Mitverfasser des "Miners' Next Step" von 1912 und Anhänger der Minority Movement, geführten Bergarbeiter eine Schlüsselrolle spielen sollten. Abgesehen von der spezifischen Solidarität und Tradition der in wenigen Industriegebieten konzentrierten Bergarbeiterkollektive lag dem die außerordentliche Bedeutung der Kohlenindustrie für die Entwicklung des britischen Kapitalismus zugrunde: einmal als Basis der Metall-,

Schiffbau- und Maschinenindustrie sowie der Transportmittel Eisenbahn und Schifffahrt, zum anderen als Exportindustrie, die dem Umfang nach etwa vier Fünftel der Ausfuhr ausmachte und damit zugleich die Importe verbilligte. Als mit der vom britischen Finanzkapital wiederhergestellten Goldparität des Pfundes Sterling die Exportpreise um 12 % stiegen, wurde von der sinkenden Konkurrenzfähigkeit der britischen Industrie der Kohlenbergbau besonders schwer getroffen, da gleichzeitig mit dem Ende der französischen Ruhrbesetzung die deutschen Kohlenlieferungen (nach dem Dawes-Plan) die britischen Kohlenexporte auf dem europäischen Markt, besonders nach Italien, wieder verdrängten. Mit diesen Exportverlusten war in der zynischen Sprache eines J.M. Keynes eine "günstige Atmosphäre für Lohnkürzungen" gegeben, die zusammen mit einer Verlängerung des Arbeitstages von den Kohlenbaronen gefordert wurden⁸².

Die rasche Solidarität der Eisenbahner- und Transportarbeitergewerkschaft und die Errichtung eines mit exekutiven Befugnissen ausgestatteten Sonderkomitees des T.U.C. bewirkten bei den niedrigen Kohlenvorräten einen überstürzten Rückzug der Regierung, die dem Kohlenbergbau eine neunmonatige Subvention zur Aufrechterhaltung der Löhne gewährte, um sich in dieser Atempause nach dem "Roten Freitag", wie Churchill freimütig bekannte, organisatorisch, militärisch und politisch auf die kommende Auseinandersetzung vorzubereiten. Dabei wurde u.a. eine von bekannten Männern der britischen Militär- und Kolonialverwaltung geleitete Streikbrecherorganisation (OMS) gebildet und in dem Zirkular Nr. 636 weisungsbefugte Zivilkommissare für den Ausnahmezustand ernannt⁸³. Der T.U.C. in Scarborough 1925 hatte zwar mit überwältigender Mehrheit Lippenbekanntnisse für eine revolutionäre Opposition gegen den britischen Imperialismus und

den Sturz des Kapitalismus abgegeben, aber keine Vorbereitungen für die kommenden Auseinandersetzungen getroffen. Vielmehr wurden Hauptverantwortliche des "Schwarzen Freitag" wie Bevin von der mächtigen Transportarbeitergewerkschaft und Thomas von den Eisenbahnern in den Generalrat gewählt, die zusammen mit MacDonald auf der einen Monat später folgenden Konferenz der Labour Party für den Ausschluß der kommunistischen Gewerkschaftsdelegierten von künftigen Parteitage sorgten. Mit diesem Schlag gegen die innergewerkschaftliche Opposition war der konservativen Regierung ein Freibrief ausgestellt worden, die aktive kommunistische Partei- und Streikführung für die anstehende Konfliktperiode ins Gefängnis zu werfen⁸⁴.

Dennoch konnte die politische Arbeit der Kommunistischen Partei, die mittlerweile von einer Million Mitglieder getragene Minority Movement und die dadurch gewährleistete Solidarität zahlreicher Gewerkschaftsgruppen einschließlich der 1,2 Millionen Bergarbeiter verhindern, daß der Generalrat angesichts der unnachgiebigen Haltung der Unternehmer seine Unterstützung aufkündigte, so sehr er auch auf Verhandlungen über den regierungsfreundlichen "Samuel-Report" drängte. Von einer kompromißlosen Regierung und der eigenen militanten Basis in den Generalstreik getrieben, fürchtete der Generalrat eine revolutionäre Entwicklung, die er nahezu um jeden Preis verhindern wollte. Während sich die Arbeiterklasse gegenüber der anlaufenden Verhaftungswelle, militärischen, polizeilichen und sonstigen Provokationen durch Schlägerbanden in lokalen Aktionsräten, Massenstreikposten und einer nicht voraussehbaren Solidarisierung der Bevölkerung ihrer eigenen Kraft bewußt zu werden begann, geriet die perspektivlose und nicht siegbereite Führung des T.U.C. in panische Angst vor der "schrecklichen Aussicht" (Henderson) eines Zusammenbruchs der be-

stehenden sozialen Ordnung. Als sich die Arbeiter der "zweiten Linie" aus dem Maschinen- und Schiffbau dem Generalstreik anschlossen, willigte der T.U.C. nach Geheimverhandlungen hinter dem Rücken der Bergarbeitergewerkschaft nach neun Streiktagen in die bedingungslose Kapitulation ein. Auch wenn die Bergarbeiter noch acht Monate ohne jegliche Unterstützung des T.U.C. weiterstreikten, war die britische Arbeiterklasse bereits vor der Weltwirtschaftskrise für Jahrzehnte geschlagen⁸⁵.

Die britische Arbeiterklasse hat von den Massenstreiks vor dem Ersten Weltkrieg bis zum Generalstreik eine unvergleichliche gewerkschaftliche Stärke entwickelt, die allerdings unter dem historischen Erbe einer jahrhundertelangen parlamentarischen Konfliktregulierung und dem noch jahrzehntelang überdauernden Absatzmonopol in einem riesigen Kolonialreich nicht politisch im Sinne des selbständigen Kampfes um die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse umgesetzt werden konnte. In dem Maße, wie sich die reformistische Ideologie den Spielregeln des parlamentarischen Systems anpaßte, entstanden wie in der imperialistischen Krise vor dem Ersten Weltkrieg syndikalistische Massenbewegungen der gewerkschaftlichen Basis, die sich während des Ersten Weltkrieges in den Shop Stewards und Arbeiterkomitees ihre eigenen radikaldemokratischen Organe in der Produktionssphäre schuf. Diese wirkten gegen Ende des Krieges mobilisierend auf die Gewerkschaftsapparate, die zwar im Dreierbund sporadisch zur Aktionseinheit fanden, aber in zentralen Bergarbeiterstreiks 1921 und 1926 vor den politischen Konsequenzen zurückschreckten. Während die revolutionären Arbeiterräte unter Führung der Bolschewiki in Rußland die auch von den britischen Arbeitern begrüßte revolutionäre Umwälzung einleiteten oder in Deutschland, Italien und Frankreich

kommunistische Massenparteien entstanden, wenn auch um den Preis einer folgenreichen Spaltung in der Arbeiterbewegung, blieb die sich festigende Labour Party der parlamentarische Arm des dominierenden T.U.C., ohne daß sich unter den aufgezeigten historisch-strukturellen Bedingungen eine starke kommunistische Bewegung entwickeln konnte⁸⁶.

2.4. Zur Integration der britischen Arbeiterbewegung in das monopolkapitalistische Herrschaftssystem

Der verlorene Generalstreik markierte einen Wendepunkt in der - zwischen parlamentarischem Reformismus und industriellem Syndikalismus schwankenden - britischen Gewerkschaftsbewegung, die sich in den kommenden Jahrzehnten fast zu einem "Vierten Stand des Königreiches" entwickelte, wie es Winston Churchill nicht ganz zu Unrecht formulierte⁸⁷. Der bis in die 50er Jahre anhaltende Integrationsprozeß verlief im Unterschied zur Burgfriedenspolitik 1914-18 relativ bruchlos, da die britische Arbeiterklasse nach dem endgültigen Sieg der Regierung über die bis Ende 1926 isoliert weiterkämpfenden Bergarbeiter keine organisatorische und politische Alternative zur Anpassungspolitik der etablierten Gewerkschaftsführungen aufbauen konnte. Daß der Generalrat des T.U.C. und die Parteiführung der Labour Party sich in der Stimmung des "Never again" gegenüber klassenkämpferischen Positionen so deutlich zu behaupten vermochten, lag einmal an der Schwächung der militanten Arbeitergruppen durch die sich nach der Weltwirtschaftskrise noch verstärkende Arbeitslosigkeit, zum anderen aber auch an der von den britischen Kommunisten mitvollzogenen Wendung der Komintern von der Einheitsfrontpolitik zu linkssektiererischen Positionen⁸⁸. Da-

durch wurde es dem Generalrat erleichtert, die innergewerkschaftliche Opposition politisch auszuschalten. Das hatte wiederum auf organisatorischer Ebene zur Folge, daß die von der Kommunistischen Partei propagierte Stärkung der lokalen Gewerkschaftsräte und des Generalrates als exekutives Organ der Gewerkschaftsbewegung, zentrale Aktionen und das industriegewerkschaftliche Prinzip diskreditiert waren. Damit wurde der Status quo der strukturellen Zersplitterung in Berufs-, Industrie- und Allgemeine Gewerkschaften sanktioniert⁸⁹. - eine organisatorische Sackgasse, die trotz einiger Zusammenschlüsse immer wieder auf den Gewerkschaftskongressen wie 1927, 1936 und 1944 bekräftigt wurde.

Die Stärkung der Gewerkschaftsapparate gegenüber der militanten Basis und die anhaltende gewerkschaftliche Zersplitterung beschleunigten den nach der Niederlage im Generalstreik einsetzenden Integrationsprozeß der britischen Arbeiterbewegung, der durch eine antigewerkschaftliche Gesetzgebung abgesichert wurde, ohne daß die Gegenoffensive von Monopolkapital und Staatsapparat wie in den zwanziger Jahren abgefangen werden konnte. Im "Trade Disputes and Trade Unions Act" von 1927 wurde der Ausgang des Generalstreiks gewissermaßen kodifiziert, indem politische Streiks ebenso wie Sympathiestreiks für illegal erklärt wurden⁹⁰. Die bloße Teilnahme an illegalen Aktionen brachte erhebliche Strafen bis zu zwei Jahren Gefängnis mit sich, während man die Gewerkschaften für zivile Schäden haftbar machte. Massenstreikposten wurden verboten, die sonst üblichen Streikposten durch die dehnbare Bestimmung der "Einschüchterung" weitgehend eingeschränkt, Streikbrecher dagegen vor disziplinarischen Maßnahmen der Gewerkschaften geschützt. Die Staatsangestellten durften sich weder dem T.U.C. noch der Labour Party anschließen.

Beiträge der Gewerkschaften für die Labour Party durften nur noch bei ausdrücklicher Zustimmung ("contracting-in") der Mitglieder erhoben werden, die zuvor selbständig austreten mußten ("contracting-out"). Die Einebnung des industriellen und politischen Aktionsspielraumes der Gewerkschaften spiegelte nicht nur den Sieg der herrschenden Klassen in den vorausgegangenen Klassenauseinandersetzungen, sondern war auch eine Voraussetzung für die anstehenden Rationalisierungsmaßnahmen des geschwächten britischen Imperialismus, der sich in einem durch den Ersten Weltkrieg und die Weltwirtschaftskrise noch beschleunigten Niedergang befand, dessen Ausmaß erst nach dem Zweiten Weltkrieg deutlich wurde.

Der kontinuierliche Positionsverlust des britischen Imperialismus beschleunigte die inländische Zentralisation des Kapitals und Monopolisierung in zahlreichen Industriezweigen, mit denen zunehmend staatliche Interventionen in den krisengeschwächten Konjunkturzyklus bis hin zu staatsmonopolistischen Wirtschaftsformen einhergingen; wie es angesichts der zwischen 1910 und 1938 von 13 auf 30 % steigenden Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt von J.M. Keynes in der Verbindung von "Privatkapitalismus und Staatssozialismus" gegenüber dem obsoleten Laissez-faire-Prinzip zur wirtschaftspolitischen Doktrin erhoben wurde⁹¹. War der Monopolisierungsprozeß in Großbritannien vor dem Ersten Weltkrieg aufgrund des traditionellen Absatzmonopols noch nicht so weit fortgeschritten wie bei seinen Konkurrenten, so hatte sich dieses Verhältnis bis zum Vorabend des Zweiten Weltkrieges mit staatlicher Unterstützung gründlich umgekehrt. In der Metallindustrie z.B. kontrollierten 1930 etwa 20 Firmen 70 % der Eisen- und Stahlproduktion, nach der Krise nur noch 10 Firmen drei Viertel dieses Produktionszweigs. In einigen

Industrien begannen durch Kauf und Fusion einige Großkonzerne zu dominieren: in der chemischen Industrie die aus vier Gesellschaften 1926 gegründete Imperial Chemical Industries, in der Kunstfaserindustrie die Firma Courtaulds, in der Seifenindustrie der Unilever-Konzern, der schon 1920 seine Konkurrenten: Crosfield, Cossage und John Knight, geschluckt hatte. Der industriellen Zentralisation entsprach die finanzielle. Seit den 20er Jahren dominierten die "Big Five": Barclays, Lloyds, Midland, National Provincial, Westminster und die großen Versicherungs- und Bauspargengesellschaften auf dem freien Kapitalmarkt⁹². Bei den in der Krise sinkenden Profitspannen griff die Regierung vielfach in den Zentralisierungs- und Monopolisierungsprozeß ein, wie bei der Verschmelzung der Eisenbahngesellschaften, dem Bau eines einheitlichen Energieversorgungsnetzes auf Staatskosten, der Förderung eines Eisen- und Stahlmonopols sowie eines Kohlekartells - unrentabel gewordene Industrien, die nach dem Zweiten Weltkrieg verstaatlicht wurden, um die Kosten der notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen einschließlich der erforderlichen Neuinvestitionen auf die Gesellschaft abzuwälzen.

Für die Erhöhung der Profitspannen des britischen Monopolkapitals war aber die Mitarbeit der Arbeiterorganisationen unerlässlich, die von der Generalstreikniederlage demoralisiert, von der Massenarbeitslosigkeit geschwächt und durch Staatsgesetz in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt waren. So wurde den Unternehmern auf dem Edinburger T.U.C. angeboten, "in einer gemeinsamen Anstrengung die Leistungsfähigkeit der Industrie zu verbessern und den Lebensstandard der Arbeiter zu erhöhen"⁹³. Diese Zusammenarbeit stieß bei den Unternehmerverbänden zwar auf Ablehnung, nicht aber bei dem Vor-

sitzenden des chemischen Mammutkonzerns I.C.I., Alfred Mond, der sich an der Industrieorganisation des faschistischen Italiens orientierte. Dem entsprach die korporative Vorstellung eines Nationalen Industrierates, der von der Mond-Gruppe und dem Generalrat angestrebt wurde, um die wirtschaftliche Reorganisation der Industrie voranzutreiben. Damit begann die Periode des Mondismus, in der wie auf dem T.U.C. in Swansea 1928 explizit die Politik des Klassenkampfes verworfen wurde⁹⁴.

Von der schrittweisen Anpassung an die monopol-kapitalistischen Verwertungsbedingungen zeugte die vage gehaltene programmatische Erklärung "Labour und die Nation" ebenso wie das von liberaler Unterstützung abhängige zweite Kabinett MacDonald nach dem Wahlerfolg der Labour Party von 1929, der angesichts der Verschlechterung der sozialökonomischen Lage und der chronischen Arbeitslosigkeit zustande gekommen war⁹⁵. Die Wahlversprechen an die britische Arbeiterklasse wie die Aufhebung des Gewerkschaftsgesetzes von 1927 und die Wiedereinführung des siebenstündigen Arbeitstages im Kohlenbergbau wurden jedoch nicht erfüllt. In der sich mit den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise zuspitzenden ökonomischen Situation wurden auch nicht die noch im Wahlmanifest von Keynes geprägten Vorschläge eines öffentlichen Arbeitsprogramms zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder gar die von dem späteren Faschistenführer Oswald Mosley mit Hilfe von John Strachey und Aneurin Bevan entwickelten industriellen Kontrollmaßnahmen aufgegriffen, sondern vielmehr den Vorschlägen des Finanzkapitals und seiner politischen Repräsentanten in der konservativen und liberalen Partei gefolgt. Diese hatten in der "Gregory-Kommission" erklärt, daß die Arbeitslosenversicherung "unmerklich die ganze soziale und finanzielle Stabilität des Landes" untergrabe, da sie

die regulierende Funktion der Arbeitslosigkeit für das Lohnniveau außer Kraft setze⁹⁶. So schlug die von der Regierung ernannte May-Kommission drastische Sparmaßnahmen vor, um die sich verschlechternde Zahlungsbilanz auszugleichen. Der unter dem Widerstand der Gewerkschaften noch zögernden Regierung wurde daraufhin von dem amerikanischen Finanzkapital (New Yorker Federal Reserve Bank) nur unter der Bedingung der Verwirklichung der Kommissionsvorschläge die dringend benötigte Anleihe von 80 Millionen Pfund gewährt. Als daraufhin das Kabinett MacDonald in eine Kürzung der Arbeitslosenunterstützung um 10 % einwilligte, die Gehälter von Staatsangestellten senkte und andere Sozialleistungen einschränkte⁹⁷, kam es zur Spaltung der Regierung, deren führende Vertreter MacDonald, Snowden und Thomas mit den Liberalen und Konservativen nach einem hohen Wahlsieg über die von 287 auf 52 Mandate reduzierte Parlamentarische Labour Party eine nationale Koalitionsregierung bildeten.

In dem Konflikt zwischen der Labour-Regierung und dem Generalrat des T.U.C. zeigten sich keine wesentlichen Differenzen in der politischen Programmatik, sondern der grundlegende Tatbestand, daß die reformistischen Gewerkschaftszentralen schon aus ihrer traditionellen Schutzfunktion nicht auf ein Minimum sozialer Sicherheit für ihre Mitglieder verzichten konnten, während das Labour-Kabinett in der sozialökonomischen Krise unter der Losung des nationalen Wohles den herrschenden Kapitalinteressen folgte. Das mußte schließlich in der von den Gewerkschaften getragenen Labour Party zunächst zur Spaltung der Regierung und in geringerem Maße der parlamentarischen Fraktion führen, dann zur politischen Vorherrschaft des Generalrates, dessen Politik in den folgenden Jahren von dem Generalsekretär Citrine und vor allem von dem Transportarbeiterführer Bevin

bestimmt wurde⁹⁸. Damit war nach dem "instinktiven Bruch mit MacDonald"⁹⁹ die Kontinuität einer integrationistischen Gewerkschaftspolitik gesichert, die am deutlichsten in der Stellung zu den verstärkten staatlichen Eingriffen zutage trat. So wurde die Gründung öffentlicher Gesellschaften wie im Londoner Transport- und Rundfunkwesen sowie bei der Elektrizitätsversorgung nahezu ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Produktivitätssteigerung begrüßt. Die Eisen- und Stahlindustrie sollte nach den Vorstellungen des Generalrates nicht in der Perspektive einer sozialistischen Transformation verstaatlicht werden, sondern aus strikt ökonomischen Gründen, um die notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen durchzuführen. Deshalb wurden auch die finanziellen und technischen Entscheidungsbefugnisse dem allein nach den individuellen Fähigkeiten zu ernennenden Management zugesprochen. Die Anpassung an die korporativen Führungsideologien des kapitalistischen Managements und die Vernachlässigung von Arbeiterkontroll- und Lohnforderungen brachten dem britischen Monopolkapital hohe Profite und den britischen Arbeitern empfindliche Lohnsenkungen - durchaus vergleichbar der Senkung des Lebensstandards der deutschen Arbeiterklasse unter dem Nationalsozialismus¹⁰⁰.

Der Politik der Klassenkollaboration entsprach umgekehrt die strikte Kontrolle der klassenkämpferischen Kader und der kompromißlose Kampf gegen die Kommunistische Partei, der bereits vor der Generalstreikniederlage verstärkt einzusetzen begann, ehe sich die Kommunistische Partei wie die I.L.P. selbst in die Isolierung drängen ließ. Bereits nach der ersten Labour-Regierung hatte die I.L.P. in "Socialism in Our Time" (1927) - ganz im Gegensatz zum Labour-Programm "Labour and the Nation" - sozialistische Forderungen akzentuiert. Auf der Grundlage eines

verstaatlichten Finanzsektors, nationalisierter Schlüsselindustrien wie Kohle, Elektrizität und Transport sowie ausgedehnter Sozialleistungen sollte eine demokratische Planung eingeleitet werden. Als die I.L.P. nach dem bereits 1931 selbständig geführten Wahlkampf aus der Labour Party austrat, verlor diese ein wichtiges Element ihrer noch konservierten sozialistischen Substanz, während die I.L.P. nach einem katastrophalen Mitgliederschwund von 17.000 auf 4.400 bis 1935 zur bedeutungslosen Sekte herabsank¹⁰¹.

Einen der I.L.P. vergleichbaren Bedeutungsverlust mußte zeitweise die Kommunistische Partei erleben, als sie unter dem Druck der Kommunistischen Internationale zum offenen Kampf gegen die integrationalistischen Arbeiterorganisationen überging. So leitete die britische Kommunistische Partei mit dem Kurs der nicht-gewerkschaftlichen Streikführung durch die Minority Movement und der Agitation gegen den sozialfaschistischen Charakter der Labour Party eine hoffnungslose Selbstisolierung ein, so sehr sie auch ihre taktische Wendung mit der anti-kommunistischen Haltung des T.U.C. und der Labour Party, mit der Auflösung des britisch-russischen Gewerkschaftskomitees, der Niederlage im Generalstreik und der folgenden mondistischen Klassenkolaboration begründen konnte. Denn der Tradition der britischen Arbeiterbewegung widersprach die Aufstellung von kommunistischen Gegenkandidaten zur Labour Party ebenso wie die Gründung rivalisierender revolutionärer Gewerkschaften und unabhängiger Streikführungen, - eine in Großbritannien zum Scheitern verurteilte Politik, auch wenn es den Kommunisten gelang, die vom T.U.C. vernachlässigten Arbeitslosen in Massendemonstrationen und Hungermärschen zu mobilisieren¹⁰². Die taktischen Fehleinschätzungen der Kommunisten erleichterten es

wiederum den seit Anfang an gegen eine klassenkämpferische Politik vorgehenden Führungsapparaten in den Gewerkschaften in verstärktem Maße die Kommunisten und ihre zahlreichen Organisationen zu bekämpfen. So wurden die Minority Movement, National Unemployed Workers' Committee Movement, Left Wing Movement usw. 1930 von Parteitag der Labour Party und im Oktober 1934 in zwei T.U.C.-Zirkularen die Kommunisten von Ämtern in den Gewerkschaften und örtlichen Gewerkschaftskartellen trotz starker Proteste bei den Bergleuten, Maschinenbauern und Transportarbeitern ausgeschlossen¹⁰³. Als die Kommunisten nach dem Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland wieder zur Taktik der Einheitsfront der Arbeiterorganisationen übergingen, wurde diese zunächst von der I.L.P., unter dem Eindruck des Sieges der spanischen Volksfront auch von der Fabian Society, der Socialist League, der University Labour Federation, den Maschinenbauern und Bergleuten und nach dem faschistischen Aufmarsch von 1938 selbst von den Genossenschaften angenommen, von T.U.C. und der Labour Party aber immer wieder erfolgreich zurückgewiesen¹⁰⁴. Der "National Council of Labour" hatte schon 1933 in seiner Schrift "Democracy versus Dictatorship" Kommunisten und Faschisten unter dem Begriff der Diktatur gleichgesetzt, um gegen diese eine vor allem von den Gewerkschaften repräsentierte demokratische Mitte zu stellen.

Außenpolitisch entstand aus der Ablehnung der Einheitsfront eine zwielfichtige Haltung gegenüber den republikanischen Kräften im spanischen Bürgerkrieg. Dadurch wurde die ambivalente Haltung der britischen Regierung gegenüber den faschistischen Eingriffen wie überhaupt gegenüber der nationalsozialistischen Aggressionspolitik erleichtert. Wie die herrschende Klasse Großbritanniens diese im spanischen Bürgerkrieg unter der Losung der Nichtintervention bewußt in Kauf nahm, um die "ansteckende"

Wirkung eines republikanischen Sieges zu verhindern, so sollte die militärische Aktivität der Faschisten im Zeichen der "Appeasement-Politik" auf das "bolschewistische Rußland" abgelenkt werden¹⁰⁵. Dies kam scheinbar den pazifistischen Tendenzen in der Labour Party und der Friedensstimmung in der britischen Bevölkerung entgegen, die ihr Verlangen nach kollektiver Sicherheit in einem Friedensplebiszit von 11,5 Millionen Befragten zum Ausdruck brachte. Den von der Sowjetunion geforderten Sicherheits- und Friedenspakt sabotierte die herrschende Klasse aber und ermutigte damit faktisch die nationalsozialistische Aggressionspolitik gegen Österreich und die Tschechoslowakei, ohne daß die Führungsapparate der Arbeiterorganisationen protestierten. Die sowjetfeindliche und deutschlandfreundliche Politik der britischen Regierung mußte in eine Krise geraten, als die Sowjetunion in einem Nichtangriffspakt mit dem nationalsozialistischen Regime den drohenden deutschen Überfall verzögern konnte und die deutsche Annektion der gesamten Tschechoslowakei und die Besetzung Polens als Vorspiel zur faschistischen Hegemonie über Westeuropa erkannt wurde¹⁰⁶. Vom Expansionsdrang der faschistischen Koalition wurde der britische Imperialismus zu einem zunächst nur zurückhaltend und erst mit der deutschen Besetzung Dänemarks und Norwegens ernsthaft geführten Krieg gezwungen, den er jahrzehntelang gegen die Sowjetunion geschürt hatte, um den ersten sozialistischen Staat und den imperialistischen Rivalen in einem verheerenden Krieg gleichermaßen zu schwächen.

Mit der Dauer des antifaschistischen Krieges, den die bürgerlichen Demokratien nach dem Überfall auf die Sowjetunion gemeinsam mit dem sozialistischen Staat führen mußten, verstärkte sich die politische Bedeutung der Arbeiterorganisationen innerhalb des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems, die erst

nach dem Ende der doppelbödigen Appeasementpolitik des Kabinetts Chamberlain zu einer vollständigen Mitarbeit in einer nationalen Koalitionsregierung unter Churchill und dem Arbeitsminister Bevin bereit waren. Wie der Generalrat des T.U.C. mit dem Unternehmerverband in einem gemeinsamen Beratungsausschuß unter dem Vorsitz des Arbeitsministers zusammenarbeitete, die Gewerkschaftsfunktionäre mit der Regierung in zahlreichen staatlichen Kommissionen vor allem im Versorgungsbereich kooperierten, so waren auch auf betrieblicher Ebene gemeinsame Produktionskomitees des Managements und der Gewerkschaften entstanden, die den vom T.U.C. nach den Vorschlägen des Whitley-Komitees konzipierten Werkstattausschüssen in den verstaatlichten Industrien ähnelten¹⁰⁷. Damit war die kriegsbedingte Integration der Gewerkschaften in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem nahezu vollzogen, die noch durch Notstandsgesetze und eine entsprechende gesetzliche Zwangsschlichtung mit Streikverbot (Order 1305) abgestützt wurde.

Vergleichbar der Munitionsakte im Ersten Weltkrieg hatten die Gewerkschaftsapparate ihre Handlungsfähigkeit verloren, während die gewerkschaftliche Basis mit der nachlassenden Arbeitslosigkeit an betrieblicher Verhandlungsstärke gewann. Dadurch entstand 1940 erneut eine von den Kommunisten aktivierte Shop-Stewards-Bewegung, die auf mehreren überregionalen Konferenzen für die Verbesserung der seit Kriegsausbruch verschlechterten Arbeits- und Lebensbedingungen, die Erweiterung der demokratischen Rechte und nach dem Überfall auf die UdSSR für die beschleunigte Errichtung einer zweiten Front im Westen eintrat¹⁰⁸. Wenn diese auch von der amerikanischen und britischen Regierung bis 1944 hinausgezögert werden konnte, so forcierten dennoch alle britischen Arbeiterorganisationen den antifaschistischen Kampf,

indem die britischen und sowjetischen Gewerkschaften umfassende Unterstützungsmaßnahmen vereinbarten und den Produktionsausstoß in den Kriegsindustrien erhöhten. Dabei war die klassenkämpferische Basis in den Gewerkschaften von entscheidender Bedeutung, die z.B. im Maschinenbau unter Führung ihres Nationalen Rates der Shop Stewards und ihres publizistischen Organs "New Propellor" mit dem Motto "Arbeite und Kämpfe" die Produktionsziffern hochtrieb. Mit dem wachsenden Einfluß der von 19.000 im November 1941 auf 53.000 Mitglieder im Mai 1942 angestiegenen Kommunistischen Partei mußte der Bann gegen ihre Tageszeitung "Daily Worker" vor allem mit den Stimmen der Metallarbeiter, Bergleute und Eisenbahner aufgehoben und seit 1943 die "Schwarzen Zirkulare" gegen die Kommunisten zurückgenommen werden¹⁰⁹. Mit der organisatorischen und politischen Öffnung der Gewerkschaften zugunsten ihrer militanten Basis und der im Verlaufe des Krieges erreichten Vollbeschäftigung begann wie schon während des Ersten Weltkrieges eine kontinuierliche Stärkung der Gewerkschaftsbewegung, die nach einem Tiefstand von knapp 4,4 Millionen Mitgliedern 1933 zwischen 1938 und 1945 von 6 auf 8 Millionen Mitglieder angestiegen war (vgl. Tabelle 2.4).

Dem T.U.C. gehörten 1944 etwa 7 Millionen Mitglieder an, die "Transport and General Workers' Union" (T.G.W.U.) lag bereits weit über der Millionengrenze, die "Amalgamated Engineering Union" (A.E.U.) knapp darunter, gefolgt von der expandierenden "National Union of General and Municipal Workers" (N.U.G.M.W.). Die Föderation der autonomen regionalen Gewerkschaften im Bergbau schloß sich zur "National Union of Mineworkers" (N.U.M.) mit etwa 600 000 Mitgliedern zusammen und die drei Gewerkschaften im Eisenbahnwesen gründeten ein permanentes Komitee für die Abstimmung von Lohnforderungen. Im Verteilungssektor schlossen sich die Kaufmännischen und Handelsange-

stellten in der "Union of Shop, Distributive and Allied Workers" (U.S.D.A.W.) zusammen. Diese Gewerkschaften bildeten mit mehr als der Hälfte der dem T.U.C. angeschlossenen Mitglieder die "großen Sechs", von denen die A.E.U., N.U.R. und U.S.D.A.W. zur gemäßigten Linken gerechnet werden konnten. Neben zahlreichen Gewerkschaften wie der "Electrical Trades Union", "Chemical Workers Union" und der "National Union of Public Employees" verzeichneten auch die Gewerkschaften qualifizierter Angestelltengruppen wie die "Association of Scientific Workers", "Bank Officers' Guild", "Guild of Insurance Officials" und die "Association of Engineering and Shipbuilding Draughtsmen" ein rasches Wachstum. Parallel zu diesem gewerkschaftlichen Aufschwung wurde das System der institutionellen Lohnregelung ausgebaut, das in Industrien mit geringem gewerkschaftlichen Organisationsgrad und entsprechend niedrigen Löhnen wie in der Textil- und Bekleidungsindustrie, den häuslichen Diensten und der Landwirtschaft durch gemeinsame "Wage Councils" Minimallöhne garantieren und gewerkschaftliche Verhandlungen vorbereiten sollte¹¹⁰.

Mit der organisatorischen Stärkung der Gewerkschaften ging zugleich eine Politisierung einher, die sich in Forderungen nach erweiterten sozialen Leistungen, Vollbeschäftigung und demokratischer Planung niederschlug. Ein auf dem T.U.C. 1944 in Blackpool aufgestelltes Rekonstruktionsprogramm für die Nachkriegszeit sah eine weitgehende Demokratisierung des wirtschaftlichen Lebens vor - durch Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, öffentliche Kontrolle monopolisierter Industriezweige, einen nationalen Industrierat als zentrales Koordinationsorgan mit lokalen Produktionskomitees, Verbesserung der Konsumgüterproduktion mit Preis- und Qualitätskontrollen und eine nationale Planungs-

behörde vor allem zur Förderung von Sozialinvestitionen¹¹¹. Den weitgehenden innenpolitischen Reformvorstellungen entsprach außenpolitisch die vom T.U.C. vorbereitete Weltgewerkschaftskonferenz vom Februar 1945 in London, deren Delegationen aus der UdSSR und den USA, aus Frankreich und anderen befreiten Ländern Europas, aus China und Indien, aus Lateinamerika, Australien und Afrika mehr als 60 Millionen organisierte Arbeiter repräsentierten. Bald darauf wurde unter maßgeblicher Beteiligung des T.U.C. im Oktober 1945 in Paris der Weltgewerkschaftsbund gegründet, dessen unmittelbare Ziele wie Kampf gegen den Faschismus und Krieg sowie für Frieden und demokratische Rechte aller Völker noch unmittelbar von den Kriegseignissen bestimmt waren, nicht aber von dem seit Kriegsende wieder verstärkt hervortretenden Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital, d.h. aber auch zwischen Sozialismus und Imperialismus.

Der innen- und außenpolitischen Aktivierung der britischen Gewerkschaftsbewegung lag eine politische Aktionseinheit an der gewerkschaftlichen Basis einschließlich der Kommunisten zugrunde, deren von der A.E.U. auf der Parteikonferenz der Labour Party 1945 vorgebrachter Antrag auf Aufnahme nur knapp abgelehnt wurde¹¹². Der militante Wahlkampf der organisierten Arbeiter, von dem die nicht gewerkschaftlich gebundenen Arbeiter und Angestellten zum großen Teil mitgerissen wurden, führte angesichts der extrem antisozialistischen und sowjetfeindlichen Haltung der Konservativen unter Churchill nach Kriegsende zu einem überlegenen Wahlsieg der Labour Party, die gegenüber 1935 über 3,5 Millionen Stimmen gewonnen hatte und nun über 390 Sitze verfügte, während sich die Tories mit 211 Sitzen zufriedengeben mußten und auf die Liberalen, Unabhängigen und Kommunisten 12 Sitze entfielen (vgl. Tabelle 2.7).

Auf der Grundlage dieser überwältigenden Mehrheit und des traditionellen Reformismus der britischen Arbeiterbewegung konnte die dritte Labour-Regierung unter Attlee eine Reihe von innenpolitischen Reformen zugunsten der Arbeiterklasse und der weiteren Demokratisierung der britischen Gesellschaft durchsetzen, die von den Konservativen in den 50er Jahren partiell wieder abgebaut, aber nicht mehr beseitigt werden konnten.

Von unmittelbarem gewerkschaftlichen Interesse waren die Aufhebung der antigewerkschaftlichen Gesetzgebung von 1927 und der dadurch wieder ermöglichte Anschluß der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wie der "Civil Service Clerical Association" und der "Union of Post Workers" an den T.U.C. Die ebenfalls wiederhergestellte gewerkschaftliche Verhandlungsfreiheit sollte eine besondere Bedeutung auf der Grundlage der Vollbeschäftigung gewinnen, die für die britische Arbeiterklasse nach zwei Jahrzehnten der Massenarbeitslosigkeit eine erstrangige wirtschaftspolitische Errungenschaft darstellte. Das gleiche traf auf sozialpolitischer Ebene für den schon 1942 unter dem Arbeitsminister Bevin von dem Liberalen Beveridge entworfenen Plan einer umfassenden Sozialversicherung¹¹³ und die Reform des Erziehungswesens in der "Education Bill" von 1944 zu, die von der Labour-Regierung fortgeführt wurden: einmal in der Verbesserung des Erziehungsgesetzes für Arbeiterkinder, zum anderen im öffentlichen Gesundheitsdienst ohne Versicherungscharakter und den einzelnen Maßnahmen der Sozialversicherung. Nach einer Untersuchung von Seebohm Rowntree konnte durch die Auszahlung von Geburtenbeihilfen und Kindergeldern, die Unterstützung von Schwangeren, Kranken und Arbeitslosen, Altersbeihilfen, Witwen- und Sterbegeldern, Hilfen bei Betriebsunfällen, Berufskrankheiten und Invalidität usw. der Anteil der in Armut

Lebenden beträchtlich gesenkt werden - zwischen 1936 und 1950 von 31,1 % auf 2,77 %¹¹⁴. Die zum Teil vorbildlichen sozialstaatlichen Leistungen mußten jedoch weitgehend durch die zwischen 1938/39 und 1951/52 von 397 Millionen Pfund auf 1,9 Mrd. Pfund erhöhten indirekten Steuern von den Lohnabhängigen im Sinne eines "solidarischen Ausgleichs" selbst aufgebracht werden.

Noch deutlicher kamen die reformistischen Schranken der Labour-Regierung an dem schon 1918 konzipierten Nationalisierungsprogramm der Labour Party zum Ausdruck, nach dem der Kohlenbergbau, die Elektrizitäts- und Gasindustrie, die Eisen- und Stahlerzeugung, das Verkehrswesen und die Bank von England verstaatlicht wurden. Der nicht-proletarische Klasseninhalt der Verstaatlichungsmaßnahmen zeigte sich schon daran, daß die Konservativen bereits zwischen den beiden Weltkriegen mit der öffentlichen Kontrolle der später von der Labour-Regierung verstaatlichten Industriezweige begonnen hatten. Dies betraf im wesentlichen Industrien, die entweder verfielen wie Bergbau und Eisenbahn, oder riesiger Neuinvestitionen bedurften wie Gas und Elektrizität. Während die gerade noch profitablen Sektoren wie Eisen- und Stahlindustrie wieder reprivatisiert oder wie das Öl im Energiesektor von vornherein nicht verstaatlicht wurden, mußte der Staat für die unrentabel gewordenen Industrien einmal überhöhte Entschädigungssummen an die früheren Eigentümer zahlen, zum anderen die finanziellen Mittel für die fällige Rationalisierung von Industrien bereitstellen, deren Leistungen wiederum zu Vorzugspreisen von den privaten Monopolen in der verarbeitenden Industrie genutzt wurden¹¹⁵.

Daß mit dieser dreifachen Belastung der öffentlichen Hand durch überhöhte Entschädigungen, Rationalisie-

rungsmzuschüssen bzw. Neuinvestitionen und billige Sondertarife sich die ursprünglichen Nationalisierungs Vorstellungen als Etappe zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung ins Gegenteil verkehren mußten, war den Arbeiterorganisationen weniger bewußt geworden als den in den betreffenden Industrien beschäftigten Arbeitern, die von niedrigen Löhnen und Freisetzungen in verstärktem Maße bedroht waren. Dem entsprach auch, daß die Mitbestimmungs- und Kontrollforderungen der Gewerkschaften wegen der angeblich "mangelnden Reife der Arbeiter" zurückgewiesen wurden, wohl aber einige Gewerkschaftsführer in die hochdotierten Posten der öffentlichen Unternehmen einrückten¹¹⁶. Allerdings mußte der T.U.C. 1950 feststellen, daß der Anteil von 7 Gewerkschaftsfunktionären in den verstaatlichten Industriezweigen bei 43 Unternehmervertretern, 9 Regierungsbeamten, 4 Offizieren und 9 anderen Fachleuten äußerst gering geblieben war. Die sozialen und finanziellen Belastungen der "Sozialisierung der Verluste" durch die Labour-Regierung zeugten zwar von den zunehmenden Verwertungsschwierigkeiten des britischen Monopolkapitals und von der objektiven Notwendigkeit einer sozialistischen Transformation, stellten realiter aber nur im formalen Sinne einen Einbruch in die kapitalistische Produktionsweise dar.

So widersprüchlich wie das innenpolitische Reformprogramm der Labour-Regierung war ihre Außenpolitik. Zwar wurde die auf der Tagesordnung stehende Auflösung des Kolonialreiches beschleunigt, indem 1947 Indien, Pakistan, Ceylon und Burma die Unabhängigkeit gewährt wurde. Zugleich wurde aber von Bevin die Interventionspolitik Churchills zugunsten des königlich-faschistischen Regimes in Griechenland fortgeführt, ein jahrelanger Kolonialkrieg in Malaysia für die Besitzer der Kautschukplantagen und Zinn-

gruben begonnen, in Indonesien und Palästina interveniert, Streiks in den Kolonien Goldküste und Nigeria blutig niedergeschlagen¹¹⁷. Die antikommunistische Kontinuität der Außenpolitik der Labour Party legte bei der sich verschlechternden wirtschaftlichen Situation bereits den Grundstein für die wachsende Abhängigkeit von den USA, zu deren außenpolitischen Erfüllungsgehilfen die Labour-Regierung in Europa werden sollte. Das bedeutete aber, daß die weitere Politik der britischen Arbeiterorganisationen seit 1947 durch zwei voneinander abhängige Tendenzen bestimmt wurde: Der strikt konstitutionelle, im Rahmen des kapitalistischen Systems verbleibende Reformismus der britischen Arbeiterbewegung mit seiner latent antikommunistischen Ausrichtung bereitete trotz erheblicher sozialstaatlicher Reformen den Boden für die Restauration des durch den Zweiten Weltkrieg weiter geschwächten britischen Imperialismus, der angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in immer größere Abhängigkeit von den USA geriet¹¹⁸.

Die strukturelle Krisensituation des britischen Imperialismus trat in dem chronischen Zahlungsbilanzdefizit und den periodischen Pfundkrisen in Erscheinung. Die für Großbritannien unerläßlichen Rohstoffe und Lebensmittelimporte konnten bei den sinkenden Kapitalinvestitionen im Ausland, den kriegsbedingten Verlusten in der Schifffahrt und den eingeschränkten Finanzoperationen der Londoner City und vor allem bei den hohen überseeischen Militärausgaben nicht mehr durch Warenexporte ausgeglichen werden. Abgesehen von den sich zwischen 1946 und 1951 noch von 3,75 Mrd. Pfund auf 4,38 Mrd. Pfund vergrößernden Schulden gegenüber dem Sterling-Block, mußte die britische Regierung eine Anleihe von 4,4 Mrd. Dollar aufnehmen, als die USA unerwartet alle Lieferungen nach dem Pacht- und Leihgesetz im August 1945 einstellten¹¹⁹. Damit war die vor einer Finanzkrise

stehende Labour-Regierung faktisch den USA ausgeliefert - ein Tatbestand, den der Außenminister Bevin zur Anerkennung der "absoluten Führungsrolle der USA" verklären sollte. Da Großbritannien einen großen Teil seiner Handelsflotte, Devisenbestände und Auslandsguthaben an seinen wichtigsten Kriegslieferanten eingebüßt hatte und bei der Versorgung der eigenen Bevölkerung und der Besatzungsgebiete auf amerikanische Hilfe angewiesen war, mußte die britische Regierung schrittweise ihre außenpolitische Unabhängigkeit und ihr innenpolitisches Reformprogramm aufgeben. Das bedeutete für die reformistischen Arbeiterorganisationen, insbesondere für die Labour-Regierung und den sie stützenden T.U.C., aber:

- Mitwirkung an militärischen Maßnahmen gegen die Sowjetunion mit hohen Rüstungsausgaben, Eintritt in den Brüsseler Pakt und die NATO, in der gerade Portugal die Grundsätze der Demokratie verteidigen sollte;
- Zustimmung zum Marshall-Plan, der die kapitalistische Wirtschaft in Westeuropa restaurierte und den Hinauswurf der Kommunisten aus den vom Widerstand gegen den Faschismus geprägten Koalitionsregierungen in Frankreich, Italien und Belgien bedingte;
- Zustimmung zur endgültigen Spaltung Deutschlands auf der Londoner Konferenz, die unter Ausschluß der Sowjetunion tagte. Verbot der vom nordrhein-westfälischen Landtag beschlossenen Vergesellschaftung der Montanerzeugung, die in Großbritannien selbst noch verstaatlicht wurde;
- Unterstützung und Durchführung von militärischen Aktionen gegen kolonialrevolutionäre Befreiungsbewegungen in Indonesien und Indochina, im Nahen Osten und Mittleren Osten usw.;
- Spaltung des Weltgewerkschaftsbundes durch den T.U.C. auf Drängen der amerikanischen Gewerkschaften.

Der antisowjetischen Stoßrichtung der britischen Arbeiterführung entsprach innenpolitisch eine anti-kommunistische Hexenjagd gegen Kommunisten und Sympathisanten, die wie schon in den 30er Jahren von Funktionärsposten in den Gewerkschaften und lokalen Gewerkschaftsräten ausgeschlossen wurden. Diese Beschlüsse des Generalrates des T.U.C. waren vor allem von Arthur Deakin (T.G.W.U.) und Tom Williamson (N.U.G.M.W.) mit Unterstützung von dem Präsidenten der Bergarbeitergewerkschaft, William Lawther, und dem Generalsekretär der Eisen- und Stahl-arbeitergewerkschaften, Lincoln Evans, durchgesetzt worden¹²⁰.

Mit der Zurückdrängung der zunehmend kommunistisch orientierten klassenkämpferischen Basis in den Gewerkschaften konnte der Generalrat auf den Kongressen der folgenden Jahre noch wirkungsvoller die Regierungspolitik sanktionieren, indem er Vorschläge zur effektiveren Einsetzung der Arbeitskräfte und Produktionseinrichtungen machte, die Aufgabe von angeblich restriktiven Arbeitspraktiken forderte und gemeinsame Beratungsgremien mit dem Management befürwortete. In einem anglo-amerikanischen Produktivitätsausschuß orientierte sich der T.U.C. an der Rolle der amerikanischen Gewerkschaften bei der Erhöhung der industriellen Produktivität in den USA¹²¹. Um der Erhöhung der Produktion und der Beschränkung des Anstiegs der Reallöhne willen verzichtete der Generalrat auch auf die Aufhebung der streikfeindlichen Verordnung 1305 und anderer restriktiver kriegsbedingter Maßnahmen in der Industrie. Entsprechend versuchte die Labour-Regierung, als im Juli 1947 die britischen Dollarreserven dahinschmolzen, die sich abzeichnende Währungskrise auf Kosten der Arbeiterklasse zu lösen, die schon Anfang des Jahres anlässlich der Energiekrise zur Kasse gebeten war.

So sollten die Lohnerhöhungen, die Einfuhren einschließlich der Lebensmittelimporte und der Bau von Wohnungen, Schulen und Krankenhäusern eingeschränkt werden. Trotz der zögernden Haltung gegenüber Lohnbeschränkungen stimmte der T.U.C. schließlich auf einer Konferenz der Gewerkschaftsexecutiven für die einkommenspolitischen Maßnahmen, die bei der Verschlechterung der Zahlungsbilanz 1949 und der Abwertung des Pfund Sterling mit der Einwilligung der Gewerkschaftsführungen noch verschärft wurden¹²².

Die einkommenspolitischen Maßnahmen kamen der britischen Exportindustrie zugute, die den britischen Anteil am Weltexport von 7,41 % im Jahre 1945 auf 9,58 % im Jahre 1951 steigerte¹²³. Der dadurch mitbedingte Anstieg der Industrieproduktion um 45 % zwischen 1946 und 1951 fand vor allem in den durch die Kriegsproduktion technologisch fortgeschrittenen Industrien wie Maschinenbau, Schiffbau, Elektromaschinenbau und chemische Industrie statt, die nahezu alle Produkte auf dem Weltmarkt absetzen konnten. Als Deutschland und Japan ihren unmittelbaren Wiederaufbau abgeschlossen hatten und ihre Exporte allein zwischen 1950 und 1951 verdoppelten¹²⁴, verschlechterten sich zwar die Konkurrenzbedingungen für den britischen Kapitalismus, der aber durch die Pfundabwertung und den amerikanischen Koreakrieg eine Atempause erhielt. Dabei spielten die Rüstungsausgaben eine entscheidende Rolle, die 1950 bereits über 800 Millionen Pfund und etwa 1,1 Mrd. Pfund 1951 ausmachten. Im gleichen Jahr verabschiedete die Labour-Regierung ein gigantisches Aufrüstungsprogramm mit Militärausgaben von 4,7 Mrd. Pfund in den folgenden drei Jahren, die sich nur mit Steuererhöhungen und verringerten Sozialausgaben, also auf Kosten der arbeitenden Klasse, bezahlen ließen. So waren im Budgetjahr 1951/52 auf ein verausgabtes Pfund Sterling immerhin noch 9 Shilling und 3 Pence für soziale Zwecke und für militärische 4 Shilling und

3 Pence entfallen, die mit den militärischen Belastungen im folgenden Budgetjahr auf 7 Shilling anstiegen¹²⁵. Zugleich wurden die Ausgaben für Wohnungsbau, Bildungszwecke und das Gesundheitswesen drastisch eingeschränkt, um weitere finanzielle Mittel für die beschleunigte Aufrüstung freizumachen, mit der wiederum die schon durch die Pfundabwertung angestiegenen Lebenshaltungskosten ebenso wie die unternehmerischen Profite hochschnellten.

Der konzentrierte Angriff von Monopolkapital und Staat auf den sozialen Besitzstand der werktätigen Bevölkerung machten die Schranken der reformistischen Orientierung einer Labour Party offenbar, von deren ursprünglichen Wahlprogramm des Jahres 1945 und Mittelweg zwischen Kapitalismus und Kommunismus unter der Losung des "demokratischen Sozialismus" nicht viel übrig blieb. Je mehr die monopolkapitalistischen Verwertungsbedingungen und die imperialistischen Ambitionen der herrschenden Klasse die Politik der Labour-Regierung bestimmten, um so mehr mußten sich die Widersprüche in der Arbeiterbewegung vertiefen. Diese traten auf verschiedenen, miteinander verflochtenen Ebenen zutage: einmal als wachsende Kluft zwischen Labour-Regierung und Arbeiterklasse, zum anderen als verschärfte Spannungen in den Gewerkschaftsapparaten, was wiederum zur Fraktionsbildung in der parlamentarischen Labour Party und Parteiführung beitrug.

Auf die verschlechterten Lohnbedingungen antworteten die britischen Arbeiter mit einer deutlich steigenden Streikaktivität im Maschinenbau, Eisenbahnenwesen und vor allem im Bergbau, auf den zum Teil mehr als die Hälfte der Streikenden entfielen. Der häufig spontane Widerstand kulminierte in den Kämpfen der Hafenarbeiter, die schon 1945 bei ihren Minimalforderungen nach einem Grundlohn von 25 Shilling täglich, einem bezahlten Urlaub von jährlich zwei

Wochen, einer 40stündigen Arbeitszeit in der Woche und verbesserten Sozialleistungen bei den schweren Arbeitsbedingungen einer Einheitsfront von Unternehmen, Labour-Regierung und der eigenen Gewerkschaftsführung gegenüberstanden. Der schließlich erfochtene Teilsieg im Hafenarbeiterstreik zeugte von der traditionellen Solidarität der britischen Hafenarbeiter, die sich im Sommer 1948 mit Massenstreiks gegen disziplinarische Maßnahmen der Hafenbehörde wehrten. Dieser Streik wurde erst abgebrochen, als die Regierung Notstandsgesetze erließ, den Ausnahmezustand verkündete und Truppen zur Niederschlagung des Ausstandes in die Häfen entsandte. Bereits ein Jahr darauf kam es wiederum zu Massenaktionen der Londoner und Liverpools Dockarbeiter, die sich mit streikendem kanadischen Seeleuten solidarisierten. Ihren Höhepunkt erreichten die Kämpfe der Hafenarbeiter, als nach einigen Streiks um Lohnforderungen sieben Mitglieder der Streikleitung nach der Vorordnung 1305 verhaftet wurden. Angesichts des Widerstandes der Hafenarbeiter mußte zunächst die Anklage fallengelassen und bald darauf im August 1951 die Verordnung selbst aufgehoben werden, auf Grund derer 1950 noch zehn streikende Gasarbeiter zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden waren¹²⁶.

Die wachsende Kampfbereitschaft der gewerkschaftlichen Basis, vor allen in der Metallindustrie und im Eisenbahnwesen, führte schließlich zur Ablehnung der Politik der Lohnbeschränkung auf dem T.U.C. in Brighton. Damit ging zugleich eine ansteigende gewerkschaftliche Opposition gegen die T.U.C. - und Labourführung einher, deren reaktionäre Innen- und Außenpolitik von dem demokratischen Alternativprogramm der Kommunistischen Partei "The British Road to Socialism" in Frage gestellt wurde, das mit den in wenigen Monaten verkauften 200 000 Exemplaren

eine verhältnismäßig große Popularität erlangte¹²⁷. So begannen die Eisenbahner-, Metallarbeiter- und Elektrikergewerkschaften für eine von den amerikanischen Kriegsvorbereitungen unabhängige Außenpolitik zu votieren - für Frieden in Korea, gegen die japanische und deutsche Wiederaufrüstung, für Chinas Eintritt in die Vereinten Nationen und eine Friedenskonferenz. Dadurch stieg auf dem T.U.C. 1951 - verglichen mit der Ablehnung der Weltfriedensbewegung ein Jahr zuvor - der Widerstand gegen die amerikanische Kriegspolitik und das britische Aufrüstungsprogramm stark an. Die Gefährdung des nach 1945 erreichten sozialpolitischen Fortschritts führte schließlich zum Rücktritt des Arbeitsministers Aneurin Bevan und des Handelsministers Harold Wilson, die allerdings die Notwendigkeit der Aufrüstung nicht prinzipiell ablehnten¹²⁸.

Die innerparteiliche Konfliktsituation war durch die arbeiterfeindliche Politik der regierenden Labour Party hervorgerufen worden, die schon bei den im Februar 1950 anstehenden Unterhauswahlen erhebliche Verluste hatte hinnehmen müssen, während die Kommunistische Partei nur etwas über 90.000 Stimmen erhielt¹²⁹. Bei dem rapiden Aufwärtstrend der Preise - der offizielle Preisindex stieg von 113 im Februar 1950 auf 129 im Oktober 1951¹³⁰ - mußte ein überzeugender Wahlsieg der Labour Party ausbleiben, so sehr sich auch die militante gewerkschaftliche Basis einschließlich der Kommunistischen Partei einsetzte, die nur 10 Kandidaten aufstellte und sich für eine konsequente Friedenspolitik aussprach. Trotz der auf knapp 14 Millionen Stimmen angestiegenen Wählerzahl verlor die Labour Party die Unterhauswahlen nicht nur wegen der ungünstigen Wahlkreiseinteilung, von der die selbständigen Mittelschichten und die gehobene Angestelltenschicht auf Kosten der in geschlossenen Vierteln zusammengeballten Industriearbeiterkollektive begünstigt

wurden. Vielmehr zeigte der knappe Wahlsieg der Konservativen, daß sich die weitgehende Anpassung an monopolkapitalistische Interessen und kleinbürgerliche Mentalitäten nicht auszahlten. Die Stimmenverluste bei den folgenden Wahlen in den 50er Jahren (vgl. Tabelle 2.7) zeugten von den inneren Widersprüchen in den britischen Arbeiterorganisationen, in denen eine stärker werdende Minorität um die traditionellen reformistischen Positionen kämpfte, ohne bei der eigenen Zersplitterung eine sozialistische Alternative entwickeln zu können. Das wurde noch dadurch erschwert, daß die schon mit dem Beginn des Kalten Krieges aus einigen Gewerkschaften wie der T.G.W.U. verdrängte Kommunistische Partei zwei weitere Rückschläge hinnehmen mußte, die ihren politischen Handlungsspielraum beeinträchtigten. Der Ungarn-Aufstand führte zum Austritt zahlreicher Parteimitglieder, die zum Teil wie die führenden Funktionäre in der militanten E.T.U., Les Cannon und Frank Chapple, antikommunistische Positionen einnahmen. Es gelang ihnen in einer jahrelangen Kampagne, mit Unterstützung von Presse und Fernsehen, die kommunistische Führung mit dem Vorwurf der Wahlfälschung 1961 zu stürzen¹³¹. Trotz der hiermit verbundenen Schwächung der klassenbewußten Teile in der britischen Gewerkschaftsbewegung war mit der Wahl von Frank Cousins zum Nachfolger von Deakin in der T.G.W.U. ein entscheidender Einbruch in den reaktionären Block T.G.W.U., N.U.G.M.W., N.U.M. erfolgt, der bis Mitte der 50er Jahre Gewerkschaftskongreß und Parteitag mit seinen 2,3 Millionen Stimmen gegenüber den knapp 1,4 Millionen Stimmen der drei großen gemäßigten linken Gewerkschaften A.E.U., N.U.R., U.S.D.A.W. souverän beherrscht hatte, so sehr sich auch die um die Zeitschrift "Tribune" scharende Bevan-Gruppe dagegen gewehrt hatte¹³².

Die Auseinandersetzungen auf Gewerkschaftskongressen und Parteikonferenzen der 50er Jahre konzentrierten

sich im wesentlichen auf zwei strittige Problemkomplexe: einmal auf die verschiedenen Varianten staatlicher Einkommenspolitik, zum anderen auf die vielfältigen Aspekte der Verteidigungspolitik, ob es sich um kolonialpolitische Eingriffe, die westdeutsche Wiederaufrüstung, die Herstellung und Verwendung von Wasserstoffbomben oder gar um die gesamte Verteidigungskonzeption handelte. Dabei konnten die oppositionellen Kräfte einige Erfolge erringen. So sicherte nur eine plötzliche Kehrtwendung der Holzarbeitergewerkschaft der Parteiführung 1954 eine geringe Mehrheit für die westdeutsche Wiederaufrüstung¹³³, während auf dem T.U.C. 1959 die Einrichtung amerikanischer Raketenstützpunkte in Großbritannien mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wurde. Die Beteiligung von Bevan und Wilson am Schattenkabinett Gaitskells nach der Wahlniederlage 1955 hatte die parteiinterne Opposition in der Verteidigungsproblematik nur kurzfristig desorientieren können, denn auf Gewerkschaftskongreß und Parteikonferenz 1960 wurde die offizielle Verteidigungspolitik der Parteiführung ebenso verworfen wie die im Rahmen der NATO-Strategie konzipierte nukleare Aufrüstung¹³⁴. Da zugleich die von Gaitskell nach der Wahlniederlage von 1959 beabsichtigte Streichung der traditionellen Sozialisierungsklausel verhindert werden konnte, war zwischen der parlamentarischen Mehrheit und der Mehrheit auf dem Parteitag eine bisher nicht gekannte Kluft entstanden, die von der heterogenen, nur sporadisch einheitlich agierenden Opposition aber nicht zum Aufbau einer alternativen Programmatik genutzt wurde. Daher gelang es der Parteiführung immer wieder, die punktuellen Niederlagen entweder zu revidieren oder den linken Flügel zu integrieren. Das zeigte der Parteitag 1961 mit der Annahme der Verteidigungskonzeption der Parteiführung ebenso wie die Wahl des "gemäßigten Linken" Harold Wilson zum Nachfolger des 1963 verstorbenen Gaitskell.

Dieser Integration der parteiinternen Opposition kamen die Spielregeln des britischen Parlamentarismus entgegen, nach denen der Premier das Kabinett, die Regierung die Parlamentsfraktion und diese die Parteiorganisation beherrschen. Wenn die Labour Party auch traditionell an die Beschlüsse des Parteitages und seine - aber von der Executive manipulierte - Öffentlichkeit gebunden ist, so hatte selbst der ehemalige Exponent der Parteilinken Bevan, wie zuvor schon Attlee und später Wilson¹³⁵, die Aufgabe der parlamentarischen Fraktion darin gesehen, die Politik des Parteitages im Rahmen des gegebenen parlamentarischen Systems zu interpretieren¹³⁶. Diese eher formelle Verselbständigung der Parteiführung von ihrer Mitgliederbasis wurde allerdings dadurch gefördert, daß Parteitag und selbst die parlamentarische Fraktion zunehmend durch die direkten Verhandlungen des Generalrates des T.U.C. mit der staatlichen Administration und dem Kabinett überspielt wurden. Insofern sank auch das Interesse der Gewerkschaftsführung, aus den eigenen Reihen Spitzenfunktionäre in das Parlament zu schicken, die zum Teil nicht einmal mehr an den wichtigen Konferenzen ihrer Gewerkschaften teilnahmen oder deren Beschlüsse akzeptierten. Entsprechend erklärte sich der Generalrat des T.U.C. nach der Wahlniederlage der Labour Party im Jahre 1951 zu einer engen Zusammenarbeit mit der neuen konservativen Regierung bereit, die den sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen der etablierten Gewerkschaftsführungen bereitwillig entgegenkam. So wurde die Beteiligung der Gewerkschaftsspitzen an zahlreichen Regierungsausschüssen sukzessive von 12 im Jahre 1939 über 60 unter Labour 1949 auf 81 unter den Konservativen im Jahre 1954 erweitert¹³⁷. Bezeichnend für diese stillschweigende Kooperation sollte der oft zitierte Ausspruch eines hohen Gewerkschaftsfunktionärs werden, daß er nur den Tele-

fonhörer abzunehmen brauche, um den zuständigen Minister zu sprechen¹³⁸. Unter der Hand übernahm der Generalrat des T.U.C. die gängigen wirtschafts-politischen Maximen einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz, eines stabilen Wachstums und vor allem einer erforderlichen Produktivitätssteigerung. So bekräftigte der Stahlarbeiterführer auf dem T.U.C. 1961 den Verantwortungswillen der Gewerkschaften: "Wenn wir die Möglichkeit haben, bei der Erhöhung der Produktivität zu kooperieren, dann wollen wir es tun. Wir werden unsere Forderungen aufstellen; aber laßt uns zuerst demonstrieren, daß wir verantwortlich sind und Verantwortung übernehmen wollen"¹³⁹. Das sollte an der Teilnahme von Vertretern des T.U.C. an dem von der konservativen Regierung eingerichteten "Economic Development Council" ebenso deutlich werden wie in dem Eintritt zahlreicher hoher Gewerkschaftsfunktionäre in den öffentlichen Dienst.

Die Zusammenarbeit mit dem monopolkapitalistischen Management in der staatlichen Administration führte zu einer entsprechenden ideologischen Anpassung, die zwangsläufig eine weitere Erosion der noch verbliebenen sozialistischen Restbestände zur Folge hatte. So versuchte der Parteiführer Hugh Gaitskell nach der Wahniederlage von 1959 die berühmte Klausel vier des Parteiprogramms aus dem Jahre 1918 zu streichen, die das gesellschaftliche Eigentum an Produktions-, Verteilungs- und Austauschmitteln propagierte. Die hier noch vorgesehene vollständige Nationalisierung hatte er bereits in dem 1956 veröffentlichten Aufsatz "Socialism and Nationalism"¹⁴⁰ mit dem Hinweis abgelehnt, daß Vollbeschäftigung ohnehin erreicht und die Macht der Kapitaleigentümer durch die Gewerkschaften stark begrenzt sei. Dabei unterstellte er, daß Forderungen nach Nationalisierungen und Arbeiterkontrolle zum Teil mit dem Wunsch kleiner Arbeitergruppen verbunden seien,

sich auf Kosten der Gemeinschaft zu bereichern¹⁴¹. Hiermit zeichnete er den Weg vor, an dessen Ende die Nationalisierung nur noch ein Mittel unter anderen sein sollte, um Vollbeschäftigung, größere Gleichheit und vor allem höhere Produktivität zu erreichen. Wenn es bei dem Protest der Majorität der Gewerkschaften und Wahlkreise auch nicht gelang, die Klausel vier zu streichen, so konnte sie dennoch in zwölf Bestimmungen verwässert werden, in denen das Nebeneinander von öffentlichen und privaten Unternehmen bestätigt wurde. Entsprechend hatte schon der auf dem Parteitag 1957 vorgelegte Bericht "Industry und Society" die Entscheidungskompetenz des Managements von den monopolkapitalistischen Eigentumsverhältnissen gelöst¹⁴², um letztlich die soziale Funktion der Großunternehmen gegenüber den Beschäftigten, Konsumenten und der Allgemeinheit überhaupt zu postulieren - ein Schnittpunkt sozialdemokratischer und konservativer Ideologie unter technokratischem Vorzeichen.

Damit kündigte sich der Übergang der einst reformistischen Labour-Führung zum Rationalisierungspersonal der herrschenden Klasse an - ein nahezu die Spaltung provozierender Integrationsprozeß, der von dem ehemals linken Bevan-Anhänger Harold Wilson als Premierminister der Labour-Regierungen 1964-70 praktisch vollzogen werden sollte. Bereits vor dem Wahlsieg der Labour Party hatte er in einem Artikel für die Encyclopaedia Britannica die "Bedeutung des britischen Sozialismus" vor allem darin gesehen, die Probleme der wirtschaftlichen Dynamik zu lösen¹⁴³. Durch wirtschaftspolitische Maßnahmen wie Steueranreize und öffentliche Forschungs- und Entwicklungsausgaben sollten insbesondere die metallverarbeitenden Exportindustrien modernisiert werden. Zur zentralen Aufgabe des Sozialismus in Großbritannien wird nach Wilson daher die Förderung der wissenschaftlichen Ausbildung, die Mobilisierung

der wissenschaftlichen Forschung und die Anwendung der Wissenschaft in der Industrie. Die naive Identifikation von Wissenschaft und Sozialismus im Interesse der Konkurrenzfähigkeit des britischen Monopolkapitals durch den früheren Bevan-Anhänger Wilson offenbarte insgesamt einen beträchtlichen Substanzverlust der Linken in der Labour Party, in der während der Nachkriegskonjunktur auch die Elemente der marxistischen Gesellschaftstheorie verblaßt waren, die in der Zwischenkriegszeit von Intellektuellen wie Strachey und Laski¹⁴⁴, aber auch zuletzt von Cole und den Webbs fruchtbar gemacht worden waren.

Eine theoretische Begründung für die revisionistische Strömung in der Labour Party lieferte C.A.R. Crosland¹⁴⁵, der einen ökonomischen Machtverlust der Kapitaleigentümer an das lohnabhängige Management und die staatliche Administration postulierte. Aus der sinkenden Bedeutung des Produktionsmittelbesitzes folgerte er eine durchaus im sozialen Sinne veränderte Rolle des Profits, die eine Einkommensumverteilung zugunsten der abhängig Beschäftigten bewirkt und Armut dauerhaft beseitigt habe. Wenn aber die soziale Verelendung der Klasse der Lohnarbeiter und die ökonomische Macht der Kapitalisten, also gesellschaftliche Ausbeutung und der Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital beseitigt sind, dann kann auch nicht mehr von Kapitalismus und Klassenkampf gesprochen werden. Bei einem kontinuierlichen wirtschaftlichen Wachstum mit Vollbeschäftigung steht die britische Arbeiterbewegung nach Crosland auch nicht mehr vor der Aufgabe gesellschaftsverändernder Eingriffe. Was einer Labour-Regierung zu tun übrigbleibt, sind daher angesichts der Überflußgesellschaft eher technisch verstandene Rationalisierungsmaßnahmen und im ökonomischen Bereich finanz-, steuer- und einkommenspolitische Eingriffe und im sozialen Be-

reich die Durchsetzung größerer Wohlfahrt und Gleichheit durch Demokratisierung des Bildungswesens, Erhöhung des Konsumstandards und erweiterte soziale Leistungen. Da Cósland diese Zielsetzungen schon größtenteils verwirklicht sieht, wird zur vordringlichen Aufgabe für Sozialisten eine möglichst große Ausweitung der individuellen Privatsphäre, der sinnvollen Freizeitgestaltung und der sozialen Verantwortung für kulturelle Werte. Darunter versteht er z.B. die Einrichtung von schöneren Vergnügungsstätten, geschmackvolleren Straßenlampen, Reformen der Scheidungs- und Abtreibungsgesetze, verbesserter Planung von öffentlichen Gebäuden, Städten und Parkanlagen. Daß sich Cósland in diesem Zusammenhang nicht auf Marx, sondern auf Keynes beruft, verwundert ebensowenig wie die abschließende Sentenz in seinem Buch "The Future of Socialism": "Wir wollen nicht in das Zeitalter des Überflusses eintreten, nur um herauszufinden, daß wir die Werte verloren haben, die uns lehren könnten, wie wir ihn genießen sollen"¹⁴⁶.

In dieser ideologischen Standortbestimmung spiegelt sich der Bewußtseinsstand einer liberalen bzw. bürgerlichen Arbeiterpartei, die nach der Generalstreikniederlage in das sich herausbildende monopolkapitalistische Herrschaftssystem integriert wurde. Die britische Arbeiterklasse hatte nach der Niederlage in den chartistischen Klassenkämpfen in gleicher Weise auf den politischen Kampf um die sozialistische Transformation verzichtet. Erst nach dem Verlust des Industriemonopols und im Verlaufe der Großen Depression konnte es wieder sozialistische Ansätze in der bürgerlichen Gesellschaft Großbritanniens geben, die noch immer von ihrem Absatz- und Kolonialmonopol bis zum Ausgang des Zweiten Weltkriegs zehrte. Die periodischen Rezessionen und Währungskrisen deuteten bereits

in der Nachkriegskonjunktur an, daß sich der britische Imperialismus in einer Strukturkrise befand. Diese führte mit dem allgemeinen Abschwung seit Mitte der 60er Jahre zu verschärften Klassenkämpfen, in deren Verlauf sich die britische Arbeiterbewegung zu einer sozialistischen Programmatik vorzuarbeiten beginnt.

3. Daten zur Strukturkrise des britischen Imperialismus und der sozialen Lage der Arbeiterklasse

Von Croslands noch anvisierter Überflußgesellschaft und Wilsons naivem Fortschrittsoptimismus war um das Ende der Regierungsperiode 1964-70 von Labour wenig übriggeblieben. Die Zahl der Arbeitslosen lag bei 500 000 und überschritt 1971 bereits die Millionengrenze. Zugleich verschlechterte sich die soziale Lage der Arbeiterklasse durch die um 8 % steigenden Lebenshaltungskosten. Die beschleunigte Geldentwertung minderte wiederum die internationale Konkurrenzfähigkeit des britischen Kapitalismus, der ohnehin durch ein niedriges wirtschaftliches Wachstum von 1,5 % im Jahre 1970 geschwächt war. Was schlagartig als Stagflation bezeichnet wurde, sollte nach einer Schätzung des "National Institute of Economic and Social Research" auch in den kommenden Jahren die wirtschaftliche Situation Großbritanniens bestimmen¹. Angesichts der Gleichzeitigkeit inflationärer und rezessiver Tendenzen versagte das allgemeine konjunkturpolitische Instrumentarium. Weniger denn je ließen sich Vollbeschäftigung, stabile Preise und kontinuierliches Wachstum gleichzeitig realisieren, ganz zu schweigen von dem gestörten Zahlungsbilanzgleichgewicht. In der Schwäche des Pfund Sterling wurde die prekäre Rolle des britischen Imperialismus offenbar, der nach dem Zweiten Weltkrieg endgültig den Widerspruch zwischen hegemonialem Anspruch und beschränktem wirtschaftlichen Potential überwinden mußte. Den Preis hierfür sollte die britische Arbeiterklasse bezahlen.

3.1. Allgemeine Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung

Die Vorherrschaft der britischen Industrie ging um die Jahrhundertwende verloren, als ihr Produktionsvolumen zunächst von der amerikanischen und später auch der deutschen übertroffen wurde. Der prozentuale Anteil Großbritanniens an der Industrieproduktion der kapitalistischen Länder fiel von 18 % im Jahre 1900 auf 14 % 1913 und 9 % 1937. Gegenwärtig liegt er mit 7 % hinter der Bundesrepublik und neuerdings auch Japan (vgl. Tabelle 2.1)². Mit dem schrittweisen Verlust des Industriemonopols setzte ein kontinuierlicher Verfall des britischen Kapitalismus ein, dessen strukturelle Krisensituation sich allerdings erst nach dem Zweiten Weltkrieg zuspitzen sollte. Das lag zum großen Teil daran, daß die Folgen der Großen Depression durch den Aufbau eines riesigen Kolonialreiches gemildert werden konnten. So wurde der Zusammenbruch des Weltmarktmonopols wenigstens teilweise durch die Monopolstellung im Empire ausgeglichen, in das die Waren- und Kapitalexporten enorm anwuchsen³.

Das Schwinden des Produktionsmonopols trug also zur beschleunigten Gründung eines Kolonialmonopols bei, das wiederum ein geographisch beschränktes Absatzmonopol einschloß, mit dem Großbritannien seine Position als stärkste Welthandelsmacht bis zum Zweiten Weltkrieg halten konnte⁴. Die Abschirmung von der internationalen Konkurrenz bewirkte allerdings ganz im Gegensatz zum deutschen Kapitalismus, daß der Monopolisierungsprozeß in Großbritannien langsamer als bei seinen Konkurrenten voranschritt und der technische Fortschritt stagnierte. Das bedeutete aber, daß die Entwicklung der Produktivkraft der

Arbeit ohne die Antriebskräfte der internationalen Konkurrenz langfristig gehemmt wurde. Für den Wechsel von der dynamischsten zur trägsten Industrielandschaft⁶ zeichneten die Wirkungen des Werkstattmonopols ebenso verantwortlich wie das folgende regionale Absatzmonopol, das zudem mit den steigenden Auslandsinvestitionen das erforderliche Kapital zur Modernisierung der inländischen Produktionseinrichtungen abzog. Damit ist ein Grundproblem des britischen Imperialismus angesprochen, wie es auch der folgende Vergleich der jährlichen Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts per Beschäftigtenstunde deutlich macht:

Bruttosozialprodukt pro Beschäftigtenstunde
Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate

	1870-1913	1913-1950	1950-1960
Frankreich	1,8 ^x	1,6	3,9
Deutschland	2,1	0,9	6,0
Großbritannien	1,5	1,7	2,0
USA	2,4 ^x	2,4	2,4

x = 1871 - 1913

Quelle: Angus Maddison, *Economic Growth in the West, Comparative Experience in Europe and North America*, New York/London 1964, S.37, zitiert nach: Christel Neusüss, *Imperialismus und Weltmarktbewegung des Kapitals*, Erlangen 1972, S.219

Das niedrige Wachstumstempo konnte auch in den 60er Jahren nicht beschleunigt werden (vgl. Tabelle 3.1). In dem Zeitraum 1959 - 1968 erhöhte sich das nominale Bruttosozialprodukt bei einer durchschnittlichen Inflationsrate von 3,4 % nur um 77 %. Noch ungünstiger stellte sich Großbritanniens realer Zuwachs von 32 % im Vergleich zu Frankreich und Italien (64 %) dar. Seit Mitte der 60er Jahre hat sich das nur noch knapp über 2 % liegende Wachstum etwa um

die Hälfte verringert, während die Inflationsrate auf 4 % gestiegen ist. Trotz der beschleunigten Geldentwertung lag selbst das nominale Einkommen pro Kopf der Bevölkerung 1968 mit 1 850 US-Dollar weit unter dem französischen (2 530 US-Dollar)⁷.

Das geringe Wachstum des Brutto sozialprodukts verlief in den einzelnen Wirtschaftssektoren und Industriebereichen unterschiedlich:

Anteil der Wirtschaftssektoren am Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten (zu konstanten Preisen von 1963 in Mio Pfund Sterling)

Sektor	1959 Volum.	Anteil 1968 (in %)	1968 Volum.	Anteil (in %)	Wachstum (in %)
Land-, Forst- u. Fischereiwirt- schaft	854	3,5	1 100	3,5	28,8
Industrie (einschl. Transport u. Ver- kehr)	12 960	53,7	17 440	55,7	34,6
Dienstleistungen (öffentlich u. privat)	10 318	42,8	12 772	40,8	23,6
Bruttoinlands- produkt (nicht korrigiert)	24 132	100	31 312	100	29,8

Quelle: National Accounts of OECD countries,
1950-1968

Im früh industrialisierten Großbritannien war der Anteil der Landwirtschaft am Nationaleinkommen schon 1891 auf 8,6 % zurückgegangen und lag 1900 bereits unter dem Anteil der französischen Landwirtschaft von 1968. Da die britische Landwirtschaft ihre Erträge erstaunlich steigern konnte, mehr als doppelt so stark wie die italienische, blieb ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt zwischen 1959 und 1968 konstant. Dagegen ist der Anteil des Dienstleistungsbereichs

geringfügig gesunken, in dem Handel, Banken und Versicherungen wie auch Gesundheits- und Bildungswesen zugenommen haben. Entscheidend für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist aber die Stellung der Industrieproduktion, deren Wachstum nach dem Zweiten Weltkrieg durch eine anhaltende Knappheit von Arbeitskräften beschränkt wurde⁹. Während in Frankreich, Italien und der BRD Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft, einem zum Teil ausgeprägten Mittelstand, und regionalen Binnenräumen abgezogen werden konnten, war das in Großbritannien bei der hohen Aktivitätsrate der Bevölkerung nur noch in einem sehr begrenzten Maße möglich. Das hat einmal zu einer geringen Produktivitätssteigerung im internationalen Vergleich beigetragen, zum anderen unter sektorspezifischem Gesichtspunkt zu einer stärkeren im verarbeitenden Bereich, dessen Produktivität sich wesentlich schneller als im Dienstleistungssektor erhöhte¹⁰. So ist der Output in der Industrieproduktion trotz sinkender Beschäftigungsziffern zwischen 1956 und 1966 um 35,6 % gestiegen, im Handel dagegen nur um 26 %¹¹.

Die einzelnen Industriezweige haben sich unterschiedlich entwickelt. Während z.B. der Produktionsausstoß in der Nahrungsmittelindustrie zwischen 1907 und 1948 nur um 50 % anwuchs, vervierfachte er sich im Maschinenbau und der chemischen Industrie. Dies hatte zur Folge, daß sich in dem gleichen Zeitraum der prozentuale Anteil der Bekleidungs- und Nahrungsmittelindustrie in der Fabrikbeschäftigung von 50 % auf 30 % verringerte, und der Anteil der Metallindustrie einschließlich der chemischen Industrie von 34 % auf 52 % stieg¹². Dieser Trend setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg fort. Während die extraktiven Industrien im Zeitraum 1959-1968 um 17 % schrumpften, dehnte sich der Energiesektor mit 66 % am schnellsten aus. Neben dem Baugewerbe mit 40 % ist noch die

weiterverarbeitende Industrie insgesamt mit 37 % überdurchschnittlich gewachsen, deren Anteil an der Industrieproduktion zwei Drittel ausmacht. Die in den angeführten Daten offenbar werdende Verlagerung der Industriezweigstruktur spiegelte sich wiederum in der inneren Gliederung der Arbeiterklasse, den unterschiedlichen Arbeits- und Lebensbedingungen ihrer verschiedenen Abteilungen und der Streikaktivität.

3.1.1. Ursachen der strukturellen Schwäche

Für die geringe Produktivität der britischen Wirtschaft werden in der bürgerlichen Presse, Sozialwissenschaft und Politik in der Regel gewerkschaftliche Lohnforderungen, Streiks und restriktive Arbeitspraktiken verantwortlich gemacht. Gerade die im Mittelpunkt der Kritik stehenden "wilden Streiks" machen jedoch nur einen winzigen Bruchteil der durch Unfälle, Krankheit und Arbeitslosigkeit verlorenen Arbeitstage aus. So standen 1964 z.B. 300 Millionen durch Krankheit und Arbeitsunfälle nur 2 Millionen durch Streiks verlorene Arbeitstage gegenüber. Im Jahre 1967 kamen täglich 1 991 Arbeitsunfälle auf 9 Streiks. Durch Arbeitskämpfe gingen 1968 etwa 4,7 Millionen Arbeitstage verloren, aber 146 Millionen durch Arbeitslosigkeit¹³. Die Liste der Beispiele läßt sich beliebig fortführen. So stellt Turner fest, daß der durch Streiks bewirkte Zeitverlust weniger als 0,1 % der Gesamtarbeitszeit eines Jahres ausmacht¹⁴.

Schon diese Angaben zeigen, wie gering der tatsächliche Produktionsverlust ist, der häufig um ein Vielfaches übertrieben wird. Sei es, daß die bei Arbeitskämpfen eingesparten Lohn- und Materialkosten einfach mitgerechnet werden, sei es, daß die

Differenz zwischen laufender Produktion und einer geschätzten Totalauslastung einfach Streiks zugerechnet werden, obwohl die Kapazitäten selbst im Aufschwung nicht voll ausgelastet sind und im Abschwung beträchtliche Lücken aufweisen. Auf die Gesamtwirtschaft bezogen, lassen sich Produktionsverluste eines einzelnen Unternehmens noch weniger abschätzen, da diese für ein anderes Unternehmen durchaus einen vergrößerten Absatz bedeuten können. Produktionsverluste für einen einzelnen Unternehmer infolge von Arbeitskonflikten brauchen in einer kapitalistischen Marktwirtschaft also keinesfalls einen hypothetisch angenommenen volkswirtschaftlichen Verlust mit sich zu bringen, wie es allerdings gern unterstellt wird¹⁵. Geradezu umgekehrt ist für die Autoindustrie nachgewiesen worden, daß die auffällige Konzentration von verlorenen Arbeitstagen in Perioden sinkender Nachfrage und entsprechender Absatzschwierigkeiten ein Indiz dafür ist, daß die vom Management verlängerten Arbeitskämpfe quasi an Stelle von Freisetzungsen als Regulator des Produktionsausstoßes fungieren¹⁶.

In der vor allem von der bürgerlichen Presse geschürten Kampagne gegen die von der gewerkschaftlichen Streikaktivität angeblich verursachte "Anarchie" und "Disziplinlosigkeit" geht es weniger um die vorgegebenen realen Produktionsverluste. Vielmehr soll die gewerkschaftliche Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse zur Verteidigung ihres Lebensstandards gebrochen werden, wie es durch die antigewerkschaftliche Gesetzgebungsversuche von der Labour Party bis zu den Konservativen versucht wurde (vgl. den Abschnitt 4.2.3.). Zugleich geht es in der von den politischen Instanzen und etablierten Sozialwissenschaft vertretenen Klassenpositionen darum, die grundlegenden Ursachen der Stagnation des britischen

Imperialismus zu verschleiern, die in einigen Aspekten dargestellt werden sollen.

Der geringe Produktivitätszuwachs der britischen Industrie läßt sich im wesentlichen auf eine niedrige Investitionsquote zurückführen, deren Anteil am Bruttosozialprodukt im letzten Jahrzehnt nur zwei Drittel des französischen und westdeutschen und etwa vier Fünftel des schon niedrigen italienischen Anteils ausmachte. Es ist zwar gelungen, den Anteil der Bruttoanlageinvestitionen seit 1950 auf Kosten eines verringerten Anteils von Konsum- und Staatsausgaben kontinuierlich zu erhöhen - von 1950 - 54 auf 11,7 %, 1955 - 59 auf 13,9%, 1960 - 64 auf 16,5 % und 1965 - 68 auf 18,5 %¹⁷; doch blieben die jährlichen Wachstumsraten des Outputs pro Beschäftigten zwischen 1955 und 1968 im Vergleich zu den hauptsächlichen Konkurrenten sehr niedrig:

	Vereinigte Königreich	USA	BRD	Frankreich	Italien	Japan
Produktions- ausstoß pro Be- schäftigten	2,4	2,5	4,4	5,1	6,0	8,6

Quelle: The Growth of Output 1960 - 1980, OECD, S. 35

Das lag zum Teil daran, daß in Großbritannien in den 50er Jahren die Erweiterungsinvestitionen gegenüber den Rationalisierungsinvestitionen überwogen, da die umfangreichen Produktionsanlagen im Gegensatz zu den kriegszerstörten Ländern nur in begrenztem Maße ersetzt wurden. Dadurch kam es partiell zu der widersprüchlichen Situation einer sinkenden Kapazi-

tätsauslastung bei angespanntem Arbeitsmarkt.

Für die unzureichende Investitionsquote zeichnet vor allem der hohe private Kapitalexport verantwortlich. So betrug der private Kapitalexport von 1914 zeitweilig mehr als 8 % des Bruttosozialprodukts; die Auslandsinvestitionen übertrafen zu dieser Zeit die Bildung von fixem Kapital im Inland. Nach dem Zweiten Weltkrieg blieb Großbritannien hinter den USA der zweitgrößte Kapitalexporteur:

Auslandsinvestitionen der führenden kapital-exportierenden Länder (in Prozent)

	1914	1930	1960
Großbritannien	50,3	43,8	24,5
Frankreich	22,2	8,4	4,7
Deutschland	17,3	2,6	1,1
Niederlande	3,1	5,5	4,2
Schweden	0,3	1,3	0,9
USA	6,3	35,3	59,1
Kanada	0,5	3,1	5,5

Quelle: Harry Magdoff, Das Zeitalter des Imperialismus, Frankfurt am Main 1970, S. 54.

Zwischen 1946 und 1964 wurden etwa 5 Mrd. Pfund exportiert, die jährliche Höhe schwankte zwischen einem Viertel und einem Drittel der inländischen Neuinvestitionen¹⁸. Von 1964 - 1968 war der private Kapitalabfluß mit 1,9 Mrd. Pfund größer als die westdeutschen Anlagen im Ausland. Die britischen Direktinvestitionen erreichten 1969 die Höhe von 531 Mio Pfund, der gesamte private Kapitalexport lag bei 617 Mio Pfund.

Dem außerordentlich hohen Kapitalexport als einem konstitutiven Grundelement des britischen Imperialismus entsprechen die hohen Rüstungsausgaben, die mit einem Anteil von 7,6 % am Bruttosozialprodukt

(zu Faktorkosten) nur von den USA übertroffen werden, während andere NATO-Länder wie die BRD mit 4,8 % und Italien mit 3,4 % oder gar Japan wesentlich niedriger lagen. Dabei spielen die überseeischen Militärausgaben von 6 Milliarden US-Dollar zwischen 1958 und 1967 eine besondere Rolle¹⁹. Diese sind trotz des Abbaus einiger im Ausland stationierter Truppenkontingente zwischen 1950 und 1965 um 179 % gestiegen²⁰. Nach einem leichten Rückgang in den letzten Amtsjahren der Wilson-Regierung, erreichten sie 1970 mit 280 Millionen Pfund Sterling wieder einen Rekord²¹. Während die militärischen Auslandsausgaben zum chronischen Defizit der Zahlungsbilanz beitrugen, verzögerten die überdurchschnittlich hohen Rüstungsaufwendungen die dringend erforderliche Modernisierung der britischen Industrie, da die vorhandene Produktionskapazität stark in Anspruch genommen wurde - gegen Ende der 50er Jahre zu etwa 70 % im Flugzeugbau, 35 % in Radiotechnik und Elektronik, 26 % im Schiffbau und in der metallverarbeitenden Industrie insgesamt 11 %²². Das bedeutet aber, daß gerade die technologisch fortgeschrittenen Produktionsgüter- und Investitionsgüterindustrien Großbritanniens wesentlich von der Rüstungsproduktion bestimmt sind, mit der sich die Produktionsstruktur zu verändern beginnt. Eine zentrale Rolle spielen dabei staatliche Forschungs- und Entwicklungsausgaben im militärischen Bereich, die in Großbritannien zwischen 50 % und 60 % der gesamten Forschungs- und Entwicklungsausgaben ausmachen²³. Da nur ein geringer Prozentsatz dieser Ausgaben der Grundlagenforschung zukommt, wird die indirekte Wirkung auf den zivilen technischen Fortschritt nahezu bedeutungslos²⁴.

Die rüstungswirtschaftlich bedingte Veränderung der Produktionsstruktur verändert die monetäre Gesamtnachfrage, da in einer ausgelasteten Wirtschaft der

private Verbrauch ebenso wie die private Investitionstätigkeit gehemmt wird. Bei verlangsamtem wirtschaftlichem Wachstum findet eine Umverteilung der Geldeinkommen auf den Rüstungswirtschaftlichen Sektor statt. Dadurch wird auf den Verbrauchsgütermärkten ein Nachfragesüberhang geschaffen, der wiederum den inflationären Trend ankurbelt. Dieser Zusammenhang zeigte sich besonders deutlich bei der Steigerung des Rüstungsetats 1951 um 36 %, wodurch sich das Sozialprodukt nominal zwar um 10,4 %, real aber nur um 2,5 % erhöhte. Der durch die hohen Rüstungsausgaben bewirkte Inflationsschub impliziert in jedem Fall eine Umverteilung der gesamtgesellschaftlichen Mehrwertmasse zugunsten der monopolistischen Großkonzerne²⁵.

Die steigenden Lebenshaltungskosten ziehen Lohnforderungen nach sich, die den ständigen Kaufkraftverlust ausgleichen sollen. Dadurch entsteht ein Kostendruck, der bei der geringen Investitionsquote nicht von Produktivitätssteigerungen aufgefangen wurde. Wenn die steigenden Lohnkosten bei einer exportorientierten Wirtschaft auf die Preise überwältzt werden, muß die internationale Konkurrenzfähigkeit zwangsläufig sinken²⁶. Daher sollen die Indizes der Exportpreise, der Großhandelspreise, der Lohnkosten und der Produktivität der wichtigsten Industrieländer miteinander verglichen werden:

Die Entwicklung der Exportpreise, Großhandelspreise, Lohnkosten und der Produktivität für Fertigwaren in der BRD, Italien, Japan, Vereinigtes Königreich und den USA im Zeitraum 1953 - 1965 (1953 = 100)

	Export- preise je Export- einheit	Groß- handels- preise	Lohnkosten je Produktivität einheit	Produktivität
BRD	110	118	139	182
Italien	81	107,9	122,6	201,6
Japan	85,2	105,3	112,6	227,7
Vereinigtes Königreich	123,1	125,9	142,2	140,5
USA	123,6	113,8	102,8	149

Quelle: Günther Maaß, Die Rolle des Pfund Sterling in der Weltwirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg, Tübingen 1968, S. 119

Daß die Verschlechterung der britischen Wettbewerbsfähigkeit nicht ursächlich auf die relativ hohen Lohnkosten zurückgeführt werden kann, wird besonders in der Zeitspanne 1959 bis 1965 deutlich, in der sie in Großbritannien um 15,6 %, in Japan aber um 21,7 % und in der BRD um 26,8 % stiegen. Da diese Länder einen höheren Produktivitätszuwachs mit 36 % (BRD) und 78 % (Japan) erzielten, brauchten sie die Lohnkosten nicht in gleichem Maße auf die Preise zu überwälzen. So waren im nahezu gleichen Zeitraum 1958 - 66 die Exportpreise der britischen Industrieprodukte um jährlich 2 % gestiegen, die amerikanischen aber nur um 1 % und die französischen um knapp 0,8 %, die italienischen und japanischen sogar um 1 % gesunken²⁷. Das mußte sich in den Exportziffern niederschlagen. Während sich die westdeutschen Ausfuhren von Fertigwaren um 260 %, die japanischen um 460 % und die italienischen um 500 % zwischen 1954 und 1965 erhöhten, nahmen die britischen

nur um 87,9 % zu. Das bedeutete einen kontinuierlichen Rückgang des britischen Anteils an den Weltexporten von 8,8 % auf 7 % in dem angegebenen Zeitraum²⁸. Besonders hoch waren die Verluste bei Industriewaren in den USA und vor allem im Sterling-Gebiet, in dem nach dem Abbau diskriminierender Handelsbeschränkungen in der Form mengenmäßiger Importrestriktionen der Marktanteil der EWG-Länder und Vereinigten Staaten beträchtlich zunahm. Das hat mit dazu beigetragen, daß der prozentuale Anteil Großbritanniens an der Weltausfuhr im Vergleich zu seinen hauptsächlichen Konkurrenten weiter gesunken ist - zwischen 1966 und 1969 von 7,8 % auf 6,1 %²⁹.

Die Kombination von niedrigen Investitionsquoten mit einem entsprechend geringen Produktivitätszuwachs und einem starken Anstieg der Exportpreise hatte die jährliche Wachstumsrate der Exporte heruntergedrückt - ein Zusammenhang, der in der folgenden Tabelle offenbar wird:

Vergleich der Investitionsquote, der Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts und des Exportvolumens sowie der Anstieg der Exportpreise wichtiger kapitalistischer Industrieländer, 1955 - 1968

Land	Investitionsquote am BSP	Jährliche Wachstumsrate des BSP	Jährliche Wachstumsrate des Exportvol.	Steigerung der Exportpreise von 1963 - 1968
Japan	23,9	10,2	13,7	5,9
Bundesrepubl.	18,8	5,1	9,0	1,7
Frankreich	17,0	5,7	7,9	5,5
Italien	14,3	5,5	14,2	2,5
Vereinigtes Königreich	13,1	2,8	3,2	17,6
USA	12,4	4,0	5,5	10,7

Quelle: The Growth of Output 1960-1980, OECD, Dezember 1970, S. 46, 59, 112.

Mit den fallenden Exporterlösen verstärkten sich die seit dem Zweiten Weltkrieg chronischen Zahlungsbilanzschwierigkeiten, die nicht mehr durch die Finanzgeschäfte der Londoner City³⁰ ausgeglichen werden konnten. Die britische Handelsbilanz wies bereits seit Jahrzehnten Defizite auf, wie die folgenden Beispiele³¹ zeigen:

Jahr	1910	1913	1924	1935	1958	1964
Defizite (in Mio. Pfund)	-142	-158	-341	-275	-424	-553

Für den Ausgleich der negativen britischen Zahlungsbilanz hatten die Überschüsse der Dienstleistungsbilanz eine entscheidende Rolle gespielt, die bis 1914 noch die britischen Kapitalexporte mitfinanzieren konnten. Erst mit der Weltwirtschaftskrise trat eine Wende ein, die mit der Veräußerung zahlreicher Auslandsguthaben zur Kriegsfinanzierung 1946/47 sogar zu negativen Salden der Dienstleistungsbilanz führte. Daß diese nicht mehr eine ausgleichswirksame Höhe erreichten, lag zum Teil an den erhöhten staatlichen Ausgaben für militärische Zwecke³².

Die Entwicklung der Zahlungsbilanz des Vereinigten Königreichs in bestimmten Perioden 1946 - 1966
(in Mio. Pfund)

	1946-52	1953-59	1960-66
Saldo der Handelsbilanz	-2061	- 826	-1698
Saldo der Dienstleistung.	+1415	+1843	+1063
Saldo der laufenden Posten	- 646	+1017	- 635
Saldo des langfristigen Kapitalverkehrs	- 486	-1251	-1127
Grundbilanz	-1132	- 234	-1762

Quelle: Günther Maaß, Die Rolle des Pfund Sterling in der Weltwirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg
Tübingen 1968

Aus dem permanenten Defizit der Grundbilanz, abgesehen von den Jahren 1952 und 1956-58 wird deutlich, daß die Überschüsse der Dienstleistungsbilanz nicht mehr zur Finanzierung der hohen Kapitalexporte und überseeischen Rüstungsausgaben - einschließlich der zahlungsbilanzwirksamen Devisenausgaben britischer Truppen in der BRD³³ - ausreichten. Geringfügige Verschlechterungen in der Handelsbilanz, begleitet durch ungünstige Ergebnisse in der Dienstleistungsbilanz und im langfristigen Kapitalverkehr konnten Zahlungsbilanzkrisen wie 1951/52, 1955, 1960/61 und 1964/67 auslösen. Zugleich führte die anhaltende Zahlungsbilanzschwäche zu spekulativen kurzfristigen Kapitalbewegungen, die ebenfalls Währungskrisen wie 1947, 1949 und 1956/57 zur Folge hatten. Die labile Stellung des Pfund Sterling war ein untrügliches Zeichen dafür, daß Großbritanniens traditionelle Rolle als Mittelpunkt eines weitgespannten Netzes von Märkten und Rohstoffen, als Handels- und Finanzzentrum zu Ende ging³⁴.

3.1.2. Das staatliche Krisenmanagement

Die strukturelle Schwäche des britischen Imperialismus war in den letzten Jahrzehnten in dem chronischen Zahlungsbilanzdefizit und den periodischen Währungskrisen in Erscheinung getreten. Um den weiteren Bedeutungsverlust des Pfund Sterling als regionaler Reservewährung für das Sterlinggebiet neben dem dominierenden Dollar und als Handelswährung für einen Teil der "Nicht-Sterling-Welt"³⁵ zu verhindern, war die staatliche Wirtschaftspolitik zu einem ständigen Krisenmanagement gezwungen (vgl. die tabellarische Übersicht 3.4). Dieses kurierte an den Symptomen, ohne den Widerspruch zwischen

hegemonialem Anspruch und beschränktem ökonomischem Potential lösen zu können. Die kurzfristigen Erfolge brachten langfristig jedoch gegenteilige Wirkungen hervor.

Um das Pfund als Reservewährung attraktiv zu machen, griffen die britischen Nachkriegsregierungen häufig zu deflationistischen Maßnahmen und Erhöhungen des Diskontsatzes. Dadurch wurden ausländische Spekulanten angelockt und sonstige kurzfristige Guthaben als Bankdepositen nach London gezogen, die der britischen Wirtschaft als zusätzliche Investitionsmittel dienten. Kurzfristige Anleihen für langfristige Kapitalanlagen und die Belastung durch Zahlungsverpflichtungen gegenüber ausländischen Kapitalanlegern erhöhten das Risiko einer Währungskrise. Jeder Vertrauensschwund in die Stabilität des Pfundes drohte bei stärkeren Defiziten in der Zahlungsbilanz eine Fluchtbewegung der Gläubiger auszulösen. Die außerordentlich hohen kurzfristigen Schulden und die nach dem Zweiten Weltkrieg auf über 3,5 Mrd. Pfund angestiegenen Sterling-Verbindlichkeiten waren nur von unzureichenden Währungsreserven um 1 Mrd. Pfund gedeckt (vgl. Tabelle 3.5)³⁶. Daher ließ sich der Sterlingpreis gegenüber dem Verkaufsansturm nur durch Stützungskredite des Internationalen Währungsfonds und verschiedener Zentralbanken halten, die zwischen 1964 und 1968 etwa in der Höhe von 5 Mrd. US-Dollar lagen. Für seine längst überfällige Gläubigerrolle als Weltbankier zahlt Großbritannien mit einer wachsenden Verschuldung beim internationalen Finanzkapital, die seinen politischen Handlungsspielraum immer mehr einengt:

Großbritanniens Nettoverpflichtungen in Mio
Pfund Ende Juni 1968

Sterling Zone	2.172
Andere Länder	1.314
Internat.Organisationen	2.136
Nettoverpflichtungen insges.	5.633
Gold- und Devisenreserven des Sterling-Pools	1.118

Quelle: Vivian Anthony, Britain's Overseas Trade,
London 1969, S. 80;
siehe auch: Neue Zürcher Zeitung, 11.9.1968,
zitiert in Elmar Altvater, Die Weltwäh-
rungskrise, Frankfurt/Main 1969, S.51

Angesichts der permanenten Zahlungsbilanzschwäche drehte sich die britische Wirtschaftspolitik buchstäblich im Kreise³⁷. Dem Abbau der britischen Devisenreserven wurde in der Regel mit deflationistischen Maßnahmen begegnet, die auf eine Steigerung der Exporte und Drosselung der Importe zielten. Erhöhte Zinssätze sollten den Abfluß der Devisen stoppen, angehobene Verbrauchssteuern die Inlandsmärkte verengen. Der erwartete Exportboom blieb aber infolge des niedrigen Produktivitätszuwachses der britischen Wirtschaft aus, zumal die verteuerten Investitionskredite die schon geringe Investitionsneigung der britischen Unternehmer noch mehr abschwächten. Wurden die Verbrauchsfesseln im zyklischen Aufschwung gelockert, ließen die bei steigenden Preisen einströmenden Importe die Handelsbilanz ins Defizit abrutschen. Die alternative Dämpfung oder Stärkung der Nachfrage in der Stop-Go-Policy brachte schließlich Wachstumsverluste mit sich, ohne den inflationären Trend zu bremsen:

Zyklische Entwicklung und "Stop-and-go-Politik"
in Großbritannien, jährliche Steigerung in Prozent

Zeitraum	Wachstum der Industrie- prod.	Wachstum der nicht-indu- striellen Prod. (Schät- zungen)	Wachstum des Bruttoinland- produkts
	(jahreszeitlich bereinigt: feste Preise, Jahresraten)		
IV/1965-III/1958 (33 Monate)	0	2,0	1,0
III/1958- I/1960 (18 Monate)	9,1	4,0	6,4
I/1960- I/1963 (36 Monate)	0	1,9	1,0
I/1963- I/1965 (24 Monate)	8,3	4,1	6,0
I/1965-III/1967 (30 Monate)	0,4	1,9	1,2
III/1967-III/1969 (24 Monate)	5,0	1,8	3,0
III/1969- I/1970 (6 Monate)	2,0	1,2	1,5

105 Monate "stop", 66 Monate "go"

Quelle: Großbritannien und die EWG, DWI-Forschungs-
hefte, 4/1970, S. 39

Die Übersicht macht deutlich, daß den konjunkturellen Aufschwüngen weitaus längere Stagnationsphasen folgten. Diese sind teilweise das Ergebnis einer restriktiven Wirtschaftspolitik, mit der sich die Bedingungen der Kapitalverwertung in Großbritannien verschlechtert haben. Gelang es zunächst die Sterlingkrisen von 1947-52 mit Importrestriktionen, Abwertung und geldpolitischen Eingriffen einzudämmen, so wurde seit 1955 ein Bündel von Maßnahmen ergriffen. Statt Importrestriktionen und Abwertung des Pfundes versuchte man das Zahlungsbilanzproblem mit fiskal- und geldpolitischen Mitteln zu lösen, die ab 1963 durch einkommenspolitische Maßnahmen ergänzt wurden. Zunächst sollten vergleichbar den französischen Indikativplanungen Orientierungshilfen für die unternehmerischen Investitionsentscheidungen und Produktionsprogramme ausgegeben werden, die allerdings nach anfänglichen Erfolgen das Zahlungsbilanzdefizit von 543 Mio. Pfund 1964 infolge einer 15 %igen

Importsteigerung ebenso wenig verhindern konnten wie später der "National Plan" der Labour-Regierung³⁸. Die verstärkten staatlichen Regulierungsmaßnahmen gingen in steigendem Maße auf Kosten der lohnabhängigen Majorität. Bei relativer Vollbeschäftigung machte der inflationäre Trend potentielle Reallohn-erhöhungen zunichte; in den restriktiven Phasen hat die Arbeiterklasse mit hohen Arbeitslosenzahlen, Verbrauchssteuern und Lohnstopps für die Zahlungsbilanzdefizite aufkommen müssen. Das wurde besonders deutlich, als die britische Regierung nach dreijähriger Deflationspolitik das Pfund im November 1967 um 14,3 % abwertete. Um den so geschaffenen Spielraum für größere Exporte zu erweitern, wurde die Inlandsnachfrage durch eine Erhöhung der indirekten Steuern und gekürzte Staatsausgaben, vor allem aber durch einen gesetzlich verordneten Lohnstopp eingeschränkt (vgl. den Abschnitt 4.2.2). Da die Kombination aus Pfundabwertung und gedrosselter Inlandnachfrage im Jahre 1968 noch nicht zur beabsichtigten Sanierung der Zahlungsbilanz führte, verschärfte sich das Problem der Währungsverschuldung, zumal die britische Wirtschaft von einer starken Expansion des Welthandels betroffen wurde³⁹. Erst im darauffolgenden Jahr konnte mit plus 387 Mio. Pfund der höchste Zahlungsbilanzüberschuß der Nachkriegszeit und ein beschleunigter Abbau der Schulden gegenüber den internationalen und ausländischen Währungsbehörden erreicht werden⁴⁰. Der Preis dafür bestand allerdings in steigenden Arbeitslosenziffern und einer sich verstärkenden Stagflation,

In der langjährigen Deflationspolitik ist es dem britischen Kapitalismus zwar gelungen, die relativ hohen Konsum- und Staatsausgaben am Brutto-sozialprodukt zugunsten der inländischen Kapitalbildung zu senken. Doch schlug sich das noch nicht

in entsprechenden Exportvorteilen gegenüber den europäischen Konkurrenten nieder (vgl. Tabelle 3.6). Deshalb versuchte die britische Regierung den Konsumsektor und die öffentlichen Ausgaben weiter einzuschränken. Verteuerte Sozialleistungen zugunsten einer verringerten Unternehmenssteuer wie verbesserter Abschreibungsbedingungen sollten die Finanzierungsmittel für produktive Industrieinvestitionen bereitstellen. Dem waren schon Mitte der 60er Jahre selektive Investitionsanreize für die wachsenden Exportindustrien und zur Verbesserung der Regionalstruktur vorausgegangen, die von einer ganzen Reihe von Finanzierungshilfen flankiert wurden. Diese erstreckten sich auch auf eine intensivere Ausbildung des Managements und Umschulung der freigesetzten Arbeitskräfte, vor allem aber auf Forschungs- und Entwicklungsaufgaben, deren Gesamtsumme mit einem Anteil von 2,3 % am Brutto-sozialprodukt erheblich über den Ausgaben anderer europäischer Staaten lag⁴¹. Als Teilelemente einer mittelfristigen Wachstumspolitik mit verschiedenen Planungsgremien sollten sie eine langfristige Kosten- und Investitionsplanung der britischen Monopole fördern.

In den verschiedenen Phasen des staatlichen Krisenmanagements zeichnete sich ein Ausbau der staatlichen Regulierungsmaßnahmen ab, die von der nachfragelenkenden Konjunkturpolitik über die planmäßige Einkommenspolitik bis zur produktionssteuern- den Strukturpolitik reichten. Da es aber nicht gelang, die seit den 50er Jahren kontinuierlich fallende Profitrate zu stabilisieren⁴², begannen Monopolkapital und Staat mit einem verschärften Angriff auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse, was zunächst von der Labour-Regierung eingeleitet und dann von den Konservativen

fortgesetzt wurde (vgl. vor allem den Abschnitt 4.2). Dabei ging es vor allem um eine Senkung der Lohnquote durch einkommenspolitische Maßnahmen und steigende Arbeitslosigkeit, die bei der gestiegenen Kampfkraft der Arbeiterklasse von staatlichen Repressionsmaßnahmen ergänzt wurden. Die auf juristischem Wege beabsichtigte Integration der Gewerkschaften und staatliche Zwangsregulierung der Löhne sollten die notwendigen Finanzierungsmittel zur Modernisierung des britischen Imperialismus freimachen, der sich nach Westeuropa umzuorientieren beginnt.

3.1.3. Zur Neuorientierung des britischen Monopolkapitals

Die Modernisierung des britischen Kapitalismus bleibt solange Stückwerk, wie das währungspolitische Dilemma auf Kosten wirtschaftlichen Wachstums gelöst wird und dadurch technologisch fortgeschrittene Produktionszweige, insbesondere Luftfahrt und Motorenbau, Elektronik, Atomtechnik und Chemie in ihrer Kapitalverwertung gehemmt werden, die zudem mit ihrer Massenproduktion auf größere Märkte angewiesen sind. Das verlangt eine Neuorientierung des britischen Imperialismus zur EWG, so zögernd diese auch von den traditionellen finanzkapitalistischen Gruppen der City geleistet wird, die allerdings einen Positionswechsel vom Sterling zum Euro-Dollar vollzogen haben⁴³. Gleichzeitig ist mit dem Abbau der kostspieligen Positionen "östlich von Suez" ein allgemeiner Rückzug aus der überkommenen Großmachtrolle eingeleitet worden, dem eine verstärkte politische, militärische und vor allem ökonomische Integration in den europäischen NATO-Flügel entspricht. Wie widersprüchlich dieser Prozeß auch mit neuen Wachstumsverlusten, Zahlungsbilanzdefiziten

und steigenden Lebenshaltungskosten verlaufen mag, der britische Unternehmerverband und die parlamentarischen Fraktionen der beiden großen Parteien haben bis zum Kurswechsel der Labour Party konsequent den Beitritt zur EWG verfochten, auf deren Märkte Großbritanniens wachstumsstarke Exportbranchen angewiesen sind. Denn der Wegfall der diskriminierenden Zollbarrieren verspricht bessere Exportchancen, zumal der Handel in der EWG wesentlich schneller wächst als mit dem Ausland⁴⁴.

Trotz erheblicher Zollbarrieren hat sich die britische Ausfuhr in den Gemeinsamen Markt, aber auch in die USA und EFTA verstärkt. Dagegen ist die handelspolitische Bedeutung der Pfundzone immer mehr gesunken:

Die Ausfuhr Großbritanniens 1966 und 1969 in US-Dollar (Monatliche Durchschnittszahlen)

	Welt	Sterling Zone	EWG	EFTA	USA
1966	1.222,97	374,26	243,73	177,71	151,81
1969	1.459,60	402,10	304,33	215,39	180,78

Quelle: Overall trade by countries, OECD, Januar 1971, S. 112.

Die in dieser Tabelle erfaßte Zeitspanne weist bereits eine beachtliche Verschiebung der Warenströme von den Ländern des Sterlingblocks zu den europäischen Märkten nach. Zwischen 1955 und 1967 ist der Anteil der Pfundzone an der britischen Ausfuhr von 47,0 % auf 30,4 % zurückgegangen, während die Anteile der Freihandelszone von 11,7 % auf 15,1 % und der EWG von 14,0 % auf 19,2 % gestiegen sind⁴⁵. Parallel hierzu sanken die britischen Direktinvestitionen in die Sterlingzone von durchschnittlich 161 Mio. Pfund jährlich zwischen 1963 und 1965 auf 146 Mio. Pfund zwischen 1966 und 1968. Im gleichen Zeitraum erhöhten

sich die britischen Kapitalanlagen in der übrigen Welt von 108 auf 176 Mio. Pfund, in den USA von 23 Mio. Pfund 1965 auf 84 Mio Pfund im Jahre 1968, und in der EWG von 32 auf 73 Mio. Pfund⁴⁶. Mit Direktinvestitionen wurden die hohen Außenzölle überwunden, die besondere Exportanstrengungen erfordern. Die Gewinne aus diesen Anlagen konnten sich zwischen 1962 und 1969 verdoppeln, während sie im Vereinigten Königreich nur um ein Drittel gestiegen waren⁴⁷.

Die ausländischen Tochtergesellschaften bringen den britischen Monopolen zwar hohe Profite ein, verstärken aber zugleich die Stagnationstendenzen in der britischen Volkswirtschaft. Als Ausweg bleibt der Anschluß an die EWG, von dem man günstigere Verwertungsbedingungen für das britische Monopolkapital erwartet, zumal dieses auf eine neue Rolle als westeuropäisches Finanzzentrum zusteuert.

Angesichts der verschärften internationalen Konkurrenz auf dem Gemeinsamen Markt und mit den Wirtschaftsblöcken USA und Japan wird die Konkurrenzfähigkeit des britischen Kapitalismus zum entscheidenden Kriterium staatlicher Wirtschaftspolitik. Noch immer profitiert das in den britischen Markt einfließende US-Kapital von seiner größeren Finanzkraft und dem technologischen Vorsprung in den Wachstumsindustrien. Das hatte sich in Großbritannien, in dem etwa 50 % der Autoproduktion, 80 % der Computerherstellung und 90 % des Landmaschinenbaus in der Hand amerikanischer Monopole sind, in nahezu doppelten Gewinnspannen gegenüber den europäischen Konkurrenten niedergeschlagen⁴⁸. Diese amerikanische Herausforderung stand faktisch hinter der Gründung eines halbstaatlichen Rationalisierungskuratoriums, der Industrial

Reorganization Corporation (I.R.C.), die mit zinsverbilligten Darlehen die Zahl der Fusionen zwischen 1963 und 1968 auf 4 883 Zusammenschlüsse erhöhte. Allein für das Finanzjahr 1969-70 schätzte man die staatlichen Finanzierungshilfen auf 1,15 Mrd. Pfund oder 8 % des öffentlichen Haushalts⁴⁸. Herausragendes Beispiel dieser Zentralisationspolitik war das schrittweise Zusammengehen der britischen Elektrokonzerne zu der Gruppe G.E.C./A.E.I./E.E.

Zu den größten multinationalen Unternehmen, die auch in der EWG Produktionsstätten und Absatzfilialen errichtet haben, gehören u.a. der Chemietrust Imperial Chemical Industries (I.C.I.), der Erdölkonzern British Petroleum (B.P.) und der Kunstfaserkonzern Courtaulds. Nach den british-niederländischen Gruppen Royal Dutch/Shell und Unilever haben sich die Reifenproduzenten Dunlop und Pirelli auf internationaler Ebene zusammengeschlossen. Dadurch entstand der Welt zweitgrößter Reifenproduzent mit drei Viertel Umsatz von dem führenden Konzern Goodyear und einem 30 %igen Marktanteil in Europa. Schon zuvor war auf nationaler Ebene durch die Fusion von Leyland Motor und British Motor zu British Leyland Motor der fünftgrößte Autoproduzent der Welt und das elftgrößte Unternehmen außerhalb den USA gebildet worden. In diesem Zusammenhang zeigt der kürzliche Bankrott von Rolls Royce, wie der stellvertretende Chefredakteur der Financial Times in einem Interview des westdeutschen Fernsehens herausstrich, daß der Staat in den hochtechnologischen Wachstumsindustrien Forschungs- und Entwicklungsaufgaben übernehmen muß und Kooperationsformen im internationalen Maßstab notwendig werden. Entsprechend arbeitet die britische Luftfahrtbehörde mit Sud-Aviation im Concorde-Projekt, außerdem mit Breguet, Turbomeca, Messerschmidt

und Fiat zusammen, hat sich in der elektronischen Industrie ein Mammutkonzern gebildet, an dem deutsche, französische, italienische, britische und amerikanische Firmen beteiligt sind, um nur zwei Beispiele der staatlich geförderten internationalen Zentralisation des Monopolkapitals zu nennen⁵⁰.

Infolge dieser Zentralisation hat sich der Umsatz der zehn größten britischen Unternehmen, ohne die britisch-niederländischen Konzerne mitzurechnen, zwischen 1963 und 1969 verdoppelt. Zugleich ist die Zahl der Beschäftigten um 60 % auf über 1,5 Millionen gestiegen. Das sind etwa 17,4 % der in der weiterverarbeitenden Industrie überhaupt Arbeitenden.

Dem entspricht, daß sich die Zahl der Firmen mit einem Vermögenskapital von 100 Mio. Pfund zwischen 1965 und 1969 von 36 auf 67 erhöht hat. So rangieren unter den 200 größten Unternehmen der Welt (außer den USA) allein 49 britische gegenüber 26 deutschen, 21 französischen und 8 italienischen. Schon in den 50er Jahren war die prozentuale Konzentration des Reinvermögens ganz erheblich:

Unternehmen in der Industrie	1953-54	1957	1961-63
50	24	26,5	33
100	31,5	34	40
500	51	53	64
2000	60	64	75
<u>Weiterverarbeitende Industrie (allein)</u>			
50	37	44	52,5
100	50	55	60
300	66	70	78
1500	87	90	95

Quelle: Michael Barratt Brown, The Controllers of British Industry, in: Can the workers run Industry?, S. 38f.

Die Kapitalkonzentration ist in der weiterverarbeitenden Industrie am weitesten vorangeschritten, in der schon 1963 in den 100 größten Unternehmen ein Drittel der Beschäftigten arbeitete. Vor allem die chemische und metallverarbeitende Industrie, aber auch die Auto- und Elektroindustrie wie Luftfahrt und Computertechnik werden von wenigen Monopolen beherrscht⁵¹. Diese sind auch als Exporteure führend. Bereits 1963 konzentrierten die 35 größten Exportunternehmen etwa ein Viertel der Exporte auf sich und die 300 größten knapp die Hälfte⁵².

Die Zentralisation des Industriekapitals wird von einer weiteren Fusionierung noch der "großen Fünf" Banken- Barclays, Midland, Lloyds, Westminster, National Provincial - begleitet, deren Nettoprofit sich zwischen 1962 - 1967 fast verdoppelt hatten⁵³. Neben diesen Bankmonopolen verzeichnen die Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen eine wachsende Bedeutung. Vor allem die Lebensversicherungsgesellschaften - wie die Prudential mit einem Gesamtvermögen von 1,3 Mrd. Pfund - sind zu Mammutunternehmen geworden, die zu den größten Investoren der Industrie gehören⁵⁴.

Eine wachsende Funktion bei der Sicherung der Monopolprofite und der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion kommt dem staatlichen Sektor zu, der nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Verstaatlichung ganzer Wirtschaftszweige und der raschen Ausdehnung der Sozialleistungen eine neue Qualität gewann. Mit mehr als einem Drittel des Volkseinkommens in Form von Steuern und Beiträgen stellt er eine gesamtwirtschaftliche Regulierungsstelle dar, die als größter Ausgeber, Investor und Unternehmer zugleich eine systemstabilisierende Funktion ausübt.

Waren vor dem Ersten Weltkrieg neben der Post nur einige Fabrikationsbetriebe und Versorgungseinrichtungen in öffentlicher Hand, so wurden 1946 der Kohlenbergbau, Zivilluftfahrt und die Bank von England, 1947 die Elektrizitätsindustrie und das inländische Transportwesen auf Schiene, Straße und Binnenwasserwegen, 1948 die Gasversorgung und 1950 die Eisen- und Stahlindustrie verstaatlicht. Die verstaatlichten Industrien wurden jeweils unter einer zentralen Behörde wie z.B. dem "National Coal Board" zusammengefaßt, die in rechtlich selbständiger Form als "Public Corporations" auftreten und der Kontrolle durch Fachministerium und Parlament unterliegen⁵⁵.

Die verstaatlichten Industrien waren bankrott wie der Kohlenbergbau, oder bedurften riesiger Neuinvestitionen wie die Elektrizitätsindustrie, die von den privaten Eigentümern nicht aufgebracht wurden. Diese wurden großzügig entschädigt und konnten ihr Kapital in gewinnträchtigen Wirtschaftsbereichen anlegen, während die übernommenen Industriezweige auf Kosten der betroffenen Arbeiter und der Gesellschaft insgesamt rationalisiert wurden, um vor allem die verarbeitende Industrie billig mit Energie bzw. anderen Waren beliefern zu können⁵⁶. Das bedeutet faktisch eine indirekte Subventionierung der Privatwirtschaft, die auch in den unterschiedlichen Gewinnspannen zum Ausdruck kam. So machte der durchschnittliche Nettogewinn verstaatlichter Industrien nur ein Drittel der Profite des privaten Monopolkapitals aus⁵⁷. Sind bestimmte Bereiche durch die staatlichen Rationalisierungsmaßnahmen wieder rentabel geworden, steht ihrer Reprivatisierung nichts mehr im Wege, die von der 1970 neu gewählten konservativen Regierung bei Teilen der Luftfahrt und Post eingeleitet wurde.

Die hier nur kursorisch angedeuteten infrastrukturelle Dienstleistungsfunktion des staatlichen Industriesektors bezeichnet den kapitalistischen Klasseninhalt der Verstaatlichungsmaßnahmen, die bisher erst der Form nach auf den Sozialismus weisen (vgl. den Abschnitt 2.4).

3.2. Veränderungen in der Klassenstruktur

Unter dem Hebel einer sich in den 60er Jahren verschärfenden Internationalen Konkurrenz hat sich das Entwicklungsgesetz der kapitalistischen Produktionsweise beschleunigt. Noch zersplitterte Produktionsmittel werden in immer größeren Kapitaleinheiten zentralisiert und ständig neue Gesellschaftsgruppen in Lohnabhängige verwandelt. Diese soziale Umwälzung war im frühindustrialisierten Großbritannien schon im 19. Jahrhundert weit vorangeschritten. Die Mittel- und Übergangsstufen zwischen Lohnarbeitern und Kapitalisten unterlagen auf dem Lande ebenso wie in der Stadt einer fortschreitenden Proletarisierung. So konnte Friedrich Engels bereits Mitte des vorigen Jahrhunderts feststellen, daß die kleine Bourgeoisie in den großen Städten in einer reichen und armen Klasse aufgegangen war⁵⁸. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war der prozentuale Anteil der Lohnabhängigen an der aktiven Bevölkerung schon höher als gegenwärtig in den hochindustrialisierten Ländern wie z.B. der Bundesrepublik (82 %), Frankreich (76 %) oder Italien (68 %)⁵⁹. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg gehörten etwa 90 % der 19 Millionen Erwerbstätigen zur Arbeiterklasse im weiteren Sinne. Das hat sich bis heute - bei 25 Millionen Erwerbstätigen oder knapp 47 % der gesamten Bevölkerung von 55,5 Millionen - nicht wesentlich geändert.

Entwicklung der Klassenstruktur Großbritanniens
von 1911 - 1961

	Zahl der Personen (in Tausend)			Anteil in Prozent		
	1911	1931	1961	1911	1931	1961
Arbeiter	13,685	14,776	14.020	74,6	70,3	59,3
Sonstige Lohnabhängige (Angestellte, Beamte etc)	2.802	4.071	7.212	15,3	19,3	30,6
Höheres Führungspersonal (in Management, Verwaltung etc.)	631	770	1.268	3,4	3,7	5,4
Selbständige (Unternehmer, städt. Mittelschichten, Bauern)	1.232	1.407	1.139	6,7	6,7	4,7

Quelle: George Sayers Bain, The Growth of White
Collar-Unionism, Oxford 1970, S. 12

Die amtliche Statistik verschleierte allerdings in der Gliederung der Erwerbstätigkeit die sozialökonomische Stellung der einzelnen Klassen. In der Kategorie der Selbständigen erscheinen Kapitaleigentümer und Unternehmer monopolistischer Großkonzerne zusammen mit dem dahinsiechenden Kleineigentum in Handel, Handwerk und Landwirtschaft. Das trifft auch für die Kategorie der Unselbständigen zu, unter der Arbeiter, Angestellte und leitende Führungskräfte rubriziert werden. In der formaljuristischen Trennung nach selbständiger und abhängiger Arbeit steht die reale gesellschaftliche Differenz zwischen dem unter lumpenproletarischen Bedingungen lebenden Kleinhändler und Spitzenmanager eines Großunternehmens auf den Kopf⁶⁰. Entsprechend wird häufig in der Analyse der Klassenstruktur nach Berufsgruppen die sich verändernde Rolle im System der gesellschaftlichen Produktion verzerrt. Wenn z.B. die Klasse der Unternehmer und Eigentümer zusammen mit der Schicht der Manager und höheren Verwaltungskader im Jahre 1959 ebenso wie 1911 etwa 10 % der Beschäftigten

in Großbritannien ausmachten, dann bleibt der gesellschaftliche Differenzierungsprozeß innerhalb der herrschenden Klasse verborgen, dessen historischer Verlauf hier nur skizzenhaft angedeutet werden kann.

In der vom Ersten Weltkrieg und wirtschaftlicher Stagnation geprägten Periode 1911 - 1931 war der jeweilige Anteil der Selbständigen und des höheren Führungspersonals an den Beschäftigten bemerkenswert konstant geblieben. Mit der anhebenden Rüstungskonjunktur nach der Weltwirtschaftskrise setzte jedoch eine gegenläufige Entwicklung ein, in der sich die Selbständigen von 1931 bis 1961 um 30 % verringerten und das höhere Führungspersonal um mehr als 45 % erhöhte. Die rapide beschleunigte Zentralisation des Kapitals beschleunigte auf der einen Seite den Verfall der alten ökonomischen Zwischenschichten aus Handwerkern, Kleinhändlern und Bauern, führte auf der anderen aber zu einer weiteren Vergesellschaftung der auf einem bestimmten Produktionsniveau entstandenen Leistungsfähigkeit⁶¹. An die Stelle der unmittelbaren Beziehung zwischen Eigentümer und Lohnarbeitern des früheren Kapitalismus war mit der Entwicklung der kapitalistischen Kooperationsbeziehungen zunächst die organisatorische Trennung von Kapitaleigentum und produktiver Unternehmerfunktion getreten, die an die neu entstehenden Berufe des Prokuristen im kaufmännischen Bereich und des Werkmeister im Produktionsbereich delegiert wurde. Mit dem Übergang vom Konkurrenz- zum Monopolkapitalismus entstand ein Netz von Leitungsfunktionen, das mit der Verwissenschaftlichung der Produktion und zunehmender staatlicher Intervention seit der Weltwirtschaftskrise immer engmaschiger wurde.

Von den 1,3 Millionen Führungskräften gehört allerdings nur ein Teil aus dem oberen Management und den mit ihm verflochtenen Funktionsschichten aus Staatsbürokratie und Militärapparat zur herrschenden Klasse der Kapitaleigentümer, deren Anteil an den 1,1 Millionen Selbständigen nur gering sein dürfte. Dagegen unterliegen die mittleren Führungskräfte einem ständigen Funktionsverlust, je mehr ihre Tätigkeit bei verstärkter Konkurrenz untereinander entwertet und als Detailarbeit austauschbar wird. Wenn sich die Proletarisierung der angestellten Intelligenz auch nicht statistisch genau erfassen läßt, so nähern sich diese, noch mit zahlreichen Privilegien ausgestatteten, lohnabhängigen Übergangsschichten in ihren Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse⁶². Damit bestätigt sich die in Großbritannien nahezu abgeschlossene Tendenz zur Verallgemeinerung der Lohnarbeit, so daß 93 % bis 95 % der aktiven Bevölkerung zur Klasse der Lohnarbeiter gerechnet werden können. Zur Klasse der Lohnarbeiter gehören demnach alle Beschäftigten, die keine Produktionsmittel besitzen und vom Verkauf ihrer Arbeitskraft gegen Lohn oder Gehalt an kapitalistische Unternehmen oder den Staat bzw. diesem zugeordnete Institutionen leben⁶³.

3.2.1. Zur inneren Gliederung der Klasse der Lohnarbeiter

Die Vergesellschaftung des kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozesses auf erweiterter Stufenleiter hat mit der Verallgemeinerung der Lohnarbeit zugleich den Differenzierungsprozeß innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen vorangetrieben. Die Schicht der manuellen Arbeiter überwiegt zwar nach wie vor, doch ist ihr relativer Anteil bei einer konstant gebliebenen absoluten Zahl von etwa 14 Millionen zwischen 1911 und 1961 von 74,6 % auf

59,3 % der aktiven Bevölkerung gesunken. Dagegen hat sich der Anteil der sonstigen Lohnabhängigen von 15,3 % auf 30,6 % - einschließlich der höheren Führungskräfte von 18,7 % auf 35,9 % - verdoppelt. Das läßt sich darauf zurückführen, daß 1. in der verwissenschaftlichten Produktion qualifizierte Arbeitskräfte zur Vorbereitung, Lenkung und Überwachung des Produktionsprozesses benötigt werden, 2. das Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen ausgebaut werden muß, um die Reproduktion der Ware Arbeitskraft auf einem steigenden Qualifikations- und Lebensniveau zu gewährleisten, 3. mit den wachsenden Schwierigkeiten zur Realisation des Mehrwerts zunächst eine schnellere Ausweitung der Zirkulationssphäre, später der staatlichen Regulierungsfunktion erfolgt. Das wird in der Entwicklung der einzelnen Angestelltengruppen deutlich, deren technische, kaufmännische und leitende Abteilungen unterschiedlich gewachsen sind:

Wachstum der verschiedenen Angestelltentätigkeiten in Großbritannien

	Zahl der Beschäftigten (in Tausend)			Anteil an der erwerbstätigen Bevölkerung (in%)		
	1911	1931	1961	1911	1931	1961
Höhere Kader	184	240	817	1,0	1,1	3,0
Mittlere Kader und Techniker	560	728	1.418	3,1	3,5	6,0
Meister u. Inspektoren	237	323	682	1,3	1,5	2,9
Büroangestellte	832	1.404	2.996	4,5	6,7	12,7
Handelsangestellte	989	1.376	1.396	5,4	6,5	5,9

Quelle: George Sayers Bain, S. 12, Research Papers, Nr. 6, Royal Commission on Trade Unions and Employer' Associations, 1967

Der in der imperialistischen Entfaltungsperiode vor dem Ersten Weltkrieg dominierende Anteil der Handelsangestellten hat sich nicht mehr wesentlich verändert, abgesehen von einem beträchtlichen Anstieg in der inflationären Depressionsperiode nach dem Ersten Weltkrieg, als Tabak- und Süßwarenläden ebenso florierten wie Möbel-, Elektro- und Handelswarengeschäfte, vor allem aber die Kaufhäuser mit ihren Filialen⁶⁴. Während der Anteil der Handelsangestellten nach diesem Höhepunkt wieder gesunken ist, verzeichneten alle anderen Angestelltengruppen einen stetigen Anstieg⁶⁵. Unter die wachsende Zahl oberer und mittlerer Positionen in der kapitalistischen Unternehmensführung und staatlichen Administration ist ein Heer von Büroangestellten getreten, deren Anteil mit der zunehmenden Rechnungslegung und Planung im monopolkapitalistischen Verwertungsprozeß zwischen 1911 und 1961 von 4,5 % auf 12,7 % gestiegen ist. Dabei gleicht sich die einst gehobene Büroarbeit im Zuge der Bürorationalisierung immer mehr der Fabrikarbeit an.

Um die Lohnkosten für die Bürotätigkeiten weiter zu senken, werden bevorzugt die überwiegend aus Arbeiterfamilien stammenden Frauen angestellt, deren Anteil sich zwischen 1911 und 1961 von 21,4 % auf 65,1 % erhöht hat. Bei den Handelsangestellten lag er 1961 um 55 %, bei allen Angestelltenstätigkeiten zusammen knapp unter 45 %, bei den Handarbeiten aber nur bei 26 %⁶⁶. Gerade in der verstärkten Eingliederung der Arbeiterfrauen in die unteren und mittleren Angestelltenstätigkeiten wird eine verstärkte soziale Angleichung von Angestellten und Arbeitern deutlich. Dies spiegelt sich auch in der sozialen Herkunft der Büroangestellten, von denen 45 % bei den Frauen und 41 % bei den Männern aus Arbeiterfamilien stammen⁶⁷.

Der schnelle Anstieg der Büroangestellten wird aber von zwei weiteren Gruppen nach dem Zweiten Weltkrieg übertroffen: von den akademisch ausgebildeten Angestellten im staatlichen Bereich und der technischen Intelligenz in der Produktionssphäre. Entsprechend überschritt die Zahl der Studenten Mitte der 60er Jahre eine halbe Million, von denen der größte Teil an Pädagogischen und Technischen Hochschulen ausgebildet werden. Wenn 21 % der Studenten Erziehungswissenschaften, 19 % Ingenieurwissenschaften und Technik und 12 % Naturwissenschaften studieren, dann wird bei dem sinkenden Anteil der Geistes- und Sozialwissenschaften unübersehbar, daß der Arbeitsmarkt der Graduierten von der wachsenden Nachfrage nach vom Staat angestellten Lehrern und der Industrie angestellten technischen Intelligenz beherrscht wird.

Mit der wachsenden Bedeutung der allgemeinen Qualifikation der Arbeitskraft und ihrer technischen Anwendung im besonderen hat sich der Anteil der aus der Arbeiterklasse stammenden Studenten drastisch auf über 30 % erhöht. Vereinfacht läßt sich zur sozialen Zusammensetzung der Studenten sagen, daß die Gebühren zahlenden Oberschichten an den Universitäten, vor allem in "Oxbridge", ihr Herrschaftswissen vermittelt bekommen und die Frauen aus der Arbeiterklasse an den wesentlich schlechter ausgestaffierten Pädagogischen Hochschulen und die Männer an den Technischen Hochschulen ihre Berufsausbildung erhalten. Selbst an den Universitäten stammten in den ingenieurwissenschaftlichen Fächern mehr als ein Drittel aller Studenten aus Arbeiterfamilien, ein weiteres Viertel aus Angestelltenfamilien und ein Fünftel aus Akademikerfamilien⁶⁸.

Die Klassenherkunft der Studenten und ihr Platz im System der gesellschaftlichen Arbeit als Lohnempfän-

ger bestimmt immer mehr ihre wachsende Bedeutung in den Klassenauseinandersetzungen der 60er Jahre. In diesem Zusammenhang soll weniger auf die angestellte Intelligenz im Bereich des öffentlichen Dienstes, als vielmehr auf die wissenschaftlich-technische Intelligenz im besonderen und die technischen Angestellten im allgemeinen eingegangen werden, deren prozentualer Anteil mit der Verwissenschaftlichung der Produktion rapide anstieg. Von 1921 bis 1961 hat sich die Zahl der Techniker um 376 Prozent, der Ingenieure und Wissenschaftler um 688 Prozent und die der technischen Laboranten um 1820 erhöht:

Das Wachstum der Zahl der Wissenschaftler und Ingenieure, Techniker und technischen Laboranten in Großbritannien, 1921-1961 (in Tausend)

	Wissenschaft- ler u. Ingeni- eure	Techniker	Technische La- boranten
1921	48	38	5
1931	71	59	11
1951	187	130	69
1961	378	181	96

Quelle: Bain, S. 15

Der juristischen Zuordnung nach sind die Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker zwar Angestellte, nach ihrer ökonomischen Funktion aber produktive Arbeiter, die mit den Wartungs- und Instandhaltungskräften einen integrierten Produktionsprozeß steuern. Dabei findet zwischen den Arbeiter- und Technikergruppen eine Angleichung in den Arbeits- und Lohnbedingungen in dem Maße statt, wie beide Gruppen den monopolkapitalistischen Verwertungsbedingungen unterworfen werden, wie der Zusammenhang von Rolls-Royce deutlich gezeigt hat.

Das beschleunigte Wachstum der technischen Angestellten vollzieht sich in den einzelnen Industriezweigen unterschiedlich. Deutlich heben sich dabei - abgesehen vom Schiffbau - die exportintensiven Wachstumsindustrien wie Chemie, Elektrotechnik und Fahrzeugbau heraus, in denen 1964 etwa 25 % der Angestellten zum ingenieur-technischen Personal gehörten. In den niedergehenden Industriezweigen wie Bekleidungs- und Lederindustrie war der prozentuale Anteil der technischen Angestellten dagegen mit 4 % sehr gering. Umgekehrt verhielt es sich mit den kaufmännischen Angestellten, deren Anteil in den technologisch fortgeschrittenen Industrien mit großen Betriebseinheiten zwar abnimmt, in der Industrie insgesamt aber durchweg zwischen 45 % und 60 % schwankt⁶⁹.

Der produktionstechnische Fortschritt spiegelt sich allgemein in dem kontinuierlichen Anstieg der Industrieangestellten, deren Zahl in der weiterverarbeitenden Industrie wesentlich schneller wuchs als die Zahl der manuellen Arbeiter, die allerdings auch heute noch den Kern der Arbeiterklasse bilden.

Beschäftigung in der weiterverarbeitenden Industrie,
1907 - 1968

	Zahl in Tausend		Anteil in %		Wachstum sind	
	Arbeiter	Angest.	Arbeiter	Angest.	Arbeiter	Angest.
1907	4.557	394	92,0	8,0	100	100
1935	4.679	696	87,1	12,9	103	177
1963	6.017	1.881	76,2	23,8	132	477
1968	6.454	2.267	74,0	26,0	141	575

Quelle: Bain, S. 16, Employment and Produktivity
Gazette, Jan. 1970, S. 32.

Dabei entwickelt sich der prozentuale Anteil der Angestellten in den einzelnen Industriezweigen höchst unterschiedlich. Während er in den Textil-, Leder- und Bekleidungsindustrien 1969 bei 15 % lag, war er in den Wachstumsindustrien mehr als doppelt so hoch: 39,1 % in der Chemie, 32,8 % in der Elektronik, 28,8 % im Fahrzeugbau.

Es läßt sich verallgemeinern, daß mit der Veränderung der materiell-technischen Basis des Produktionsprozesses ein wachsender Teil der Lohnabhängigen nicht-manuelle Tätigkeiten ausführt. Die wissenschaftliche Durchdringung der Produktion erfaßt nicht nur ihre stoffliche Grundlage in der Substitution von Grundstoffen und der Entwicklung neuer Energiequellen, sondern auch die Arbeitsmittel in der fortschreitenden Mechanisierung und Automation. Dabei beginnt sich der Schwerpunkt der menschlichen Arbeit vor, neben und hinter den Produktionsprozeß zu verlagern. Die Zunahme der vergegenständlichten über die lebendige Arbeit und die wachsende Bedeutung der geistigen gegenüber der körperlichen Arbeit im Bereich der unmittelbaren Produktion führt nicht nur zur Zunahme der vermittelnden Fähigkeiten der wissenschaft-technischen Intelligenz, sondern auch zur Veränderung der Zusammensetzung der Industriearbeiter als traditionellen Kern der Arbeiterklasse.

Zahl und prozentualer Anteil der manuellen Arbeiter an der aktiven Bevölkerung, 1911 - 1951

Arbeiter	1911		1932		1951	
	Zahl in Tsd.	Anteil in %	Zahl in Tsd.	Anteil in %	Zahl in Tsd.	Anteil in %
gelernt	5.608	30,6	5.619	26,3	5.616	24,9
angelernt	7.244	39,5	7.360	35,0	7.338	32,6
ungelernt	1.767	9,6	3.115	14,8	2.709	12,0
insges.	14.619	79,7	16.094	76,1	15.663	69,5

Quelle: Guy Routh, Occupation and Pay in Great Britain, 1906-60, Cambridge 1965, S. 5

Wenn die absolute Zahl der manuellen Arbeiter auch zwischen 14 und 16 Millionen schwankt und gegenwärtig wieder bei 14 Millionen liegt, so hat sich ihr prozentualer Anteil an der erwerbstätigen Bevölkerung ständig verringert. Innerhalb der Schicht der manuellen Arbeiter verzeichneten die gelernten und angelernten ebenfalls einen kontinuierlichen Rückgang, während die Zahl der ungelernten Arbeiter zunächst stark gestiegen, nach dem Zweiten Weltkrieg aber wieder gesunken ist. Diese quantitativen Veränderungen deuten darauf hin, daß es unter den monopolkapitalistischen Produktionsbedingungen nicht zu einer gleichmäßigen Anhebung des Qualifikationsniveaus kommt. Entsprechend ist in neueren Untersuchungen festgestellt worden, daß sich in der Periode des Übergangs zu teilautomatisierten Aggregatsystemen eine Polarisierung zwischen einfachen Hand- und repetitiven Teilarbeiten auf der einen Seite und den Steuerungs- und Führungsarbeiten der mechanisierten Produktion auf der anderen ausbildet. Dabei wird die spezialisierte Anlernertätigkeit zum vorherrschenden Typus der Industriearbeit⁷⁰.

Der widersprüchliche Qualifizierungsprozeß der Industriearbeit mit seinen Polarisierungstendenzen schält sich allgemein in fortgeschrittenen Industriezweigen heraus. Dort steht einem hohen Anteil unqualifizierter Anlernertätigkeiten im Büro wie Werkstatt eine relativ große Zahl von wissenschaftlich-technischen Leistungsfunktionen gegenüber, deren prozentualer Anteil bei den Angestellten 1964 in der chemischen Industrie 10,1 %, in der elektrotechnischen 5,6 % und wesentlich niedriger bereits im Fahrzeugbau mit 3,2 % und im Schiffbau mit 1,8 % lag. Umgekehrt dazu verhält es sich allerdings mit dem Anteil der technischen Hilfskräfte, der im Fahrzeugbau und Schiffbau mit fast 22 % der Angestellten gegenüber 15,3 % in der Chemie sehr hoch war:

Der prozentuale Anteil verschiedener Angestell-
tentätigkeiten an der Gesamtzahl der beschäftig-
ten Angestellten in ausgewählten Industriezwei-
gen Großbritanniens im Jahre 1964

Berufsgruppe		Chemie-indu- strie	Schiff- bau	Fahr- zeug- bau	Textil- indu- strie
1.	Vorarbeiter	13,2	31,0	14,0	31,6
2.	Techn.Angest.	25,3	23,8	24,6	10,8
2.1.	Wissenschaftler	10,1	1,8	3,2	2,8
2.2.	Techniker insg.	15,3	22,0	21,3	8,1
2.2.1.	Techn.Zeichner	1,8	16,2	9,4	1,5
2.2.2.	Andere Techniker	13,5	5,8	11,9	6,6
3.	Büroangestellte	43,5	31,6	48,3	47,2
4.	Andere Angest.	18,0	13,6	13,1	10,4
5.	Angestellte ins.	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Bain, S. 18

Verallgemeinernd läßt sich erkennen, daß innerhalb der produktiven Industriearbeit sich unter monopol-kapitalistischen Produktionsbedingungen die beiden Gruppen der angelernten Arbeiter und wissenschaftlich-technischen Hilfskräfte herauschälen. Diese haben unter den Bedingungen wachsender Arbeitslosigkeit und stagnierender Reallöhne eine Schlüsselfunktion in der britischen Gewerkschaftsbewegung gewonnen, in der sich ein neues linkes Zentrum gebildet hat (vgl. die Abschnitte 4.1.; 4.3.3.1.; 5.2.2.). Es besteht aus der größten Gewerkschaft der angelernten Arbeiter (T.G.W.U.), der Metallarbeitergewerkschaft (A.U.E.W.) und der mittlerweile angeglieder-ten Technikergewerkschaft (D.A.T.A.), die den Kampf der britischen Arbeiterklasse um ihre Arbeits- und Lebensbedingungen anführen.

3.2.2. Entwicklungstrends in der Beschäftigungsstruktur

Die Entwicklung der inneren Gliederung der Arbeiterklasse wird von der monopolkapitalistischen Konkurrenz und Zentralisation bestimmt, mit der eine Veränderung der Industriezweigstruktur und Umschichtung der Beschäftigten einhergeht. So widersprüchlich diese Umverteilung auch verlaufen mag, langfristig zeigt sich ein eindeutiger Trend in dem Verfall des Beschäftigungsanteils im primären Sektor von 13 % im Jahre 1881 auf 5 % im Jahr 1951 und eine Erhöhung des tertiären Sektors (einschließlich Transport und Verkehr) von 37 % auf 46 % im gleichen Zeitraum⁷¹. In der weiteren Zunahme des Dienstleistungsbereichs auf knapp 51 % im Jahre 1968⁷² mit seinen überwiegenden Angestelltentätigkeiten kommt die wachsende Vergesellschaftung des gesamten ökonomischen und gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses zum Ausdruck, die unter monopolkapitalistischen Produktionsverhältnissen von einem parasitären Anwachsen der Sphäre der Zirkulation und Dienstleistungen begleitet ist⁷³. Dieser Prozeß hat allerdings im Zeichen der wissenschaftlich-technischen Revolution eine steigende Produktivkraft der Arbeit in der Landwirtschaft und der gesamten Industrie zur Voraussetzung, deren Anteil sich entgegen vielfacher Annahme nicht verringert hat, sondern geringfügig um 49 % schwankte. Innerhalb des sekundären Sektors haben sich die Schwerpunkte jedoch verschoben. Der prozentuale Anteil der Textil- und Bekleidungsindustrie ging zwischen 1911 und 1961 von 43 % auf 17 % zurück. Dagegen ist der Anteil der Metallindustrie von 29 % auf 49,8 % und der Chemieindustrie von 2,6 % auf 5,9 % angestiegen⁷³. Daß sich diese allgemeine Entwicklung der Beschäftigungsstruktur in den 60er Jahren fortgesetzt hat, zeigt die folgende Zusammenstellung:

Verteilung der Lohnabhängigen auf die verschiedenen Wirtschaftsbereiche

	Zahl (in Tausend)		Anteil (in %)	
	1960	1969	1960	1969
Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft	620,8	390,9	2,8	1,7
Bergbau	766,0	442,2	3,5	2,0
Verarbeitende Industrie	8.662,9	8.728,8	39,5	38,6
Baugewerbe	1.422,7	1.445,8	6,5	6,4
Gas, Wasser, Elektrizität	370,9	396,7	1,6	1,7
Transport und Verkehr	1.677,6	1.552,4	7,6	6,9
Dienstleistungen (öffentl. und priv.)	8.452,6	9.631,0	38,5	42,7
	21.973,5	22.587,8	100,0	100,0

Quelle: Department of Employment Gazette, Februar 1971, S. 196 f.

Im Dienstleistungsbereich hat sich die Zahl der im Handel Beschäftigten nicht mehr erhöht, ganz im Gegensatz zum Bank- und Versicherungswesen wie auch im öffentlichen Dienst, in dem sich insbesondere der Bildungs- und Gesundheitssektor ausgedehnt hat. Innerhalb der verarbeitenden Industrie verringerte sich die Beschäftigtenzahl am Schiffs- und Fahrzeugbau erheblich, weniger stark in der Eisen- und Stahlindustrie wie der chemischen Industrie. Dagegen ist die Zahl der Beschäftigten in der Nahrungsmittel- und Möbelindustrie, in der Herstellung von Metallwaren und im Druckereigewerbe gestiegen, vor allem aber der Anteil der in Maschinenbau und Elektroindustrie Beschäftigten von 23,4 % auf 26,5 %⁷⁴.

Der hohe prozentuale Anteil produktiver Arbeiter in den Wachstumsindustrien ist mit dem Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des Kapitals verknüpft,

der eine steigende Anzahl von Beschäftigten in großen Betriebs- und Unternehmenseinheiten sammelt. So ist der prozentuale Anteil der Arbeiter in Betrieben mit 1000 oder mehr Beschäftigten von 19,6 % im Jahre 1935 auf 29,4 % 1951 und 31,2 % 1954 gestiegen. Demgegenüber fiel der prozentuale Anteil der Arbeiter in Betrieben mit 1- 10 Beschäftigten im Zeitraum 1935 - 1951 von 9,36 % auf 4 %. Wenn es 1951 in der verarbeitenden Industrie auch noch immer eine größere Zahl von Firmen mit weniger als 10 Beschäftigten (65 890) als darüber (58 907) gab, so stieg die durchschnittliche Beschäftigtenzahl aller Unternehmer zwischen 1935-51 von 31 auf 63 Personen. Diese Daten verweisen insgesamt darauf, daß sich vor allem die Zahl der kleinen Firmen verringert und die Zahl der Großunternehmen erhöht hat⁷⁵.

Während in der Textil- und Bekleidungsindustrie die Masse der Lohnabhängigen (etwa 75 %) 1961 in Betrieben bis zu 500 Beschäftigten arbeitete, waren es im Maschinenbau und der elektrotechnischen Industrie nur 40 %, im Fahrzeugbau mit 16,5 % noch weniger. Dort arbeiteten von den 854 000 Beschäftigten etwa 60 % in 94 Betrieben mit mehr als 2 000 Beschäftigten. Die restlichen 40 % der Beschäftigten verteilten sich auf 95,1 % der Betriebe⁷⁶. Über die allgemeine Konzentration in der weiterverarbeitenden Industrie, gibt die folgende Tabelle Aufschluß:

Betriebe und Beschäftigte in der verarbeitenden Industrie nach Betriebsgröße

Größenklasse	Betriebe		Beschäftigte	
	Anzahl	in %	in Tausend	in %
10 - 99	40.029	72,5	1.642	20,1
100 - 499	12.213	22,2	2.552	31,2
500 - 1.999	2.470	4,5	2.241	27,4
2.000 und mehr	429	0,8	1.743	21,3
	55.161	100	8.178	100

Quelle: Allgemeine Statistik des Auslands, Länderkurzberichte/Großbritannien, 1967, S. 14 f.

In dem Fusionsfieber der 60er Jahre hat sich die Zahl der Beschäftigten in den größten Unternehmen rapide erhöht - in den 20 umsatzstärksten Konzernen zwischen 1963 und 1969 von etwa 1,8 Millionen auf 2,1 Millionen. Das entspricht einem Anteil von 21 bzw. 24 % der überhaupt in der weiterverarbeitenden Industrie Beschäftigten, der in der Bundesrepublik 1969 bei 22 % (1,8 Mio) und in Frankreich bei 18 % (knapp eine Million Beschäftigte) lag⁷⁷.

Mit der Konzentration der Beschäftigten in den großen Betriebs- und Unternehmenseinheiten der Wachstumsindustrien hat sich die regionale Verteilung der Beschäftigten entscheidend verändert. Schon Mitte des vorigen Jahrhunderts lebte etwa die Hälfte, Ende des Jahrhunderts etwa drei Viertel der Bevölkerung in Städten oder verstädterten Gemeinden, heute sind es 95 %⁷⁸. Diese konzentrierten sich zunächst um die standortabhängigen Industrien wie Textilwirtschaft, vor allem Bergbau und Eisenverhüttung, aber auch Schiff- und Eisenbahnbau in Südwaies, Nordostengland, Westcumberland und Schottland. Mit der weiteren technologischen Entwicklung entstanden jedoch Industrien wie die Auto- und Flugzeugindustrie, Chemie- und Mineralölindustrie, die elektronische

Industrie und das Dienstleistungsgewerbe, die nicht im selben Maße vom Rohstoffvolumen, den Bodenschätzen und einer verkehrsgünstigen Lage abhängig waren. Da sich diese Industriezweige in den Midlands und dem Großraum London ansiedelten, bildete sich ein Nordwest-Südostgefälle in der Industriezweigstruktur heraus, das sich nach dem Zweiten Weltkrieg verstärkte. Aus den ehemals wirtschaftlich blühenden Regionen wurden Notstandsgebiete. Das zeigt nicht nur der unterschiedliche Anteil der Wachstumsbranchen an der Beschäftigtenzahl, sondern auch die Entwicklung des prozentualen Anteils der Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung, die in Schottland, Wales und Nordengland rückläufig ist, in Mittelengland und der Londoner Region aber zunimmt (vgl. Tabelle 3.7). Trotz der Abwanderung gerade jüngerer Arbeiter lag die Aktivitätsrate in den Notstandsgebieten unter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt und die Arbeitslosenquote nach dem Zweiten Weltkrieg mit 3,5 % im jährlichen Durchschnitt zwischen 1951 -1966 wesentlich höher als in der Gesamtwirtschaft mit 1,2 %. Der Rückgang in der Gesamtbevölkerung, die niedrige Aktivitätsrate und die hohen Arbeitslosenzahlen in diesen Entwicklungsregionen ("Development Areas") sind auf einen hohen Anteil stagnierender oder schrumpfender Wirtschaftszweige zurückzuführen. So vereinigten nach dem Census of Population 1961 Landwirtschaft und Bergbau in Schottland 9,2 % der Beschäftigten auf sich; in Nordengland 14,6 %, in Wales 17,9 % und in Südwestengland 17,5 %. Der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt betrug hingegen nur 6,8 %. An diesem strukturellen Gefälle werden gleichsam naturwüchsige monopolkapitalistische Akkumulationsbedingungen offenbar, die trotz verstärkter regulierender staatlicher Eingriffe schwere Disproportionen in der regionalen Beschäftigungsstruktur verursachen.

Der inländischen Migrationsbewegung entspricht die Einwanderung von ausländischen Arbeitskräften aus dem Commonwealth, die mit 2,5 Millionen eine bedeutende Erweiterung des insgesamt in Großbritannien begrenzten Arbeitskräftepotentials darstellen. Das wird noch durch verschiedene Faktoren begünstigt, die zu einer hohen Aktivitätsrate der Eingewanderten führen. Diese lag bei den männlichen Arbeitern aus Westindien und Pakistan bei 80 %, bei den Briten dagegen nur bei 61 %, bei allen Arbeitern mit 63 % erheblich über der britischen von 46 %. Die Ursache hierfür ist der geringere prozentuale Anteil der Frauen und der höhere Anteil der Altersgruppen zwischen 15 und 44 Jahren, der bei den Eingewanderten 1961 etwa 59 % gegenüber 39 % bei der einheimischen Bevölkerung betrug. Bei den Indern, Pakistanern und Westindern allein war das Verhältnis zu den Briten sogar 65 : 40⁸⁰.

Die Zufuhr jüngerer ausländischer Arbeitskräfte brachte dem britischen Monopolkapital aber nicht nur in der Entspannung des Arbeitsmarktes beträchtliche Vorteile, sondern auch in der Einsparung staatlicher Sozialausgaben, die wegen des niedrigen Anteils der Frauen, der spezifischen Alterszusammensetzung und der geringeren Kinderzahl etwa 20 % geringer waren⁸¹. So betrug z.B. der Anteil der Alten über 65 mit 3 % nur ein Viertel des britischen (12 %) und der Anteil der eher von Krankheiten und Unfällen bedrohten Altersgruppe zwischen 45 und 65 Jahren lag mit 14 % wesentlich unter der britischen Quote von 25 %. Abgesehen von der Einsparung staatlicher Sozialausgaben können die Eingewanderten - vergleichbar den ausländischen Arbeitern in der BRD und Frankreich - im konjunkturellen Abschwung oder bei technologischen Freisetzungen eher entlassen werden. Entsprechend lag ihre Arbeitslosenrate in den Konjunkturbottomen mit 4,3 % im Jahre 1961 wesent-

lich über der britischen mit 1,6 %. Am höchsten war ihre Arbeitslosenrate dort, wo sich die Einwanderer aus dem "New Commonwealth" konzentrieren: in London mit dem Südosten (8,13 %) und den Midlands (4,17 %), obwohl gerade hier die Arbeitslosigkeit im allgemeinen nahezu beseitigt war. Dieser Arbeitssituation entsprachen die allgemeinen Lebensbedingungen, die am deutlichsten an den Wohnverhältnissen, dem Verfall der Gebäude und der hygienischen Mindestanforderungen, zum Vorschein kamen⁸².

3.3. Einige Grundzüge der sozialen Lage der britischen Arbeiterklasse

Der hohe Konzentrationsgrad in der britischen Industrie und eine nahezu abgeschlossene Verallgemeinerung der Lohnarbeit haben die disproportionale Vermögensverteilung entscheidend bestimmt. Nach einer Schätzung der Wirtschaftszeitung The Economist besitzen 7 % der Bevölkerung etwa 84 % des gesamten Privatvermögens oder: Während 13 % davon auf 0,1 % der Steuerzahlen entfallen, müssen sich 87,9 % von ihnen mit nur 3,7 % des Gesamtvermögens zufriedengeben.

Die Verteilung des persönlichen Reichtums in Großbritannien 1959/1960

Vermögensgröße (in Pfund)		Prozentualer Anteil der Steuerzahler	Prozentualer Anteil am Gesamtvermögen	Durchschnittliche Größe des Vermögens
Unter	3 000	87,9	3,7	107
3 -	10 000	5,1	12,0	6 000
10 -	25 000	4,9	29,0	15 200
25 -	50 000	1,2	16,6	36 250
50 -	100 000	0,6	15,1	68 250
100 -	200 000	0,2	10,6	136 400
200 000 und mehr		0,1	13,0	334 100
		100	100	

Die so gern beschworene Nivellierung hat nicht stattgefunden; vielmehr läßt sich zeigen, daß 1 % der Spitzenverdiener etwa so viel erhalten wie die 36 % am unteren Ende der Einkommensskale⁷⁸. Dabei hat sich das Verhältnis der Einkommen aus unselbständiger Arbeit zu den Bruttoprofiten leicht zugunsten der Löhne und Gehälter verschoben - von 70,7 % im Jahre 1950 auf 75,5 % 1968. Die Reallohnsteigerungen fielen aber niedriger aus als bei den Lohnabhängigen auf dem Kontinent: in Großbritannien zwischen 1950 und 1962 nur um 32, in Italien aber um 40 %, in Frankreich um 60 und in der Bundesrepublik um 95 %⁷⁹.

3.3.1. Lohnhöhe und Entlohnungsformen

Die Lohnbewegung wirkt sich bei den einzelnen Gruppen der Lohnabhängigen unterschiedlich aus: die innere Differenzierung der Arbeiterklasse bleibt für die Hierarchie der Löhne ein bestimmendes Moment. So hat der qualifizierte Angestellte bisher nicht nur einen besseren Lohn als der gelernte Arbeiter empfangen, sondern auch höhere Sondervergütungen betrieblicher, steuerlicher und sozialer Art:

Durchschnittliche Jahreseinkommen lohnabhängiger Berufsgruppen zwischen 1922 und 1960 (in Pfund)

Berufsgruppen	1922-4	1935-6	1955-6	1960
1. Höhere Kader	582	634	1 541	2 034
2. Mittl. Kader	320	308	610	847
3. Werkmeister	268	273	784	1 015
4. Einfache Angest.	182	192	523	682
5. Manuelle Arbeit.	149	159	527	663

Quelle: Bain, S. 52

Allerdings haben sich die Lohnunterschiede zwischen beiden Gruppen, insbesondere zu den mittleren Kadern und einfachen Angestellten verringert⁸⁰. Der relativ hohe Lohnanstieg der Werkmeister, deren Funktion im Produktionsprozeß immer mehr auf eine bloße Vorgesetztenrolle schrumpft, läßt sich auf ein besonderes unternehmerisches Kontrollinteresse zurückführen. Durchschnittlich lagen die Verdienste der männlichen Angestellten 1968 mit 29,75 Pfund in der Woche noch um 22,5 % über den Löhnen der manuellen Arbeiter (23 Pfund). Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Masse der einfachen Angestellten mit 18,62 Pfund 19 % weniger als die Industriearbeiter verdienten⁸¹. Von der neuen Lohnstruktur gibt der folgende Querschnitt ein anschauliches Bild:

Muster der Wochenverdienste von ausgewählten Arbeiter- und Angestelltengruppen aus dem Jahr 1969 (in Pfund)

	1/10 weniger als	1/4 weniger als	1/2 weniger als	1/4 mehr als	1/10 mehr als
Manuelle Arbeiter	15,60	18,75	22,80	27,80	33,05
Metallindustrie	17,85	21,10	25,10	29,90	34,40
Baugewerbe	16,15	18,60	22,70	27,45	36,10
Transportwesen	17,45	19,70	23,70	28,40	33,85
Verkäufer	13,10	15,75	19,50	23,65	28,40
Büroangestellte	15,65	18,00	23,20	29,00	35,05
Mittlere und höhere Kader	20,40	26,00	33,25	43,95	58,40

Quelle: Labour Research, Februar 1971, S. 30

In technologisch fortgeschrittenen Industriezweigen verdienen die gelernten Arbeiter bereits genauso viel wie die Büroangestellten, technischen Laboranten und sonstige Gehaltsempfänger mit mittleren Qualifikationen. Damit ist ein relativer Wohlstand verbun-

den, der vielfach Soziologen zur These von der "Verbürgerlichung" der Arbeiterklasse verleitet hat, der aber die wachsende Streikbereitschaft gerade der qualifizierten Arbeitergruppen, insbesondere in der Autoindustrie mit ihrem hohen Lohnniveau entgegensteht⁸². Vielmehr beginnen sich die Angestellten um so stärker gewerkschaftlich zu organisieren, je mehr sie sich durch ihre fortschreitende Dequalifikation nach Arbeitssituation und Lohn den gelernten Arbeitern angleichen. Das trifft vor allem für die Metallindustrie - am stärksten für den Fahrzeugbau - zu, weniger für die Textil- und Bekleidungsindustrie oder den Energiesektor, in denen noch immer eine beträchtliche Lohndifferenz zu den manuellen Arbeitern besteht. Während die Gehälter der Angestellten, abgesehen von der chemischen Industrie (36,13 Pfund) und im Bereich Papier und Druck (34,25 Pfund), zwischen 30 und 32 Pfund Wochenlohn im Jahre 1969 schwankten, variierten die Löhne der manuellen Arbeiter von Industriezweig zu Industriezweig wesentlich stärker:

Durchschnittliche Verdienste in Pfund und Arbeitszeit der Arbeiter nach ausgewählten Industriezweigen und Geschlecht im Oktober 1970

	M ä n n e r			F r a u e n		
	Wochen- verd.	Arbeits- zeit	Stunden- verd.	Wochen- verd.	Arbeits- zeit	Stunden- verd.
Nahrungsmittel	28,00	46,8	0,60	14,35	38,5	0,38
Bergbau	28,85	51,8	0,56	13,05	37,6	0,35
Verarbeit.Industrie	38,90	44,9	0,65	14,00	37,7	0,37
Chemie	29,25	44,9	0,65	14,30	38,7	0,37
Maschinenbau	28,45	44,9	0,64	15,30	38,1	0,40
Fahrzeugbau	32,45	42,4	0,77	17,05	37,9	0,45
Textil	25,30	44,7	0,57	13,40	37,3	0,36
Baugewerbe	26,85	47,5	0,57	12,85	38,1	0,34
Energiesektor	26,00	44,0	0,59	14,45	36,1	0,40
Transport u.Verkehr	29,70	49,2	0,60	19,30	42,8	0,45
Private Dienste	23,18	44,4	0,54	11,60	38,5	0,30
Öffentl.Verwaltung	21,60	43,7	0,50	15,40	39,7	0,39
Insgesamt	28,05	45,7	0,62	14,00	37,9	0,37

Quelle: Department of Employment Gazette,
Februar 1971, S. 221.

Diese Tabelle zeigt sehr deutlich, daß im Dienstleistungsbereich die niedrigsten Löhne gezahlt werden. Das gilt auch für die Textil- und Bekleidungsindustrie. Die ebenfalls niedrig entlohnnten Bergarbeiter hatten schon vor dem ersten Weltkrieg Lohn-
einbrüche erlebt, die sich nach dem verlorenen Generalstreik 1926 noch stärker wiederholten. Da hier nur Durchschnittslöhne verschiedener Qualifikationsstufen aufgezählt werden, wird nicht offenbar, daß in einigen Sektoren sich eine Vielzahl von Arbeitern mit Hungerlöhnen abfinden muß. So erhielten im Jahre 1970 etwa die Hälfte der Arbeiter in der Landwirtschaft, ein Viertel der Beschäftigten im Erziehungswesen, in zahlreichen Dienstleistungsbereichen und im Handel einen Stundenlohn unter 0,40 Pfund⁸³.

Wenn die Verdienste der Arbeiter sich auch stark nach Industriezweig und Beruf unterscheiden, so werden mit dem Aufkommen neuer Tätigkeiten infolge technischer Veränderungen detaillierte Klassifizierungen immer schwieriger. So läßt das Einteilungsschema in gelernte, angelernte und ungelernte Arbeiter nur allgemeine Aussagen zu. Dabei ist auffällig, daß sich die Lohnraten der drei Kategorien angenähert haben. Ein ungelernter Arbeiter verdient etwa 80 bis 85 % so viel wie ein gelernter Arbeiter, bei den aktuellen Verdiensten ist die Differenz allerdings größer:

Verdienste männlicher Arbeiter im Maschinenbau
im Januar 1967

	Durchschnittliche Wochenverdienste mit Überstunden-		Wöchentliche Arbeitsstunden ohne Überstunden-		Durchschnittl. Überstund.
	zuschlag	zuschlag	zuschlag	zuschlag	
Zeitlohnarbeiter	s	d	s	d	
gelernt	446	7	422	2	44,7 6,0
angelernt	373	10	353	6	44,2 5,9
ungelernt	314,3		293	8	45,1 7,1
Leistungslohnarbeiter					
gelernt	463	7	447	11	42,6 4,3
angelernt	405	2	312	7	42,1 4,2
ungelernt	332	10	313	4	44,9 6,7

Quelle: C.L. Hunter, D.J. Robertson, Economic of Wages and Labour, London 1969, S. 124

Die Tabelle zeigt, daß die gelernten Arbeiter mehr als die angelernten und diese wiederum mehr als die ungelernten verdienen.

- Der ungelernte bringt etwa 70 %, der angelernte etwa 85 % des Verdienstes des gelernten Arbeiters nach Hause.
- Die nach Leistungslöhnen bezahlten Arbeiter verdienen im Durchschnitt mehr als die Zeitlohnarbeiter, obwohl diese etwa 2 Stunden länger arbeiten.

- Die weniger qualifizierten Arbeiter sind gezwungen, etwas länger zu arbeiten, um ihre Verdienste aufzubessern.
- Überstunden sind ein bedeutender Faktor in der Bezahlung.

Die Tendenz zur Angleichung der Löhne der verschiedenen Qualifikationsgruppen bzw. die Lohndequalifikation der Facharbeiter hat sich in den einzelnen Industriezweigen in unterschiedlicher Weise durchgesetzt, wie die folgende Aufstellung zeigt:

Tariflöhne der Gelernten in Prozent der Ungelernten 1885 bis 1954

Jahr	Baugewerbe	Schiffbau	Metallindustrie
1885	157	185	167
1914	150	181	171
1939	131	136	132
1946	125	122	119
1950	119	122	118
1954	114	118	116

Quelle: The Economist, 4.6.1955, zitiert nach Kuczynski, Band 25, S. 229

Die manuellen Arbeiter konnten vor allem seit 1938 ihre Position gegenüber anderen Berufsgruppen aufbessern. Ihre Verdienste stiegen von 1938 bis 1945 um mehr als 60 %, die des öffentlichen Dienstes aber nur um 8 %. Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich dieser Trend fort.

Am meisten werden allerdings die Frauen ausgebeutet, die seit Jahrzehnten nur halb so viel Lohn wie die Männer erhalten. Diese Diskriminierung der Frau ist im öffentlichen Bereich wie in städtischen Ämtern, Post und Eisenbahn usw. etwas verringert worden. Hier verdiente sie 1969 nur 38 % weniger als ihre

männlichen Kollegen, während ihr Lohn im Bank- und Versicherungswesen nur knapp 46 % des männlichen und in der verarbeitenden Industrie etwa 60 % ausmachte. Mit der zunehmenden Ausschöpfung des Arbeitskräftereservoirs der Frauen, die nahezu 40 % der abhängig Beschäftigten stellten, wird ein allgemeiner Angriff auf das Lohnniveau der Arbeiterklasse geführt. Gerade in Phasen relativer Vollbeschäftigung erfüllen benachteiligte Gruppen wie Frauen, aber auch Jugendliche, einschließlich der älteren Lohnabhängigen und der aus dem Commonwealth eingewanderten Farbigen - etwa 1,25 Mio. oder 2 % der gesamten Bevölkerung - die Funktion einer industriellen Reservearmee.

Die niedrige Bezahlung zahlreicher Arbeitergruppen hat die Gewerkschaften 1967 veranlaßt, einen Minimallohn von 15 Pfund in der Woche zu fordern, den viele Arbeiter bis heute nicht erhalten. Das liegt daran, daß das System der gesetzlichen Mindestlöhne ("Wage Councils Act") unzureichend ist, die durch paritätisch zusammengesetzte Lohnkommissionen für bestimmte Arbeiten wie Heimarbeit oder ganze Wirtschaftszweige wie Landwirtschaft und Gastwirtschaftsgewerbe festgesetzt werden, in denen es keine kollektiven Verhandlungen zwischen Unternehmern und Beschäftigten gibt. Das unter den manuellen Arbeitern überhaupt so große Lohnunterschiede auftreten, liegt an einer Reihe von Faktoren wie Akkordzeit, Zuschläge für Schichtarbeit und Überstundenprämien, die nicht in den auf industrieweiter Ebene ausgehandelten Tariflöhnen enthalten sind. Die größer werdenden Differenzen zu den aktuellen Verdiensten wird als Lohndrift bezeichnet, die nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Grundlage relativer Vollbeschäftigung vor allem in Großbritannien an Bedeutung gewonnen hat. Während sich in Frankreich Tariflöhne und Effektivverdienste zwischen 1950 und 1962 deckten,

hatte sich in Italien eine Differenz von 20 % herausgebildet, die in der Bundesrepublik auf 30 % und in Großbritannien sogar auf 40 % anstieg⁸⁴. Entsprechend hat Robertson festgestellt, daß die Tariflöhne von 1933 bis 1968 um 199 %, die Effektivverdienste aber um 308 % gestiegen sind⁸⁵. Die jährliche Driftrate wird vom Arbeitsministerium wie folgt angegeben:

Jährlicher Wechsel der Stundenlöhne von Oktober zu Oktober (in Prozent)

Jahr	Effektivlohn	Tariflohn	Differenz
1960	+ 7,3	+ 5,5	+ 1,8
1961	+ 6,9	+ 6,4	+ 0,5
1962	+ 4,4	+ 4,2	+ 0,2
1963	+ 3,6	+ 2,3	+ 1,3
1964	+ 8,1	+ 5,7	+ 2,4
1965	+ 9,5	+ 7,3	+ 2,2
1966	+ 6,5	+ 5,6	+ 0,9
1967	+ 5,0	+ 5,3	- 0,3
1968	+ 7,0	+ 6,7	+ 0,3
1969	+ 8,0	+ 5,5	+ 2,5
1970	+10,2	+12,2	+ 4,0

Quelle: Department of Employment Gazette, Februar 1971, S. 221

In der sich in Großbritannien beschleunigenden Lohn-drift wird eine Schwäche industrieweiter gewerkschaftlicher Tarifabschlüsse gegenüber betrieblichen Vereinbarungen offenbar (vgl. den Abschnitt 4.1.1.).

3.3.2. Konkrete Arbeitsbedingungen: Arbeitszeit und Unfälle

Die partiellen Steigerungen des Reallohns bestimmter Arbeitergruppen sind häufig mit einer Intensivierung der Arbeit und einer Ausdehnung der Arbeits-

zeit erkaufte worden. So machten die Überstundenprämien im September 1968 auf alle manuellen Arbeiter umgerechnet etwa 16 % des Effektivlohns aus, bei den unmittelbar Betroffenen sogar knapp 26 % (6,10 Pfund). 34 % aller Handarbeiter arbeiteten etwa 7 bis 10 Stunden pro Woche über der normalen Arbeitszeit, im Fahrzeug- und Maschinenbau waren es sogar 40 - 50 % der Beschäftigten⁸⁶. Die Zahl derjenigen, die Überstunden leisten, ist in den letzten Jahren ständig gestiegen:

	Zahl der Arbeiter (in tausend)	in %	Durchschnittl. Stunden- zahl	Zahl der Stunden (in tausend)
1963	1.749	29,4	8,0	13.830
1970	2.069	35,3	8,5	17.660

Quelle: Department of Employment, Gazette, März 1971, S. 308.

Daher schwankt die faktische Arbeitszeit seit Jahrzehnten um 47 Wochenstunden, obwohl die tariflich vereinbarte Arbeitszeit kontinuierlich abgenommen hat. So lag die durchschnittliche Arbeitszeit 1969 mit 46 1/2 Wochenstunden auf derselben Höhe wie vor 23 Jahren. Noch höher war sie im Bergbau mit 51,8 Stunden, im Transport- und Verkehrswesen mit 49,2 und im Baugewerbe mit 47,5 Stunden. Die manuellen Arbeiter arbeiten insgesamt etwa 8,5 Wochenstunden mehr als die Angestellten⁸⁷. Das zeigt aber, daß der Kampf der Arbeiterklasse um den Normalarbeitstag noch längst nicht abgeschlossen ist, auch wenn er in verdeckteren Formen geführt wird.

Die ständige Ausdehnung der Schichtarbeit führt zu immer stärkeren physischen und psychischen Belastungen. Häufig muß der soziale Kontakt eingeschränkt werden und die Anfälligkeit gegenüber Krankheiten wie

Infektionen der Atemwege und Magengeschwüren wächst⁸⁸. In diesem Zusammenhang muß auch die extrem geringe Urlaubszeit der manuellen Arbeiter gesehen werden: Während 86,3 % von ihnen weniger als 16 Tage bezahlter Urlaub zusteht, haben über die Hälfte der nichtmanuellen Beschäftigten einen Anspruch auf mehr als 16 Tage Urlaub. So erhielten in der verarbeitenden Industrie im Jahre 1970 über drei Viertel der männlichen und weiblichen Arbeiter nur 11 - 15 Tage bezahlten Urlaub, im Maschinenbau waren es sogar 87,9 %⁸⁹.

Mit der steigenden Arbeitsbelastung hat sich auch die Zahl der Unfälle erhöht, von 1962 bis 1969 um 70 %. Allerdings sind die tödlichen Unfälle in den letzten Jahren bemerkenswert konstant und verglichen mit Ländern wie Frankreich und Italien auch sehr niedrig geblieben:

Arbeitsunfälle

	1966	1967	1968	1969
insgesamt	296.610	304.016	312.430	322.390
Index	100	102,5	105,3	108,7
Tote	701	564,0	625,0	649,0

Quelle: Labour Research, Januar 1971, s. 147-151

In dieser Statistik werden jedoch die zahlreichen Unfälle auf dem Wege zum Arbeitsplatz ebensowenig erfaßt wie die große Zahl von Berufskrankheiten. Es verwundert nicht, daß der Prozentsatz der manuellen Arbeiter, die aus Krankheitsgründen weniger Lohn erhalten, mit 5,9 % wesentlich höher ist als bei den Angestellten mit 1,4 %; am höchsten ist er bei den ungelernten Frauen mit 9,1 %. Umgekehrt hierzu verhält es sich allerdings mit dem Krankengeld, das nur 21,9 % der gelernten und 34 % der angelernten Industriearbeiterinnen beanspruchen können. Während etwas

über 50 % der ungelernten und angelernten Arbeiter im produzierenden Gewerbe und 62,9 % aller Arbeiter Krankengeld erhalten, sind es bei den Angestellten 91,6 %. Entsprechend werden von Berufsrenten nur 45 % der männlichen und 19 % der weiblichen Arbeiter erfaßt⁹⁰.

3.3.3. Allgemeine Lebensbedingungen: Sozialleistungs- und Steuersystem

Die offenkundige Benachteiligung großer Teile der Lohnabhängigen wird immer weniger durch das Sozialleistungssystem aufgefangen, das mittlerweile in fast allen Bereichen wie Familienzuschlägen, Unfall- und Arbeitslosenunterstützungen den EWG-Ländern unterlegen ist⁹¹, nach dem Zweiten Weltkrieg aber vorbildlich war. Im Unterschied zu den anderen westeuropäischen Ländern, insbesondere im Gemeinsamen Markt, stellte das britische System der sozialen Sicherung ein Einheitssystem dar, das nach einer einheitlichen Konzeption, dem Beveridge-Plan⁹², alle sozialen Risiken umfaßte. Die grundlegenden Prinzipien bestanden in einem einheitlichen Beitragssatz und einem einheitlichen Leistungssatz ohne Berücksichtigung des Einkommens des Versicherten ("flat rate principle"). Das schon vor dem Ersten Weltkrieg mit dem Versicherungsgesetz ("Insurance Act") eingeführte Prinzip einheitlicher Leistungen wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in mehreren Gesetzgebungsakten nach den Vorschlägen des Berichtes von Beveridge durchgesetzt: Gesetz zur Schaffung eines Ministeriums für soziale Sicherheit ("Ministry of National Insurance Act") 1945, Gesetz über Familienbeihilfen ("Family Allowances Act") 1945, Sozialversicherungsgesetz ("National Insurance Act") 1946, Gesetz über nationalen Gesundheitsdienst ("National Health Service Act") 1946, Fürsorgegesetz ("National Assistance Act")⁹³. Zu

dieser umfassenden staatlichen Pflichtversicherung sollten Wohlfahrtsunterstützungen und freiwillige Versicherungen hinzutreten, um letztlich von der Wiege bis zum Grab, bei Mutterschaft, Krankheit, Arbeitsunfall, Arbeitslosigkeit und Tod ein soziales Existenzminimum zu gewährleisten. Dagegen wurden die Versicherungsleistungen in der EWG weitgehend vom Unternehmer und dem Lohnabhängigen getragen⁹⁴.

Seit 1948 sind allerdings drei wesentliche Änderungen in dem sozialen Sicherungssystem eingetreten. Zunächst 1961 eine abgestufte Altersrente ("Graduated Pensions Scheme") nach der Höhe des Einkommens, die durch vom Unternehmer gewährte Berufsrenten ersetzt werden kann. Entsprechend wurden 1966 einkommensbezogene Zuschläge für Arbeitslosigkeit, Krankheit, Arbeitsunfälle und Verwitwung eingeführt und die nationalen Beihilfen von den "Supplementary Benefits" abgelöst. Damit wurde das System der prinzipiellen Pauschalierung ebenso durchbrochen wie das Prinzip der kostenlosen ärztlichen Versorgung durch Beiträge für Medikamente, Zahnbehandlung, optische und orthopädische Hilfsmittel, die zunehmend von den Kranken selbst getragen werden müssen. In steigendem Maße mußten auch nationale Beihilfen bei den niedrigen Fürsorgesätzen für einen sozialen Ausgleich sorgen, die Zahl der Empfänger stieg von 1948 bis 1968 um das Zweieinhalbfache auf über 2,6 Millionen an⁹⁵.

Darin manifestiert sich ein sukzessiver Abbau von Sozialleistungen, dem auf der anderen Seite mit den steigenden Preisen, Mieten und verteuerten Schulmahlzeiten kontinuierliche Steuererhöhungen entsprechen - zwischen 1964 und 1967 von 36,2 auf 41,5 % des Bruttosozialprodukts. Davon waren vor allem die niedrig bezahlten Arbeiter betroffen. Bei einem Lohn

von 16 Pfund stiegen die Steuern um 15 %, bei einem Einkommen von über 60 Pfund jedoch nur um 3 %. Noch verheerender wirkten sich die Steuerquoten bei Familien mit Kindern aus:

Gesamtsteuern als prozentualer Anteil des Einkommens

Wöchentliches Einkommen ohne Steuern in Pfund	Größe des Haushalts			
	2 Erw. 1964	- 1 Kind 1967	2 Erw. 1964	- 2 Kinder 1967
11	29	38	31	41
13	31	35	30	33
16	31	38	28	34
20	31	35	29	32
24	29	35	27	32
29	31	34	28	32
35	36	35	30	32
41	-	34	27	33
50 und mehr	-	32	-	31
Alle Einkommen	31	35	29	33

Quelle: Economic Trends, HMSO, Februar 1969, S.30

Nicht nur dieses eklatante Beispiel, sondern die Steuerpolitik zeigt überhaupt, welche Interessen der Staat vertritt. Niedrig liegt der Anteil der Kapitalsteuern mit 3,4 % am gesamtgesellschaftlichen Steueraufkommen, während der Anteil der Einkommens- und Verbrauchssteuern sich nicht stark unterscheidet, wie die folgende Aufstellung zeigt:

Verteilung der Steuern 1967

	in Mio Pfund	in Prozent
Einkommenssteuer	5.091	51,1
Kapitalsteuern	339	3,4
Verbrauchssteuern	4.526	45,5
Alle Steuern	9.956	100,0

Quelle: National Income and Expenditure 1968;
zitiert nach: The British System of
Taxation, Central Office of Information,
London 1968.

Bei den Verbrauchssteuern wurden gerade die unteren Einkommensgruppen durch verschiedene individuelle Steuern wie der Tabak-, Mineralöl- und Alkohol- und Kaufsteuer belastet, zumal die Arbeiterklasse immer einen größeren Teil ihrer Verdienste für Verbrauchsgüter ausgibt als die Bezieher hoher Einkommen⁹⁶. Die repressive Wirkung der Verbrauchssteuern wird aber durch die progressive Tendenz der direkten Steuern auf Einkommen und Kapitalgewinne keinesfalls kompensiert. Wenn die Einkommenssteuer auch progressiv ansteigt, so ist doch bei der fehlenden steuerlichen Buchführungs- und Aufzeichnungspflicht und der nicht vorhandenen finanzamtlichen Betriebsprüfung eine beträchtliche Steuerausweichung möglich, die gerade von den Beziehern hoher Einkommen genutzt wird⁹⁷. Daran schließt sich die Praxis der legalen Steuerausweichung an, die aus Lücken in der Steuergesetzgebung, insbesondere bei der Erbschaftssteuer, entsteht. Der Verkauf betrieblicher Anlagen und sonstiger Kapitalvermögen ist zudem während längerer Phasen überhaupt nicht versteuert worden. Durch die unter zahlungsbilanzwirksamen und wachstumspolitischen Gesichtspunkten eingeführte "Selective Employment Tax" 1966 sind sogar im Gegenteil die ohnehin finanzstarken monopolisierten Sektoren der verarbeitenden Industrie begünstigt worden⁹⁸.

3.3.4. Armut, Alter und Arbeitslosigkeit

Die Kehrseite des britischen Wohlfahrtsstaates, der mehr in der Einbildung zahlreicher Publizisten als in der Realität vorhanden war, ist die sich ausbreitende Armut, die in den Slums und verfallenden Wohngebieten sichtbar in Erscheinung tritt. So lebten 1960 etwa 18 Prozent aller Haushalte und 14 Prozent der Einwohner Großbritanniens - in Zahlen etwa 7,5 Millionen - unter dem Existenzminimum, vor allem

kinderreiche Familien und Rentner, die etwa je ein Drittel stellten⁹⁹. Das hat sich in den 60er Jahren kaum geändert: 1966 lagen 125 000 Familien mit durchschnittlich 4 Kindern darunter, obwohl die Väter voll beschäftigt waren. Noch im Jahre 1968 verdienten etwa 10 % aller männlichen Arbeiter unter 15 Pfund und 39 % aller beschäftigten Frauen unter 10 Pfund in der Woche. Davon waren Arbeitergruppen außerhalb der verarbeitenden Industrie, vor allem in der Landwirtschaft, Handel und Dienstleistungen betroffen. So verdienten 1968 in der Landwirtschaft 36,6 % weniger als 15 Pfund in der Woche, im Verteilungssektor 13,9 % und in der öffentlichen Verwaltung 14,3 %. Den Rentnern ging es nicht besser, die sich wie 1938 und 1948 mit etwa 20 % der Durchschnittsverdienste in der Industrie zufriedengeben mußten. So erhalten etwa 850 000 Rentner weniger als das Existenzminimum, ohne die sozialen Beihilfen zu beanspruchen¹⁰⁰. Überhaupt hat sich mit dem rapide anwachsenden Anteil der Alten an der Gesamtbevölkerung das Problem der Armut bei sinkender Arbeitslosigkeit auf die aus dem Produktionsprozeß ausgeschiedenen Alten verschoben wie die folgende Übersicht eindrucksvoll zeigt:

Ursachen für Armut in der Stadt York, 1936 und 1950 (in Prozent aller Lohnempfänger)

Ursache	1936	1950
Arbeitslosigkeit	28,6	-
Unzureichende Löhne	42,3	1,0
Alter	14,7	68,1
Tod des Hauptverdieners	7,8	6,4
Krankheit	4,1	21,3
Verschiedenes	2,5	3,2

Quelle: S.B. Roontree, G.R. Lavers, **Poverty and the Welfare State**, London 1951.

Das bestätigen die Ergebnisse einer Untersuchung von Personen über 65 Jahren¹⁰¹, nach der

1. 250 000 alte Menschen von lokalen Hilfsdiensten abhängig sind, weitere 330 000 nicht mehr ihre Hausarbeit selbständig verrichten können;
2. etwa 70 000 Alte wenigstens eine Mahlzeit ausgeliefert bekommen und weitere 350 000 danach verlangen;
3. über 400 000 in regelmäßiger Fußbehandlung sind, die von weiteren 670 000 benötigt wird;
4. über 200 000 ernsthafte Hörschwierigkeiten haben, aber seit 5 Jahren nicht untersucht worden sind;
5. über 300 000 Sehschwierigkeiten haben;
6. über 300 000 eine Unterkunft mit einigen Hilfsdiensten benötigen;
7. über 1,5 Millionen alte Leute in Wohnungen ohne einen gewissen Grundkomfort wohnen: 300 000 in Wohnungen ohne Bad, Küche und Toilette, die jeweils gemeinschaftlich außerhalb der Wohnräume benutzt werden müssen.

Der unzureichenden materiellen Versorgung der Alten entsprechen die niedrigen Einkommen. So hatten mindestens 1,75 Millionen Männer und Frauen über 65 Jahren 1962 geringere wöchentliche Bezüge als 4 Pfund und 400 000 alte Ehepaare weniger als 6 Pfund in der Woche. Die Einkommen der älteren alleinstehenden Frauen betrugen im Durchschnitt weniger als ein Viertel und der Ehepaare weniger als die Hälfte der Verdienste in der Industrie. Bei den niedrigen Einkommen besaßen 50 % der älteren Männer, 59 % der Frauen und 46 % der Ehepaare ein geringeres Vermögen als 100 Pfund. Dieser Zustand erklärt auch, daß 37 % der Alten ausschließlich von staatlicher Unterstützung leben müssen und weitere 15 % weniger als 1 Pfund zusätz-

liches Einkommen beziehen, also realiter mehr als die Hälfte von den geringen öffentlichen Sätzen leben¹⁰².

Das Problem der niedrigen Renten betrifft einen wachsenden Teil der Lohnabhängigen, da der prozentuale Anteil der Alten über 65 an der Gesamtbevölkerung in den hochindustrialisierten Ländern ständig gestiegen ist ^r seit der Jahrhundertwende in Schweden um 20 %, in Frankreich um 40 %, um 100 % in den USA und der BRD¹⁰³. In Großbritannien hat sich der Anteil der Alten sogar um mehr als das Zweifache erhöht, so daß seit den 60er Jahren etwa 12 % der Bevölkerung - in Zahlen etwa 6 Millionen - älter als 65 Jahre ist¹⁰⁴.

Die sich ausbreitende soziale Not betrifft aber nicht nur die aus dem Produktionsprozeß ausgeschiedenen Arbeiter, sondern in wachsendem Maße auch die älteren Arbeiter, die den verschiedenen Ursachen der Arbeitslosigkeit wie konjunktureller, struktureller und technologischer Freisetzung gleichermäßen unterworfen sind, die allerdings nach dem Zweiten Weltkrieg beseitigt werden sollte. Vor dem Ersten Weltkrieg hatte die Arbeitslosenrate im konjunkturellen Zyklus noch zwischen 2 % und 8 % geschwankt. Dagegen war sie im Zeitraum 1921 bis 1938 auf 14 % im Durchschnitt gestiegen, 1931 und 1932 lag sie sogar bei 28 %. Um die schweren sozialen Probleme aus dieser Periode zu überwinden, sollte die Arbeitslosenrate nach Kriegsende 3 % nicht übersteigen¹⁰⁵. Auf der Grundlage der Vollbeschäftigungspolitik im Rahmen einer weltweiten Aufschwungphase gelang es den britischen Nachkriegsregierungen die Arbeitslosenrate zwar relativ niedrig um 2 % zu halten. Dennoch wurden die einzelnen Berufsgruppen unterschiedlich betroffen. So zeigt eine Aufstellung aus dem Jahre 1961, daß Manager, Verwaltungskader und akademische Berufe wesentlich unter der durchschnittlichen Rate von 2,8 % lagen. Mit sinkender Qualifikation nahm der Anteil

an den Arbeitslosen zu. Besonders schwer waren die ungelernten Bauarbeiter mit 9,5 %, die ungelernten Arbeiter in der Metallindustrie mit 7,5 % und die ungelernten Bergarbeiter übertage mit 6 % betroffen¹⁰⁶. Die ungelernten und zum Teil auch angelernten Arbeiter finden immer schwerer Arbeit. Das bedeutet auch, daß sie vor allem unter längerer Arbeitslosigkeit zu leiden haben. So waren 1964 40% der Arbeitslosen mehr als 26 Wochen arbeitslos und knapp 20 % mehr als zwei Jahre. Dabei spielen Qualifikation, Alter und Gesundheit eine entscheidende Rolle, die sich in den Notstandsgebieten zuspitzt, in denen die kranken, älteren und unqualifizierten Arbeiter mit langen Zeiten der Arbeitslosigkeit rechnen müssen. Wie die Durchschnittswerte die regionalen Unterschiede verhüllen, zeigt folgende Tabelle:

Arbeitslosigkeit der männlichen Beschäftigten
nach Regionen

Region	Dezember 1969 in Zahlen in %		Januar 1971 in Zahlen in %,	
Nordengland	53.079	6,4	55.549	6,8
Wales	31.887	5,0	32.991	5,4
Schottland	65.108	4,9	88.216	7,0
Yorkshire, Humbershire	47.799	3,5	56.637	4,5
Nordwestengland	61.711	3,4	77.241	4,4
Südwestengland	31.646	3,4	35.986	4,4
Mittelengland	58.345	2,7	78.640	3,4
Groß London mit Südostengland	72.706	2,1	82.855	2,5
Großbritannien	467.056	3,3	564.919	4,1

Quelle: Labour Research, März 1970, S. 43, Department
of Employment Gazette, Februar 1971, S. 185.

Die aufstrebenden Industriegebiete in Südostengland und Mittelengland haben am wenigsten unter der wirtschaftlichen Stagnation zu leiden, die vor allem - neben Nordirland mit einem Arbeitslosen auf 9 Beschäftigte - die Arbeiter in den traditionellen Industriegebieten Nordostengland, Südwales und Zentralschottland trifft. An dieser ungleichmäßigen Entwicklung wird eine nach wie vor von privaten Profitinteressen bestimmte Gesellschaft erkennbar, die auch in ihrer monopolkapitalistischen Phase verödete Notstandsgebiete mit Arbeitslosigkeit und Armut produziert.

4. Die Entwicklung der Klassenkämpfe seit den sechziger Jahren

Die Integration der britischen Arbeiterorganisationen in das vom Monopolkapital bestimmte politische Herrschaftssystem hatte zunächst auf der Grundlage der Niederlage der britischen Arbeiterklasse stattgefunden, die durch die anhaltende Massenarbeitslosigkeit demoralisiert und durch rechtliche Repressionen niedergehalten wurde. Daher konnte der nach wie vor konstitutive Klassenantagonismus unmittelbar vor, während und insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg unter den restriktiven Bedingungen der weltpolitischen Kräftekonstellation und des traditionellen Reformismus der britischen Arbeiterbewegung solange institutionalisiert worden, wie die Rekonstruktionskonjunktur in den kapitalistischen Industrienationen anhielt. Das Ende der nur von kurzen Rezessionen unterbrochenen langen Aufschwungsperiode deutete sich Mitte der 60er Jahre in verstärkten Krisenerscheinungen an, die mit den sinkenden Profitraten und der zunehmenden internationalen Konkurrenz zu einer Verschärfung der Klassenkämpfe führten.

Daß sich die ökonomischen Stagnationstendenzen und sozialen Auseinandersetzungen in Großbritannien schon in der zweiten Hälfte der 50er Jahre deutlich bemerkbar machten, lag an der spezifischen strukturellen Schwäche des britischen Imperialismus. Dieser hatte sich nach dem Zweiten Weltkrieg zwar kurzfristig erholen können, mußte aber mit dem Aufkommen der westeuropäischen und japanischen Konkurrenz starke Exportverluste hinnehmen. Dadurch kam es zu einer Verschlechterung der Zahlungsbilanz mit permanenten Defiziten und periodisch ausbrechenden Pfundkrisen die stets auf Kosten

der Arbeiterklasse durch deflationistische Maßnahmen behoben wurden. Die alternative Dämpfung und Stärkung der Nachfrage in der Stop-Go-Politik der konservativen Regierungen brachte jedoch Wachstumsverluste mit sich, ohne den inflationären Trend zu bremsen.

Auf die zunehmende Unsicherheit in ihrer sozialen Lage begannen die britischen Arbeiter mit einer wachsenden Kampfbereitschaft zu antworten, die von den organisatorisch zersplitterten Gewerkschaften aber nicht in einheitliche Aktionen umgesetzt werden konnten. Diese mußten daher entweder von der gewerkschaftlichen Basis ohne Unterstützung des eigenen Apparates oder von einzelnen Gewerkschaften geführt werden, ohne daß es zu solidarischen Hilfsmaßnahmen kam. So konnten die im Sommer 1958 mehr als sechs Wochen streikenden Busfahrer ihre Lohnforderungen ebensowenig durchsetzen wie die ein Jahr später um die 40-Stundenwoche kämpfenden Dockarbeitergewerkschaften¹. Dagegen hatten die 1956 um ihre Arbeitsplätze ringenden Autoarbeiter der "British Motor Corporation" mit der Rückendeckung von A.E.U. und T.G.W.U. die drohenden Entlassungen verhindern können. Eine Ausnahme sollte auch der von der Konföderation der Schiffbauer- und Maschinenbauergewerkschaften ausgerufene Streik der Metallarbeiter bleiben, deren hohe Beteiligung von ihrer wachsenden Militanz zeugte, die sich zunehmend in spontane Aktionen auf betrieblicher Ebene äußerte. Deshalb sollen zunächst die strukturellen Ursachen, organisatorischen Formen und unmittelbaren Ziele der anwachsenden Kampfbereitschaft untersucht werden, ehe auf die Gegenstrategie von Monopolkapital und Staat eingegangen wird, die Ende der 60er Jahre die ökonomisch-sozialen Auseinandersetzungen zu politisieren begannen.

4.1. Ursachen, Formen und Ziele der neuen Militanz

Was als "neue Militanz" bezeichnet werden kann, hat sich schon um die sechziger Jahre entwickelt. Das wird deutlich erkennbar, wenn man von der übrigen Industrie die Streiks im Bergbau trennt, die seit mehr als 50 Jahren - neben denen in der Textilindustrie vor dem Zweiten Weltkrieg - die Streikstatistik bestimmen. Die Streikaktivität der Bergarbeiter ist aber nach einem Höhepunkt im Jahre 1957 kontinuierlich zurückgegangen, während der zuvor bei 550 Arbeitsniederlegungen liegende Durchschnitt in den anderen Industriezweigen im gleichen Maße gestiegen ist:

Zahl der Streiks 1957 - 1965

	Kohlenbergbau	übrige Industrie
1957	2 224	635
1958	1 963	666
1959	1 207	786
1960	1 666	1 166
1961	1 458	1 228
1962	1 203	1 246
1963	987	1 081
1964	1 058	1 466
1965	740	1 614

Quelle: Royal Commission on Trade Unions and Employers' Associations 1965-1968 (Donovan-Report), London 1969, Cmd. 3623, S.96.

In dem angegebenen Zeitraum hat sich die Zahl der Streiks im Bergbau um zwei Drittel verringert, in den anderen Industriezweigen dagegen um das Zweieinhalbfache erhöht.

Für den allgemeinen Aufwärtstrend in der Streikaktivität zeichnen bestimmte Industriearbeitergruppen verantwortlich, vor allem Arbeiter in der

Metallindustrie. So entfielen zwischen 1957 und 1965 über 60 % der Streik¹tage - 1968 waren es sogar mehr als 70 %²⁺ - auf den Maschinen-, Fahrzeug- und Schiffbau. Dagegen sind die Streikbewegungen in den verfallenden Industriezweigen wie in der Textilindustrie, mit einer Phasenverzögerung im Kohlenbergbau und zu einem gewissen Grade auch in der stagnierenden Dockindustrie stark abgesunken (vgl. Tabelle 4.1).

Mit der Veränderung der Industriezweigstruktur beginnt sich die Streikaktivität von den traditionellen zu den neuen Industrien zu verlagern, in denen Kapitalkonzentration und Monopolisierung weit fortgeschritten sind. Diese ballen sich vor allem in Mittelengland und Groß-London, wo sich bei geringen Arbeitslosenziffern eine gewerkschaftliche Kampfkraft entwickelte, die 1956 - 1964 zu einem beträchtlichen Aufschwung der Streiktätigkeit führte. In den zu mehr als 95 % spontan begonnenen Arbeitskämpfen sind die reinen Lohnforderungen immer mehr durch Forderungen nach Kontrollelementen über den unmittelbaren Arbeitsplatz bis hin zur Betriebsorganisation ergänzt worden³. Damit war der Aufstieg der Shop Stewards (gewerkschaftliche Vertrauensleute) als innerbetriebliches Verhandlungs- und Kampforgan verbunden. Ihrer wachsenden Bedeutung als gewerkschaftliche Basisvertretung liegt eine Dezentralisierung des Tarifverhandlungssystems zugrunde, die wesentlich von der Vollbeschäftigung bestimmt wurde.

4.1.1. Veränderungen im Lohnsystem

Abgesehen von etwa 3,5 Millionen niedrig bezahlten Arbeitern im Einzelhandel, Hotelgewerbe usw., deren Löhne in paritätisch zusammengesetzten Lohnaus-

schüssen ("wage councils")⁴ festgesetzt werden, sichern die zentralen Tarifverhandlungen nach wie vor die allgemeinen Rahmenbedingungen wie Urlaubstage, Arbeitszeit und Mindestlöhne ab. Das ist vor allem für Arbeiter in Notstandsgebieten mit hohen Arbeitslosenzahlen von besonderer Bedeutung, die in stärkerem Maße auf die tariflich vereinbarten Grundlöhne angewiesen sind. Außerdem verhindern die nationalen Tarifabschlüsse in rezessiven Perioden eher willkürliche Lohnkürzungen. So gewährleistete während der großen Arbeitslosigkeit nach dem Ersten Weltkrieg schon die faktische Existenz eines intakten, wenn auch geschwächten Gewerkschaftsapparates eine Art "Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung". Den hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären drohte keine Entlassung wie den revolutionären Arbeiterdelegierten auf der betrieblichen Ebene⁵.

Dagegen verlor bei der relativen Vollbeschäftigung - als Folge der planvollen Ausdehnung der Gesamtnachfrage seit dem Zweiten Weltkrieg - die defensive Schutzfunktion industrieweiter Vereinbarungen an Gewicht. Das Management war partiell zur Konkurrenz um den Preis der Ware Arbeitskraft gezwungen, den die gewerkschaftliche Betriebsgruppe mitbestimmen konnte⁶. Eine ähnliche Wirkung hatte die fortschreitende Automatisierung der Produktion, mit der vor allem qualifizierte Arbeitergruppen eine starke Verhandlungsposition gewinnen. Da sie nicht beliebig ersetzt werden können, ist das Management häufig zu Konzessionen bereit, zumal eine Unterbrechung des kontinuierlichen Produktionsablaufs bei kapitalintensiven Anlagen hohe Verluste mit sich bringt⁷.

Mit den technisch-ökonomischen Veränderungen ist insbesondere in den Wachstumsbranchen ein dualistisches Lohnsystem entstanden, in dem je nach wirtschaftlicher Lage des Unternehmens bzw. Industriezweigs und der organisatorischen Stärke der Arbeiter

die übertariflichen Verdienste variieren, Von der Kluft ("earnings' gap") zwischen den auf nationaler Ebene ausgehandelten Tariflöhnen und den Effektivverdiensten gibt die folgende Tabelle aus dem Jahre 1967 ein anschauliches Bild:

Effektivverdienste und Tariflöhne in einigen Industriezweigen im Oktober 1967 (in Pfund)

Industriezweig	Zeitlohnrat für eine 40-Stundenwoche	Durchschnittliche Wochenverdienste erwachsener männl. Arbeiter
Maschinenbau		
Schlosser	11,08	Elektrogeräte 21,39
Arbeiter	9,37	Fahrzeuge 24,42
Bauwesen		
Facharbeiter	14,67	
Arbeiter	12,59	21,69
Schiffbau		
voll gelernt	11,07	
Arbeiter	9,30	21,89
Dockarbeiter	15,00 (garant. Minimallohn)	22,83
Möbelindustrie	13-14,17	22,22

Quelle: Donovan-Report, S.15.

In dieser Lohndifferenz wird deutlich, daß sich in Großbritannien neben die von den Gewerkschaftsspitzen geführten Tarifverhandlungen ein betriebliches Verhandlungssystem ("workshop bargaining") gescho-
ben hat, das als weitgehend informell, fragmenta-
risch und autonom bezeichnet werden kann⁸. Die be-
trieblichen Verhandlungen sind kaum formalisiert,
da es fast nur mündliche Abmachungen gibt, die kei-
nem festen Schema folgen. Sie werden in strittigen
Fällen wie z.B. bei technischen Veränderungen selb-
ständig von den Arbeitern einer Abteilung, Werkstatt
oder Betriebseinheit mit dem Management geführt,
das wiederum lieber mit den Belegschaftsvertretern

verhandelt, als mit den betriebsfremden Funktionären der zentralen Gewerkschaften⁹. Durch die fragmentarischen Vereinbarungen ist die gesamte Lohnstruktur in Bewegung geraten, was an Hand der Lohnentwicklung in den verschiedenen Abteilungen eines Betriebes gezeigt werden soll:

Lohnbewegung in den Abteilungen eines Betriebes
der Maschinenbauindustrie (in Pfund)

Abteilung	23.8.60	1.1.62	1.1.63	4.12.63	7.12.65
A	19,80	22,95	25,95	27,10	28,05
B	18,50	24,30	25,30	26,60	26,45
C	22,80	24,80	26,20	29,50	34,40
D	23,45	27,90	30,20	30,80	31,70
E	21,75	22,40	28,40	29,40	29,80
F	18,90	22,80	25,50	27,30	36,70
G	20,20	24,30	27,80	28,80	30,00
H	21,25	25,20	27,90	29,80	33,50
I	18,00	20,40	24,30	25,80	27,50

Quelle: Tom Lupton, A Report of a Survey of the Earnings Structure at the Factory, with Recommendations, in: Workshop Wage Determination, hg. von Sh.W. Lerner, J.R. Cable und S. Gupta, Oxford 1969, S. 73-87.

In einigen Abteilungen sind die Löhne etwa um 50 % gestiegen, am stärksten mit 94 % in der am Anfang niedrig eingestuften Abteilung F. Insgesamt hat sich die betriebliche Lohndifferenz von 5,45 Pfund (zwischen Abteilung I und D) auf 10,25 Pfund (zwischen B und F) erhöht. Da die Arbeiter der einzelnen Abteilungen ihre Löhne miteinander vergleichen, lösen Lohnerhöhungen in einer Abteilung ausgleichende Forderungen in den anderen aus, so daß eine unregelmäßige, aber nicht abreißende Lohnbewegung entsteht¹⁰.

Im Mittelpunkt der betrieblichen Verhandlungen stehen Leistungsfaktoren wie Stücklohnraten, Überstunden-

prämien, Zuschläge zur Schichtarbeit und sonstige Vergütungen. Der Anteil der Empfänger von Akkordlöhnen ist zwischen Oktober 1938 und April 1961 von 25 % auf 33 % angestiegen. Noch höher lag er mit 42 % der manuell Beschäftigten in der weiterverarbeitenden Industrie, im Fahrzeugbau sogar bei 52 %¹¹. Es ist insbesondere im Maschinenbau, speziell in der Autoindustrie nachgewiesen worden, daß die Akkordsätze den Zeitlöhnen vorausseilen. Da es kein objektives Verfahren gibt, z.B. bei technischen Neuerungen, die Stückakkorde zu bestimmen, können gerade in den dynamischen Industriezweigen kleine Arbeitergruppen als Schrittmacher der Lohnentwicklung fungieren. Das illustriert das Lohnpaket von 1964 bis 1967 im Maschinenbau: Während die national vereinbarten Grundlöhne für gelernte Arbeiter um 4,7 % stiegen, hatten sich die Effektivverdienste in diesem Zeitraum um 17,1 % erhöht¹².

Zu dem Drifteffekt von 12,4 % hatte auch eine Vereinbarung der Maschinenbauer in Coventry beigetragen, die 1941 auf nationaler Ebene von dem Arbeitsminister Ernest Bevin eingeführt wurde. Danach wird die allgemeine Lohnrate jeden Monat nach den Akkordlöhnen von etwa 8000 gelernten Produktionsarbeitern aus 20 Unternehmen ermittelt. Es wird geschätzt, daß in Coventry monatlich einige Tausend Stücklohnvereinbarungen auf Betriebsebene stattfinden, die für 3 500 Werkzeugmacher in einem verbindlichen Richtsatz formalisiert werden. Dieser wird in Betrieben des Maschinenbaues bekanntgemacht und wirkt gleich einem Schneeballeffekt unter den 100 000 Maschinenbauern Coventrys, der sich durch die Midlands fortpflanzt und noch bei nationalen Verhandlungen spürbar wird¹³. Daß Akkordlöhne nicht nur im Maschinenbau zum Motor der Lohndrift werden, zeigt sich auch in der Dockindustrie. Während die Dockarbeiter in Liverpool einige Stunden länger als in London arbeiteten, waren

ihre Verdienste um ein Viertel niedriger, da sie nicht nach Stücklöhnen wie die Londoner Dockarbeiter bezahlt wurden (vgl. Exkurs A).

Da in Tarifverhandlungen immer mehr der Lohnvergleich zur Grundlage der Forderungen wird, beginnt sich die Lohndrift nach dem populären Prinzip "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" im gesamten Lohnsystem, wenn auch in unterschiedlicher, mehr oder weniger zufälliger Weise durchzusetzen - zunächst innerhalb eines Betriebes, dann im Unternehmen bis zum Industriezweig, später in Regionen mit struktureller Arbeitslosigkeit, schließlich in öffentlichen Sektoren, in denen keine betrieblichen Verhandlungssysteme existieren¹⁴. Dadurch werden nicht nur die Angestellten zu höheren Lohnforderungen veranlaßt, sondern auch die Gewerkschaften zum Nachziehen gezwungen. Einmal kommt es darauf an, die steigenden Effektivverdienste in industrieweiten Tarifabschlüssen zu sichern; zum anderen droht den hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären, weiter an Einfluß bei den Mitgliedern zu verlieren. Denn in der sich beschleunigenden Lohndrift wird eine Verlagerung der kollektiven Verhandlungen auf die betriebliche Ebene sichtbar, zu deren organisatorischem Kern sich die gewerkschaftlichen Shop-Stewards-Komitees herausgebildet haben.

4.1.2. Die wachsende Bedeutung der Shop Stewards

Mit den betrieblichen Lohnverhandlungen ist die Zahl der Shop Stewards ständig gestiegen - in der Metallarbeitergewerkschaft (A.E.U.) zwischen 1947 - 1961 um 56 %, während die Mitgliederzahl im gesamten Zeitraum nur um 30 % zunahm¹⁵. Am stärksten war das Wachstum der Shop Stewards in Industriezweigen mit Leistungslohnsystemen wie in der Autoindustrie, im Schiffbau und im Kohlenbergbau. Wenn die Angaben

über ihre Gesamtzahl auch schwanken, so läßt sich doch ein Mittelwert von 175 000 schätzen, von denen zwei Drittel den 16 größten Gewerkschaften angehören, neben der Maschinenbauergewerkschaft vor allem noch der Transportarbeitergewerkschaft, der Allgemeinen Gewerkschaft der städtischen Arbeiter und der Elektrikergewerkschaft. Dabei zeigt die industrielle Verteilung der Shop Stewards in diesen Gewerkschaften deutliche Unterschiede:

Industrielle Verteilung der Shop Stewards
(in Prozent)

	Alle Gewerk- schaften %	TGWU %	AEU %	GMWU %	ETU %
Maschinenbau	24	13	42	18	25
Fahrzeugbau	11	13	26	-	5
Metallwaren	7	4	9	8	7
Schiffbau	3	4	3	3	2
Metallindustrie insgesamt	45	34	80	29	39

Quelle: W.E.J. MacCarthy und S.R. Parker, Shop Stewards and Workshop Relations, Royal Commission, Research Papers 10, London 1968, S.94.

Die T.G.W.U. hat noch einen Schwerpunkt im Bereich der Transportindustrie (25 %), die G.M.W.U. mit 16 % und die E.T.U. mit 20 % im verstaatlichten Energiesektor.¹⁶

Von kleinen überschaubaren Arbeitergruppen für ein Jahr, seltener für zwei Jahre, in der Regel durch Handzeichen gewählt, vertreten die Shop Stewards im Durchschnitt etwa 60 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, um 350 die ranghöheren Senior Stewards oder Convenor, die häufig ihre gesamte Arbeitszeit für ihre Verhandlungsfunktion verwenden¹⁷. Da die Shop Stewards nur einen Bruchteil ihrer Arbeitszeit für repräsentative Aufgaben wahrnehmen, also

ständig mit der Belegschaft zusammen arbeiten, unterliegen sie der permanenten Kontrolle der organisierten Basis ("rank and file"). In den Verhandlungen mit den Vorarbeitern, Meistern und Management bringen sie die unmittelbaren Interessen ihrer Arbeitskollegen zum Ausdruck, über die in kurzen informellen Versammlungen während der Arbeitszeit oder in einer Pause gesprochen wird. Jederzeit abberufbar, beruht die Autorität der Shop Stewards auf dem Vertrauen der Belegschaft, deren Willen sie vertreten. Daher meinten zwei Drittel von befragten Gewerkschaftsmitgliedern, daß jeweils die Mehrheit entscheidet¹⁸.

Die betriebliche Funktion der Shop Stewards als Verhandlungsträger und Organisator von inoffiziellen Streiks läßt sich nicht von der gewerkschaftlichen trennen. Sie stellen die Verbindung zwischen der gewerkschaftlichen Basis und dem Gewerkschaftsapparat her, indem sie neue Mitglieder werben, die periodischen Beiträge kassieren und die gewerkschaftsinternen Informationen verbreiten. Diese Doppelfunktion bestätigt eine Untersuchung über ihre wichtigsten Aufgaben (vgl. Tabelle 4.2). Das erklärt, daß die Arbeiter in vielen Betrieben ihre Shop Stewards mit der Gewerkschaft schlechthin gleichsetzen, da Kontakte zu den etwa 3 000 hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären häufig fehlen. Untersuchungen der Universität Cambridge haben das an dem Wahlverhalten von Arbeitern einer Vauxhall-Fabrik in London bestätigt. Von 79 Mitgliedern nahmen 4 regelmäßig an den Versammlungen der örtlichen Gewerkschaftsgruppe teil, während 57 überhaupt nie hingingen; 36 Arbeiter beteiligten sich an den Wahlen für die Gewerkschaftsgruppe, aber 66 an den ihrer Shop Stewards¹⁹. Die niedrige Wahlbeteiligung macht den Bedeutungsverlust der gewerkschaftlichen Ortsgruppen offenbar, die mit dem Übergang zu nationalen und betrieblichen

Verhandlungen ihre frühere tarifpolitische Funktion verloren haben. Dasselbe gilt für soziale Unterstützungsmaßnahmen, die entweder vom Staat oder vom Unternehmer geleistet werden. Auch können sie den weit von ihren Wohnungen Arbeitenden immer weniger als informelles Kontaktzentrum dienen. Von dem Verfall der gewerkschaftlichen Basiseinheit sind die Bezirkskomitees und örtlichen Gewerkschaftskartelle ebenfalls betroffen²⁰. Das hat wiederum den Trend zur Zentralisierung der gewerkschaftlichen Entscheidungsprozesse beschleunigt, mit der eine soziale Entfremdung von der betrieblichen Basis einhergeht.

Eine Befragung von 79 hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären zeigt, daß sie nach ihrer eigenen Schätzung längst in die Mittelschichten aufgestiegen sind. Zwei Drittel verglichen die Stellung ihres Generalsekretärs mit der eines Unternehmers oder Amtsarztes und stuften sich selbst in der Nähe eines Volksschullehrers bzw. Geistlichen ein. Nur ein kleiner Prozentsatz kehrt nach Aufgabe seiner Stellung in den Betrieb zurück (vgl. Tabelle 4.3).

Was als Tendenz zur sozialen Entfremdung von der betrieblichen Arbeit und zur Zentralisierung gewerkschaftlicher Entscheidungen offenbar wird, läßt sich unter dem Stichwort der innergewerkschaftlichen Bürokratisierung zusammenfassen, an der sich häufig der Konflikt mit den demokratisch organisierten Betriebsgruppen entzündet. Dabei darf man nicht unterschätzen, daß die Shop Stewards vor allem in lang andauernden Kampffaktionen auf die hauptamtlichen Funktionäre angewiesen sind²¹. Allerdings werden diese bei den zahlreichen Konflikten auf der betrieblichen Ebene zwischen Management und Belegschaften gleichsam lahmgelegt, da die Shop Stewards

den Verzögerungseffekt des institutionalisierten Beschwerdeverfahrens in direkten inoffiziellen Streiks umgehen.

Der zeitraubende Instanzenweg, der sich im Maschinenbau über drei Monate im Durchschnitt erstreckt, besteht aus mehreren Stufen: Diskussion zwischen Arbeiter und Vorarbeiter; Verhandlung im Werkskomitee, das in der Regel aus drei Shop Stewards und drei Managern einschließlich eines hauptamtlichen Funktionärs der Gewerkschafts- und Unternehmerseite besteht; Verhandlungen zwischen Vertretern vom örtlichen Gewerkschaftskartell und Unternehmerverbänden; Verhandlungen zwischen Vertretern der nationalen Verbände. Dabei bleibt die Zahl der gelösten Fälle noch verschwindend gering²².

Bisher sind die Versuche, die Shop Stewards in häufig mit dem Management abgesprochenen Schulungskursen oder durch "check-off"-Vereinbarungen²³ in die Gewerkschaft zu integrieren, schon an der gewerkschaftlichen Zersplitterung gescheitert. Noch im Jahre 1966 gab es 574 einzelne Industrie-, Berufs- und Universalgewerkschaften mit über 10 Millionen Mitgliedern, deren Größe zwischen der 24 Mitglieder zählenden Jüdischen Bäcker-gewerkschaft und der fast 1,5 Millionen Mitglieder starken Transportarbeitergewerkschaft (T.G.W.U.) schwankte²⁴. Daher sind in den meisten Betrieben bzw. Unternehmen mehrere Gewerkschaften vertreten, die häufig in Abgrenzungskonflikte um die jeweiligen Qualifikationsstufen und Tätigkeitsmerkmale eines Arbeitsplatzes verwickelt sind und um neue Mitglieder konkurrieren²⁵.

Gerade die gewerkschaftliche Zersplitterung hat eine betriebliche Kooperation unter den Shop Stewards gefördert, die in ihren Komitees gewerkschaftliche

Rivalitäten und Demarkationslinien überwinden müssen. Für die Arbeiter in den größeren Betriebs-einheiten werden daher die gemeinsamen Verhand-lungskomitees der Shop Stewards wichtiger als die jeweilige Gewerkschaft, der sie angehören. Im Ford-Konzern z.B. konnten sich relativ unabhängige Betriebskomitees bilden, die als "private Gewerk-schaft innerhalb der Gewerkschaft" in Dagenham eine radikale Militanz entwickelten²⁶. In großen Unternehmen wie "Ford" oder "Imperial Chemical Industries" (I.C.I.) schließen sich die Betriebs-komitees vor allem dann zu vereinigten Komitees ("combine committees") zusammen, wenn bei Streiks eine Verlegung der Produktion oder Rationalisie-rungsprogramme mit Freisetzungen drohen. Die zu-nehmende organisatorische Stärke der gewerkschaft-lichen Betriebsgruppen spiegelt sich an der an-steigenden Zahl und Dauer inoffizieller Streiks, die im Zeitraum 1964 - 1966 in den Industrien mit einem hohen prozentualen Anteil von Shop Stewards am höchsten waren.

4.1.3. Von Lohn- zu Kontrollforderungen

Nach wie vor wird ein überwiegender Teil der be-trieblichen Auseinandersetzungen von Lohnforderun-gen ausgelöst, die immer mehr von Fragen der Lohn-struktur, vor allem bei Leistungslohnsystemen, be-stimmt werden. Während sich die Arbeiter noch in den dreißiger Jahren gegen die Einführung von Ak-kordlöhnen wehrten, dienen sie heute qualifizier-ten und gut organisierten Belegschaften, ihre Ef-fektivverdienste aufzubessern. Wie die Kontrolle über Leistungslöhne ausgeübt werden kann, zeigten die Arbeiter einer Maschinenbaufirma²⁷. Jede Ab-teilung wählte ihr eigenes Akkordkomitee, das dem alle zwei Wochen tagenden gemeinsamen Betriebs-

komitee verantwortlich war. Auf der allgemeinen Jahreskonferenz entschieden die Beschäftigten über den Stundenlohn, der in den kollektiv geführten Verhandlungen jeweils angestrebt wurde. Darüber hinausgehende Lohnerhöhungen mußten in einen Extrafonds des Betriebskomitees eingezahlt werden. Daß sich dabei die Verdienste der gelernten und angelernten Arbeiter angleichen, ist von den Shop Stewards bewußt eingeplant worden. Wenn die meisten Arbeitergruppen das gesetzte Ziel erreicht hatten, wurde ein neues Lohnminimum beschlossen. Versuche des Managements, die pseudoobjektiven Methoden der Arbeitsplatzbewertung einzuführen, konnten erfolgreich abgewehrt werden, zumal durch die kollektive Kontrolle des Lohnsystems auch Reibereien zwischen den einzelnen Beschäftigten und Abteilungen des Betriebes vermieden werden konnten.

An diesem Beispiel wird deutlich, wie die gewerkschaftliche Basis mit ihren Betriebskomitees beginnt, in den autonomen Entscheidungsbereich des Managements einzugreifen, in dem sie in diesem Fall zugleich die Arbeitsgeschwindigkeit selbst regelte. Das ist symptomatisch für den erweiterten Spielraum der betrieblichen Verhandlungen, die sich über einen ganzen Katalog von Fragen wie Entlohnungsverfahren, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, Personalpolitik und disziplinarische Gewalt bis hin zum Status von Gewerkschaften und Shop Stewards wie von Verhandlungsprozeduren erstrecken (vgl. Tabelle 4,5)²⁸. Dabei werden im einzelnen - neben den Akkordsätzen, Prämien und sonstigen Anreizsystemen - die zahlreichen Sonderzulagen, Überstunden- und Schichteinteilung, Arbeitsbeginn, Feierabend, Teepausen und Mahlzeiten, Arbeitsplatzsicherheit und Maschinenbesetzung, Arbeitstempo und Rationalisierungsmaßnahmen, Beförderung und Verset-

zung, Einstellung und Entlassung usw. also die unmittelbaren Bedingungen der Produktion und die Betriebsorganisation, mehr oder weniger der Kontrolle der Belegschaften unterworfen.

Mit dem erweiterten Verhandlungsspielraum haben sich auch die Steikanlässe verschoben. So ist der Anteil der Arbeitskämpfe um Lohnstruktur, Arbeitsbedingungen und Disziplin von einem Drittel im Jahre 1940 auf drei Viertel in den sechziger Jahren gestiegen²⁹. Das wird durch eine Untersuchung über inoffizielle Streiks bestätigt, nach der 1964 - 1966 fast die Hälfte aller Streiks Lohnforderungen betrafen, 29 % Arbeitsbedingungen, Vorschriften und disziplinarische Maßnahmen und 15 % Freisetzen, Entlassungen und Versetzungen (vgl. Tabelle 4.*). Bereits eine Analyse des Gewerkschaftskongresses T.U.C. über "Streiks und betriebliche Interessenvertretung" aus dem Jahre 1960 hatte ergeben, daß mehr als die Hälfte aller Arbeitskonflikte die unternehmerische Verfügungsgewalt betrafen³⁰.

In der Spannweite der betrieblichen Konflikte kommt ein nicht mehr unterdrückbares Produzenteninteresse nach Kontrolle der unmittelbaren Arbeits- und Lebensbedingungen zum Ausdruck, das sich auch in den neu entwickelten Kampfformen erkennen läßt. Die Streikenden nutzen z.B. die Differenzierung eines partiell automatisierten Produktionsablaufs aus, in dem spezialisierte Teilkollektive eine Schlüsselstellung gewinnen. Kaum ersatzbar durch andere Arbeitergruppen, können sie größere Produktionseinheiten stilllegen, was insbesondere für Zulieferer zutrifft. So verursachten 1965 nur 19 Streikende bei Morris Cowly einen Arbeitsausfall bei 6 000 Arbeitern des Autokonzerns B.M.C.; 80 streikende Schalengießer in Birmingham

zwangen 21 000 Arbeiter zur unfreiwilligen Arbeitsruhe mit einem Produktionsverlust im Wert von 8 Millionen Pfund³¹. Hier ließen sich beliebig viele Beispiele hinzufügen.

Mit der höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals, das durch Ausdehnung der Arbeitszeit in Überstunden und Schichtarbeit wie in einer Intensivierung der Arbeit durch Anreizmethoden die hohen konstanten Kapitalkosten zu senken trachtet, werden Arbeitsunterbrechungen immer kostspieliger³². Das hat mit dazu beigetragen, daß die lang andauernden, von der Zentrale geführten Massenstreiks den kurzen inoffiziellen Arbeitsunterbrechungen gewichen sind, die immer häufiger die Form von Überstundenverboten, Arbeit nach Vorschrift oder Bummelstreiks annehmen³³.

Die steigende Zahl und Intensität der Streiks weisen auf eine Periode sich verschärfender Klassenauseinandersetzungen, in denen Kontrollforderungen erhoben werden, die das kapitalistische Herrschaftssystem zunächst auf der betrieblichen Ebene anzugreifen beginnen.

Unter den besonderen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen Großbritanniens wie Vollbeschäftigung und Lohndrift, aber auch Dezentralisierung der gewerkschaftlichen Verhandlungssysteme und Shop-Steward-Bewegung, die historisch überkommene Zersplitterung der Gewerkschaften und ihrer syndikalistischen Tradition hat sich eine beispiellose Kampfkraft der britischen Arbeiter entwickelt, ohne daß eine politische Dimension in der wachsenden Streikaktivität erreicht wurde. Die neue Militanz verharrete weitgehend bei einem "soliden syndikalistischen Bewußtsein, unterbaut vom dichotomen Bild der Bosse oben und der Arbeiter unten und einem genuin sozial-demokratischen fair-play ver-

pflichtet, das die Tatsache der ausbeutenden Mehrwertaneignung nicht in Frage stellt"³⁴. Dieses arbeitet sich häufig an spontanen, oft heftigen Einzelaktionen ab, ohne die gemeinsamen Kampferfahrungen in ein politisches Programm umzusetzen. So ist der Versuch militanter Arbeitsgruppen, das betriebs-egoistische Verhalten und die politische Apathie der Belegschaften zu überwinden, meistens gescheitert.

Vergeblich versuchte das Verbindungskomitee der Dockarbeiter, die in den einzelnen Häfen unter verschiedenen Bedingungen arbeitenden Docker im nationalen Rahmen zu einigen. Entsprechend hatten die in bestimmten Krisensituationen entstandenen Arbeiterkomitees eines Industriezweiges nur kurze Lebensdauer wie in der Schifffahrt und Motorenindustrie. Wenn aktive Shop Stewards-Gruppen den Handlungsspielraum des Managements zu sehr einengten, wurden sie regelmäßig von der konzentrierten Aktion des Unternehmens, Industriezweiges und Staats einschließlich der Gewerkschaftszentrale zurückgedrängt. Das haben die Autoarbeiter und Hafenarbeiter, aber auch die Londoner Busfahrer, Drucker und Seeleute wiederholt erfahren müssen³⁵. Erst ein Netzwerk solcher sich industrieweit ausbreitender Verbindungskomitees bietet eine Chance, den gewerkschaftlichen Tageskampf in eine antikapitalistische Massenbewegung zu überführen, die wieder an die revolutionäre Tradition der britischen Arbeiterbewegung anknüpft. Daß die Perspektive einer vereinigten Shop-Stewards-Bewegung nicht illusorisch ist, zeigt die historische Entwicklung während des Ersten Weltkrieges ebenso wie ihre politischen Schranken.

Exkurs A: Streikursachen in der Autoindustrie

Ein entscheidender Faktor in der neuen Militanz der britischen Arbeiterklasse sind die Arbeiter in der

Autoindustrie geworden, in der trotz starker Rationalisierungsmaßnahmen die Zahl der Beschäftigten ständig gestiegen war. Die Autoindustrie gehörte zu den prosperierenden Wachstumsbranchen, deren Exporte einen wesentlichen Einfluß auf die Zahlungsbilanz hatten. Mit knapp 700 000 exportierten Autos im Jahr 1964 lag ihr Anteil bei 16,6 % am Gesamtexport³⁶. Daher galt die ökonomische Situation der Autoindustrie als ein Barometer der wirtschaftlichen Lage Großbritanniens. In gleicher Weise haben die britischen Autoarbeiter die gesamte Lohnbewegung beeinflußt, als deren Schrittmacher sie wie die französischen Renault-Arbeiter fungierten. Verstärkt durch die besondere Konjunkturabhängigkeit des Automarktes, gewannen die Autoarbeiter auch eine Schlüsselrolle in der strukturellen Verlagerung der Streikaktivität auf die dynamischen Industriezweige, in denen die Monopolisierung erheblich vorangeschritten war. Das bestätigt ein kurzer Blick auf die Streikstatistik:

Streiks in der Autoindustrie

Jährlicher Durchschnitt von Dreijahresperioden	Zahl der Streiks	Zahl der beteiligten Arbeiter	Streiktage
1947 - 1949	10	9 000	25 000
1950 - 1952	14	25 000	131 000
1953 - 1955	14	42 000	137 000
1956 - 1958	31	82 000	322 000
1959 - 1961	75	116 000	307 000
1962 - 1964	86	141 000	321 000

Quelle: H.A. Turner, Garfield Clack und Geoffrey Roberts, Labour Relations in the Motor Industry, London 1967, S. 23.

Was bereits im allgemeinen nachgewiesen wurde, zeigt sich in der Autoindustrie besonders deutlich: Mitte der fünfziger Jahre beginnt die Streikaktivität stark anzusteigen, die Zahl der Streiks ver-sechsfacht sich in den folgenden Jahren und die Zahl der Streiktage liegt am Ende sechsmal so hoch wie der nationale Durchschnitt. Deshalb sollen die Ursachen der neuen Militanz am besonderen Fall der Autoindustrie analysiert werden³⁷.

Zur sozialen Situation der Autoarbeiter

Mit der Einführung des Fließbandsystems wurden nach dem Ersten Weltkrieg die Bedingungen technologischer Massenproduktion geschaffen. Während die Fahrzeugproduktion von 4 000 im Jahre 1905 auf 182 000 im Jahre 1929 stieg, verringerte sich die Zahl der Firmen in den zwanziger Jahren schlagartig. Anfang der dreißiger Jahre produzierten bereits die Unternehmen Morris (35 %), Austin (25 %) und Ford (15 %) drei Viertel des gesamten Ausstosses. Dieser überschritt in den fünfziger Jahren die Millionengrenze und näherte sich bereits Mitte der sechziger Jahre der Zahl von zwei Millionen Fahrzeugen. Für den Produktionsanstieg nach dem Zweiten Weltkrieg zeichneten vor allem die neuentwickelten automatischen Produktionsverfahren verantwortlich. Daher entfielen von den jährlichen Zuwachsraten um 14 % zwischen 1952 und 1963 nur 4 % auf neueingestellte Beschäftigte.

Zugleich veränderte sich infolge des raschen technischen Wandels die Zusammensetzung der Beschäftigten. So wurden die traditionellen Facharbeiterberufe mit der Einführung automatischer Produktionsverfahren zurückgedrängt. Bei Vauxhall z.B. kehrte sich das Verhältnis von Hilfsarbeitern zu den gelernten Arbeitern im unmittelbaren Fertigungsbereich

zwischen 1950 und 1960 von 40 : 60 auf 60 : 40 um. Dagegen stieg die Zahl der Wartungs- und Instandhaltungskräfte um 70 %, die Zahl aller Beschäftigten aber nur um 60 %. Zugenommen hat auch der Anteil der technischen Angestellten in den der Produktion vorgelagerten Konstruktions- und Planungsbüros. Insgesamt waren 1963 etwa 50 000 Angestellte und 200 000 Arbeiter in der Autoindustrie beschäftigt³⁸.

Wenn in der rapiden Expansion der Autoindustrie auch freigesetzte Arbeiter absorbiert wurden, drohten bei dem raschen Produktwechsel und technischen Neuerungen doch häufig Kurzarbeit und Arbeitsplatzwechsel mit Lohneinbußen. Zugleich wurden mit der wachsenden Kapitalintensität vermehrt Überstunden und Schichtarbeit eingeführt, die wiederum bei sinkender Nachfrage beliebig gedrosselt werden konnten. Daher schwankt die Zahl der durchschnittlichen Arbeitsstunden im Fahrzeugbau etwa doppelt so stark wie in der Metallindustrie, so daß gerade die Verdienste niedrig bezahlter, auf Überstundenprämien angewiesener Arbeitergruppen sich stark verringern konnten, was aber auch für relativ gut entlohnte Arbeiter zutraf. Das hieß z.B. für einen Mechaniker mit einem Normalverdienst von 23 - 24 Pfund 1962-1963, daß der Bruttolohn manchmal auf 13 Pfund sank³⁹. Die soziale Unsicherheit der Autoarbeiter wurde durch saison-, konjunktur- und konkurrenzbedingte Nachfrageschwankungen noch verstärkt. Trotzdem konnten die Autoarbeiter ihre Reallöhne anheben und sich partiell sogar an die Spitze der Lohnskala setzen. Das lag ebenso an den hohen Profitspannen in der expandierenden Autoindustrie wie an der gewerkschaftlichen Verhandlungsstärke, die sich unter den Bedingungen relativer Vollbeschäftigung mit den Leistungslöhnen entwickelt hatte⁴⁰.

Leistungslöhne in der Autoindustrie

Das Lohnsystem in der Autoindustrie besteht wie in der gesamten Metallindustrie hauptsächlich aus zwei verschiedenen Lohnsystemen. Während der Zeitlohn nach Qualifikationsstufen eingerichtet wird, setzt sich der Akkordlohn aus einem Grundlohn und einer Prämie zusammen. Die individuell oder nach Arbeitsgruppen, z.B. am Fließband, bestimmten Stückakkorde variieren beträchtlich, was durch den schnellen Produktivitätszuwachs noch verstärkt wird. Denn mit der technischen Veränderung eines Arbeitsvorgangs müssen die Stückakkorde jeweils neu bestimmt und ausgehandelt werden. Da die Arbeiter sich grundsätzlich nicht zurückstufen lassen, bleibt faktisch nur eine Lohnerhöhung übrig. Entsprechend beginnen die Stundenverdienste der Akkordarbeiter im Fertigungsbereich vorauszuweichen; im Jahre 1963 lagen sie bereits 4 % über denen des gelernten und ungelernten Zeitlohnarbeiters⁴¹. Während die Lohnunterschiede zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern weitgehend eingeebnet werden, fallen die Verdienste von Arbeitern zurück, die nicht unmittelbar in der Produktion beschäftigt sind wie z.B. in Versuchsabteilungen, Lagerhaltung und Transport. So ist schon innerhalb der einzelnen Abteilungen und Qualifikationsstufen eines Betriebes eine verworrene Lohnsituation entstanden, die sich von Unternehmen zu Unternehmen und von Region zu Region unterschiedlich entwickelt.

Das trifft vor allem für den größten britischen Autohersteller British Leyland zu, der weder zwischen den einzelnen, über Großbritannien verstreuten Fabriken noch innerhalb eines Betriebes gleiche Lohnstrukturen verwirklicht hat. Stücklohnrat werden jeweils zwischen einem Lohnfestsetzer und einer Handvoll Arbeiter ausgehandelt. Chrysler zahlt zwar innerhalb eines Betriebes für gleiche Tätig-

keiten gleiche Löhne, aber nicht innerhalb des Unternehmens, um nicht die Grundlöhne der Arbeiter in Dunstable und Linwood an die höheren in Ryton anpassen zu müssen. Dagegen haben Ford wie Vauxhall nach amerikanischem Muster unternehmensweite Verhandlungen eingeführt, die bei Ford in einem gemeinsamen nationalen Verhandlungskomitee stattfinden ("Joint National Negotiating Committee"). Ford unterscheidet sich von den anderen Autoproduzenten dadurch, daß es keine individuellen Akkordsätze gibt, sondern fünf Lohnstufen nach bestimmten Qualifikationsmerkmalen. Die unterschiedlichen Lohnsysteme haben mit dazu beigetragen, daß die Stundenlöhne und durchschnittlichen Verdienste bei den großen Vier stark voneinander abweichen, wie ein Vergleich aus dem Jahre 1971 zeigt:

Lohnunterschiede in der Autoindustrie von 1971

	Zahl der manuellen Arbeiter	Stundenlohn des typ. Produktions- arbeiters	Gesamtverd. für eine Mo- dellwoche ^x (in Pfund)
Ford	50 000	63 Pence (p)	33
Chrysler	18 700	95,5 p in Ryton 80 p in Linwood 78,5 p in Dunstable	40 Ryton
British Leyland	135 000	zwischen 1 bis 1,05 Pfund in Oxford	45 Oxford
Vauxhall	30 000	66 p	32

^xGrundlohn und Überstunden- und Schichtzuschläge, Kurzarbeit usw.

Quelle: Financial Times, 11.3.1971.

Daß die Arbeiter von British Leyland und Chrysler wesentlich höhere Stundenlöhne als die Ford- und Vauxhall-Arbeiter erhalten, zeigt die Wirkung von betrieblichen Vereinbarungen, auf die Lohnsysteme stimulierend wirken. Die Lohnsätze werden

in einigen Zielbetrieben nach oben getrieben, denen die anderen wiederum in Paritätsforderungen nachfolgen wie z.B. im neunwöchigen Streik der Ford-Arbeiter im Frühjahr 1971⁴². Dadurch konnten die Autoarbeiter ihre Löhne insgesamt weit über die sonstigen Verdienste in der Metallindustrie heraufschrauben; im Oktober 1970 verdienten die im Fahrzeugbau beschäftigten Arbeiter nahezu 20 % mehr als die Maschinenbauarbeiter⁴³. Das relativ hohe Lohnniveau und die unsicheren Verdienste in der Autoindustrie schafften eine explosive Mischung aus kompensatorischen Lohnforderungen und großer Streikbereitschaft, was in ähnlicher Weise für den Schiffbau und die Docks gilt. Obgleich der Anteil der Autoarbeiter an den im Maschinenbau Beschäftigten nur 15 % beträgt, haben sie mehr Lohnkonflikte als alle anderen Arbeiter im Maschinenbau zusammen⁴⁴.

Zur Streikaktivität der gewerkschaftlichen Basis
Hinter der Streikaktivität der britischen Autoarbeiter stehen die gewerkschaftlichen Betriebsgruppen, deren organisatorische Stärke mit den dezentralisierten Verhandlungen über Leistungslöhne ständig gewachsen ist. Betriebsnahe Tarifverhandlungen machten aber eine wesentlich detailliertere Abstimmung unter den jeweils im Unternehmen vertretenen Gewerkschaften erforderlich, die von den miteinander um Mitglieder konkurrierenden Gewerkschaften der Fahrzeugbauer (N.U.V.B.), Metallarbeiter (A.E.U.) und Transportarbeiter (T.G.W.U.) usw. nicht geleistet wurde. Das trug unmittelbar zum Aufschwung der betrieblichen Komitees von Shop Stewards bei, die gegenüber den voneinander getrennten Gewerkschaftsapparaten eine autonome Stellung gewannen.

Mitte der sechziger Jahre sind die etwa 200 000 Autoarbeiter von 5 000 Shop Stewards vertreten

worden. Diese gehören zwar überwiegend den genannten Gewerkschaften an, bilden aber auf betrieblicher Ebene ein gemeinsames Komitee, das wiederum einen Verhandlungsausschuß wählt. Darüber hinaus sind unternehmensweite Shop-Stewards-Komitees ("combine committees.") entstanden, die Lohnraten vergleichen und sonstige Koordinationsaufgaben übernehmen, die erst bei härteren Auseinandersetzungen an Bedeutung gewinnen⁴⁵. Der Trend zu betrieblichen Verhandlungssystemen führte zu einer Zunahme der spontanen Streiks, die seit den fünfziger Jahren häufiger und kürzer werden. So fanden 1965 bei Morris Motors in Cowley 256 (von 297) Arbeitsniederlegungen statt, bevor der Senior Steward überhaupt verhandeln konnte, 1966 traf das für 128 von 142 Streiks zu. Allgemein läßt sich für das Jahr 1967 sagen, daß in der Automobilindustrie weniger als 2 % der Streiks nach dem Scheitern offizieller Verhandlungen stattfanden. Während bei 22 % der Verhandlungsweg überhaupt nicht beschritten wurde, erreichten 20 % die erste und 50 % die zweite Stufe. Nur bei einem von 100 Konflikten riefen die Gewerkschaften offiziell zum Streik auf.

Zur bei weitem wichtigsten Streikursache sind Auseinandersetzungen über die Lohnstruktur geworden. So streikten z.B. im September und Oktober 1970 die 1 100 Stücklohnarbeiter einer Fabrik von Austin-Morris in Cowley, um die Zahlung ihrer Durchschnittsverdienste statt eines Pauschalsatzes während der Einführung eines neuen Modells zu erzwingen. Der monatelange Streik war durch die Furcht der Arbeiter motiviert, daß die Unternehmensleitung den Stücklohn durch eine Form des Zeitlohns ersetzen könnte. Zu häufigen Streikgründen gehören auch die ständig drohenden Freisetzungen und Kurzarbeit wie Konflikte der Gewerkschaften mit dem Management um ihren

betrieblichen Status. Wenn man die allgemeinen Streiks in der metallverarbeitenden Industrie ausklammert, bleiben nach dem Krieg bis etwa 1965 noch immer 600 000 Streiktage um gewerkschaftliche Konflikte, dieselbe Zahl gegen Freisetzungen und über 900 000 um Probleme der Lohnstruktur. Das soll in der folgenden Tabelle weiter aufgeschlüsselt werden:

Entwicklung von Streiks in der Autoindustrie nach dem Kriege, 1946 - 1964

Zahl der Streiks nach Ursache. Streiktage (in Tausend) nach Ursache in Klammern.

Zahl der Streiks nach Ursache Streiktage (in Tausend) nach Ursachen in Klammern				
Jährlicher Lohn-Durchschn. usw.	Freiset- zungen usw.	Gewerk- schaftl. Konflikte	Andere Ursachen	
1946-1955	4 (17)	2 (15)	3 (34)	4 (29)
1956-1960	21 (73)	8 (65)	7 (37)	16 (32)
1961-1964	31 (96)	6 (23)	6 (33)	36 (94)

Quelle: Labour Relations in the Motor Industry, S. 66.

Es wird offenbar, daß vor allem in den sechziger Jahren die nicht näher aufgeschlüsselten Streikursachen zugenommen haben. Vor 1960 machten sie 25 % - 30 % der Arbeitskämpfe und Streiktage aus, nach 1960 aber bereits 40 % - 45 %:

Neue Streikursachen nach dem Krieg, 1946-1964
Zahl der Streiks nach Ursache, Streiktage (in Tausend) nach Ursache in Klammern.

Zahl der Streiks nach Ursache Streiktage (in Tausend) nach Ursache in Klammern				
Jährlicher Lohn-Durchschn.	Reine Lohn-forderung.	Indiv. Entlass.	Funkt.des Managementsu.	Arbeitszeit Bedingung.
1946-1955	1 (21)	1 (4)	1 (3)	1 (-)
1956-1960	7 (23)	4 (12)	3 (8)	2 (9)
1961-1964	10 (24)	8 (36)	6 (26)	11 (8)

Quelle: Labour Relations in the Motor Industry, S. 67.

Vergleicht man beide Tabellen, stellt sich heraus, daß die Streiktage um gewerkschaftliche Fragen ebenso konstant geblieben sind wie die um reine Lohnforderungen. Zwar ist die Zahl der Streiks um Arbeitsbedingungen stark angestiegen, aber die Arbeitskämpfe sind nicht intensiver geworden. Dagegen haben sich die Streiks gegen Entlassungen und um andere Entscheidungsbefugnisse des Managements nicht nur vervielfacht, sondern sind auch wesentlich länger und härter geworden.

An den besonderen Produktionsbedingungen der Autoindustrie wird erkennbar, wie die wachsende Streikaktivität von den technisch-ökonomischen Veränderungen und der Konjunkturlage insgesamt geprägt wird. Der von Kurzarbeit und Freisetzung bedrohte, jedoch relativ gut entlohnte Produzent hat eine offensive Kampfbereitschaft entwickelt, die sich vor allem über Probleme der Lohnstruktur und Arbeitsbelastung erstreckt, aber auch in die unmittelbare Verfügungsgewalt des Managements eingreift. Damit geht eine von der Vollbeschäftigung bestimmte Dezentralisierung der kollektiven Verhandlungssysteme einher, in deren Mittelpunkt die gewerkschaftlichen Betriebskomitees stehen.

4.2. Gegenstrategien von Monopolkapital und Staat

Der gegenüber den europäischen Konkurrenten niedrige Produktivitätszuwachs der britischen Wirtschaft konnte nicht wie z.B. in Italien durch eine weitgehende Intensivierung der Arbeitsleistung ausgeglichen werden, da die britische Arbeiterklasse ihre unmittelbaren Arbeitsbedingungen weitgehend mitbestimmte. Das läßt schon ein Vergleich der Unfallstatistiken erkennen. Während in Italien 1969 etwa 4 000 tödliche Arbeitsunfälle und 2 137 im Jahre 1967

in Frankreich registriert wurden, waren es in Großbritannien in diesem Zeitraum durchschnittlich etwas über 600⁴⁶. Gerade die Kontrolle über verschiedene Leistungsfaktoren hatte nicht nur eine Steigerung der Arbeitsintensität verhindert, sondern auch eine unregelmäßige Lohnbewegung beschleunigt.

Die neue Militanz hatte eine weitere Senkung der ohnehin fallenden Profite zur Folge, die unter der ökonomisch-militärischen Hypothek der imperialistischen Großmachtambitionen nicht in ausreichendem Maße für die erforderlichen Rationalisierungsinvestitionen aufgebracht wurden. Um den notwendigen Produktivitätszuwachs mußte der Kampf mit der Arbeiterklasse aufgenommen werden, der systematisch von den als Rationalisierungsinstrument der herrschenden Klasse fungierenden Labour-Regierungen 1964 - 1970 geführt wurde. Der Angriff auf die unmittelbaren Arbeitsbedingungen, den Lebensstandard und die politische Stellung der britischen Arbeiter fand im wesentlichen auf drei sich ergänzenden Ebenen statt:

1. auf unternehmerischer Ebene in langfristigen Produktivitätsvereinbarungen, die Lohndrift und Kontrollrechte abbauen und damit das betriebliche Verhandlungssystem entmachten sollen;
2. auf wirtschaftspolitischer Ebene in einer zentralen Lohnkostenplanung, die bei relativer Vollbeschäftigung die ökonomische Funktion der fehlenden industriellen Reservearmee übernehmen muß;
3. auf staatlich-hoheitlicher Ebene in einer Reform der industriellen Beziehungen, um die neue Militanz der britischen Arbeiter auf rechtlichem Wege zu brechen und das kapitalistische Herrschaftssystem zu stabilisieren.

4.2.1. Produktivitätsabkommen ("productivity deals")

Als Modell gilt noch immer das bei der Fawley-Raffinerie des Esso-Konzerns abgeschlossene Produktivitätsabkommen, das den Arbeitern mit um 40 % steigenden Grundlöhnen gewisse Kontrollrechte über die unmittelbaren Arbeitsbedingungen buchstäblich abkaufte. Dazu gehörten die Besetzung der Arbeitsplätze nach bestimmten Qualifikationen, die Anstellung von Lehrlingen, vor allem die Verteilung von Überstunden, die zugunsten zusätzlicher Schichtarbeit drastisch reduziert wurden⁴⁷. Bald folgten andere Unternehmen wie Mobil Oil in Coryton, Essos Niederlassung in Milford Haven, aber auch Unternehmen im Maschinenbau, in der Stahlindustrie und Elektrizitätsversorgung. Die Luftfahrtgesellschaften B.E.A. und B.O.A.C. und der Chemiegigant I.C.I. Druckerei- und Autoarbeiter begannen Produktivitätsabkommen abzuschließen, von denen 1966 etwa eine halbe Million Arbeiter, im Februar 1969 bereits 4,5 Millionen oder 20 % der manuellen Arbeiter erfaßt wurden⁴⁸. Während das Arbeitsministerium 1967 im Monat durchschnittlich 75 Abkommen registrierte, waren es in der zweiten Hälfte des Jahres 1968 bereits 200, die sich in zunehmendem Maße auch auf die Angestellten erstrecken⁴⁹.

Die sprunghaft um sich greifenden Produktivitätsabkommen zielen darauf ab, die unternehmerische Verfügungsmacht über den Gebrauch der Arbeitskraft zu verstärken, um die betriebliche Rentabilität zu erhöhen. Dem steht aber die Verhandlungsstärke der Shop-Steward-Komitees entgegen, die eine partielle Kontrolle über die Leistungslöhne gewonnen haben. Diese sichert den Arbeitern bei veränderten Herstellungsverfahren in den auf Gegenseitigkeit ("mutuality") beruhenden Verhandlungen mit dem Management einen entsprechenden Anteil am

Produktionsausstoß, der nun verringert werden soll. Wenn z.B. ein Container-Schiff zehnmal schneller entladen wird als traditionelle Frachtschiffe, der Lohn bei der Umstellung aber nur um 8 % steigt, hat der Unternehmer seine Profite um ein Vielfaches erhöht⁵⁰. Das wird dadurch erreicht, daß die Akkordlohnsysteme in einen Zeitlohn mit vom Management eingerichteten Produktionsnormen überführt werden - in "Measured Day Work" (M.D.W.), womit zugleich die innerbetriebliche Lohnbewegung eingedämmt werden soll.

M.D.W. läßt sich definieren als ein Lohnsystem mit festen Stundenlohnsätzen, das quantifizierbare Leistungsnormen zur Grundlage hat, die nach Techniken der analytischen Arbeitsplatzbewertung bestimmt werden. Im September 1968 arbeiteten bereits ein Viertel der Arbeiter in der weiterverarbeitenden Industrie nach M.D.W., das in mehreren Stufen eingeführt wird. Am Anfang steht eine Bewertung des Arbeitsplatzes nach verschiedenen Tätigkeitsmerkmalen wie Qualifikation, Leistung, Arbeitsbedingungen usw. ("job evaluation"); Die auf diese Weise geprüften Arbeitsplätze werden nach den jeweils erreichten Punktzahlen in verschiedene Grade eingeteilt ("grading"), denen entsprechende Lohnstufen zugerechnet werden ("rating")⁵¹. Allerdings trägt der wissenschaftliche Schein dieses Bewertungsverfahrens, da die unterschiedlichen Koeffizienten für Ausbildung und bestimmte Fähigkeiten, für physische und psychische Voraussetzungen wie Durchstehvermögen, Reaktionsschnelligkeit usw. willkürlich festgesetzt werden⁵². Daher haben sich Unternehmen wie I.C.I. stets geweigert, ihre Kriterien zu veröffentlichen, nach denen z.B. bei Ford von 38 000 männlichen Produktionsarbeitern 9 000 nach dem Grad C entlohnt wurden, von den 850 Frauen aber nur 2, während in den oberen Lohnstufen D und E überhaupt keine Arbeiterinnen beschäftigt waren⁵³.

Nach der analytischen Arbeitsplatzbewertung folgt die Bestimmung der Produktionsnormen in Arbeitsplatzstudien, in denen die zeitliche Dauer der verschiedenen Bewegungsabläufe eines Arbeitsvorgangs gemessen und in einer Grundeinheit standardisiert wird, die noch einige Faktoren wie Ermüdung, persönliche Ruhepausen usw. einbezieht⁵⁴. Da aber die Differenz zwischen dem langsamsten und schnellsten Arbeiter in der Regel ganz erheblich ist und Ermüdungserscheinungen kaum meßbar sind, also Zeit- und Bewegungsstudien überhaupt keine normale Arbeitszeit feststellen können, liefern diese Techniken nur ein Alibi für die Intensivierung der Arbeit. Dadurch hat sich die Zahl der Unfälle erhöht, seit 1962 im jährlichen Durchschnitt um 9,1 %, was besonders im Bergbau offenbar wird:

Unfälle auf 150 000 Arbeitsschichten

1955	1960	1964/65	1965/66	1967/68
126,95	143,70	185,96	210,33	212,06

Quelle: Annual Report of National Coal Board

Dem entsprechen medizinische Untersuchungen, die häufig mehr im Interesse der Rentabilität des Unternehmens als der Gesundheit des Arbeiters angestellt werden, und gerade bei ungesunden und gefährlichen Arbeitsbedingungen wie in der Glas- und Stahlindustrie eine niedrigere LohnEinstufung des geschädigten Arbeiters zur Folge haben können. Dabei ergänzen die Gesundheitskontrollen die allgemeine Überwachung am Arbeitsplatz, die sich mit den steigenden Produktionsnormen verschärft hat. So verschob sich z.B. in der Kohlenindustrie von North Derbyshire das Verhältnis von Vorarbeitern und Meistern zu den Arbei-

tern zwischen Juni 1967 und Juli 1968 von 1 : 12 auf 1 : 9,5⁵⁵.

Mit der Einführung von M.D.W. ändert sich unter der Hand das gewerkschaftliche Verhandlungssystem ("collective bargaining"). Nicht mehr die steigenden Lebenshaltungskosten, der Vergleich mit anderen Arbeitergruppen oder eine Umverteilung zwischen Profiten und Löhnen sollen den Forderungskatalog der Lohnabhängigen bestimmen, sondern die nach scheinbar sachrationalen Kriterien erstrebte Kostenverringerung pro Produktionseinheit⁵⁶. Um die Lohnkosten so weit wie möglich zu senken, wird es unerlässlich, den gewerkschaftlichen Betriebsgruppen die Kontrolle über Arbeitseinteilung, Arbeitstempo und Arbeitsbelastung zu entreißen, also die freie unternehmerische Verfügung über die Ware Arbeitskraft herzustellen. So spricht das "Grüne Buch" der Stahlindustrie vom März 1968 von der Mobilität und Auswechselbarkeit in allen Qualifikationsstufen, ohne eine Garantie gegengeringere Verdienste zu geben⁵⁷. Schicht- und Wochenendarbeit werden nicht mehr prämiert, sondern Teil der normalen Wochenarbeitszeit. Gefährdet sind auch die traditionellen Ruhe- und Teepausen, die informelle Kontakte zwischen den Arbeitern und ihren Shop Stewards erlauben. Schon die Fabrikinspektoren in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hatten von den "kleinen Diebstählen" des Kapitals an den Mahlzeiten der Arbeiter als "nibbing and scribbling at meal times" (knabbern und knapsen an den Essenspausen) gesprochen⁵⁸. Diese gehören wie andere Rechte zu den "restriktiven Arbeitspraktiken", die das Management in Produktivitätsabkommen eliminieren will wie z.B.: Zeiteinsparungen bei Anfang oder Ende der Arbeit - inoffizielle Versammlungen - Verlassen der Werkstatt von Shop Stewards ohne Erlaubnis des Meisters - Prüfung und Einteilung von

Überstunden durch Shop Stewards - Verzögerungen bei der Einführung von Schichtarbeit - Ablehnung von Stechuhren - Widerstände bei Verkürzung der Vorgabezeiten infolge technischer Veränderungen, bei Rückstufungen von gelernten zu angelernten Arbeitern, bei Versetzungen an andere Arbeitsplätze usw.⁵⁹.

Eine der größten Gefahren von Produktivitätsabkommen liegt - neben langfristig sinkenden Real-löhnen und Intensivierung der Arbeit - in der Freisetzung von Arbeitern, die wie bei "Morris Radiators" in Oxford oft in Betrieben mit hohem gewerkschaftlichem Organisationsgrad vorgenommen werden, um an den Widerstand leistenden Arbeitern ein Exempel zu statuieren. Bei schon hoher struktureller Arbeitslosigkeit können die aus Rationalisierungsprogrammen folgenden Entlassungen verheerende soziale Konsequenzen haben. Davon sind vor allem die traditionellen Bergbaugebiete in Schottland, Wales und Yorkshire betroffen⁶⁰. Was die kampfstarken Bergarbeiter seit Mitte der fünfziger Jahre erleben mußten, droht heute den militanten Dockarbeitern. Dabei ist der zweckrational getarnte Angriff auf die am Arbeitsplatz erkämpften Kontrollrechte und die soziale Stellung in den sich oft über Jahre hinziehenden Produktivitätsabkommen nicht immer unmittelbar erkennbar. Die zunächst gewährten Lohnzulagen werden von den rasch steigenden Lebenshaltungskosten bald absorbiert. Mit dem Ausverkauf der betrieblichen Verhandlungsstärke der Shop Stewards kann das Management in den kommenden Tarifrunden den Preis der Ware Arbeitskraft diktieren, ihre Leistung erhöhen und Entlassungen vornehmen - mit einem Wort: eine umfassende Führungsrolle im Interesse höherer Profite erlangen⁶¹.

Exkurs B: Auseinandersetzungen in der Dockindustrie um den "Devlin-Report"⁶²

Das Untersuchungskomitee unter Lord Devlin wurde von der neuen Labour-Regierung im Oktober 1964 eingerichtet, um die anstehenden Probleme in der Dockindustrie zu lösen - ihre niedrige Rentabilität und die hohen Streikziffern. Den Vorschlägen zu einem langfristigen Produktivitätsabkommen standen allerdings Forderungen nach einer Verstaatlichung des Hafentransports mit weitgehenden Mitbestimmungsrechten gegenüber, die am deutlichsten von Arbeiterkontrollgruppen in Hull und London formuliert worden waren⁶³. Da die Labour-Regierung zwar einem, wenn auch restriktiv ausgelegten Konzept industrieller Demokratie zugestimmt hatte, faktisch aber auf die Einführung der Devlin-Vorschläge drängte, bekamen die Auseinandersetzungen in der Dockindustrie einen politischen Stellenwert innerhalb der britischen Arbeiterbewegung.

Die Konkurrenzfähigkeit der britischen Dockindustrie hat sich mit der Container-Revolution weiter verschlechtert, die erst einige Häfen wie Tilburg, Liverpool, Southampton und Felixstowe zu erreichen beginnt. Daran war im wesentlichen die chaotische Struktur der britischen Häfen schuld, die manchmal von Treuhändern wie in Liverpool, London und Glasgow, manchmal von städtischen Behörden wie in Bristol und der britischen Behörde für den Hafentransport oder privaten Unternehmen verwaltet wurden. Dieser Vielfalt entsprachen wiederum die zahlreichen Arbeitgeber für Dockarbeiter wie Hafenbehörden, Reeder, Import-Export-Firmen, Arbeitsvermittler usw.⁶⁴. Um den notwendigen Finanzierungsspielraum für die anfällige Modernisierung der Dockindustrie zu gewinnen, sollten die Lohnkosten gesenkt werden, indem einmal die Arbeit intensiviert, zum anderen die Zahl der Dockarbeiter -

65 000 im Jahre 1964 - drastisch reduziert wurde. Vor zwei Jahrzehnten wurden von einer Arbeitsgruppe 20 Tonnen in einer Stunde verladen, mit Containern gelingt das in einer Minute⁶⁵. Die sich damit abzeichnende Freisetzung eines großen Anteils der Dockarbeiter soll auch ihre seit dem Zweiten Weltkrieg beispielhafte Militanz schwächen.

Vergleich der durchschnittlichen Anzahl von jährlichen Streiktagen pro 1000 Beschäftigte

Industriezweig	1930-1938	1947-1955	1956-1964	1964-1967 ^x
Dockindustrie	285	3 134	1 091	1 766
Schiffsbau	328	890	2 349	412
Fahrzeugbau	80	162	411	831 ^{xx}
Kohlenbergbau	1 034	778	627	416

^x 1964-1967 sind nur inoffizielle Streiks erfaßt.

^{xx} Diese Zahl gilt nur für die Autoindustrie.

Quellen: Devlin-Report, S. 4. Brian Nicholson, The First Year of Devlin: A Review of the Docks, in: Trade Union Register, London 1969, S.212.

Dabei weist die steigende Zahl inoffizieller Streiks - seit 1960 über 95 % - auf eine Erstarrung der Gewerkschaftsapparate hin. Von den militanten Dockarbeitern mitbegründet, hatte die Transportarbeitergewerkschaft zahlreiche Kämpfe geführt, deren wichtigste Stationen, wie der Dockarbeiterstreik von 1889, die Massenstreiks unter Tom Mann vor dem Ersten Weltkrieg bis hin zur Weigerung der Londoner Docker, die "Jolly George" mit Waffen für die polnische Armee gegen die Sowjetunion zu beladen, zur großen Streiktradition der britischen Arbeiterbewegung gehören. Nach dem Zweiten Weltkrieg mußten sich die Dockarbeiter jedoch gegen eine reaktionäre Gewerkschaftsführung durchsetzen, die unter Arthur Deakin zu einem Disziplinierungsinstrument der Unternehmer geworden war. In dieser

Zeit entstanden die inoffiziellen Hafenarbeiter-Komitees, häufig von Kommunisten unterstützt wie Verbindungskomitee unter Jack Dash⁶⁶. Viele Dockarbeiter verließen die T.G.W.U. und schlossen sich der "Blue Union" an, die neben London in den nördlichen Häfen an Bedeutung gewann. Wenn die Docker auch in verschiedene gewerkschaftliche Organisationen gespalten waren, so konnten sie dennoch eine unerreichte Solidarität in zahlreichen Kämpfen entwickeln, die sie gegen niedrigere Grundlöhne, ungleiche Stücklohnrat, schlechte und gefährliche Arbeitsbedingungen, vor allem aber gegen die disziplinarischen Maßnahmen der paritätisch aus Unternehmer- und Gewerkschaftsvertretern zusammengesetzten Hafenbehörde führten.

Ein Schlüsselpunkt für die große Streikaktivität in der Dockindustrie lag in der niedrigen Beschäftigungsquote der Dockarbeiter. Während die Gewerkschaften auf der ständigen Beschäftigung aller Arbeiter bestanden, versteiften sich die Unternehmer darauf, nur 70 % bis 80 % der registrierten Dockarbeiter anzustellen. Davon waren allerdings nur ein Viertel dauernd beschäftigt; die anderen wurden entsprechend der jeweiligen Nachfrage für einen halben Tag angeheuert. Diese unterteilten sich noch in die "blue-eyed-boys", die als Lieblinge eines Meisters regelmäßig Arbeit erhielten, und die "floaters", die ihre Arbeit je nach Verdienstchancen aufnahmen, während die "drifters" irgendeiner Arbeitsgruppe zugeteilt wurden⁶⁷. Die Arbeitssituation der Docker war - ähnlich wie bei den Autoarbeitern - durch extreme Unsicherheit gekennzeichnet, zumal der wöchentlich garantierte Minimallohn ("fall Back Rate") unter dem Grundlohn lag und die Gelegenheitsarbeiter weder Krankengeld noch Altersrenten erhielten. So konnten die Ver-

dienste von einem drifter und einem blue-eyed boy in London zwischen 10 und 40 Pfund Wochenlohn schwanken⁶⁸.

Ein Rahmengesetz für die Dockarbeit ("Dock Labour Scheme") sah eine gewisse Sicherung vor, da nur registrierte Arbeiter beschäftigt werden durften, denen außerdem ein Minimallohn zustand. Darüber wachte die neueingerichtete nationale Dockarbeitsbehörde mit lokalen Zweigstellen in jedem Hafen, die anfallende Arbeit verteilte und auch disziplinarische Strafen verhängte. Aus dem jedoch fortbestehenden Dilemma der Gelegenheitsarbeit sollte der "Devlin-Report" herausführen, der den Dockern für die Aufgabe ihrer Arbeitspraktiken ständige Beschäftigung versprach. Arbeitsfrieden und steigende Effektivität sollten durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

1. Abschaffung des gelegentlichen Arbeitgebers bzw. Managements;
2. Einführung eines Systems regelmäßiger Beschäftigung;
3. starke und effektive Gewerkschaftsführungen;
4. größere Mobilität der Arbeitskraft;
5. Verbesserung der sozialen Unterstützungsmaßnahmen;
6. Revision der Lohnstruktur;
7. Beseitigung zeitvergeudender Arbeitspraktiken;
8. straffere Disziplin;
9. Überprüfung der Arbeitsplatzbesetzung hinsichtlich fortschreitender Mechanisierung und veränderter Arbeitsmethoden⁶⁹.

Der "Devlin-Report" verspricht sich, daß der Dockarbeiter mit der neuen Arbeitsplatzsicherheit ein "tiefes Gefühl von Verantwortung" nicht nur gegenüber "seinem Arbeitgeber", sondern auch gegenüber der "gesamten Nation" empfindet. Dadurch sollten

die für ihn charakteristische "unverantwortliche Haltung" und der "übertriebene Sinn für Solidarität und Loyalität" gebrochen werden, der in der Losung zum Ausdruck kommt: "One out, all out" und auch darin: "If you're in trouble, I'm in trouble: if you won't do it nor will I".⁷⁰ Sicherheit, Disziplin und emotionale Bindung werden nach Lord Devlin durch die Abhängigkeit des Lohnarbeiters vom privaten Unternehmer erzielt, nicht aber durch weitgehende Mitbestimmungsrechte in einer nationalisierten Dockindustrie, wie es von den Dockarbeitern gefordert wird.

Die besondere Gefahr der Vorschläge Lord Devlins lag gerade in einer Aufspaltung des Produktivitätsabkommens in zwei zeitlich getrennte Stufen. Die erste sah die Abschaffung der erniedrigenden Gelegenheitsarbeit vor und sicherte neben einem Grundlohn von 11,08 Pfund Krankengelder und Altersrenten. Allerdings konnte sich das paritätisch besetzte nationale Modernisierungskomitee nicht über die Lohnhöhe einigen. Der Konflikt wurde von einem wieder unter Lord Devlin berufenen Untersuchungsausschuß vollständig im Interesse der Unternehmer gelöst, indem der vereinbarte Grundlohn um eine zusätzliche Modernisierungszulage von 2 Pfund und der Minimallohn auf 15 Pfund erhöht wurden⁷¹. Daraufhin kam es zu neunwöchigen inoffiziellen Streikaktionen, in denen die Liverpooler Dockarbeiter Effektivverdienste bis zu 35 Pfund und die Arbeiter in London einen neuen Minimallohn von 17 Pfund durchsetzten, die Einführung des Devlin-Abkommens im September 1967 aber nicht verhindern konnten⁷².

Ließ sich in der ersten Phase Devlins die erstrebte Sicherheit bei einer Freisetzung von 13 000 Dockern schon nicht herstellen, so ent-

halten jedoch erst die Veränderungen in der zweiten Phase den entscheidenden Zündstoff:

1. im Lohnsystem - Übergang vom Akkord- zum Zeitlohn, um den bei Container-Operationen von den Unternehmern befürchteten Lohnanstieg zu vermeiden;
2. in den Arbeitsbedingungen - Abschaffung aller "restriktiven Arbeitspraktiken" und Herstellung der vollständigen "Flexibilität" der Arbeiter einschließlich Schicht- und Wochenendarbeit;
3. in der Betriebsorganisation - das Ende der gemeinsamen Kontrolle über die Zahl der Arbeiter in der Dockarbeitsbehörde; d.h. das Recht des Managements zu heuern und zu feuern, um die angestrebten Rationalisierungsmaßnahmen durchführen zu können.

Mit den relativen Sicherheitsgarantien ist ein Ausverkauf der jahrzehntelang erkämpften Kontrollrechte über die Arbeitsorganisation verbunden worden, an dessen Ende eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und vor allem hohe Freisetzungsraten stehen - bis 1972 etwa 5 000 Arbeiter in Liverpool, 4 000 in London, 1 000 in Manchester usw.⁷³.

Eine zwielichtige Rolle spielte die Labour-Regierung bei der Einführung der wesentlichen Vorschläge des "Devlin-Reports". Sie hatte zwar in ihrem Wahlmanifest zu den Maiwahlen 1966 die Nationalisierung der Dockindustrie aufgenommen und erheblichen Mitbestimmungsrechten zugestimmt, die nach der Veröffentlichung der Devlin-Vorschläge von einer Studiengruppe der Labour-Party zum Hafentransport, von der Transportarbeitergewerkschaft und der "Kampagne für Arbeiterkontrolle" gefordert wurden. Doch drängte sie zugleich auf die beschleunigte Einführung des Produktivitäts-

abkommens, um die Modernisierung der Dock-industrie voranzutreiben, zu der auch eine auf gesetzlichem Wege eingeleitete **Konzentration** der Hafenunternehmen gehörte. Mit dem Versprechen einer späteren Nationalisierung der Dockindustrie war es der Labour-Regierung zunächst gelungen, die Gewerkschaften und militante Arbeitergruppen zur **Annahme** der ersten Phase des Produktivitäts-abkommens zu bewegen, das immerhin die schon lange geforderte Abschaffung der Gelegenheitsarbeit enthielt⁷⁴.

Dagegen wurden die Verstaatlichungsmaßnahmen hinausgezögert und schließlich in ihr Gegenteil verkehrt. So sprach das im Januar 1969 publizierte Weißbuch nur von einer "Reorganisation der Häfen", mit der zwar die großen konkurrenzunfähigen Häfen, aber nicht die noch kleinen, profitablen Container-Depots unter 5 Millionen Tonnen Umschlag verstaatlicht werden sollten. Außerdem war vorgesehen, die paritätisch aufgebaute Dockarbeitsbehörde durch eine staatliche Hafenbehörde zu ersetzen, die faktisch das Kontrollrecht der Dockarbeiter über Einstellungen und Entlassungen beseitigt hätte. Dies konnte in dem Hafengesetz vom November 1969 noch vermieden werden, aber die einst versprochene Beteiligung direkt gewählter Arbeiter auf jeder Ebene der Leitung und Verwaltung der Industrie wurde gar nicht mehr erwähnt.⁷⁵ Anfang Januar 1970 enthüllte die Regierung ihre wahren Absichten, als der von ihr ernannte Vorsitzende des Modernisierungskomitees für die Dockindustrie George Cattell, ein ehemaliger Fachmann der Autofirma Rootes für analytische Arbeitsplatzbewertung und M.D.W. eine Verringerung der Zahl der Dockarbeiter um 50 % bis 1975 prognostizierte und die Registrierung der Dockarbeit in Frage stellte. Ein paar Tage später kündigte der Leiter der Londoner Hafenbehörde die Schließung der Hälfte

der 108 Ladeplätze bis 1975 an, die sukzessive durch Container-Depots an der Themse ersetzt werden sollten⁷⁶. Für diese gilt nicht mehr die in zahllosen Auseinandersetzungen erkämpfte Bannzone, innerhalb derer Waren nur von Dockarbeitern transportiert werden dürfen. Mit der kaum mehr abwendbaren Freisetzung eines großen Teils der Dockarbeiter steht das Schicksal einer der militantesten Arbeitergruppen innerhalb der T.G.W.U. auf dem Spiel.

Gegen die Rationalisierungspläne der Labour-Regierung begann sich der Protest der Dockarbeiter zu sammeln, der in einem eintägigen Streik am 17.3.1970 gipfelte. Die Demonstration der Dockarbeiter für eine vollständige Nationalisierung mit paritätisch besetzten Vertretungsorganen konnte die Regierung allerdings nicht zu Zugeständnissen bewegen. Deshalb wurde gegen die endgültige Verabschiedung des Gesetzes eine Reihe von Aktionen geplant, die jedoch mit dem unverhofften Wahlsieg der Tories nicht die erwartete Unterstützung fanden. Stattdessen bahnte sich der nationale Dockstreik vom Juli 1970 um einen neuen Grundlohn von 20 Pfund für eine 40-Stundenwoche an⁷⁷. Da der auf industrieweiter Ebene abgeschlossene Grundlohn als Kalkulator der lokal ausgehandelten Überstundenprämien und Wartezeitentschädigungen, aber auch der Stücklöhne fungierte, drohte mit der 20-Pfund-Forderung und ihren Multiplikatoreffekten jeglicher Anreiz für das Produktivitätsabkommen hinfällig zu werden, das Verdienste zwischen 34 und 37 Pfund für eine 37 1/4-Stundenwoche vorsah. Mit der scheinbar reinen Lohnforderung stand die bevorstehende zweite Phase des Devlinschen Produktivitätsabkommens auf dem Spiel. Daher war es kein Wunder, daß die am 17. Juli einberufene Untersuchungskommission

unter Vorsitz von Lord Pearson in dieser Frage eindeutig Stellung bezog: "Zum Nutzen der Industrie und der Nation im ganzen sollte der weitere Übergangsprozeß - Verhandlung, Abschluß und Einführung der Vereinbarungen gemäß Devlin-Phase 2 - vorangetrieben werden, und nichts sollte ihn stören"⁷⁸. Abgesehen von einem neuen Überstundenkalkulator, statt 0,28 Pfund nun 0,40, empfahl der Pearsen-Report ohne wesentliche Änderungen die von den Unternehmern gemachten Angebote: Erhöhung des wöchentlichen Urlaubsgeldes und des garantierten Minimallohns auf 20 Pfund und eine geringfügige Rationalisierungszulage, was von der gewerkschaftlichen Verhandlungsführung schließlich angenommen wurde.

4.2.2. Die staatliche Einkommenspolitik ("Incomes Policy")

Die unternehmerischen Produktivitätsabkommen sind zu einem wesentlichen Element der staatlichen Einkommenspolitik geworden, die seit den sechziger Jahren durch langfristige Tarifabkommen vorbereitet wurde - z.B. im öffentlichen Dienst für 500 000 Beschäftigte, in der Elektrizitätsversorgung für 130 000 oder im Maschinenbau für 3,5 Millionen Arbeiter⁷⁹. Dabei zielen die Produktivitätsabkommen auf betrieblicher Ebene, die industrieweiten Tarifverträge mit oft dreijährigen Laufzeiten und die staatliche Einkommenspolitik darauf ab, dem britischen Monopolkapital in der verschärften internationalen Konkurrenz eine langfristige Kostenkalkulation zu ermöglichen. Deshalb gingen die britischen Regierungen in den sechziger Jahren verstärkt dazu über, das konjunktur- und finanzpolitische Instrumentarium durch einkommenspolitische Maßnahmen zu ergänzen. Die

staatliche Einkommenspolitik sollte kontinuierliches Wachstum, stabile Preise und eine ausgeglichene Zahlungsbilanz garantieren.

Das chronische Zahlungsbilanzdefizit mit den periodischen Pfundkrisen hatte in Großbritannien schon vor den sechziger Jahren zu mehr oder weniger drastischen Lohn einschränkungen geführt. So richtete im Jahre 1947 die amtierende Labour-Regierung einen Appell an die Tarifparteien, dem der T.U.C. in einer Sonderkonferenz zustimmte, nach verschärften Maßnahmen im Jahre 1950 aber wieder verworf. Abgesehen von Maßhalteparolen an die Gewerkschaften und dem faktischen Lohnstopp bei den schon niedrig bezahlten Behörden- und Regierungsangestellten wie den im Nationalen Gesundheitsdienst Beschäftigten griff auch die konservative Regierung während der Pfundkrise 1957 mit der Gründung der Cohen-Councils zur Überwachung von Preisen, Produktivität und Einkommen in die Lohnverhandlungen ein, ehe sie sich Anfang der sechziger Jahre entschloß, zu einer mittelfristigen Wachstumspolitik mit verschiedenen Planungsgremien wie der Nationalen Kommission für Einkommen (N.I.C.) und einem Nationalen Rat für wirtschaftliche Entwicklung (N.E.D.C.) überzugehen⁸⁰. Lohn erhöhungen sollten nicht mehr nach Kriterien wie Vergleichbarkeit, steigende Lebenshaltungskosten oder Profite gewährt werden, sondern nach dem auf etwa 2,5 % geschätzten Produktivitätszuwachs.

Auf das Zahlungsbilanzdefizit von 769 Millionen Pfund im Jahr 1964 antwortete die neugewählte Wilson-Regierung mit der Erhöhung des Diskontsatzes, Drosselung der Importe und einkommenspolitischen Maßnahmen. Im Dezember 1964 unterzeichneten Unternehmervvertreter und der Generalrat des T.U.C. eine gemeinsame Absichtserklärung über

Produktivität, Preise und Einkommen, in der sich beide Tarifparteien verpflichteten, für wirtschaftliches Wachstum und Preisstabilität zu sorgen. Löhne und Gehälter sollten sich nach dem Produktivitätszuwachs richten und vom N.E.C.D. und der Preis- und Einkommensbehörde (P.I.B.) überwacht werden⁸¹. Im April 1965 wurden Lohnleitlinien mit einer jährlichen Steigerungsrate von 3 % - 3,5 % festgelegt, die nur bei erheblichen Produktivitätssteigerungen oder bei unter das Existenzminimum fallenden Verdiensten durchbrochen werden konnten. Als Löhne und Preise jedoch weiter stiegen, forderte das Schatzamt einen gesetzlichen Lohn- und Preisstopp, der nach einigen Verzögerungen im Juli 1966 für sechs Monate erlassen und mit der Formel "strenger Zurückhaltung" noch einmal um die gleiche Zeitspanne verlängert wurde. Dadurch wurde die Tarifautonomie der Gewerkschaften zum erstenmal nach dem Ersten Weltkrieg aufgehoben. Wenn sich der Generalrat des T.U.C. diesen staatlichen Eingriffen zunächst auch fügte, begann sich doch ein gewerkschaftlicher Widerstand zu organisieren, der schließlich zur Ablehnung der Einkommenspolitik durch Gewerkschafts- und Parteikongreß führte⁸². Dem lag einmal die Furcht vor einer Wahlniederlage zugrunde, zum anderen die Revolte der niedrig bezahlten Arbeiter, zu deren Schutz die staatliche Einkommenspolitik gerade propagiert worden war.

Exkurs C: Kampfmaßnahmen niedrig bezahlter Arbeiter - der Bergarbeiterstreik

Die Streiks der niedrig bezahlten Arbeiter haben die einkommenspolitischen Maßnahmen der Labour-Regierung entlarvt, die weniger auf einen solidarischen Ausgleich zwischen den relativ hoch und niedrig bezahlten Arbeitern als vielmehr auf

die Erhöhung der unternehmerischen Profite abstellten. Daß davon die Arbeiter im öffentlichen Sektor besonders betroffen sind, ist in Großbritannien zur Regel geworden. So verdienen nur noch die Landarbeiter weniger als die Krankenschwestern oder die Arbeiter bei der Müllabfuhr, die im Jahre 1969 als erste der eine Million im öffentlichen Dienst Beschäftigten streikten⁸³. Die Labour-Regierung wurde durch die militanten Aktionen zwar gezwungen, den Forderungen weitgehend nachzukommen, ohne daß aber ihre Benachteiligung aufgehoben werden konnte. Zur gleichen Zeit traten die mit dem Verfall des Bergbaus ans Ende der Lohnskala rutschenden Bergarbeiter in den Ausstand und etwas später die bisher streikunerfahrenen Lehrer, deren reale Verdienste im Zeitraum 1938 - 1968 um mehr als ein Drittel gesunken sind, wie der Parlamentsabgeordnete Norman Atkinson nachgewiesen hat⁸⁴.

Der Streik der Bergarbeiter

Im Gegensatz zu den Lehrern oder sonstigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst gehören die Bergarbeiter zu den kampferfahrensten Gruppen der britischen Arbeiterklasse, deren Streikbereitschaft allerdings mit der Schließung zahlreicher Zechen und der steigenden Arbeitslosigkeit im Bergbaugebieten kontinuierlich bis 1968 abgeflaut, in den folgenden beiden Jahren aber wieder angestiegen ist. Unter den Bergarbeitern hatte sich eine starke Verbitterung angesammelt, da die Löhne weit hinter der steigenden Produktivität zurückblieben. So wurden am 13.10.1969 die Zechen des Yorkschire-Kohlenreviers durch spontane Streikaktionen stillgelegt. Unmittelbarer Anlaß war die Forderung der Bergarbeitergewerkschaft nach einer 40-Stundenwoche und zusätzlichen 1,38 Pfund für Übertagearbeiter, aber auch

Lohnforderungen für junge Bergleute und andere Bergarbeitergruppen. Innerhalb weniger Tage schlossen sich schottische und walisische Bergleute an, so daß am 17. Oktober bereits 100 000 Arbeiter in über 100 Zechen streikten⁸⁵. Als die Kohlenbehörde daraufhin den Lohnforderungen weitgehend entgegenkam, jedoch keine Konzessionen in der Zahl der Wochenstunden machte, stimmten die vier Gebietsausschüsse der N.U.M. in Yorkshire für die Fortsetzung des Streiks. Dabei forderten sie den Generalsekretär der N.U.M., Lawrence Daly, zum Rücktritt auf, da er zusammen mit dem Vorsitzenden der Kohlenbehörde, Lord Robens, für eine Wiederaufnahme der Arbeit plädiert hatte. Inzwischen wurde der inoffizielle Streik von 132 Zechen (von insgesamt 306) und von 130 000 Bergarbeitern (von 300 000) geführt. Am 21. Oktober beschloß der Executiverat der N.U.M. mit 14 : 5 Stimmen, der nationalen Delegiertenkonferenz eine Urabstimmung unter den Mitgliedern anzuraten. Ein paar Tage später trafen 8 Mitglieder des Streikkomitees von Yorkshire den Generalsekretär des T.U.C., Vic Feather, und schlugen eine unabhängige Untersuchungskommission über die Frage der Wochenstundenzahl der Übertagearbeiter vor. Als Vic Feather zustimmte, empfahl das Streikkomitee, die Arbeit am 27. Oktober wiederaufzunehmen. Zur Sonderkonferenz der nationalen Delegierten, die allerdings entgegen den Protesten demonstrierender Bergarbeiter nur das gesamte Angebot der Kohlenbehörde zur Abstimmung stellte, ohne zwischen dem Lohnangebot und der Forderung nach verringerter Arbeitszeit zu unterscheiden, hatten die Streikführer von Yorkshire ein Dokument vorbereitet, aus dem einige Stellen zitiert werden sollen⁸⁶:

1. Die Bergleute heute

Während 100 Jahren haben die Bergarbeiter von Großbritannien die britische Arbeiterbewegung geführt - im Kampf für die Gesetze gegen Kinderarbeit, für die Bergwerks- und Fabrikgesetze, für den Acht-Stunden-Tag und die Fünf-Tage-Woche, für die Unfallhaftung der Unternehmer, für Nationalisierung, Vollbeschäftigung und für industrielle Demokratie. Sie hatten die Führung in den großen industriellen Aktionen der 1890er und der 1920er Jahre; sie haben vor allem zum Aufbau der Labour Party beigetragen. Sie stellten in Keir Hardie und Nye Bevan deren größte Führer. Heute stehen sie wieder an der Spitze in der Kampagne, die Stellung der niedrig bezahlten Arbeiter zu verbessern und die Arbeiterkontrolle auszudehnen.

Die Kohlenindustrie ist in der Zahl der Beschäftigten von 1 800 000 vor einem Jahrhundert auf 400 000 heute niedergegangen. Sie bleibt die größte einzelne Industrie in diesem Lande. Die Kohlenförderung ist noch mehr als halb so groß wie in den Jahren der größten Produktion ... Es gibt keine andere Industrie, die für ein Jahrzehnt auf jährliche Produktivitätssteigerungen von über 5 % verweisen kann. Auch haben die Bergarbeiter nicht versäumt, für ihre älteren entlassenen Kollegen zu kämpfen. Es gibt keine andere Gewerkschaft in diesem Lande, die für ihre entlassenen Mitglieder über 55 Jahre soviel erreicht hat wie die Bergarbeiter, 90 % des Effektivlohns für die drei folgenden Jahre...

2. Die Übertagearbeiter

Wir wollen kurz die Arbeitsbedingungen der Übertagearbeiter im Bergbau beschreiben. Sie stellen

ein Fünftel aller Bergarbeiter. Die Hälfte von ihnen ist über 50, die meisten von ihnen sind Männer, deren Verletzungen und Alter sie von der Untertagearbeit verbannt haben. Kürzliche Untersuchungen in dem Kohlenrevier von Derbyshire lassen darauf schließen, daß ein Drittel aller heute arbeitenden Bergarbeiter eine Verletzung oder Krankheit erlitten haben, die ernsthaft genug sind, um sie entweder von öffentlichen Entschädigungen oder von besonderen Beihilfen des Managements abhängig zu machen. Ein Drittel aller Männer in den Zechen! Der durchschnittliche Lohn für einen erwachsenen Industriearbeiter war 23,91 Pfund im April 1969. Sogar mit Überstunden verdienten die Übertagearbeiter 7 Pfund weniger. Die Hälfte von ihnen verdiente weniger als 17 Pfund. Im September 1968 verdienten nach der Übersicht des Arbeitsministeriums 29 % weniger als 15 Pfund. Nur in der Landwirtschaft wurde dieser Anteil noch übertroffen. Lawrence Daly stellte in seinem Bericht zur diesjährigen Gewerkschaftskonferenz fest, daß "23 000 Arbeiter auf dem Minimum von 13,63 Pfund waren, von denen viele nach Abzügen noch beträchtlich weniger nach Hause bringen und 2, 3, 4 oder mehr Pfund Miete bezahlen müssen". Die 1,38 Pfund treiben die Verdienste dieser Arbeiter auf die fürstliche Summe von 15 Pfund herauf ...

3. Das Management der Kohlenbehörde

Die zentrale Tatsache in der gegenwärtigen Kohlenindustrie ist, daß das Management sich unter Druck befindet und alles aus den Arbeitern herausholt. Der Druck besteht darin, die Kohle konkurrenzfähig mit Öl und Erdgas zu machen, mit einem minimalen Schutz durch die Brennstoffsteuer

und mit kurzfristigen Restriktionen hinsichtlich der Verwendung von Gas durch Kraftwerke. Entweder sind die Kosten konkurrenzfähig, oder die Kohlengrube wird geschlossen - es ist der Dschungelkrieg des kapitalistischen Marktes, wo jeder des anderen Wolf ist ... Eine Energiepolitik müßte eine umfassende Studie über die sozialen Kosten der verschiedenen Brennstoffe zur Grundlage haben, heute und in der Zukunft, nicht einfach die laufenden Produktionskosten für die Kohlenbehörde, die Ölonternehmen usw. Wir hatten fünf Energieminister seit 1964 und zwei Generalsekretäre der Gewerkschaft, aber diese soziale Kosten-Nutzen-Analyse ist nicht gemacht worden. Dennoch werden Zechen geschlossen und Bergarbeiter freigesetzt ohne irgendeinen Nachweis, der das rechtfertigen könnte ...

4. Die Antwort der Gewerkschaften

Es ist nicht möglich, während der letzten zwanzig Jahre von Initiativen der Gewerkschaften zu sprechen. Sogar die hauptsächlichen Arbeitsbeschränkungen - das Ende der Samstagsarbeit, Ruhestand mit 65, Entlassung bei 55 - kamen nicht von der Gewerkschaft, sondern von der Kohlenbehörde. Die Initiative war bei der Kohlenbehörde ... und warum? Der Grund liegt in der Unfähigkeit und fehlenden Militanz der nationalen Exekutive ... Diesmal vermuten wir nicht so sehr Korruption als fortschreitende Arterienverkalkung. Gebietssekretäre oder Präsidenten werden auf Lebenszeit gewählt, ebenso der Generalsekretär und der Präsident der Gewerkschaft. Sie entfernen sich immer mehr von den Mitgliedern ...

Wir wählten Lawrence Daly auf der Grundlage eines Programms, das eine sozialistische Energiepolitik enthielt, verbunden mit einer verstaatlichten In-

dustrie in Kohlenbergbaugebieten mit sinkender Beschäftigung, mit höheren Löhnen und der 40-Stundenwoche für Tageslohnarbeiter, drei Wochen Urlaub im Jahr, besseren Renten, Krankheitsgeld und Sicherheitsmaßnahmen ... Und, Lawrence, was ist geschehen? Bist du Gefangener der Exekutive? Hast du so schnell aufgegeben? Spielen sie nicht das Spiel nach den Regeln? Aber du weißt, wo die Basis deiner Macht ist. Wir sind es, die dich ins Amt gewählt haben. Es ist nicht zu spät, aufzustehen und der nationalen Exekutive zu trotzen und eine Urabstimmung für Streikaktionen um die 40-Stundenwoche zu fordern ...

5. Gewerkschaft und industrielle Demokratie

Die Bergleute haben mehr als alle anderen in der britischen Arbeiterklasse eine unvergleichbare Tradition menschlicher Solidarität in ihrer Arbeit, in ihrer Gewerkschaft und in ihren Städten entwickelt. Das Management in der Industrie, in der Regierung und in der Gewerkschaftsbewegung aber ist damit beschäftigt, diese menschlichen Bindungen zu brechen, so daß es mit Individuen handeln kann, die leichter als Gruppen zu führen sind. Als Individuen können sie an die Maschine angepaßt, hier und dorthin versetzt, individuellen Anreizen unterworfen und überredet werden, zu kaufen, was sich am profitabelsten produzieren läßt ...

Aber wir sollen die Herrscher über die Maschinen, nicht ihr bloßes Anhängsel sein, das mit ihnen vom Management in Gang gesetzt wird. Es gibt keine Alternative, als daß wir zusammen durch die Gewerkschaft fordern, die Zechen selbst zu verwalten, technische Experten zu wählen und das andere

Management zu bestimmen. Dies kann nicht auf der Basis einer Kohlengrube erreicht werden. Es wird die Koordination auf der regionalen und nationalen Ebene der Gewerkschaft notwendig sein. Die Kohlenbehörde kann nicht ihre Verantwortung gegenüber dem Parlament für die allgemeine Verwaltung der Industrie aufgeben, aber die Gewerkschaft sollte das Vetorecht gegenüber der Ernennung des höheren Managements haben ... Demokratie wird nicht von oben nach unten erreicht und hängt nicht nur davon ab, die Organisation richtig aufzubauen. Letzten Endes hängt sie von den Leuten an der Basis ab und ihrer Fähigkeit zusammen zuarbeiten ...

6. Forderungen eines Aktionsprogrammes

(1) Eine nationale Kosten-Nutzen-Analyse mit veröffentlichten Nachweisen und Daten, um eine nationale Energiepolitik im langfristigen Interesse der britischen Bevölkerung zu beschließen.

(5) Starke gewerkschaftliche Vertretungen auf lokalen Entwicklungsausschüssen, die gegründet werden, um Verbesserungen, Umstellungen, industrielle Entwicklung usw. voranzutreiben.

(6) Gewerkschaftskontrolle über das Grubenmanagement, einschließlich der Wahl mittlerer Kader und das Vetorecht gegenüber dem höheren Management.

(11) Periodische Wahl der hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre auf allen Ebenen.

(12) Eine nationale Exekutive aus einfachen Gewerkschaftsmitgliedern, die von den arbeitenden Bergleuten nach Revieren gewählt werden.

Jim Oldham,
Hickleton Main Colliery, Yorkshire
u.a.

4.2.3. Gewerkschaftsgesetzgebung ("Industrial Relations Bill")

Die Auseinandersetzungen um den "Devlin-Report" in der Dockindustrie und die Kampffaktionen der niedrig bezahlten Arbeiter im öffentlichen Sektor haben deutlich gemacht, daß die britischen Arbeiter nicht bereit waren, eine Senkung ihres Reallohnlevels kampflos hinzunehmen. Schon in den Produktivitätsabkommen ist versucht worden, die Streikbereitschaft der gewerkschaftlichen Betriebsgruppen einzudämmen, indem man die Shop-Stewards-Komitees durch gemeinsame Ausschüsse von Vertretern der Gewerkschaften und des Managements ersetzt, einen institutionalisierten Beschwerde-gang verbindlich macht und die Funktion der Shop Stewards eingrenzt. Entsprechend laufen die Vorschläge zur Reform der industriellen Beziehungen darauf hinaus, das informelle, fragmentarische und autonome betriebliche Verhandlungssystem zu beseitigen. Das "collective bargaining", das bisher auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhte, und in Aussperrungen wie Streiks nur soziale Zwangsmittel kennt⁸⁷, soll in formalisierte Verhandlungs-prozeduren mit rechtlichen Zwangsvorschriften gebunden werden. Wie diese im Verlauf der Klassenkämpfe von der britischen Regierung verschärft wurden, läßt sich deutlich an den einzelnen Phasen der Gewerkschaftsgesetzgebung vom "Donovan-Report" über das Weißbuch der Labour-Regierung ("In Place of Strife") bis zum Gewerkschaftsgesetz der Konservativen zeigen⁸⁸.

Im Frühjahr 1965 wurde von der Labour-Regierung eine "Königliche Kommission" zur Untersuchung der industriellen Beziehungen eingesetzt, die bereits wesentliche Grundlagen für die späteren Gewerkschaftsgesetze legte. Ihre Vorschläge zielten auf

eine betriebsnahe Tarifpolitik der Gewerkschaften, die allerdings in eine umfassende Verhandlungsmaschinerie eingebettet werden sollte⁸⁹. Deren Effektivität setzte voraus, daß die hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre gegenüber den Shop Stewards wieder an Bedeutung gewinnen und diese stärker in den Gewerkschaftsapparat einbezogen werden. Dazu diente auch die Einschränkung des gesetzlichen Schutzes auf registrierte Gewerkschaften, während man auf gesetzliche Sanktionen gegen spontane Streiks "in der gegenwärtigen Zeit" noch verzichtete, da eine innergewerkschaftliche Zerrüttung und wachsende Streikaktivität befürchtet wurden⁹⁰.

Nachdem Unternehmerverbände, die Konservativen und die bürgerliche Presse kritisiert hatten, daß der "Donovan-Report" keine gesetzlich verbindlichen Vorschläge enthielt, legte Barbara Castle 1969 in dem Weißbuch "In Place of Strife" die Vorstellungen der Labour-Regierung zu einem Gewerkschaftsgesetz vor. Diese nahmen zwar die Empfehlungen des "Donovan-Reports" auf, sahen aber gegenüber den militanten Betriebsgruppen antigewerkschaftliche Sanktionen vor. Der Arbeitsminister wurde ermächtigt "nichtkonstitutionelle" Streiks 28 Tage aufzuschieben. Selbst vor offiziellen Streiks konnte das Arbeitsministerium, angelehnt an westdeutsche Gewerkschaftssatzungen, eine Urabstimmung erzwingen, um drohenden Schaden von "Wirtschaft und Nation" abzuwenden⁹¹. Strafklauseln gegen streikende Gewerkschaften verliehen den administrativen Verordnungen den nötigen Nachdruck, mit denen sich die Labour-Regierung eindeutig hinter die Interessen der Unternehmer stellte. Streiks wurden als Symptom gewerkschaftlicher Anarchie und Disziplinlosigkeit gewertet, nicht aber als Ausdruck des im kapitalistischen Lohnsystem angelegten Grundkonflikts⁹².

Wenn die Anti-Streik-Gesetze der Labour-Regierung durch den massiven gewerkschaftlichen Protest und eine sich abzeichnende Spaltung der Labour Party auch verhindert werden konnten, so wurden sie nach dem Regierungsantritt der Konservativen wieder in verschärfter Form aufgenommen. Das nun vorliegende Gewerkschaftsgesetz unterwirft die Gewerkschaften einem staatlichen Ordnungshüter, der ihre innere, bisher von den Mitgliedern bestimmte Verfassung fremdgesetzten Regeln ausliefert. In langwierigen Kämpfen erworbene soziale Rechte werden von einer staatlichen Lizenz abhängig gemacht, die gutes Betragen im Unternehmensinteresse mit rechtlichen Privilegien prämiiert. Die wesentlichen Bestandteile der gesetzlichen Zwangsvorschriften in der "Industrial Relations Bill"⁹³ sollen kurz erläutert werden:

1. Die Gewerkschaften unterliegen künftig der Pflicht, sich in ein Register eintragen zu lassen ("Registrar of Trade Unions"), um ihren rechtlichen Status zu wahren. Dieser regelt die gewerkschaftlichen Satzungen, angefangen bei den Rechten der Mitglieder über Versammlungs- und Wahlbestimmungen bis hin zu disziplinarischen Maßnahmen. Bei einem Verstoß kann die Gewerkschaft aus dem Register gestrichen werden.

2. Tarifvertragliche Vereinbarungen sind künftig rechtlich bindend und gerichtlich einklagbar. In Konfliktfällen gehen Schlichtungsversuche der Kommission für industrielle Beziehungen ("Commission on Industrial Relations") voraus, die allerdings spezielle Verfahren einschließlich der jeweiligen Verhandlungseinheit festsetzen kann. Mit der gerichtlich erzwingbaren Einhaltung von Tarifverträgen wird das freiwillige "collective bargaining" faktisch aufgehoben.

3. Sollten nach Ausschöpfung aller Instanzenzüge dennoch offizielle Streikaktionen drohen, kann der Arbeitsminister ein oberstes Arbeitsgericht anrufen, das diese wegen Gefährdung der wirtschaftlichen Lage, öffentlichen Ordnung oder nationalen Sicherheit für 60 Tage aufschieben soll. Zudem kann bei nationalen Notständen eine Urabstimmung unter den Mitgliedern angeordnet werden, um Arbeitskämpfe zumindestens zu verzögern oder, verbunden mit der Abkühlungsfrist, einzufrieren.

4. Empfindliche Geldstrafen bzw. Schadensersatzansprüche zwischen 5 000 Pfund für Gewerkschaften mit weniger als 5 000 Mitgliedern und 100 000 Pfund für Gewerkschaften mit mehr als 100 000 Mitgliedern sollen diese von "unfairen Praktiken" abhalten. Darunter wird u.a. verstanden: der Bruch eines rechtlich bindenden Tarifvertrages, Aktionen vor Ausschöpfung des Verhandlungsweges, Sympathiestreiks und sonstige nicht erlaubte Unterstützungsaktionen, vor allem aber Arbeitskämpfe, die von einer nicht registrierten, d.h. illegalen gewerkschaftlichen Organisation, Gruppe oder Person initiiert werden.

5. Das Ziel, Streiks zu verhindern oder aufzuschieben und militante Gewerkschafter zu kriminalisieren, soll in einer Reihe der schon erwähnten Behörden institutionell abgedeckt werden: in dem umfassenden Register, der Kommissionen für industrielle Beziehungen (C.I.R.) und einem System von Arbeitsgerichten, an dessen Spitze der "National Industrial Relations Court" (N.U.R.C.) steht.

Hauptzweck dieses Gesetzes ist, die betrieblichen Verhandlungssysteme der Shop Stewards zu zerstören und die Gewerkschaften durch spezifische Klauseln

wie die Aufhebung des "closed shop" (Gewerkschaftszwang in einem Betrieb bzw. Unternehmen) zu schwächen⁹⁴. Dabei wird in dreifacher Weise vorgegangen: Die betrieblichen Verhandlungen werden formalisiert, indem die Shop Stewards stärker in die Gewerkschaft integriert, Verhandlungsprozeduren fixiert und rechtliche Bindungen auferlegt werden, was in der bürgerlichen Presse als eine unentbehrliche Stärkung der gewerkschaftlichen Autorität über ihre unbotmäßigen Mitglieder hingestellt wird. Um die Gewerkschaften selbst zu disziplinieren, werden deren innere Angelegenheiten fremdbestimmten Regeln und der Überwachung durch eine Registratur unterworfen. Über dem neuen System der industriellen Beziehungen erhebt sich ein vielfach gefächelter Behördenapparat, der die Unruhestifter, seien es Individuen an der gewerkschaftlichen Basis, seien es Gewerkschafter selbst, mit harten finanziellen Strafen zähmen soll.

Legte der "Donovan-Report" sein Hauptgewicht noch auf eine bloße Reform des "collective bargaining", so hatte die Labour-Regierung bereits umfassende staatliche Eingriffe in das gewerkschaftliche Verhandlungssystem geplant, das nun von den Tories in eine juristisch abgedichtete Zwangsjacke gesteckt wird. Mit der Ausschaltung der militanten Shop Steward-Komitees soll sichergestellt werden, daß Produktivitätsabkommen und einkommenspolitische Maßnahmen ihr Ziel erreichen: Abbau der betrieblichen Kontrollrechte und Eindämmung der Lohndrift, d.h. eine allgemeine Senkung des Lebensstandards der britischen Arbeiterklasse.

Exkurs D: Der Streik bei Ford im Februar/
März 1969

Der Fordstreik des Jahres 1969 entzündete sich an tarifvertraglich vorgesehenen Strafklauseln des Managements gegen inoffizielle Streiks, die weitgehend den zur gleichen Zeit veröffentlichten Vorstellungen der Labour-Regierung entsprachen. So bekam der Kampf der Ford-Arbeiter von Anfang an eine allgemeinere, über das Unternehmen hinausweisende Funktion: Er leitete nicht nur den sich gegen die Gewerkschaftsgesetze sammelnden Widerstand der britischen Arbeiterklasse ein, sondern enthielt im Keim auch wesentliche andere Elemente der Klassenkämpfe in der folgenden Periode - den Kampf gegen eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik und die Forderung nach gleicher Bezahlung sowie innergewerkschaftliche Veränderungen und die weitere Stärkung der Shop-Stewards-Komitees.

Daß der Fordstreik eine exemplarische Bedeutung gewinnen konnte, ist - abgesehen von der wachsenden Streikaktivität der Autoarbeiter - auf die besondere Haltung des Ford-Managements zurückzuführen, das bis 1944 keine Gewerkschaften anerkannt hatte. Es blieb vielmehr bei seinen überkommenen Grundsätzen wie die härtesten Arbeiter zu beschäftigen und jeden zu entlassen, der einer Gewerkschaft angehörte oder Atheist war oder nicht jeder Anordnung Folge leistete⁹⁵. Als die T.U.C.-Kampagne im Jahre 1937 für gewerkschaftliche Anerkennung mißlang, wurden geheim Shop Stewards gewählt, die seit jener Zeit eine konspirative und klassenbewußte Aktivität entfalteten. Diese konnte auf fruchtbaren Boden fallen, da gerade die beiden größten Fordwerke von den insgesamt 23 Betrieben, das Karosserie- und Montagewerk in Dagenham mit etwa 27 000 Beschäftigten und die

neuere Getriebefabrik Halewood mit etwa 13 000 Beschäftigten zum Zufluchtsort für Arbeitslose aus ganz England wurden. Daraus schlug Ford zwar Kapital, indem die Löhne heruntergedrückt wurden. Zugleich bekam das Unternehmen aber mit den Arbeitern aus stillgelegten Kohlengruben und anderen Industriezweigen militante Belegschaften, was besonders für die Fabrik in Halewood zutraf. Aus der traditionellen Solidarität der ehemaligen Kumpel in der klassenbewußten Merseyside-Region um Liverpool entstand bald eine kampfkraftige gewerkschaftliche Betriebsgruppe.

Immer wieder versuchte das Management die militanten Betriebszellen zu zerschlagen wie 1956 bei der Entlassung des Shop Stewards Mc Loughlin⁹⁶ oder 1962, als 17 Arbeitern nach monatelangem Widerstand gegen erhöhte Bandgeschwindigkeiten gekündigt wurde. Während dieser Konflikte verhielt sich der Gewerkschaftsapparat abwartend bis feindselig. So sprach der nationale Gewerkschaftsfunktionär Les Kealey von der gefährlichen Aktivität der gemeinsamen Shop-Stewards-Komitees, die tagtäglich gegen das Unternehmen gerichtete Literatur verteilten und die Gewerkschaften an "konstruktiven" Verhandlungen über bessere Löhne und Arbeitsbedingungen hinderten. Hieran wird deutlich, wie weit es dem Management gelungen war, die Gewerkschaft von ihren Shop Stewards zu entfremden⁹⁷.

Dazu hatte die kuriose Regelung beigetragen, daß jede der 18 bei Ford vertretenen Gewerkschaften eine Stimme im gewerkschaftlichen Verhandlungskomitee besaß, ohne ihre unterschiedliche Größe zu berücksichtigen. So gehörten den kleinen Berufsgewerkschaften ein paar Dutzend Beschäftigte an, der Transportarbeitergewerkschaft (T.G.W.U.) aber allein 18 000 Arbeiter. Das erklärt zum Teil

die Zustimmung des Verhandlungskomitees zum gesamten Verhandlungspaket, nachdem das Management die zuvor abgelehnte Lohnerhöhung von 5 % am 11.2.1969 auf 7,5 % - 10 % aufgestockt hatte. Höhere Löhne und Urlaubsgelder, Krankengeld und Freisetzungsprämien genügten der Gewerkschaftsseite, um sich mit neuen Konfliktregelungen abzufinden, die individuelle und kollektive Strafen für "regelwidrige Aktionen" wie inoffizielle Streiks, Überstundenverbote, Arbeit nach Vorschrift, nicht fristgerecht angekündigte Arbeitskämpfe usw. vorsahen. Daran beteiligten Arbeitern sollte zunächst die Freisetzungsprämie für sechs Monate, in einem späteren Angebot das von 5 auf 25 Pfund erhöhte Urlaubsgeld in den folgenden 12 Monaten gestrichen werden. In dem Kontext der gerade veröffentlichten Anti-Streik-Vorlagen der Labour-Regierung⁹⁸ wurde die Zustimmung des Verhandlungskomitees zu dem Ford-Angebot von der bürgerlichen Presse als Meilenstein in der Geschichte der industriellen Beziehungen bezeichnet.

Einigen Shop Stewards waren die vertraulichen Vorschläge des Management schon frühzeitig zugespielt worden, so daß sie das Angebot auf Betriebs- und Massenversammlungen wie am 23. Januar in Dagenham diskutieren konnten. Dabei wurde ein Verzicht auf industrielle Aktionen zugunsten der Lohnerhöhungen abgelehnt. Entsprechend verwarf eine Delegiertenkonferenz der Metallarbeitergewerkschaft A.E.F.⁹⁹ das vom Verhandlungskomitee bestätigte Abkommen und appellierte einmütig an die eigene Executive, den am 24. Februar angesetzten Streik zu unterstützen. Als am 18. Februar der volle Text der Vereinbarung veröffentlicht und zum erstenmal die Vorankündigungsfrist von 21 Tagen bei Kampfmaßnahmen bekannt wurde, erklärte sich der Sekretär des Komitees bei dem anwachsenden

Widerstand der gewerkschaftlichen Basis zu einer neuen Überprüfung des Ford-Angebotes bereit. Dazu hatte ihn auch der gerade zum Generalsekretär der T.G.W.U. gewählte Jack Jones gedrängt, der am 19. Februar die Beschwerden von Shop Stewards über den sich Beschlüssen der Delegierten widersetzen- den Verhandlungsführer der T.G.W.U., Les Kealey, angehört hatte. Dennoch stimmten in Dagenham am gleichen Tag etwa 5 000 Arbeiter gegen den Streik, und am folgenden Tag wurde der Sekretär des vereinigten Shop Stewards-Komitees, Jack Macrae, von 3000 streikunwilligen Arbeitern niedergeschrien. Das in anderen Fabriken Dagenhams dagegen eine große Streikbereitschaft bestand, berichtete nur der Morning Star¹⁰⁰. Aus ungenauer Kenntnis und Furcht vor einer sich in Dagenham verschlechternden Situation begannen die militanten Arbeiter in Halewood bereits am 21. Februar mit dem Streik, dem die anderen Fabriken am 24. Februar nachfolgten. Während die Executive der A.E.F. daraufhin beschloß, den Streik zu unterstützen, hatte das Verhandlungskomitee noch einmal für die Annahme des Angebotes gestimmt. Dabei hatte sich der zu seiner anfänglichen Empfehlung stehende Les Kealey erneut den streikenden T.G.W.U.-Mitgliedern und ihren Delegierten widersetzt. Nach dem unvermeidbaren Zusammenstoß mit Jack Jones trat er von seinem Amt zurück; am 26. Februar erklärte die T.G.W.U. den Streik ebenfalls für offiziell.

Der Ford-Konzern entschloß sich angesichts dieser unerwarteten Entwicklung, die Gewerkschaften wegen Vertragsbruchs zu verklagen. Mit diesem Ablenkungsmanöver wurden die Streikenden auf ein Gerichtsverfahren festgenagelt, das den Konflikt keinesfalls entscheiden konnte, bei Geltung der Gewerkschaftsgesetze aber empfindliche Strafen für die militanten Arbeiter und Gewerkschaften gebracht

hätte. Wenn es zu diesem Zeitpunkt auch zugunsten der Beklagten ausfallen mußte, da Tarifverträge bisher weder juristisch verbindlich noch einklagbar waren, ließ sich der Hinweis auf die künftig unerläßliche Bindung der Gewerkschaften an einmal beschlossene Verträge doch propagandistisch gegen den Streik auswerten. Dasselbe Ziel verfolgte die Drohung Fords, bereits geplante Investitionen in ein anderes Land zu verlegen. Dabei rügte er die mangelnde Kontrolle der britischen Regierung über die Gewerkschaften, worauf Harold Wilson sich genötigt sah, die militanten Arbeiter in Halewood zu beschimpfen. Das machte den Streikenden weniger Eindruck als dem nur mit einer schmalen Mehrheit gewählten Präsidenten der A.E.F. , Hugh Scanlon, der unter dem Druck des starken rechten Flügels in der eigenen Executive mit Jack Jones und anderen Gewerkschaftsführern einen Kompromiß mit den Vertretern des Managements, Blakeman und Ramsey, in Barbara Castles Amtssitz aushandelte.

In dem neuen Abkommen blieben die Lohnerhöhungen von 7,5 % - 10 % ebenso wie die Freisetzungsprämien und Urlaubsgelder erhalten, während die Ankündigungsfrist bei Arbeitskämpfen vollständig entfiel und die Strafbestimmungen stark reduziert wurden. Die wöchentlich in einen besonderen Fonds gezahlte Freisetzungsprämie von 20 Pence pro Beschäftigten sollte in Wochen mit inoffiziellen Aktionen ebenso entfallen wie das wöchentlich gerechnete Urlaubsgeld von einem halben Pfund, bei dem allerdings ein Minimum von 15 Pfund des jährlichen Urlaubsgeldes (von 25 Pfund) garantiert wurde. Außerdem vereinbarte man, über gleiche Verdienste mit den Autoarbeitern in den Midlands zu sprechen - der zentrale Anlaß des neunwöchigen Fordstreiks von 1971. Während die Executive der A.E.F.

diesen Kompromiß annahm, sprach sich deren Delegiertenkonferenz einmütig gegen die noch nicht entfallenen Strafklauseln aus¹⁰¹. Die T.G.W.U.-Delegierten stimmten dagegen für die Annahme der Vereinbarung, die in Massenversammlungen außer in Basildon bestätigt wurde, wo die Arbeit erst wieder am 24. März statt des allgemein befolgten 19. März aufgenommen wurde.

An diesem Verhandlungsergebnis ist kritisiert worden, daß die Unternehmensseite Strafbestimmungen als Prinzip durchgesetzt hat, indem Bestandteile des Lohnes vom Wohlverhalten der Arbeiter abhängig gemacht wurden. Die ursprünglichen Vorschläge sind allerdings so stark ausgehöhlt worden, daß der für Les Kealey ernannte Moss Evans den übriggebliebenen Rest mit einem Wollknäuel statt der anfänglichen Stahlkette verglich. Daher wertete die Wirtschaftszeitung The Economist die endgültige Vereinbarung als komplette Niederlage für jedermann, das Ford-Management, die Einkommenspolitik der Regierung und die gemäßigten Gewerkschaften, außer für die militanten Shop Stewards von Ford und die Gewerkschaftsführer Jack Jones, Reg Birch und Hugh Scanlon. Diesen wurde dagegen in einem weitverbreiteten Artikel aus dem Blatt Solidarity Betrug an den Arbeitern vorgeworfen, da sie den Streik nur unterstützt hätten, um ihn unter Kontrolle zu bringen. Mit der Wiederaufnahme der Arbeit ist zwar nur ein bedingter Sieg errungen worden, entscheidend blieb für die kommenden Auseinandersetzungen aber eine Tatsache, die der Convenor Stan Stamford so bezeichnete: "Wir sind um sechs Fuß größer geworden"¹⁰². So beschlossen die T.G.W.U.-Delegierten mit Moss Evans in einem zukünftigen Abkommen die Strafklauseln zu beseitigen, eine vollständige gewerkschaftliche Organisation aller Arbeiter anzustreben und das

Prinzip der Gegenseitigkeit bei Fragen über Maschinenbesetzung und Fließbandgeschwindigkeit einzuführen.

Die wachsende Verhandlungsstärke der Gewerkschaften hat sich einmal in der Reorganisation des Verhandlungskomitees niedergeschlagen, in dem die A.E.F. acht Sitze, die T.G.W.U. sechs und die N.U.V.B. drei, der linke Flügel also mit 17 von 32 Sitzen eine knappe Mehrheit gewonnen hat. Zum anderen sind in die Verhandlungsführung der T.G.W.U. und A.E.F. vier militante Stewards aufgenommen, sind Moss Evans von der T.G.W.U. zum Vorsitzenden des Verhandlungskomitees und Reg Birch zu dessen Sekretär gewählt worden. Während Moss Evans periodische Konfrontationen nach amerikanischem Muster favorisiert, die mit der geballten gewerkschaftlichen Macht geführt werden, hält Reg Birch mehr vom tagtäglichen Kampf der Shop Stewards, der grundlegend für die Entwicklung von Klassenbewusstsein ist. Das vermittelnde Moment beider strategischer Positionen ist eine demokratische Gewerkschaftsorganisation, mit der sich erst der immer wieder an der betrieblichen Basis entzündende Grundkonflikt zur einheitlichen Massenaktion ausweiten kann, wie der Streik der Fordarbeiter gezeigt hat.

Mit der Wendung zur innergewerkschaftlichen Demokratie wurden die Bedingungen einer weiteren Politisierung geschaffen, die aber erst ansatzweise realisiert werden konnte. So blieb den Fordarbeitern noch weitgehend die politische Dimension ihrer Kämpfe, d.h. die unmittelbare Verbindung zu den anstehenden Gewerkschaftsgesetzen unklar, da selbst die aktiven Shop Stewards weder Massenversammlungen noch Agitationskampagnen organisierten,

da die neu gewählten Führungen nur über geringe Mehrheiten verfügten und die Gewerkschaftsbewegung sich selbst in einer Phase des Umbruchs befand.

4.3 Politisierung der Streikbewegung

Die Auseinandersetzungen um die Devlin-Phasen in der Dockindustrie, die Revolte der niedrig bezahlten Arbeiter im öffentlichen Sektor und der massive Fordstreik gegen Strafklauseln des Managements haben ausschnittsweise gezeigt, daß die britische Arbeiterklasse immer weniger gewillt war, den konzentrierten Angriff auf ihre betriebliche Stellung, den allgemeinen Lebensstandard und in jahrzehntelangen Kämpfen erworbene gewerkschaftliche Rechte widerstandslos hinzunehmen. Davon zeugten die vielfältigen Arbeitskämpfe mit vereinzelt politischen Massenstreiks, denen allerdings noch eine einheitliche antikapitalistische Stoßrichtung fehlte. Doch haben gerade die einkommenspolitischen Maßnahmen, Produktivitätsabkommen und die Antigewerkschaftsgesetze dazu beigetragen, die zersplitterten Lohnkämpfe zu intensivieren und breite Massenkaktionen der britischen Arbeiterklasse zu entfalten.

Die Zahl der Streiks hatte sich mit etwa 4 000 im Jahre 1970 gegenüber 1967 fast verdoppelt, die der beteiligten Arbeiter ist mit 1,8 Millionen um das Zweieinhalbfache und die Dauer der Streiks sogar um das Vierfache gestiegen (vgl. Tabelle 2.6). Dabei stellt die Metallindustrie noch immer den überwiegenden Anteil der Streiktage. Diese sind jedoch neben dem Bergbau auch in anderen Industriezweigen sprunghaft angewachsen. Das hat sich in einer steigenden Zahl der Lohnkonflikte ausgedrückt, die im

Zeitraum 1967 - 1970 um 240 % und deren Anteil an den Streikursachen von 30 % auf 55 % gestiegen ist¹⁰³.

Im Herbst 1969 begannen nach den erfolgreichen Streiks der Arbeiter vom Autokonzern British Leyland und den am niedrigsten bezahlten Hüttenarbeitern in Talbot auch die Arbeiter von der Müllabfuhr, die Bergarbeiter und sogar die Lehrer zu streiken. Dabei entfalteten verschiedene Arbeitergruppen eine seit langem verschüttet geglaubte Streikaktivität. Am deutlichsten wurde die wachsende Verbitterung an dem siebenwöchigen Streik von etwa 11 000 Glashüttenarbeitern in St. Helens im April/Mai 1970, als diese, ohne Unterstützung ihrer Gewerkschaft, den Kampf mit dem mächtigen Glasmonopol Pilkington Bros aufnahmen¹⁰⁴.

Bei den steigenden Preisen, den zum Teil schlechten Arbeitsbedingungen und den zurückbleibenden, von der Labour-Regierung zuvor eingefrorenen Löhnen war unterschwellig eine hochexplosive Situation entstanden. Eine nicht vom Management bereinigte Unstimmigkeit in der Lohnabrechnung führte in der Frühschicht des 3. April zur Arbeitsniederlegung in der Glasplattenabteilung. Bald spielte der eigentliche Anlaß des Streiks keine Rolle mehr. Die schon seit längerer Zeit geforderte Erhöhung des Grundlohns um 5 Pfund wurde am nächsten Tag in einer Massenversammlung auf 10 Pfund verdoppelt - eine Forderung, der sich am 8. April bereits 11 000 Arbeiter angeschlossen hatten. Trotz der Zustimmung der Shop Stewards und örtlichen Gewerkschaftsfunktionäre forderte die zuständige Gewerkschaft der Behördenarbeiter (G.M.W.U.) die Arbeiter zum Streikabbruch auf. Dabei versuchte sie die Solidarität der Streikenden durch eine geheime Urabstimmung zu brechen, deren Ergebnis nie veröffentlicht wurde.

Darauf hin wurde in der zweiten Streikwoche ein inoffizielles Streikkomitee gewählt, das sich anfänglich darauf beschränkte, organisatorische Lücken zu schließen wie z.B. die Bereitstellung von Streikposten. Angesichts der abwieglerischen Haltung der Gewerkschaftsbürokratie wurde der Konflikt mit der Basis unvermeidlich.

Nach vergeblichen Versuchen, die Arbeiter zur Rückkehr an ihre Arbeitsplätze zu bewegen, gelang es der G.M.W.U. in einer zweiten Urabstimmung über das 3-Pfund-Angebot des Managements, eine knappe Mehrheit der Streikenden für die Wiederaufnahme der Arbeit zu gewinnen. Das konnte in der anschließenden Massenversammlung zwar angefochten werden, doch begann etwa ein Viertel der entmutigten, ohne Streikunterstützung versehenen Arbeiter ihre Arbeit wiederaufzunehmen. Als es daraufhin zu von der Presse hochgespielten Auseinandersetzungen an den Fabrikatoren kam, das Unternehmen mit Entlassungen drohte und die Streiksituation unübersichtlich wurde, schaltete sich der T.U.C. mit Vermittlungsversuchen ein, die allerdings an der kompromißlosen Haltung der G.M.W.U. gegenüber dem von ihr nicht anerkannten und bekämpften Streikkomitee scheiterten. Daraufhin traten etwa 4 000 Arbeiter aus der G.M.W.U. aus und bildeten eine neue Gewerkschaft, die in der Folgezeit im Zusammenspiel von Management und G.M.W.U. liquidiert wurde (vgl. den Abschnitt 5.2.).

Der Streik der Glasarbeiter von St. Helens signalisierte auf exemplarische Weise den wachsenden Widerstand der britischen Arbeiterklasse gegen die enge Zusammenarbeit von Management und Gewerkschaft, von Labour Party und Monopolkapital bei einer sich ständig verschlechternden sozialen Lage. Die all-

gemein angestaute Unzufriedenheit konnte in den anschließenden Unterhauswahlen bei der Funktionsweise des britischen Parteiensystems nur die Konservativen ans Ruder bringen. Daher resignierte ein beträchtlicher Teil der Arbeiter, was an der geringen Wahlbeteiligung von 72 % gegenüber 75,9 % 1966 zutage trat.

Ergebnis der Unterhauswahlen 1970 (in Klammern Vergleichszahlen zu den Wahlen von 1966)

Partei	Mandate	Gew./Verl.Stimmen				%	
Konservative	230 (262)	+76	- 8	13 066	462	46,4	(41,9)
Labour	287 (346)	+10	-69	12 110	588	43,0	(48,0)
Liberale	6 (13)	-	- 7	2 080	653	7,4	(8,4)
Sonstige	6 (6)	+ 4	- 4	879	817	3,2	(1,7)

Quelle: Archiv der Gegenwart, 40 Jg., Folge 29/1970, 15617 B/1.

Die bewußten Teile der britischen Arbeiterklasse erkannten allerdings schon vor der Wahl und bald darauf auch eine Majorität der britischen Bevölkerung, wie einige Nachwahlen im Frühjahr 1971 zeigten, daß unter der Regierung der Konservativen Inflation, Arbeitslosigkeit und Abbau des sozialen Besitzstandes noch beschleunigt wurden. Das bestätigte die soziale Demontage im Mini-Budget der konservativen Regierung vom Herbst 1970 mit einer weiteren Kürzung der öffentlichen Ausgaben. Durch die Preiserhöhungen für Sozialwohnungen, Schulmahlzeiten und medizinische Versorgung konnten Steuersenkungen durchgeführt werden, die zum überwiegenden Teil die Mittelschichten und Oberklassen begünstigten¹⁰⁵. In welchem Ausmaß die unteren Lohnempfänger um 20 Pfund Wochenverdienst zukünftig für die verringerten Unternehmenssteuern und verbesserten Abschreibungsbedingungen aufkommen mußten, hat sich erst in

der vom Schatzkanzler am 30. März vorgelegten Steuerreform herausgestellt. Die unverhohlene Klassenpolitik der konservativen Regierung verschärfte die sozialen Auseinandersetzungen, die im öffentlichen und privaten Bereich unterschiedlich verliefen. Dies soll an Hand einiger zentraler Streiks im einzelnen dokumentiert werden¹⁰⁶.

3.1. Die Lohnbewegung

3.1.1. Streiks im öffentlichen Sektor

Die Revolte der niedrig bezahlten Arbeiter im Herbst 1969 war gleichsam ein Vorspiel zu der nun anhebenden Streikwelle. Die konservative Regierung versuchte, durch Rückdeckung der Privatwirtschaft und direkte Intervention im öffentlichen Sektor die Lohnforderungen auf die Inflationsrate herunterzubringen. Dabei gewann der Streik der Behördenarbeiter eine Schlüsselrolle, da von seinem Ausgang die Kampfbereitschaft anderer Arbeitergruppen abhängig war.

Der Streik der Behördenarbeiter

Für die 770 000 Behördenarbeiter waren Lohnerhöhungen zwischen 20 % und 30 % gefordert worden. Die beteiligten Gewerkschaften, - Nationale Gewerkschaft der öffentlich Beschäftigten (N.U.P.E.), die G.M.W.U. und T.G.W.U. - hatten nach dem Zusammenbruch der Verhandlungen rollende Streiks geplant. Am 29. September traten 8 000 Londoner Arbeiter in den Ausstand, darauf Arbeiter in Birmingham, Manchester und Glasgow. Als am 5. Oktober trotz der Drohung der Regierung, Truppen einzusetzen, bereits 50 000 Arbeiter streikten und in der folgenden Woche sich zahlreiche lokale Behörden zu neuen Ge-

sprächen bereiterklärten, wurde ihr Angebot auf nationaler Ebene angehoben: auf 1,75 bzw. 1,80 Pfund mit einer weiteren Erhöhung von 50 Pence ab kommenden April und einem garantierten Minimallohn von 16,50 Pfund. Die Gewerkschaften verwurfen das Angebot und kündigten eine Ausdehnung des Streiks an, der am 19. Oktober schon 60 000 Arbeiter ergriffen hatte. Neue Gespräche folgten am 21. Oktober, bei denen sich die Tarifpartner auf eine unabhängige Untersuchungskommission unter Sir Jack Scamp einigten. Dennoch waren in der Zwischenzeit bereits 26 lokale Behörden auf die geforderten 2,75 Pfund eingegangen, ehe die Kommission eine Erhöhung von 2,50 Pfund vorschlug, die von beiden Seiten sofort angenommen wurde. Nach diesem überraschenden Sieg der Behördenarbeiter, von dem auch eine gleiche Lohnerhöhung für 260.000 Hilfskräfte im Krankenhauswesen abhing, war die Regierung entschlossen, die noch ausstehenden Lohnforderungen der Bergleute, Elektrizitäts-, Post- und Eisenbahnarbeiter unter die 15 %ige Lohnerhöhung der Behördenarbeiter zu drücken.

Kampfmaßnahmen der Bergarbeiter

Während des Streiks der Behördenarbeiter bahnten sich bereits die Auseinandersetzungen in der Kohlenindustrie an, nachdem das Angebot der Kohlenbehörde von 10 % Lohnerhöhung von der Executive der Bergarbeitergewerkschaft (N.U.M.) abgelehnt worden war. Die militanten Bergarbeiter aus Yorkshire, Südwest und Schottland hatten auf der letzten Jahreskonferenz der N.U.M. in einer Resolution die Forderung nach einem Minimallohn von 20 Pfund aufgestellt. Da die Kohlenbehörde nur 17,50 Pfund anbot, stellte sich der Generalsekretär der N.U.M., Lawrence Daly, am 16. September selbst hinter die spontanen

Arbeitsniederlegungen und verkündete, daß die anstehenden Auseinandersetzungen nicht nur mit der Kohlenbehörde, sondern auch mit der konservativen Regierung geführt werden müßten.

Trotz der Streikentschlossenheit einiger Gewerkschaftsführer war die Forderung der Exekutive nach einer Urabstimmung insofern zweideutig, als nach den Regeln der N.U.M. eine im allgemeinen nur schwer erreichbare Zweidrittelmehrheit für einen nationalen Streik notwendig ist. Daher hatten militante Bergarbeiter gefordert, eine nationale Delegiertenkonferenz einzuberufen, selektive Streiks in bestimmten Regionen auszurufen und Abstimmungen nur in einzelnen Revieren abzuhalten. Statt dieser erfolgsversprechenden Konfliktstrategie wurde eine übereilte Abstimmung auf nationaler Ebene organisiert, die nur 55,5 % statt der erforderlichen 66 % für Streikaktionen brachte. Um die nun drohenden inoffiziellen Aktionen abzubiegen, erhöhte die Kohlenbehörde ihr Angebot auf 12 %, über das erneut abgestimmt werden mußte. Während die Executive mit 13 : 11 Stimmen die Annahme empfahl, verlangte die schottische Sektion, wenigstens in den Gebieten Streiks zu decken, wo wie in Schottland mit 78 % oder in Südwales mit 83 % eine große Mehrheit für den Ausstand votiert hatte.

In dieser widersprüchlichen Situation entschieden sich die Delegierten von 52 Zechen in Südwales am 30. Oktober für Kampfmaßnahmen, denen sich die Delegierten der schottischen Bergarbeitergewerkschaft mit überwältigender Mehrheit anschlossen. Daraufhin begannen sich die inoffiziellen Streiks wie ein Lauffeuer auszubreiten. Als über 100 000 Bergleute die Arbeit in 127 von 293 Gruben niederlegten, versuchte der Vorsitzende der nationalen Kohlenbehörde, Lord Robens, die Streikenden vor der Öffentlich-

keit zu diffamieren. Er warf ihnen Gewaltanwendung gegen Arbeitswillige vor und stellte den Streik als kommunistisches Komplott hin, eine Behauptung, die von der Financial Times und Sunday Times als haltlos zurückgewiesen wurde. Vielmehr hatten sich gerade die kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre, die seit langer Zeit die schottischen, südwalisischen und kentischen Bergleute führten, in Widerspruch zu ihrer eigenen Basis gesetzt, da sie sich an die Beschlüsse der Executive der N.U.M. hielten¹⁰⁷. Ungeachtet seiner Diffamierungen wurde Lord Robens in seinem Amte wiederernannt und sein Jahresgehalt von der gleichen Regierung, die Lohnforderungen über 10 % als inflationär zurückwies, um über 14 %, d.h. um 2 500 Pfund auf insgesamt 20 000 Pfund erhöht.

Die Enttäuschung der militanten Bergarbeiter über ihre Führung, insbesondere Lawrence Daly, war groß, der als Vertreter eines Programms von Guerilla-Streiks gewählt worden war und jetzt die Bergarbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit anhielt. Nach einer Versammlung der nationalen Executive mußte er durch ein Polizeikordon vor aufgebrachten Arbeitern geschützt werden. Denn die Executive hatte mit 14 : 9 Stimmen wieder dafür votiert, eine nationale Abstimmung über das 12 %-Angebot der Kohlenbehörde einzuleiten und damit die Forderung der Delegationen von Südwales, Schottland, Yorkshire und Kent verworfen, eine nationale Delegiertenkonferenz abzuhalten, die z.B. beim Dockerstreik als oberstes Entscheidungsorgan fungierte. So konnte die Gewerkschaftsexekutive die gewerkschaftlichen Kräfte an der Basis nochmals überstimmen. Damit wurde der Zusammenbruch der inoffiziellen Aktionen besiegelt. Die konservative Regierung aber hatte einen wichtigen Sieg errungen. Übrig blieb eine Bergarbei-

tergewerkschaft, deren innere Spaltung sich nach dem inoffiziellen Streik im Herbst 1969 noch weiter vertieft hatte.

.Die Elektrizitätsarbeiter im Ausstand

Nach den Streiks der Behördenarbeiter und Bergleute stand der Regierung mit den Elektrizitätsarbeitern die nächste schwere Auseinandersetzung bevor. Diese hatten eine Lohnerhöhung von 5,80 Pfund gegenüber einem Angebot der Elektrizitätsbehörde von zuerst 1,75 und etwas später 2 Pfund gefordert. Dieses Angebot wurde von gewerkschaftlicher Seite verworfen und im Gegenzug am 7. Dezember mit einem Überstundenverbot und Arbeit nach Vorschrift beantwortet. Daraufhin mußte die nordirische Regierung den Notstand verhängen und einen vollständigen Stopp der industriellen Produktion verfügen. Alle Verhandlungen scheiterten, auch die britische Regierung mußte den Notstand ausrufen, bis die Gespräche wieder aufgenommen und ein Untersuchungsausschuß unter Lord Wilberforce ernannt wurden. Da die Gewerkschaften, unter ihnen auch die G.M.W.U. und die Elektrikergewerkschaft E.T.U. auf weitere Sanktionen verzichteten und sich der Aufforderung des Arbeitsministers an den Untersuchungsausschuß beugten, die angespannte Lage der nationalen Wirtschaft in Rechnung zu stellen, hatte die Regierung bereits psychologisch wichtiges Terrain erobert. Es gelang ihr schließlich, die Lohnerhöhung auf 10,9 % zu begrenzen. Damit hatte die Tory-Regierung eine weitere Runde im Lohnkampf mit der britischen Arbeiterklasse gewonnen, was wiederum auf den Postarbeitsstreik zurückwirkte, mit dem die Streikwelle im öffentlichen Sektor zu einem gewissen Abschluß kam.

Der Postarbeiterstreik

Die wachsende Militanz der Postarbeiter kündigte sich bereits bei der Entlassung des der konservativen Regierung unbequemen Lord Hall als Vorsitzender der Postbehörde in einer Reihe spontaner Streiks in London an. Dieser hatte radikale Rationalisierungsmaßnahmen und die Reprivatisierung profitabler Zweige der Postindustrie wie im Fernmeldebereich abgelehnt. Mit dem Zusammenbruch der Lohnverhandlungen zwischen der Gewerkschaft der Postarbeiter (U.P.W.) und der Postbehörde am 20. Januar begann der längste nationale Streik in Großbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg. Auf die Forderung nach einer etwa 15 %igen Lohnerhöhung, die im Zusammenhang mit dem Scamp-Bericht beim Streik der Behördenarbeiter aufgestellt wurde, antwortete die Postbehörde mit einem 8 %-Angebot, das der von der konservativen Regierung veranschlagten Inflationsrate des Jahres 1970 entsprach. Daraufhin rief die U.P.W. am 15.1.1971 einen Streik aus, dem am 1.2.1971 bereits 215 500 Arbeiter folgten.

Auf verschiedenen Massenversammlungen und Demonstrationen zügen, an denen sich in London am 21. Januar 15 000 Postarbeiter, am 4. Februar 25 000, am 11. und 18. etwa 30 000 und am 25. etwa 55 000 beteiligten, stieg die Streikentschlossenheit der Postarbeiter, obwohl sie keine Streikunterstützung erhielten. Die Unternehmerseite erklärte sich jedoch zu keinem neuen Angebot bereit, da das in Gesprächen am 14. und 15. Februar konzidierte eine Prozent an Produktivitätsvereinbarungen geknüpft war, die von der Gewerkschaft abgelehnt wurden. Daß Regierung und Postbehörde ein Exempel statuieren wollten, hatte die U.P.W. nicht erwartet. So war versäumt worden, sich mit den anderen Postgewerkschaften abzustimmen. Der rentable Fernmeldebereich z.B. blieb während des

gesamten Streiks intakt, so daß die Postbehörde ihre Gewinne partiell noch steigern konnte, zumal die Löhne und Gehälter an die Streikenden entfielen.

Inzwischen war die ohnehin bescheidene Streikkasse geleert und die U.P.W. auf T.U.C.-Gelder in Höhe von 500 000 Pfund angewiesen, um wenigstens den am härtesten betroffenen Mitgliedern auszuhelfen. Dadurch rückte der Streik der Postarbeiter immer mehr in das Zentrum der Auseinandersetzung zwischen der Tory-Regierung und der Gewerkschaftsbewegung insgesamt, deren Kampagne gegen die im Unterhaus debattierten Gewerkschaftsgesetze auch vom T.U.C. unterstützt wurde. Auf der großen Demonstration am 21. Februar stellten sich Vic Feather vom T.U.C., Sidney Greene von der Eisenbahnergewerkschaft und Jack Jones von der T.G.W.U. demonstrativ hinter den Sekretär der Postarbeitergewerkschaft Tom Jackson. Zugleich floß wieder Geld von zahlreichen Betriebs-sammlungen ein, die moralische Unterstützung der gewerkschaftlichen Basis wuchs, große Teile der Öffentlichkeit auf der Straße zeigten sich trotz aller Gegenpropaganda den Forderungen der Postarbeiter aufgeschlossen, der T.U.C. und andere Gewerkschaften sagten verstärkte Hilfe zu. Dies alles trug dazu bei, die Solidarität der Streikenden aufrechtzuerhalten. Auf einer Massendemonstration von 50.000 Postarbeitern zum Hydepark schlossen sich zahlreiche Mitglieder der anderen Postgewerkschaften an, sogar die beiden Gewerkschaften des Managements und Aufsichtspersonals.

In der sechsten Streikwoche war die Bedeutung des Postarbeiterstreiks für die gegenwärtigen Klassenauseinandersetzungen allen Beteiligten bewußt geworden. Allerdings erkannte der Guardian richtig, daß in den heroisch ausharrenden Postarbeitern der

Regierung ein falscher Gegner gegenüberstand: Nicht die den Kampf gegen die Gewerkschaftsgesetze anführenden Transport- und Metallarbeiter mit ihren großen Streikkassen und kampferfahrenen Arbeiterkollektiven, sondern die eher gemäßigte, in ihre Rolle durch die augenblickliche Situation zufällig hineingedrängte, streikunerfahrene Postarbeitergewerkschaft¹⁰⁸. Dieser Streik konnte nur bei einer weitgehenden finanziellen Unterstützung durch die britischen Gewerkschaften eine Chance auf Erfolg haben. In der siebenten Woche standen zwar noch 93 % der Postarbeiter hinter dem Streik, doch blieb der Executive der U.P.W. in den 14stündigen Verhandlungen mit dem Arbeitsministerium am 3./4. März bei leeren Streikkassen und dem finanziellen Engpaß der meisten Mitglieder nichts anderes übrig, als einzulernen und sich auf die Bildung einer Untersuchungskommission einzulassen. Dem stimmten auch die örtlichen Gewerkschaftsgruppen mit, 1069 zu 61 zu. So mußte Tom Jackson auf der anschließenden Massenkundgebung am 4. März in London vor den militanten, nun gegen ihn aufgebrachten Anhängern sagen: "Die einzige Sache, die uns zwingen konnte, den Streik zu beenden, waren die fehlenden Finanzmittel und die Unfähigkeit, die Kollegen ohne Einkommen zu unterstützen. Zu jenen von euch, die denken, dies sei eine Niederlage: Ich sage, ihr habt nicht recht. Dies ist nicht das Ende des Marsches"¹⁰⁹.

Mit dem Ausgang des Streiks hatte die Regierung ihren größten Erfolg im Lohnkampf mit den britischen Gewerkschaften gewonnen, deren Forderungen im öffentlichen Sektor unter die 10 %-Grenze gedrückt werden konnten. So brachte der Economist nach dem Ende des Poststreiks triumphierend auf dem Titelblatt einen schnauzbärtigen Tom Jackson von der U.P.W. mit der Schlagzeile: "Wer möchte als nächster rasiert werden?"¹¹⁰. Die verheerende Niederlage der Postarbeiter

mußte zweifellos auf kurze Sicht demoralisierend wirken. Gleichzeitig war aber deutlich geworden, welcher Koordination es bedarf, um künftigen Niedergängen zuvorzukommen. Für dieses Mal war es der Regierung gelungen, die großen Arbeiterkollektive im öffentlichen Sektor, angefangen von den Bergarbeitern und Elektrizitätsarbeitern bis hin zu den Postarbeitern, nacheinander zu schlagen. Wenn dieser Streikausgang auch eine gewisse Vorentscheidung in den Klassenkonflikten des Frühjahrs 1971 brachte, so stand das Resultat der zur gleichen Zeit stattfindenden Streiks der Fordarbeiter noch aus, die bereits im Februar/März 1969 und im Frühjahr 1970 ihre wachsende Kampfkraft bewiesen hatten.

4.3.1.2. Streiks in der Autoindustrie - der Fordstreik 1971

Waren die Arbeiter im öffentlichen Sektor automatisch einer Konfrontation mit der Regierung ausgeliefert, so standen sie im privaten Bereich einzelnen Unternehmern gegenüber, die von der Regierung nur indirekt gestützt werden können. Die sich nach der ersten Kraftprobe mit der Regierung im Dockerstreik zuspitzende Streikbewegung konzentrierte sich wieder in der Autoindustrie mit einer halben Million Streiktage. Dabei spielten die langen Streiks bei den Zuliefererbetrieben eine wichtige Rolle. Da diese weitgehend monopolisiert sind: in der Glasausstattung 100 % (Pilkington), in der elektrischen Ausrüstung 98 % (Lucas), in der Reifenherstellung 50 % (Dunlop), kam es auch in der übrigen Autoindustrie zu großen Produktionsausfällen¹¹¹. So setzten 650 streikende Arbeiter bei Lucas 24 000 Arbeiter bei Jaguar, Daimler und MGB frei. Höhepunkt dieser Streikwelle bildete der neun-

wöchige Streik bei Ford, der sich zu einem der heftigsten Arbeitskämpfe in der Nachkriegsperiode entwickelte. Anlaß war die Forderung nach gleichen Verdiensten ("parity claim") mit den Autoarbeitern in Mittelengland (vgl. den Abschnitt "Veränderungen im Lohnsystem"), die von den Gewerkschaften am Ende des Fordstreiks 1969 aufgestellt worden war. Schon im Frühjahr 1970 war es darüber zu Streikaktionen in Swansea und in Halewood gekommen, denen eine monatelange Kampagne mit Massenversammlungen und Delegiertenkonferenzen vorausgegangen war¹¹².

Am 27.11.1970 hatte die Gewerkschaftsseite des nationalen gemeinsamen Verhandlungskomitees bei Ford erneut die alte Forderung präsentiert, die nun von einer detaillierten Analyse über die wirtschaftliche Stellung des Unternehmens - Profite, Kosten, Umsätze, Exporte, Investitionen usw. - und dem Lohnniveau im nationalen und internationalen Vergleich abgestützt wurde¹¹³;

Es wird im einzelnen nachgewiesen, daß Ford nach ökonomischen und finanziellen Kriterien an der Spitze der britischen Autoindustrie steht. So verzeichnete Ford bei 65 000 Beschäftigten etwa 70 Millionen Pfund Bruttogewinne im Jahr 1969, während die drei großen anderen Autohersteller mit 250 000 Beschäftigten nur 106 Millionen Pfund verbuchten. Das lag zum Teil an den niedrigen Lohnkosten, die 1969 pro hergestelltes Auto bei 150 Pfund lagen. Dagegen stand ein Gewinn von 200 bis 250 Pfund, der in der übrigen Autoindustrie 100 bis 150 Pfund betrug. Entsprechend höher waren auch Fords Bruttogewinne mit über 1 000 Pfund pro Beschäftigten, während die britischen Rivalen nur 400 Pfund erzielten. Aus dem Umsatz pro Beschäftigten wird die überlegene Stellung Fords im Jahre 1969 ebenfalls offenbar:

Ford - 8 300 Pfund, Chrysler - 6 600 Pfund, Vauxhall - 5 800 Pfund, BLMC - 5 000 Pfund. Bei einem stabilen Marktanteil zwischen 26 % und 27 % konnte Ford wegen seiner niedrigen Kosten die Profite pro Auto im Vergleich zu seinen inländischen Konkurrenten stark nach oben drücken, wie die folgende Tabelle zeigt:

Vergleich der Profite und Lohnkosten in der britischen Autoindustrie

	Lohnkosten Gewinne (pro Auto in Pfund)		Lohnkosten Gewinne (Anteil am Umsatz in %)	
Ford	153	105	20	14
Vauxhall	166	über 50	22	11
BLMC	240	unter 80	27	9
Rootes	175	25	23	4

Quelle: The Ford Wage Claim, case submitted by Moss Evans, Chairman of the Trade Union Side of the Ford National Joint Negotiating Committee, Dezember 1970.

Die günstige finanzielle Situation wird auch von Exportvorteilen Fords von England als Teil eines weltweiten Netzes von Fordunternehmen bestimmt, dessen Transaktionen bisher nur bruchstückhaft aufgedeckt werden konnten. Allein der Export von Autos wurde von 1967 bis 1969 um 45 % auf 342 00 Stück erhöht. Zu diesem Aufschwung hatte die Abwertung des Pfund Sterling im November 1967 um 14,3 % und später die westdeutsche Aufwertung um 9,29 % (Oktober 1969) beigetragen. Abgesehen von der eher indirekten Exportförderung sind die Monopolprofite durch direkte Subventionen gestützt worden: Zu den Investitionsbeihilfen auf Fabrikgebäude und maschinelle Ausstattungen in der Höhe von 20 % (40 % in strukturell vernachlässigten Regionen) sind zwischen 1970 und 1972 noch von 15 % auf 30 % erhöhte Sofortabschrei-

bungen (40 % wiederum in Entwicklungsgebieten) für Gebäude hinzugefügt worden. Mit den verschiedenen staatlichen Beihilfen konnte Ford 1968 - 1969 etwa 25 % seiner Investitionen finanzieren.

Geht man von Fords zwischen 1967 und 1971 jährlich um 7 % steigender Produktivität aus, könnten Fords Löhne an der Spitze statt am Ende der Lohnskala in der britischen Autoindustrie stehen. Verglichen mit dem größten britischen Autoproduzenten B.L.M.C., bei dem etwa 60 % der von den großen Vier beschäftigten Handarbeiter arbeiten, liegen die Stundenverdienste bei Ford in sämtlichen Qualifikationsstufen um 25 - 40 Pence niedriger. Das einzig unmittelbar vergleichbare Unternehmen Rootes Ryton oder jetzt Chrysler hat seit dem Juli 1970 einen Minimallohn von fast einem Pfund (95,5 Pence) in der Stunde, während bei Ford die meisten Arbeiter für 63 Pence in der Lohnstufe B (nach 4 Jahren) oder in der Stufe C (nach 18 Monaten) arbeiten. Deshalb forderte die gewerkschaftliche Verhandlungsführung für alle Arbeiter eine 50 %ige Lohnerhöhung, die von dem Konzern bei seinen überdurchschnittlichen Profitspannen noch hätte überboten werden können, zumal die Lohnkosten in Großbritannien sehr niedrig sind. So stellte General Motors im Juni 1970 fest, daß die Lohnkosten in der Bundesrepublik etwa 50 % der amerikanischen und in Großbritannien sogar nur 33 % ausmachten. Die britischen Arbeiter sind vor allem wegen der geringen unternehmerischen Sozialleistungen für das amerikanische Kapital billig, die bei Ford, Köln, 38,1 % der Gesamtausgaben für die Beschäftigten betragen. Bei einem Vergleich entsprechender Qualifikationsstufen kommt heraus, daß der deutsche Fordarbeiter nahezu doppelt so viel verdient wie sein britischer Kollege. Wenn Ford der Paritätsforderung der Gewerkschaften nachgibt, erhält der britische Arbeiter noch immer 14 % weniger Lohn als der deutsche.

Selbst diese genaue Analyse der wirtschaftlichen Leistungskraft von Ford konnte die ablehnende Antwort des Unternehmens nicht verhindern, worauf die Convenor (Senior Stewards) von allen 22 Betrieben des Ford-Konzerns am 29.1.1971 zum Streik aufriefen. Während die Ford-Arbeiter eine wöchentliche Lohnerhöhung von 12 bis 16 Pfund gefordert hatten, bot das Management den 50 000 manuellen Arbeitern nur 2 Pfund an. Daraufhin legten 3 500 Arbeiter in Halewood und 1 400 in Swansea ihre Arbeit nieder, am folgenden Tag hatte bereits die Hälfte der Ford-Arbeiter ihre Arbeitsplätze verlassen, am 2. Februar kam die Produktion zu einem totalen Stillstand. Das veranlaßte die A.E.F. und T.G.W.U. sich hinter die streikenden Arbeiter zu stellen. Schon in der ersten Streikwoche nahmen Shop Stewards Kontakt zu den Ford-Arbeitern in Genk (Belgien), in Köln und Saarlouis (Bundesrepublik) auf, die einem allgemeinen Stopp von Überstunden bei Produktionsverlegungen zustimmten. Mitglieder der italienischen Metallarbeitergewerkschaft F.I.O.M. und die amerikanischen Ford-Arbeiter boten finanzielle Unterstützung an. Die gerade in London tagende Konferenz der Autosektion der Internationalen Metallarbeitervereinigung übermittelte eine Solidaritätserklärung.

Nach drei Streikwochen drohte Henry Ford II, dessen jährliche Gesamtbezüge als ranghöchster Manager des Ford-Konzerns sich auf 500 000 US-Dollar belaufen, mit der Verlegung angeblich geplanter Investitionen, falls sich die industrielle Situation in Großbritannien nicht verbesserte. An dem beschwichtigenden Verhalten des Premierministers Heath gegenüber Ford wurde offenbar, daß die nationalen Regierungen und die soziale Lage der Arbeiterklasse immer abhängiger von den vorwiegend amerikanischen Konzernen mit internationalem Operationsfeld werden,

seitdem der Warenexport in zunehmendem Maße vom Kapitalexport ergänzt wird. Doch selbst die Kasandrarufer der aufgeschreckten Fleet-Street-Presse vermochten die Streikbereitschaft der Ford-Arbeiter nicht zu erschüttern; auch nach sechs Streikwochen stimmten diese ungebrochen für die Fortführung des Streiks.

Da das Management nicht bereit war, über sein inzwischen am 1. und 4 März auf 2,30 bis 3,60 erhöhtes Angebot hinauszugehen, kam es zum Stillstand der Verhandlungen, in die sich plötzlich die Führer der T.G.W.U. und A.E.F. einschalteten. Dabei handelten sie in geheimen Gesprächen mit dem Vorsitzenden der europäischen Ford-Filialen Stanley Gillen und dem Arbeitsdirektor des britischen Ford-Unternehmens Bob Ramsey folgendes Angebot aus: Zunächst eine wöchentliche Lohnerhöhung von 3,60 - 4,00 Pfund, gleiche Bezahlung für Frauen und Urlaubsgeld für den Neujahrstag sowie zwei weitere Lohnerhöhungen von jeweils zwei Pfund am 1.12.1971 und 1.8.1972. Problematisch war dabei weniger die von der Paritätsforderung noch weit entfernte Lohnerhöhung, als vielmehr die zweijährige Laufzeit des Vertrages bis zum 28.2.1973, in der die Gewerkschaften auf Kampfmaßnahmen verzichteten. Den Ford-Arbeitern mußte die Zustimmung von Jack Jones und Hugh Scamlon zu einer Nicht-Streik-Klausel unverständlich erscheinen, da gerade diese den Kampf der Ford-Arbeiter im Februar/März 1969 gegen Strafbestimmungen des Managements bei inoffiziellen Streiks unterstützt hatten und zur gleichen Zeit die Kampagne gegen die Gewerkschaftsgesetze der Tory-Regierung anführten.

Besonders verhängnisvoll war an dieser Vereinbarung, daß die mit dem Fordstreik 1969 eingeleitete Wendung zur innergewerkschaftlichen Demokratie

unterbrochen wurde, da die Gewerkschaftsführer das gewerkschaftliche Verhandlungskomitee ausmanövriert hatten und mit dem Diktat einer geheimen Urabstimmung die Kampfbereitschaft der Arbeiter brechen wollten, die noch wenige Tage zuvor auf einer Massenversammlung in Basildon ihre Streikentschlossenheit demonstriert hatten. Daraufhin empfahlen die militanten Shop Stewards in Halewood, Swansea und Dagenham ihren Belegschaften das Angebot zu verwerfen, dem 4 000 Arbeiter auf einer Massenversammlung in Dagenham folgten. An der Urabstimmung nahm noch nicht einmal die Hälfte der Arbeiter teil, die ohne ausreichende Diskussion und Information, ohne weitere Unterstützung durch die Gewerkschaften, von dem Verhalten ihrer Führer verwirrt, innerhalb kürzester Frist zu einer überraschenden Abstimmung gedrängt worden waren. Der Rest nahm das Angebot mit 17 818 zu 7 043 Stimmen an. Die militanten Arbeiter in Halewood und Swansea streikten noch eine Woche ohne Erfolg weiter. Auch der militanten Fraktion in der Executive der A.E.F. gelang es nicht mehr, das Ergebnis zu ändern.

Die konservative Regierung befürwortete die lange Laufzeit, die freiwillige Friedenspflicht und die Urabstimmung, mußte aber in Kauf nehmen, daß mit der sofortigen Lohnerhöhung um 16 % ihre versteckte Einkommenspolitik durchkreuzt wurde. Denn dieser Tarifabschluß setzte den Maßstab für die kommenden Tarifverhandlungen in der Autoindustrie. British Leyland mußte seinen Arbeitern in Longbridge sogar für die folgenden 14 Monate eine Lohnerhöhung von 30 % zugestehen. Damit hat die britische Regierung ihren Erfolg gegenüber den Lohnforderungen der Arbeiter im öffentlichen Bereich im privaten Sektor nicht wiederholen können.

4.3.2. Politische Streiks

Die Streikwelle 1968 - 1971 erreichte mit den großen Streiks der Post- und Fordarbeiter im Frühjahr 1971 ihren Höhepunkt. An der Länge der Streiks wird eine nach dem Zweiten Weltkrieg unerreichte Kampfbereitschaft sichtbar, die auch bisher streikunerfahrene Gruppen unter den Lohnabhängigen mitriß. Vorantreibendes Moment war zweifellos ein politisches Klima, das in erster Linie von den Kämpfen gegen die am 4. Dezember 1970 von den Konservativen veröffentlichten Gewerkschaftsgesetze bestimmt wurde. Dadurch gelangten die Postarbeiter zu einer bislang ungekannten Solidarität. Wenn sie sich dennoch mit einer Niederlage abfinden mußten, lag das weniger an den taktischen Fehlern der Postarbeitergewerkschaft als vielmehr daran, daß wegen der fehlenden Einheit der britischen Gewerkschaftsbewegung die notwendige gemeinsame Klassenaktion noch ausblieb. Schon an dem Dockestreik im Sommer 1970 hatte sich gezeigt, daß isolierte Arbeitergruppen bei einer Kraftprobe mit der Regierung in der Regel verlieren oder sich mit einem unbefriedigenden Kompromiß abfinden müssen. Dafür waren die Gewerkschaften zum großen Teil selbst verantwortlich, die im Gegensatz zu den radikalen Betriebskomitees nur selten die Initiative ergriffen.

So wie die Fordarbeiter 1969 die zunächst von der gewerkschaftlichen Verhandlungsführung gebilligten Strafklauseln des Managements zu Fall gebracht hatten, wurden die ersten Abwehrmaßnahmen gegen die geplanten Anti-Streik-Gesetze der Labour-Regierung von den militanten Arbeitern an der betrieblichen Basis geführt. Vor allem die Bau-, Dock- und Autoarbeiter, aber auch die Drucker und andere Gruppen aus der Metallindustrie beteiligten sich an den industriellen Demonstrationsstreiks am 27.2. und 1.5.1969

(kein Feiertag in Großbritannien), die von dem inoffiziellen Verbindungskomitee zur Verteidigung der Gewerkschaften ("liaison committee for the defence of trade unions") organisiert wurden¹¹⁴. Dem Streikaufruf folgten insgesamt etwa 200 000 Arbeiter, deren Kampfbereitschaft sich über einzelne Gewerkschaften bis hin zum T.U.C. fortpflanzte, der schließlich die geplanten rechtlichen Sanktionen gegen Streikende auf einem Sonderkongreß offiziell ablehnte. Daraufhin nahm die Regierung ihre Gesetzespläne zurück und konnte dank ihres taktischen Rückzuges bis zu den kommenden Wahlen überdauern.

Nachdem die Tory-Regierung durch ihren Arbeitsminister Robert Carr den ersten Entwurf einer Neuaufgabe der Anti-Gewerkschaftsgesetze vorgelegt hatte, rief das Liaison-Komitee wieder zu industriellen Aktionen auf nationaler Ebene auf. Diese wurden mit Unterstützung der Kommunistischen Partei, vor allem ihrer Tageszeitung Morning Star, auf einer Arbeiterkonferenz am 14.11.1970 in London vorbereitet, an der sich über 1 800 Gewerkschaftsdelegierte aus allen Teilen Großbritanniens beteiligten¹¹⁵. Schon drei Wochen zuvor hatten sich etwa 1 000 Gewerkschaftsdelegierte auf einer Versammlung des 1968 gegründeten Instituts für Arbeiterkontrolle geeinigt, den für den 8. November geplanten Massenstreiks zu folgen: An diesem nahmen mehr als 500 000 Arbeiter teil: 200 000 in London, 150 000 an der Merseyside, 45 000 in Yorkshire, 30 000 in den Midlands und 150 000 in Schottland.

Unter dem sich anstauenden Druck der gewerkschaftlichen Basis rief der Generalrat des T.U.C. für den Abend des 12. Januar 1971 zu einer Massendemonstration auf und leitete eine Aufklärungskampagne gegen

die Gewerkschaftsgesetze ein. Während ein großer Teil der britischen Arbeiter dem Aufruf des T.U.C. zu Protestversammlungen außerhalb der Arbeitszeit und in den Pausen nachkam, verwandelten etwa 500 000 Arbeiter den gewerkschaftlichen Protest in industrielle Aktionen, wie es das Liaison-Komitee gefordert hatte. In Mittelengland war bereits von 45 000 Arbeitern am 1. Januar gegen die im Parlament debattierten Gesetze gestreikt worden. Dabei wurden die Gewerkschaften zu einer Serie industrieller Streiks aufgefordert, die über eine bloße Demonstration hinausgehen und die Industrieproduktion stören sollten. Die überall aufflackernden Warnstreiks überzeugten schließlich das nationale Exekutivkomitee der Metallarbeitergewerkschaft, industrielle Aktionen für den 1. und 18. März anzusetzen.

In dieser spannungsgeladenen Situation hatte der T.U.C. für Sonntag, den 21. Februar, einen friedlichen Protestmarsch durch die Londoner Innenstadt vorbereitet, der zu einem der gewaltigsten Demonstrationzüge in der britischen Gewerkschaftsgeschichte anwuchs. Mehr als 140 000 Arbeiter marschierten in einem 12 km langen Zug vom Hydepark zum Trafalgar Square, und militante Arbeitergruppen wie die gerade streikenden Fordarbeiter solidarisierten sich mit bislang zögernden Arbeitern, die noch nicht zu industriellen Aktionen bereit waren. Aber die hier demonstrierte Einheit erwies sich im Verlauf des Postarbeiterstreiks als trügerisch; es stellte sich heraus, daß große Teile der britischen Gewerkschaftsbewegung noch zurückschreckten, als es darum ging, den Kampf um eine 15 %ige Lohnerhöhung, der sich zu einer direkten Konfrontation mit der Regierung entwickelt hatte, konsequent voranzutreiben. Entsprechend brachte der Generalrat des T.U.C. den Mobilisierungseffekt der Massendemon-

stration mit der Weigerung ,ihn in politisch-industrielle Massenaktionen umzusetzen, um seine politische Perspektive - entgegen der Forderung von militanten Arbeiterkollektiven, den beiden größten Gewerkschaften, kleineren trotzkistischen Gruppen, der Kommunistischen Partei bis hin zu einigen Mitgliedern des noch zögernden linken Flügels der Labour Party. Auch auf der Sonderkonferenz des T.U.C. über die Gewerkschaftsgesetze lehnte eine Mehrheit industrielle Aktionen ab. Selbst zu einer Politik der Nicht-Kooperation bei Einführung der Gesetze konnte man sich nicht verbindlich entschließen. Das knappe Abstimmungsergebnis von 5 zu 4 machte deutlich, daß man sich erst auf dem Wege zu einheitlichen Massenaktionen befand. Allerdings zeugten die vier Millionen für industrielle Aktionen abgegebenen Stimmen von einer wachsenden Kampfentschlossenheit und der Herausbildung eines antikapitalistischen Bewußtseins bei einem großen Teil der britischen Arbeiter.

Zum Träger des sich sammelnden Widerstands gegen die Angriffe des strukturell geschwächten britischen Monopolkapitals und der konservativen Regierung wurden vor allem die Arbeitergruppen, die seit Mitte der fünfziger Jahre eine neue Militanz entwickelt hatten. So folgten dem Streikaufruf der Metallarbeitergewerkschaft vor allem Arbeiter im Maschinen- und Schiffbau, in der Autoindustrie und den Häfen. In Liverpool bildete sich ein Demonstrationzug von 15 000 Arbeitern, während allein in Mittelengland eine dreiviertel Million die Arbeit niederlegten. Insgesamt streikten etwa 2 Millionen Arbeiter. Am Tag der Sonderkonferenz des T.U.C. (18.3.1971) folgten dem Streikaufruf des Liaison-Komitees, der A.E.F. und T.G.W.U. sogar drei Millionen Arbeiter; die Produktion kam im Maschinenbau, der Autoindustrie, in den Werften, Docks, Zeitungs-

verlagen und in 16 Kohlengruben zum Stillstand. Wenn mit diesen politischen Massenstreiks auch nicht die parlamentarische Verabschiedung der Gesetze verhindert werden konnte, so ist ein weitreichender Politisierungsprozeß in der britischen Arbeiterklasse sichtbar geworden, die auf die steigenden Arbeitslosenzahlen, die Massenentlassungen und Betriebsschließungen, die staatliche Lohnkostenkontrolle und die mit dem Eintritt in die EWG beschleunigt steigenden Lebenshaltungskosten sowie die antigewerkschaftliche Gesetzgebung mit zunehmend einheitlichen Klassenaktionen antwortete.

4.3.3. Einheitliche Klassenaktionen

In dem kontinuierlichen Anstieg der Streikbewegung von 2,4 Millionen Streiktagen 1966 auf 6,8 Millionen 1969 und auf 24 Millionen 1972 kommt ein qualitativer Wandel im Bewußtsein der Arbeiter zum Ausdruck, der durch die Verallgemeinerung der sozialen Konflikte auf bisher kampfunerfahrene und nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeitergruppen und durch die zunehmende Beteiligung der Gewerkschaftsapparate gekennzeichnet ist, ohne deren Einwilligung noch ein paar Jahre zuvor die überwältigende Mehrheit der Streiks ausgerufen wurde. Das hat wiederum zum politischen Charakter zahlreicher Arbeitskämpfe beigetragen, die sich in der direkten Konfrontation mit der Regierung zu einheitlichen Klassenaktionen entwickelt hatten - wie die erfolgreiche Betriebsbesetzung der Schiffbauer am Clyde zur Wahrung ihrer Arbeitsplätze, die von den Bergarbeitern mit Massenstreikposten erzwungenen Lohn erhöhungen um 20 % und der Kampf der Dockarbeiter um ihre Arbeitsbedingungen und die Freilassung ihrer inhaftierten Arbeitskollegen. Dabei ist von beson-

derer Bedeutung, daß diese Konflikte in strukturell niedergehenden Industriezweigen stattfanden, die wie der Kohlenbergbau, Schiffbau und Hafentransport eine wesentliche industriell-ökonomische Grundlage des britischen Imperialismus darstellten. Dies erklärt die Härte der Klassenkämpfe, in denen es um die zentralen Maßnahmen der konservativen Regierung zur Erhöhung der monopolkapitalistischen Profite ging: Arbeitslosigkeit, Reallohnsenkung und Gewerkschaftsgesetzgebung.

3.3.1. Der Kampf um das Recht auf Arbeit - U.C.S. und andere Betriebsbesetzungen

Die Bildung der Werftgruppe Upper Clyde Shipbuilders war eine Folge der strukturellen Krise im britischen Schiffbau. Nach gegen Ende des vorigen Jahrhunderts liefen in Großbritannien etwa 80 % der in der Welt gebauten Dampfschiffe vom Stapel. Der britische Anteil an der Welttonnage fiel bis 1950 zwar auf 48 %, sank dann aber bis 1964 überraschend schnell auf 6 % ab¹¹⁶. Angesichts dieses Verfalls mußte die gerade amtierende Labour-Regierung eingreifen, die nach den Vorschlägen des "Geddes Reports" von 1966 mit Krediten Zusammenschlüsse im Schiffbau förderte. So entstand aus den fünf Schiffswerften am Clyde die Gruppe Upper Clyde Shipbuilders, die von der Labour-Regierung 1969 weitere Subventionen nur unter der Bedingung von Rationalisierungsmaßnahmen erhielt, was im folgenden Jahr zur Freisetzung von mehr als 3 000 Arbeitern führte. Als die konservative Regierung im Rahmen ihrer Rationalisierungsstrategie, "lahme Enten" zu liquidieren, die fälligen Kredite für U.C.S. verweigerte, waren nicht die Arbeitsplätze der 6 500 unmittelbar betroffenen

Werftarbeiter in Gefahr, sondern auch Tausende von Arbeitsplätzen in den Zuliefererbetrieben. Das bedeutete bei einer Arbeitslosenrate von 10 % der männlichen Beschäftigten in Glasgow eine Herausforderung der gesamten schottischen Arbeiterklasse, die schon während des Ersten Weltkrieges den heftigsten Widerstand gegen Lohnsenkungen geleistet hatte¹¹⁷.

In der kämpferischen Tradition der nationalen Shop-Stewards-Bewegung begannen die schottischen Arbeiter die anstehenden Massenentlassungen und Betriebs-schließungen nicht mehr als unvermeidliches Übel hinzunehmen. Daher gelang es den Shop Stewards von U.C.S., in Demonstrationsstreiks und Massenkundgebungen eine Mobilisierung von bisher ungekanntem Ausmaß in der britischen Arbeiterklasse in Gang zu setzen, die in der Streikbewegung 1968-71 zunehmend politisiert worden war. So streikten auf den Aufruf der Shop Stewards bereits am 24. Juni 1971 etwa 100 000 Arbeiter in Schottland, während sich in Glasgow ein Demonstrationszug von 55 000 Arbeitern bildete. Als der Industrieminister Davies den Liquidierungsbeschluß der konservativen Regierung im Unterhaus offiziell bekanntgab, begannen die Arbeiter von U.C.S. unter Leitung ihrer Shop Stewards die Produktion in eigener Regie weiterzuführen¹¹⁸.

Durch das "work-in" konnte die Demontage von Produktionsmitteln ebenso verhindert werden wie die stufenweisen Entlassungen, die den Arbeiter mit hohen Abfindungssummen schmackhaft gemacht werden sollten. Stattdessen wurden die Arbeiter aus einem von den Shop Stewards eingerichteten Kampffonds bezahlt, in den Solidaritätsspenden aus allen Teilen der britischen Arbeiterklasse eingingen. Die wesentlich von kommunistischen Shop Stewards wie Jimmy Reid organisierte und von der kommunistischen Tages-

zeitung Morning Star popularisierte Weiterarbeit bei U.C.S. löste eine beispiellose Solidaritätswelle in der gesamten britischen Arbeiterbewegung aus, die selbst den T.U.C. und auch die Labour-Party erfaßte, deren Parteivorsitzender Wilson gemeinsam mit den kommunistischen Shop Stewards für die Erhaltung der Arbeitsplätze demonstrierte. Und der ehemalige Industrieminister der Labour Party Wedgwood Benn, übte Selbstkritik an seinen früheren Maßnahmen im Schiffbau, dessen Nationalisierung er jetzt im Parlament propagierte. Mit der öffentlichen Unterstützung der zentralen Arbeiterorganisationen verstärkte sich die Massenbewegung für die Werftarbeiter, die am 18. August 1971 in einem Solidaritätsstreik von 200 000 schottischen Arbeitern und einer Massendemonstration von 80 000 Arbeitern in Glasgow kulminierte. Im Zentrum des Kampfes um die Erhaltung der Arbeitsplätze blieb aber das Shop-Stewards-Komitee - in der Organisation der Produktion, in der Führung des Kampfes und in den Verhandlungen mit der konservativen Regierung, die sich schließlich zu Subventionen in Höhe von 36 Millionen Pfund Sterling bereit-erklären mußte.

Die U.S.C.-Besetzung hatte Millionen Arbeitern ein Bewußtsein von ihrer eigenen Stärke vermittelt. Denn hier war die private Verfügung über Produktionsmittel für jedermann offenbar außer Kraft gesetzt und die konservative Regierung nach monatelangem Tauziehen gezwungen worden, wenigstens in diesem Fall ein nirgendwo kodifiziertes soziales Grundrecht auf Arbeit zu akzeptieren. Zugleich konnte mit der selbständigen Weiterführung der Produktion unter der Leitung der selbst gewählten Betriebskomitees der alten Forderung nach einer Nationalisierung der gesamten Werftindustrie mit weitgehenden Arbeiterkontrollrechten größerer

Nachdruck verliehen werden. Daß erst mit einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel im nationalen Rahmen Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Verelendung überwunden werden können, war einem großen Teil der von der U.C.S.-Besetzung inspirierten Arbeiter zweifellos noch nicht bewußt. Im Vordergrund stand die allgemeine Popularität einer Aktionsform, mit der das kapitalistische Management von seinen Rationalisierungsplänen abgebracht werden konnte- wie in den Don-River-Stahlwerken in Sheffield, als die gewerkschaftlichen Vertrauensleute-Komitees (Shop Stewards Committees) nach dem Vorbild der U.C.S.-Besetzung mit den 4 500 von Entlassung bedrohten Kollegen ein "Work-in" vorbereiteten. Seit dem Erfolg bei U.C.S. begann sich die neue Aktionsform vor allem als "sit-in" gegen Entlassungen und Reallohnsenkungen rasch auszubreiten, wie die folgenden Beispiele zeigen.

Birmingham Small Arms (BSA), Birmingham

Der Erfolg der Sheffielder Stahlarbeiter konnte von den Arbeitern in der Motorradfabrik von BSA in Birmingham nicht wiederholt werden. Auf einer Massenversammlung war zunächst die von den Shop Stewards empfohlene Weiterführung der Produktion beschlossen worden. Eine Woche später wurde jedoch auf einem Treffen zwischen den Shop Stewards und hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären ein unbegrenzter Streik vereinbart, der zuvor bereits von den Arbeitern abgelehnt worden war und über den jetzt auf einer Massenversammlung abgestimmt wurde. Schließlich erklärten Shop Stewards und Gewerkschaftsfunktionäre, daß statt weiterer Kampfmaßnahmen Verhandlungen mit dem Management geplant seien, um die Gefahr der Stilllegung des Betriebes und weiterer Entlassungen zu verhindern. Dadurch begann sich die anfängliche Begeisterung für die Besetzung aufzulösen und die ersten 850 der etwa 3 000 von Ent-

lassung bedrohten Arbeiter empfangen resigniert die letzte Lohnauszahlung. Für diese Niederlage waren verschiedene Faktoren verantwortlich: einmal die Schwäche der gewerkschaftlichen Organisation nach einer jahrelangen Zusammenarbeit mit dem Management, zum anderen die bei schrumpfenden Märkten für Motorräder nahezu ausweglose finanzielle Situation des Unternehmens und eine komplexe Produktionsstruktur. Anders als beim Schiffbau mit seinen großen Kapitalinvestitionen waren die Arbeiter bei Massenfertigung in kurzen Zeitspannen auf Material und Zubehör zahlreicher Zulieferer angewiesen. Insofern war die bei U.C.S. und den Stahlarbeitern erfolgreiche Taktik der Weiterarbeit hier ungeeignet. Es blieb als Alternative der Besetzungstreik, der allerdings eine erhöhte gewerkschaftliche Kampfkraft erfordert, wie es die Arbeiter in einem Zweigwerk des Unternehmens Plessey in Alexandria demonstrierten.

Plessey, Alexandria

Als sich die Royal Navy im Jahre 1969 nach einer zehnjährigen Forschungszeit und Entwicklungskosten von 50 Millionen Pfund für ein neues, aber unbrauchbarer Torpedo entschloß, ihre Torpedofabrik in Alexandria zu schließen, bot sich der Elektronikkonzern Plessey als Käufer an, der übrigens ein anderes Torpedo für die Navy bauen sollte. Für einen Spottpreis von 650 000 Pfund erwarb das Unternehmen 600 wertvolle Präzisionsmaschinen, ein mit 1,5 Millionen Pfund im Jahre 1968 renoviertes Gebäude und ein Stahllager im Wert von 250 000 Pfund. Und die Labour-Regierung zeigte sich befriedigt, daß in einer Gegend mit hoher Arbeitslosigkeit statt einer Freisetzung von 1 200 Arbeitern weitere 800 Arbeitsplätze für die Herstellung von Computerkontrollgeräten für Werkzeugmaschinen von dem Käufer angebo-

ten wurden. Doch einige Monate nach der lukrativen Transaktion wurden bereits 440 Arbeiter entlassen und im August die Schließung der Fabrik angekündigt. Nachdem die letzten 200 Beschäftigten ihre Löhne erhalten hatten, besetzten die Arbeiter am 6. September 1971 die Fabrik. Die Werkstöße wurden verbarrikadiert gegen überraschende Polizeiangriffe, das Management kontrolliert und der Abtransport der Maschinen verhindert. In einer öffentlichen Erklärung sagten die Arbeiter:

"...Wir haben keine Illusionen bei diesem Protest. Der Plessey-Fall ist politischer Natur.

Wir haben folgendes zu sagen. Hier in dem Tal von Leven und 20 Meilen entfernt am Flusse Clyde haben die Arbeiter etwas begonnen, das sie nicht alleine beenden können. Wir brauchen die Unterstützung der Armee und diese Armee ist die organisierte Arbeiterklasse.

Wir fordern euch auf, Brüder, uns nicht aus Mitleid zu unterstützen, sondern um eurer eigenen Klasse und der Zukunft eurer Kinder willen. Laßt euch das am Beispiel des Tals von Leven zeigen. In den dreißiger Jahren brachte die Klasse der Besitzenden wie in vielen anderen Arbeitergegenden Großbritanniens auch in unsere Gemeinde soziale Not, als die Textilunternehmer eine Fabrik nach der anderen schlossen. Jetzt beginnt es wieder damit

Unter zehn Leuten ist im Tal einer ohne Beschäftigung. Die Zahl der Empfänger von Arbeitslosenunterstützung hat sich in zwei Jahren verdoppelt. Wenn es nach dem Management von Plessey geht, werden über 15 Prozent der männlichen Arbeiter ohne Arbeit sein. In der Vergangenheit liefen wir wie Hunde herum, um Arbeit zu finden. Wir werden das nicht mehr tun!

... Nun muß die Offensive beginnen, bevor wieder der Schatten der dreißiger Jahre über jede Arbeiterfamilie dieses Landes fällt. Arbeiter der Plessey-Fabrik in Ilford haben bereits Maschinen boykottiert, die das Management in Alexandria dorthin bringen wollte. Jetzt fordern wir euch auf, an unserem Kampf teilzunehmen. Heute geht es um Plessey in Alexandria. Morgen um eure eigene Fabrik.

Wir bitten euch, den Gewerkschaftsbund T.U.C. aufzufordern, die Arbeitslosen sofort zu organisieren, indem ihnen volle Gewerkschaftsrechte gewährt werden.

Wir bitten die Labour Party, die Herausforderung der Tories jetzt anzunehmen. Sie soll ein sozialistisches Programm proklamieren, das Eigentum von denjenigen, die über es verfügen, ohne Kompensationen zu vergesellschaften."

Der Aufruf macht deutlich, daß sich die Arbeiter trotz des relativen Wohlstands in den 50er und 60er Jahren noch an die Massenarbeitslosigkeit nach der Weltwirtschaftskrise erinnern und daß sie nicht mehr bereit sind, soziales Elend in diesem Ausmaß hinzunehmen. Das kann freilich im ganzen Lande nur Erfolg haben, wenn die Arbeiterklasse insgesamt zur Unterstützung bereit ist, wenn die Gewerkschaften industrielle Massenaktionen für das Recht auf Arbeit organisieren, wenn die Arbeiterparteien wirkungsvoll ein Programm der sozialistischen Transformation vertreten. Für die Arbeiter der Plessey-Fabrik in Alexandria reichte bereits die Unterstützung der örtlichen Gewerkschaftsmitglieder aus, um nach einer fünfmonatigen Besetzung die Garantie für die Arbeitsplätze in den beiden kommenden Jahren zu erlangen.

Fisher-Bendix, Kirkby

Einen ähnlichen Erfolg wie die Plessey-Arbeiter konnten die Arbeiter von Fisher-Bendix in Kirkby mit ihrem demonstrativen Besetzungstreik erringen. Als das Management die Schließung der Fabrik nicht rückgängig machte, blieben ihm zehn Minuten Zeit zum Verlassen des Betriebes. Bereits Anfang des Jahres waren in dem von Thorne Electric erworbenen Unternehmen 175 Arbeiter entlassen worden. Nachdem ein Lizenzvertrag mit einer spanischen Firma über die Herstellung von 200 000 Trockenschleudern abgeschlossen war, sollten im Juni weitere 500 Arbeiter

freigesetzt werden. Die niedrigen Löhne in Francos Polizeistaat versprachen wesentlich höhere Profite. Bei der hohen Arbeitslosenrate in Kirkby und der Merseyside-Region nahmen die Arbeiter die angekündigten Entlassungen nicht mehr hin, zumal weitere Freisetzungen bei anderen Unternehmen anstanden - z.B. bei Joseph Lucas 900 Arbeiter, Silcock und Lever 450, Cadbury Schweppes 1 200, Electric Hydraulics 400 usw. Angesichts der sich verschlechternden sozialen Gesamtsituation rief der örtliche Gewerkschaftsrat die Gewerkschaften an der Merseyside zu solidarischen Hilfsaktionen auf und plante Massenstreikposten, um die Polizei von den Werkstoren fernzuhalten. Hinter den Werksmauern bildeten die Arbeiter besondere Ausschüsse für Presse, Sicherheit, Hygiene usw., diskutierten über die notwendigen Kampfmaßnahmen und bereiteten ein vereinigtcs Vertrauensleutekomitee in dem Gesamtkonzern vor. Bei diesem Widerstand annullierte das Management nach einer Serie von Gesprächen unter dem Vorsitz des örtlichen Parlamentsmitgliedes Harold Wilson die Entlassungen und garantierte bis Ende 1973 ein ungekürztes Produktionsprogramm.

Mit jeder erfolgreichen Besetzung wuchs die Kampfkraft der unmittelbar betroffenen Arbeiter ebenso wie die Popularität dieser neuen Kampfform bei anderen Arbeitergruppen. Aus anfänglichen Fehlern und taktischen Fehleinschätzungen wie bei der gescheiterten B.S.A.-Besetzung konnte gelernt werden. So mußten die 900 entlassenen Arbeiter des Autokonzerns British Leyland in Birmingham den illusionären Plan, ihre Fabrik zum Preis von 10 Millionen Pfund mit Hilfe der Gewerkschaften zu kaufen, bald fallen lassen. Doch veranlaßte bereits eine zweitägige Besetzung das Management, die Kündigungen zurückzu-

nehmen und in Verhandlungen mit den Gewerkschaften einzutreten. Auch bei Allis Chalmers in Mold mußte das Management nach einer zweiwöchigen Besetzung der 100 Beschäftigten seine Stilllegungspläne revidieren, um nur einige Beispiele der von nun an vielfach verwendeten Aktionsform der Betriebsbesetzung gegen Massenentlassungen zu nennen. Zeichen wachsender Militanz zahlreicher Arbeitergruppen auf betrieblicher Ebene, zeigen die isolierten Betriebsbesetzungen auch eine Schwäche konzertierter Aktionen auf nationaler Ebene - ein Tatbestand, der für die gegen Aussperrungen gerichteten Betriebsbesetzungen in Manchester charakteristisch war.

Der Lohnkonflikt im Maschinenbau, Manchester

Der Welle von Betriebsbesetzungen in Manchester waren langwierige Lohnverhandlungen vorausgegangen, in denen die Konföderation der Schiffsbau- und Maschinenbaugewerkschaften (C.S.E.U.) ein Paket von Forderungen präsentiert hatte: eine wöchentliche Lohnerhöhung von 2 Pfund, einen verbesserten Minimallohn für gelernte Arbeiter in der Höhe von 25 Pfund statt der bisherigen 19 Pfund, eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden, vier Wochen Urlaub, gleiche Bezahlung für Frauen, Erhöhung der Prämien für Überstunden und Schichtarbeit und keine Bindung an Produktivitätsabkommen. Die Unternehmer wiesen diese Forderungen faktisch zurück, indem sie einzig eine Erhöhung des Minimallohns um 1,50 Pfund anboten. Daraufhin brachen die Gewerkschaften die nationalen Verhandlungen ab und verfolgten ihre Forderungen auf lokaler Ebene weiter. Statt eine nationale Auseinandersetzung zu führen, statt Schwerpunkstreiks zu organisieren und die verschiedenen Aktionen zu koordinieren, wurde der Konflikt der isolierten betrieblichen Basis überlassen und da-

mit die eigene Kraft zersplittert. Als sich daraufhin die Maschinenbauer in Sheffield entschlossen, wenigstens auf Bezirksebene einen allgemeinen Streik auszurufen, wurde diese Konfrontation durch die Gewerkschaftszentrale verhindert. Das gelang in Manchester nicht, wo für etwa 200 000 Arbeiter ein Stopp von Überstunden und Akkordarbeit wie Arbeit nach Vorschrift vorbereitet wurde. Um den von den Unternehmern angedrohten Aussperrungen zuvorzukommen, beschlossen die Arbeiter in Massenversammlungen am 14. März direkte Aktionen.

Am 16. März besetzten etwa 1 000 Arbeiter die James-Mills-Stahlwerke bei Bredbury in Chechire. Dieser Entschlossenheit lagen jahrelange Enttäuschungen durch nieriige Löhne, miserable Arbeitsbedingungen und ein skrupelloses Management zugrunde, das die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 2 400 auf 1 500 in den beiden letzten Jahren verringert hatte. In den nächsten Tagen folgten weitere Besetzungen - bei Lawrence Scott, Davies und Metcalfe, E. Peart und Co., Mirrlees Blackstone, Sharston Engineering und Scott Electromotors. Die Besetzungen fanden vor allem um Stockport statt, wo der gewerkschaftliche Organisationsgrad, die Kampfkraft der Arbeiter und die Zahl kommunist. ischer Shop Stewards hoch waren. Anfang April hatten etwa 25 000 Arbeiter um 20 Fabriken besetzt, der Widerstandswille wuchs, die gewerkschaftliche Kommunikation auf lokaler Ebene und die Koordination im nationalen Rahmen fehlten aber. So kam es dazu, daß in einigen Betrieben nach Vorschrift und in anderen normal weitergearbeitet wurde. Gegenüber der vereinigten Front von Unternehmern und Regierung mußten die Aktionen zwangsläufig zusammenbrechen, da sie bei der fehlenden gewerkschaftlichen Strategie nicht verallgemeinert werden konnten. Das wurde besonders deut-

lich, als von der Gewerkschaftsführung die zentrale Forderung nach der 35-Stundenwoche fallengelassen wurde, die bei einer Million Arbeitslosen eine über Manchester hinausweisende Bedeutung hatte und der Angelpunkt überbetrieblicher Aktionen hätte werden können. So konnten nach monatelangen Auseinandersetzungen mit über 30 Betriebsbesetzungen im Durchschnitt nur Lohnerhöhungen um 10 % erkämpft werden. Dennoch eröffnete die neue Taktik massenhafter Betriebsbesetzungen im Verlaufe eines Lohnkonflikts wie schon die Betriebsbesetzungen gegen Massenentlassungen eine neue Phase sozialer Auseinandersetzungen in Großbritannien.

4.3.3.2. Der erste nationale Bergarbeiterstreik seit 1926 gegen die staatlichen Lohnleitlinien

Nach der erfolgreichen Besetzung von U.C.S. markierte der sechswöchige Bergarbeiterstreik von Januar/Februar 1972 einen neuen Höhepunkt in den Klassenauseinandersetzungen Großbritanniens. Der erste nationale Bergarbeiterstreik seit 1926 war von den einkommenspolitischen Maßnahmen der konservativen Regierung ausgelöst worden, die in dem öffentlichen Sektor eine Mindestgrenze von etwa 8 % für Lohnerhöhungen festgesetzt hatte. Über diese Lohnleitlinien gingen die Lohnforderungen der Bergarbeiter beträchtlich hinaus, deren Lebensbedingungen sich in der Nachkriegszeit rapide verschlechtert hatten. Da die sozialökonomischen Ursachen des Bergarbeiterstreiks und sein Verlauf die Entwicklung des britischen Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg und der Klassenkämpfe in verschärfte Form spiegeln, soll genauer auf den strukturellen Verfall des Bergbaus, die soziale Lage der Bergarbeiter und den Streikverlauf im besonderen eingegangen werden.

Der strukturelle Niedergang des Bergbaus

Die zunehmende Verschlechterung der sozialen Lage der Bergarbeiter ist wesentlich durch den strukturellen Niedergang des Kohlenbergbaus bedingt, der im 19. Jahrhundert die Grundlage der industriellen Produktion bildete. Auf die Kohle als zentralem Energieträger war die Eisen- und Stahlindustrie ebenso angewiesen, wie die Transportmittel Eisenbahn und Schifffahrt. Daher konnte die jährliche Kohlenförderung kontinuierlich steigen - von 10 Millionen Tonnen Anfang des Jahrhunderts auf 80 Millionen Tonnen 1860 und 287 Millionen Tonnen 1913. Im gleichen Zeitraum hatte sich die Zahl der Bergarbeiter auf 1,13 Millionen erhöht; das war ein Zehntel der männlichen Beschäftigten überhaupt. Diese Expansion wurde noch durch den Export beschleunigt, der am Vorabend des Ersten Weltkriegs ein Drittel der Kohlenförderung und 10 % der gesamten Exporte betrug¹¹⁹.

Trotz der nach der Jahrhundertwende noch wachsenden Nachfrage begann sich die Kohlenindustrie bereits ihrem Zenit zu nähern. Mit der Erschöpfung der Kohlenflöze erschwerten sich die Abbaubedingungen, der jährliche Produktionsausstoß pro Arbeiter sank. Die höheren Kosten und damit langfristig sinkenden Profitspannen förderten die Erschließung neuer profitabler Energiequellen wie Erdöl und Naturgas. Bald verdrängten die ölverbrauchenden Verbrennungsmotoren die auf Kohle angewiesenen Dampfmaschinen. Auch in den Stahl-, Elektrizitäts- und Gaswerken wurde die Kohle zunehmend durch Erdöl ersetzt. Der Rückgang in der Kohlenförderung konnte durch Schwankungen in der Nachfrage auf dem Weltmarkt und in der Binnenkonjunktur allenfalls verzögert werden. So führte der viermonatige Bergarbeiterstreik 1922 in

den USA und die Besetzung des Ruhrgebietes 1923 nochmals zu einem Aufschwung des britischen Kohlenexports, der sich in der Weltwirtschaftskrise ebenso wie die inländische Nachfrage wieder drastisch verringerte. Nach einer kurzen Phase der Stabilität in den 50er Jahren hat die Kohle mit der 1957 anhebenden Rezession ihre jahrhundertelange Rolle als entscheidender Energielieferant endgültig eingebüßt.

Entwicklung des Brennstoffverbrauchs seit
1957 (Millionen Tonnen Kohle äquivalent)

	1957	1966	1975(Schätzung)
Kohle	212,9	174,7	120
Erdöl	36,7	111,7	145
Atomenergie	1,7	10,2	35
Naturgas	-	1,1	50

Quelle: Ministry of Labour, Fuel Policy,
November 1967, s. 36, 49.

Der Anteil der Kohle an den Brennstoffen sank zwischen 1957 und 1971 von 85 % auf knapp 50 % und wird 1975 voraussichtlich nicht viel mehr als ein Drittel betragen. Diesen Stand hatte die rasch aufstrebende Ölindustrie bereits 1966 erreicht.

Der säkulare Verfall des Kohlenbergbaus war seit dem Ersten Weltkrieg von staatlichen Eingriffen begleitet, die über Produktions- und Preiskontrollen, Rationalisierungsbeihilfen und Kartellbildung schrittweise zur Verstaatlichung im Jahre 1947 führten. Das war zwar seit Jahrzehnten von den britischen Bergarbeitern gefordert worden, bedeutete zu diesem Zeitpunkt aber nichts anderes als die Sozialisierung einer vor dem Bankrott stehenden Industrie. Für die dringend erforderlichen Rationalisierungsinvestitionen und die Entschädigungen

an die ehemaligen Eigentümer mußten faktisch die Bergarbeiter aufkommen. Es wird von der Bergarbeitergewerkschaft (N.U.M.) geschätzt, daß seit der Verstaatlichung etwa 2 Milliarden Pfund aus der Kohlenindustrie gezogen wurden - einmal in der Form von Zinsen für die von den Großbanken finanzierten Neuanlagen, zum anderen von der Regierung, um die Schuldenlast bei den alten Kohlenbaronen zu tilgen. Auf diese Weise wurde der verstaatlichte Kohlenbergbau noch im Zeitraum 1966-70 um 164 Millionen Pfund erleichtert. Der aus den Bergarbeitern herausgepreßte Profit konnte wiederum in prosperierenden Industriezweigen angelegt werden, die zudem wesentlich billiger als die privaten Haushalte mit Energie versorgt wurden. Außerdem lag der Preis für eine Tonne britischer Kohle in den ersten 11 Jahren nach der Verstaatlichung 1,50 - 2 Pfund unter den westeuropäischen Sätzen. Bei Engpässen mußte die nationale Kohlenbehörde (N.C.B.) die von der britischen Industrie benötigte Kohle zu den höheren Weltmarktpreisen - etwa für eine Milliarde Pfund - importieren, die allerdings nur zu dem inländischen Preis verschleudert werden durfte¹²⁰. Davon profitierten die ebenfalls verstaatlichte Elektrizitäts- und Stahlindustrie, die diesen Preisvorteil an die verarbeitende Industrie, insbesondere den exportintensiven Maschinenbau weitergeben konnten.

An dem britischen Bergbau wird beispielhaft das Dilemma verstaatlichter Industrien innerhalb der Grenzen kapitalistischer Produktionsweisen offenbar. Die Nationalisierung des britischen Kohlenbergbaus stellte keinen ersten Schritt auf dem Wege zum Sozialismus dar, da die britischen Regierungen, vor allem aber die Labour-Kabinette unter der Parole einer Rationalisierung der britischen Wirtschaft, nur die sinkenden Profite des

Monopolkapitals durch billige Energiezufuhr erhöhten. Diese Hilfsfunktion des Kohlenbergbaus mußte freilich in dem Maße entbehrlich werden, wie die alten Eigentümer entschädigt und neue Energiequellen verstärkt konkurrenzfähig wurden. In der Konkurrenz zwischen einer Monopolprofite erzielenden Ölindustrie und dem verstaatlichten Bergbau wurde eine umfassende Energiepolitik verhindert; die Ansätze für eine Planung der Kohlenproduktion scheiterten.

Im Jahre 1950 hatte die Kohlenbehörde die Nachfrage nach Kohle für die Mitte der 60er Jahre auf 230 - 250 Millionen Tonnen und die Zahl der Bergleute auf 618 100 geschätzt. Sechs Jahre später wurde dieses Ziel jedoch auf 1970 verschoben und die Zahl der Bergleute auf 672 400 kalkuliert. 1959 wurde dagegen das Volumen für 1965 nur noch auf 200 - 215 Millionen veranschlagt, die Zahl der Bergleute auf etwa 600 000. Die tatsächliche Entwicklung ging allerdings mit 188 300 Millionen Tonnen und 446 800 Beschäftigten noch schneller bergab. Dieser chaotische Zustand änderte sich auch nicht mit dem Antritt der Labour-Regierung, die 1965 den Markt für Kohle im Jahre 1970 auf 170 - 180 Millionen Tonnen plante - eine Marktverengung, die schon 1967 eintrat¹²¹. Trotz aller zuvor gegebenen Versprechungen versteiften sich die verantwortlichen Labour-Minister nun auf den Grundsatz des freien Wettbewerbs zwischen der von den Großbanken, den alten Eigentümern und dem privaten Zwischenhandel ausgezehrten Kohlenindustrie und den mächtigen multinationalen Ölkonzernen, die trotz einer in den letzten Jahren angestiegenen Ölsteuer im Vorteil waren. Dabei darf nicht vergessen werden, daß dem verstaatlichten Bergbau 1967-70 nur 57 Millionen Pfund an laufenden Zuschüssen gewährt

wurde, dem privaten Kapital in der verarbeitenden Industrie dagegen Beschäftigungsprämien in der Höhe von 635 Millionen Pfund und 1,7 Milliarden Pfund an Investitionsbeihilfen¹²².

Die soziale Lage der Bergarbeiter

Unter den hier skizzierten staatsmonopolitischen Konkurrenzbedingungen mußte die Bergarbeitergewerkschaft mit der Kohlenbehörde bei der Stilllegung zahlreicher Gruben zusammenarbeiten, um die Kohle mit Erdöl und Naturgas konkurrenzfähig zu halten. Die Kohlenförderung wurde in wenigen Gruben konzentriert, in denen eine beschleunigte Mechanisierung stattfand - von 2,4 % im Jahre 1948 auf 92,2 % im Jahre 1971. Dadurch konnte sich die Produktivität pro Schicht im Zeitraum 1957-71 um 77,5 % erhöhen. Der Produktivitätszuwachs von mehr als 5 % jährlich war ohne Beispiel in der britischen Industrie, 1967-68 und 1968-69 lag er sogar bei 6,7 % und 9 %. Diese Rationalisierungswelle führte zu einer massiven Freisetzung von Bergarbeitern. Von 1941-58 schwankte ihre Zahl noch um 700 000, danach fiel sie aber mit der Schließung von etwa 500 Gruben kontinuierlich auf 287 000 im Jahre 1971.

Förderung, Beschäftigung und Produktivität
im Kohlenbergbau von 1958 - 1968

Jahr	Förderung (in Mill. Tonnen)	Beschäftigung (in Tausend)	Produktivität (Ausstoß pro Schicht in Zentnern)
1958	202	693	25,6
1959	195	658	26,9
1960	186	602	28,0
1961	182	571	28,9
1962	189	551	31,2
1963	190	524	32,9
1964	187	498	34,4
1965	180	466	35,9
1966	168	427	36,4
1967	165	401	38,2
1968	157	350	41,7

Quelle: G.C. Allen: British industries and their organization, London 1970, s.72-74.

Mit der Stilllegung zahlreicher Zechen begannen ganze Bergarbeiterdörfer zu verwaisen, deren männliche Einwohner nun für lange Zeit keine Arbeit mehr fanden, ganz zu schweigen von den kranken und alten Bergarbeitern. Die Bergarbeitertäler von Wales und Schottland wurden wie schon in den 30er Jahren zu Notstandsgebieten¹²³. Von dieser Verarmung sind aber seit 1966 auch prosperierende Bergbauregionen wie z.B. in Yorkshire betroffen worden. In Orten wie Hemsworth, South Elmsall, South Kirkby, Great Houghton hatte im Oktober 1970 jeder achte Mann keine Arbeit. Vor allem die älteren Bergarbeiterfamilien müssen oft in schlechte, verfallende Häuser ziehen, um wenigstens die Miete zahlen zu können. Dabei verschlechtert sich in der Regel der Gesundheitszustand der häufig invaliden und lungenkranken Bergleute¹²⁴, die zu einem großen Teil über Tage beschäftigt werden. In Derbyshire hat man festgestellt

daß ein Drittel der Übertagearbeiter eine Verletzung oder Krankheit erlitten hat, die einen Anspruch auf öffentliche Entschädigung oder eine besondere Beihilfe des Managements rechtfertigt.

Die hohe Krankheitsquote unter den Bergarbeitern verweist darauf, daß sie nach wie vor unter harten Arbeitsbedingungen arbeiten müssen: Untertage an den Flözen zum Teil auf den Knien sitzend oder auf dem Bauch liegend, von Wasserlachen umgeben und bei großer Hitze¹²⁵. Häufig müssen sie Staubmasken benutzen und starken Lärm ertragen. Zudem sind sie ständig Gefahren ausgesetzt wie Schlagwetter, Wassereinbrüchen und Stolleneinstürzen. Angesichts der schweren Arbeit untertage kam die von der Regierung eingesetzte Schlichtungskommision zu dem Ergebnis, daß es bei keiner anderen Tätigkeit eine derartige Kombination von Gefahren, Gesundheitsrisiken und unbequemen Arbeitsbedingungen gebe¹²⁶. Dem entspricht die hohe Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten wie Nystagmus (Augenzittern) und Pneumoconiosis (Staublunge). Seit 1947 starben 6 494 Bergarbeiter an Arbeitsunfällen, 1970 waren es noch immer 92. Die um 12 % höhere Todesrate im Vergleich zur gesamten Industriearbeiterschaft rechtfertigt auch heute noch das geflügelte Wort von "blood on the coal". Im Jahre 1971 erlagen 595 Bergleute Lungenkrankheiten, von denen etwa jeder zehnte Bergarbeiter betroffen ist¹²⁷.

Den schweren Arbeitsbedingungen entspricht aber keinesfalls Urlaub, Arbeitszeit und Verdienst. Während sich die manuellen Arbeiter in weniger gefährlichen Industrien zum Teil über drei Wochen bezahlten Urlaub erkämpft haben, wird den Bergarbeitern von der nationalen Kohlenbehörde erst seit einiger Zeit ein zweiwöchiger Urlaub gewährt, vorher war es

nur eine Woche. Das gleiche Mißverhältnis trifft auf die Arbeitszeit zu, die im Oktober 1970 bei den männlich Beschäftigten der verarbeitenden Industrie 44,9 Stunden, im Bergbau aber 51,8 Stunden in der Woche betrug. Dadurch konnten die Bergarbeiter zwar ihre Effektivverdienste etwas verbessern, der Stundenlohn lag im Oktober 1970 jedoch mit 0,56 Pfund beträchtlich unter dem der Arbeiter im Maschinenbau mit 0,64 Pfund, der Chemie mit 0,65 Pfund oder dem Fahrzeugbau mit 0,77 Pfund¹²⁸. Selbst mit Überstunden verdienten die schlechter entlohnnten Übertagearbeiter im April 1969 etwa 7 Pfund in der Woche weniger als der Industriearbeiter im Durchschnitt. Im September 1968 hatten 29 % der Übertagearbeiter nach einer Übersicht des Arbeitsministeriums weniger als 15 Pfund Wochenlohn, etwa 23 000 weniger als 14 Pfund. Heute lebt ein knappes Drittel der Bergarbeiter - in Zahlen 88 000 - am Rande des staatlich anerkannten Existenzminimums¹²⁹.

Bis 1965 standen die Bergarbeiter noch an der Spitze der Lohnskala; 1957 lagen ihre Verdienste sogar 25 % über den Löhnen in der verarbeitenden Industrie; heute bereits erheblich darunter.

Durchschnittliche Wochenverdienste in der verarbeitenden Industrie und im Kohlenbergbau
(in Pfund)

Industrie	Okt. 1960	Okt. 1965	Okt. 1970
Verarbeitende Industrie	15,11	20,16	28,91
Kohlenbergbau	16,28	21,21	28,01
Kohlenbergbau in % der verarbeitenden Industrie	107,4	105,2	96,6

Quelle: The Wilberforce Report of Miners' Pay, in: Financial Times, 19. Febr. 1972.

Der Verfall der Bergarbeiterlöhne seit 1966 wurde wesentlich durch die nationale Vereinbarung über die mechanisierte Kohlenförderung (National Power Loading Agreement) eingeleitet, von der 1966-67 über 50 % der Bergarbeiter, im Frühjahr 1968 etwa 80 % und mit der mittlerweile fast abgeschlossenen Mechanisierung nahezu alle Arbeiter erfaßt worden sind. In diesem Abkommen zwischen Kohlenbehörde und Bergarbeitergewerkschaft wurden die lokal ausgehandelten Stücklöhne durch nationale Tagelöhne ersetzt. Die Gewerkschaft hatte für das neue Zeitlohnsystem plädiert, um langfristig eine größere Lohnsicherheit zu erlangen, um geologisch bedingte unterschiedliche Förderleistungen auszugleichen, die einzelne Arbeitergruppen stark benachteiligten, um die natürlichen Vorteile der jungen und gesunden Arbeiter untertage gegenüber den älteren und oft verletzten Arbeitern übertage abzubauen und die Zahl der Arbeitsunfälle zu vermindern. Dagegen wollte die Kohlenbehörde die Lohnkosten senken, indem einmal die Arbeitsleistung intensiviert, zum anderen die Lohndrift beseitigt wurde.

Militante Arbeitergruppen wie die von Doncaster konnten sich in den lokalen Verhandlungen zwischen Grubenmanagement und gewerkschaftlicher Betriebsgruppe bestimmte Kontrollrechte über die unmittelbaren Arbeitsbedingungen und hohe Stücklohnraten erkämpfen. Das war das Signal für andere Bergarbeitergruppen, ausgleichende Lohnforderungen zu stellen. In dieser Lohnbewegung erweiterte sich die Kluft zwischen Tariflöhnen und Effektivverdiensten - eine Lohndrift, die vor allem im Maschinenbau und der Autoindustrie nachgewiesen worden ist. Deshalb versucht das Management, von den auf Gegenseitigkeit (mutuality) beruhenden Lohnverhandlungen über lokal unterschiedliche Leistungsfaktoren

herunterzukommen, indem die Akkordlohnsysteme in Zeitlöhne mit vom Management eingerichteten Produktionsnormen wie "Measured Day Work" überführt werden. Damit soll den gewerkschaftlichen Betriebsgruppen die Mitbestimmung bzw. Kontrolle über Maschinenbesetzung, Arbeitsbelastung und Arbeitstempo wieder entrissen werden, was in der nationalen Vereinbarung über die Kohlenförderung deutlich ausgesprochen wird: "Die Kohlenbehörde und die Gewerkschaft halten einen Tageslohn für angemessen, da sich die Techniken des Kohlenabbaus so weit entwickelt haben. Die Voraussetzung hierfür ist aber, daß Arbeitsplatzstudien eingeführt werden, um die optimale Maschinenauslastung und die Zahl der Arbeiter an jeder Anlage pro Schicht zu bestimmen". Überwachung der Arbeiter und Regulierung des Produktionsprozesses bedingten mehr Aufsichtspersonal, das im Verhältnis zu den Arbeitern von 1 : 12 im Juni 1967 auf 1 : 9,5 im Juli 1968 gestiegen ist¹³⁰.

Mit der Einführung eines nationalen Tageslohnes wurden die lokalen und regionalen gewerkschaftlichen Verhandlungsträger geschwächt, die Konfliktursachen weitgehend reduziert und schließlich mit der Lohndrift zugleich die Verdienste gemindert. Während die Grundlöhne der Bergarbeiter untertage im April 1970 bereits mehr als vier Fünftel der gesamten Verdienste ausmachten, bestand in den Produktionsgüterindustrien ein Drittel der Effektivverdienste aus lokal ausgehandelten Leistungsfaktoren. Da diese Differenz nicht durch entsprechend höhere Grundlöhne ausgeglichen wurde, fielen die Bergarbeiter in der Lohnskala der Industriearbeiter von der Spitze auf den 16. Platz zurück. Das hing zum Teil mit dem gewerkschaftlichen Ziel zusammen, die regional unterschiedlichen Lohnraten anzupassen. Dabei wurden die höheren kaum verbessert und der Anstieg der niedrigen Lohnraten in

Schottland, Durham und Süd-Wales fing nicht einmal den ständigen Kaufkraftverlust auf, so daß die Reallöhne aller Bergarbeitergruppen sanken. Ein Teil der Bergarbeiter mußte bei dieser Anpassung sogar eine Senkung des Nominallohnes hinnehmen, was die Gewerkschaft der Schlichtungskommission durch mehrere Zeugen bewies¹³¹:

Jack Collins - ein 42jähriger Hauer aus Kent, verheiratet und zwei Kinder - arbeitet seit 27 Jahren im Bergbau. Er sagt, daß fast alle Arbeiter in der Snowden-Zeche wegen der großen Hitze nackt arbeiten müssen. Die Kohlenbehörde versuchte mit der Ausgabe von Salztabletten "die Männer eher zu ermutigen unter heißen Bedingungen zu arbeiten, als diese zu verbessern". Seit der Mechanisierung mußten die meisten Kollegen wegen der Staubentwicklung Atemfilter tragen. Da ein Kind noch zur Schule geht, habe er sich vier Jahre lang keinen Urlaub leisten können, was aber typisch für diese Industrie sei. Heute verdiente er nur 5 Pfund pro Schicht, 1963 dagegen 5,50 Pfund.

Peter Lippiat erhielt 1967 für seine Arbeit an einem mechanisierten Flöz 4,34 Pfund pro Schicht, 1968 waren es an einem anderen Arbeitsplatz zwischen 5,50 - 6 Pfund, 1969 waren es 4,60 Pfund, heute sind es für fünf Schichten 30 Pfund.

Gerald Thorne - ein niedrig bezahlter Untertagearbeiter mit fünf Kindern - sagte, daß er in der Woche nur 17 Pfund verdiene. Er erhalte alle "möglichen Beihilfen": freie Schulmilch, Schulmahlzeiten, Rezepte usw. In der Woche bezahlt er 3,70 Pfund Miete.

Zugleich lasteten auf ihnen die steigenden Lebenshaltungskosten und die unter Labour erhöhte Einkommenssteuer, die sich bei kinderreichen Familien verheerend auswirkte¹³². Für die seit 1957 außerordentliche Produktivitätssteigerung wurden die Bergarbeiter und ihre Familien mit einer höheren Arbeitsleistung, sinkendem Lebensstandard, Arbeitslosigkeit und Verarmung belohnt. Die Demoralisierung der Bergarbeiter schlug sich in einer stetig abnehmenden Zahl der Streiks nieder, die in der übrigen Industrie zunahmen (vgl. Tabelle 4.1).

Daß die Bergarbeiter nach diesem Rückgang in ihrer Streikaktivität überhaupt eine neue Militanz entwickeln konnten, die sie schließlich an die Spitze des Kampfes der britischen Arbeiterklasse gegen die konservative Regierung brachte, hängt wesentlich mit den sich insgesamt verschärfenden Klassenausinandersetzungen zusammen. Der konzertierte Angriff auf die betrieblichen Arbeitsbedingungen, die soziale Lage und politische Stellung der britischen Arbeiter hatte zu einer massiven Lohnbewegung und politischen Massenstreiks geführt, die auf die ehemals kampfstarken Bergarbeiter zurückgewirkt haben.

Streikverlauf

In der Situation allgemein verschärfter Klassenausinandersetzungen verstärkte sich die Kampfbereitschaft der Bergarbeiter in dem Maße, wie die arbeiterfeindliche Politik der herrschenden Klasse ihre soziale Lage noch mehr verschlechterte. So hat die Steigerung der Freisetzungsrates durch rigorose Rationalisierungsmaßnahmen des Monopolkapitals gerade die traditionellen Bergbauregionen am schwersten getroffen - im Oktober 1971 verzeichnete Schottland

bei den männlich Beschäftigten eine Arbeitslosenrate von 8,3 %, Nordengland von 8,0 %, der westliche Teil der Midlands von 7,4 %, Wales 6,1 % usw. Zur steigenden Arbeitslosigkeit kam die nach der Niederlage der Postarbeiter forcierte Politik der Lohnbeschränkungen im öffentlichen Sektor hinzu, die bei den auf 10 % ansteigenden Lebenshaltungskosten auf eine Senkung der Real-löhne abstellte. Dadurch wurden aber die gewerkschaftlich wiedererstarkten Bergarbeiter einschließlich ihres rechten Flügels von der Regierung herausgefordert, der sie mit einer offenen Kampfansage begegneten. Schon in den beiden Jahren zuvor war es zu massiven Streikaktionen der gewerkschaftlichen Basis gekommen, an der sich jeweils 120 000 Arbeiter beteiligten (vgl. vor allem Exkurs C). Dabei war die Politisierung des noch kampfunwilligen Apparates so weit vorangeschritten, daß die streikfeindliche Zweidrittelmehrheit bei Urabstimmungen über einen nationalen Streik auf 55 % heruntergesetzt wurde. Angesichts der 1971 allein um 9,4 % steigenden Lebenshaltungskosten war die Konfrontation mit der Regierung unvermeidlich geworden, deren Lohnleitlinien sich die Kohlenbehörde unterworfen hatte.

Am 20. Juli 1971 veröffentlichte die N.U.M. ihre Forderungen nach einem wöchentlichen Minimallohn von 26 Pfund für die 85 000 Übertagearbeiter, von 28 Pfund für 125 000 Untertagearbeiter und von 35 Pfund für die schwere Arbeit beim Abbau. Das entsprach Lohnerhöhungen von 8,9 und 5 Pfund, die den relativen Verfall der Bergarbeiterlöhne seit 1966 ausgleichen sollten. Die Kohlenbehörde bot dagegen nur 1,80 Pfund für Übertagearbeiter und 1,75 für die anderen Lohnstufen, insgesamt also eine Lohnerhöhung von 7,7 % an. Daraufhin stimmten 59 % der

Bergarbeiter für Streikaktionen, die von der Exekutive der N.U.M. einmütig für den 9. Januar 1972 angesetzt wurden¹³³. Ein nur geringfügig verbessertes Angebot der Kohlenbehörde konnte den ersten nationalen Bergarbeiterstreik nach dem 1926 verlorenen Generalstreik nicht mehr verhindern.

Die Bergarbeiter waren sich ebenso wie große Teile der britischen Gewerkschaftsbewegung bewußt, daß die strategischen Fehler des Postarbeiterstreiks nicht wiederholt werden durften. Als die Postarbeiter nach ihrer Niederlage ein gemeinsames Vorgehen aller Gewerkschaften im öffentlichen Sektor anregten, hatte die N.U.M. sich noch auf ihre eigene Kraft verlassen. In der gegenwärtigen Phase war aber die offiziell ausgesprochene Unterstützung der Transportarbeitergewerkschaft und der Eisenbahnergewerkschaft dringend erforderlich, um den Transport von Kohlevorräten zu verhindern. Diese waren zwar durch einen allgemeinen Stopp von Überstunden bereits vor dem Streik um etwa 500 000 Tonnen pro Woche reduziert worden, reichten aber nach Meinung der Regierung aus, die ohne Streikgelder in den Ausstand tretenden Bergarbeiter finanziell auszutrocknen und mit dem von der Regierung mobilisierten Druck der öffentlichen Meinung, d.h. der Fleet-Street-Presse, zum Rückzug zu zwingen. Dabei hatte die Regierung offensichtlich zwei entscheidende Faktoren außer acht gelassen, die allerdings für die Klassenaktivität der Bergarbeiter entscheidend waren: die eigene Kampfbereitschaft und die Solidarität anderer Arbeitergruppen wie der britischen Arbeiterklasse überhaupt.

Die Bergarbeiter hatten in den Kämpfen der beiden letzten Jahre eine innere Geschlossenheit entwickelt, die bei der ständigen Demoralisierung durch Zechen-

stillegungen und Entlassungen nicht mehr erwartet worden war. Unter dem Einfluß der sich politisierenden Streikbewegung 1968-71 hatte sich die Verbitterung über die verschlechterte soziale Lage in einen um so stärkeren Widerstand verwandelt. Statt isoliert, getrennt und dann geschlagen zu werden, entwickelte die gewerkschaftliche Basis während des Streiks eine beispiellose Initiative, die in ständigen Diskussionen, auf Gruben- und Massenversammlungen zu einer raschen Solidarisierung auch der Bergleute führte, die zunächst nicht für den Streik gestimmt hatten. Streikkomitees und Verbindungskomitees entstanden, von denen Streikpostenketten organisiert wurden. Auf Hunderten von Versammlungen und Konferenzen erläuterten die Bergarbeiter ihre Forderungen anderen Arbeitergruppen in den Betrieben, auf Bauplätzen und in den Häfen, in Gewerkschaftshäusern und Fachhochschulen. Die spontane Solidarisierung an der gewerkschaftlichen Basis war in der bisherigen Streikbewegung einzigartig, in der z.B. die Dockarbeiter, die Elektrizitäts- und Postarbeiter allein kämpften und gegen die jeweils kompromißlose Regierung verloren. Mit den politischen Massenstreiks gegen die Gewerkschaftsgesetze und der Besetzung von Upper Clyde Shipbuilders durch die schottischen Werftarbeiter war den britischen Arbeitern bei steigender Arbeitslosigkeit und sinkenden Reallöhnen bewußt geworden, daß der Kampf der Bergarbeiter ihr eigener war. LKW-Fahrer weigerten sich, die Streikpostenketten zu durchbrechen, die Lokomotivführer Brennstoffe in die Stahl- und Elektrizitätswerke zu transportieren, die Dockarbeiter Kohlenschiffe zu entladen, die Seeleute Kohle aus Rotterdam und Antwerpen zu importieren. Geldspenden flossen aus allen Teilen des Landes reichlich und die Solidaritätsstreiks auf lokaler und regionaler Ebene häuften sich.

Immer häufiger schlossen sich Arbeiter den Streikpostenketten an, die von mehr als 60 000 Bergarbeitern überall in Großbritannien organisiert wurden.

Völlig überraschend für die Regierung tauchten Streikposten vor Öltraffinerien, Elektrizitäts- und Gaswerken auf, um im Interesse der britischen Bevölkerung ein rasches Streikende herbeizuführen. Mit der Schließung zahlreicher Elektrizitäts- und Stahlwerke nahmen die Provokationen der Polizei zu, die Streikpostenketten auflöste und Widerstand leistende Bergleute verhaftete. Diese Vorfälle verstärkten aber nur die Kampfbereitschaft der Bergleute, die sich nach drei Streikwochen bereits verhärtet hatte, als ein Streikposten von einem LKW getötet wurde, dessen Fahrer die Streikpostenkette durchbrochen hatte. In dieser Situation gewannen die Auseinandersetzungen um das Koks-Depot bei Saltley eine für den weiteren Streikverlauf nicht unerhebliche Bedeutung, als etwa 700 Polizisten einer geringeren Zahl von Wales und Schottland herübergekommenen Bergleuten gegenüberstanden. Nach heftigen Zusammenstößen zwischen Polizisten und Streikposten regte das Distriktskomitee der A.U.E.W. von Ost-Birmingham konkrete Hilfsmaßnahmen an, denen auf einer Versammlung 200 Shop Stewards aus Birminghams Betrieben folgten und einstimmig einen Solidaritätsstreik von 40 000 Metallarbeitern ausriefen. Als am nächsten Tag etwa 5 000 Autoarbeiter sich den Streikposten anschlossen, wich die Polizei zurück und schloß das Koks-Depot. Das lag nicht nur an der augenblicklichen Übermacht der Arbeiter, sondern auch daran, daß die Shop Stewards bei Übergriffen der Polizei etwa eine Million Metallarbeiter auf die Straße rufen konnten.

Als der Widerstand der Bergarbeiter nicht erlahmte, militante Arbeitergruppen sich mehr und mehr solidarisierten und große Teile der Öffentlichkeit trotz des publizistischen Trommelfeuers der bürgerlichen Presse mit den Bergarbeitern sympathisierten, schaltete sich der Arbeitsminister ein und verdoppelte fast das Angebot der Kohlenbehörde, die zum Sprachrohr der Regierung geworden war. Das Exekutivkomitee der N.U.M. lehnte das noch immer zu geringe Angebot ab, verringerte seine Forderung aber auf 6,7 und 4 Pfund für die einzelnen Arbeitergruppen. Durch den massenhaften Einsatz von Streikposten vor Elektrizitätswerken und Öltraffinerien schmolzen die Energievorräte rapide dahin, so daß die konservative Regierung um Notstandsvollmachten ersuchen mußte, denen die Labour-Opposition aber nicht zustimmte, was sie beim nationalen Dockarbeiterstreik im Sommer 1970 noch getan hatte. Als die Produktion in vielen Sektoren bis zu 50 % gedrosselt werden mußte, über 2 Millionen Arbeiter in den Produktionsgüterindustrien zu Hause bleiben mußten, kurz: das wirtschaftliche Chaos drohte, lenkte die Regierung ein. Um ihr Gesicht zu wahren, wurde eine neutrale Schlichtungskommission eingesetzt, die den Forderungen der Bergarbeiter weitgehend entgegenkam. Dabei wurde eine Lohnerhöhung von 20 % für 16 Monate, zurückdatiert auf den 1. November 1971, zu gestanden, im einzelnen 5,6 und 4,50 Pfund für die verschiedenen Arbeitergruppen.

Dieses Nachgeben vor dem Druck der Bergarbeiter war bereits publizistisch vorbereitet worden, indem man die Bergarbeiter zu einem "besonderen Fall" stempelte. Das mußte dann die Wilberforce-Kommission nur noch wissenschaftlich untermauern. Sie entdeckte zwei verschiedene Elemente bei Lohnerhöhungen: den periodischen Ausgleich der steigenden Lebenshaltungskosten und einen "Anpassungsfaktor", der strukturelle Veränderungen miteinbezieht,

wie sie für die Bergarbeiter seit 1966 zutrafen. Aus diesen beiden Elementen konnte dann auch die Differenz zwischen dem Angebot der Kohlenbehörde und den Forderungen der Bergarbeiter erklärt werden. Verschwiegen wurde verständlicherweise, daß hier mit den strukturellen Veränderungen nichts anderes als die jeweilige gewerkschaftliche Verhandlungsstärke gemeint war, die freilich im Bergbau von den besonderen staatsmonopolistischen Konkurrenzbedingungen mitbestimmt worden war. Angesichts dieses Erfolgs sahen die militanten Mitglieder der Exekutive eine Chance, auch noch die restliche Forderung von 1 Pfund Lohnerhöhung zu erkämpfen. Als die Empfehlungen der Schlichtungskommission mit 13 : 12 Stimmen abgelehnt wurden, berief der Premierminister die Streikführer in seinen Amtssitz, um den fortschwelenden Konflikt beizulegen. Das gelang mit einer weiteren Konzession, in der grundsätzlich der Forderung nachgegeben wurde, die Erwachsenenrate für Jugendliche ab 18 Jahren zu zahlen. Daraufhin empfahl die Exekutive den Bergarbeitern, das Angebot der Regierung anzunehmen, dem 96 % der Bergarbeiter zustimmten. Damit beendeten die Bergarbeiter nach 48 Tagen diesen Streik mit einem nahezu vollständigen Sieg über die Regierung - ein Erfolg, den die britische Arbeiterklasse seit Jahrzehnten nicht verzeichnen konnte.

Mit dem Sieg der Bergarbeiter ist die Lohnpolitik der konservativen Regierung infrage gestellt worden. Statt der anvisierten 7 -8 % jährlicher Lohnerhöhung mußte sie den Bergarbeitern das Doppelte zugestehen. Dieses Beispiel wird zum Signal anderer Arbeitergruppen im öffentlichen Sektor wie den schlecht bezahlten Krankenschwestern und Eisenbahnern, ihre Forderungen kompromißlos zu vertreten. Darüber hinaus fühlen sich die 800 000 Bauarbeiter und insbe-

sondere 2,5 Millionen Metallarbeiter in ihren Forderungen bestätigt. Die britische Arbeiterklasse ist aber nicht nur in den bevorstehenden Lohnauseinandersetzungen gestärkt worden, sondern auch in den anstehenden Konflikten bei der Anwendung des Gewerkschaftsgesetzes, das die Regierung beim Bergarbeiterstreik buchstäblich in der Schublade liegen lassen mußte, wenn es nicht hinfällig werden sollte.

4.3.3.3. Auseinandersetzungen um die Gewerkschaftsgesetze - der Dockarbeiterstreik

Vor der Kampfkraft der Bergarbeiter war die Regierung zurückgewichen. Bei dem Lohnkonflikt mit den Eisenbahnern versuchte sie die Gewerkschaftsgesetzgebung anzuwenden. Als die drei Eisenbahnergewerkschaften (N.U.R., A.S.L.E.F., T.S.S.A.) einen Bummelstreik durchführten, ordnete das Nationale Arbeitsgericht (N.I.R.C.) auf Antrag der Regierung eine Abkühlungsfrist von 14 Tagen an, die allerdings die Kampfbereitschaft der Eisenbahner nicht abschwächen konnte. Vielmehr zeigte die von der staatlichen Kommission für industrielle Beziehungen (C.I.R.) angeordnete Urabstimmung, daß die Streikbereitschaft mit 85 % der Stimmen für weitere Kampfmaßnahmen sogar noch angewachsen war. Daraufhin kapitulierte die konservative Regierung vor den Forderungen der Eisenbahner, indem sie durch die staatliche Eisenbahnbehörde eine Lohnerhöhung von 13,5 % gewährte.

Die Auseinandersetzungen im Eisenbahnwesen waren allerdings nur ein Vorspiel zum Dockarbeiterstreik, in dem zwei wesentliche Momente der Klassenausinandersetzungen in Großbritannien zusammenkamen: der Kampf der britischen Arbeiterklasse gegen die anhaltende Arbeitslosigkeit und die antigewerkschaft-

liche Gesetzgebung. Nach den Vorschlägen des Devlin-Reports war das System der Gelegenheitsarbeit zwar abgeschafft worden (vgl. Exkurs B), doch ist das Rahmengesetz für die Hafenarbeit schrittweise von den Unternehmern ausgehöhlt worden, indem sie mit der Einrichtung von Container-Depots die Anstellung von registrierten Dockarbeitern umgingen. Denn diese haben sich relativ hohe Löhne und Sicherheitsgarantien erkämpft, die den nicht registrierten Arbeitern in den neuen Container-Docks von den Unternehmern nicht zugestanden wurden. Die zentralen Forderungen der Dockarbeiter lauteten deshalb:

- keine Entlassungen;
- Ausdehnung des Rahmengesetzes für Dockarbeit auf alle Container-Häfen;
- Beendigung des fortbestehenden Systems zeitweiliger Nichtbeschäftigung;
- 30-Stundenwoche und verlängerter Urlaub;
- verbesserte Rentenbezüge¹³⁴.

Bei dem drohenden weiteren Verlust ihrer ohnehin schon in den letzten Jahren dezimierten Arbeitsplätze begannen die Dockarbeiter im Frühjahr 1972 zu handeln. Die ständig zunehmenden Container-Firmen sollten nach den Vorstellungen des Nationalen Shop-Stewards-Komitees durch Boykottmaßnahmen gezwungen werden, nur noch registrierte Docker anzustellen. Zunächst boykottierten Liverpools Dockarbeiter zwei Container-Firmen, vor deren Depots Streikposten die Verrichtung der Arbeit verhinderten. Im Juni 1972 waren bereits über 80 Container-Firmen vom Boykott der Dockarbeiter wenigstens teilweise lahmgelegt.

Als die beiden Container-Firmen Heatons und Bishops Wharf bei dem neuen Nationalen Arbeitsgerichtshof (N.I.R.C.) gegen die Boykottmaßnahmen klagten, wurde

die Transportarbeitergewerkschaft aufgefordert, den Boykott ihrer Mitglieder und Shop Stewards zu beenden. Da den Shop Stewards in Satzung und Handbuch (für die Shop Stewards) der T.G.W.U. gewerkschaftlicher Schutz zugesichert wird, sollte der Apparat zur Disziplinierung der eigenen militanten Basis angehalten werden. Die T.G.W.U. erschien jedoch gemäß den T.U.C.-Beschlüssen über die Nichtzusammenarbeit mit den durch das Gesetz geschaffenen Institutionen weder zur Gerichtsverhandlung, noch folgte sie der gerichtlichen Anordnung. Erst die Strafen von 5 000 und 50 000 Pfund Sterling und die Drohung einer Beschlagnahme des Vermögens schüchterten die T.G.W.U. ein, während die Dockarbeiter ihre Kampfmaßnahmen auf weitere Häfen wie London, Hull und Manchester ausdehnten.

Die Kampfkraft der Dockarbeiter wurde durch die Empfehlung des T.U.C.-Generalrates, die Strafe zu zahlen, vorübergehend geschwächt, da die innergewerkschaftliche Kritik an diesem Verstoß gegen die Beschlüsse des letzten Gewerkschaftskongresses zunahm - vor allem bei der Bergarbeitergewerkschaft (N.U.M.) und der Metallarbeitergewerkschaft (A.U.E.W.) und schließlich in der Transportarbeitergewerkschaft selbst, die nur mit einer Stimme Mehrheit in der Exekutive die Bezahlung der Strafe "unter starken Protest" billigte, den T.U.C. zur Rückerstattung des Geldes aufforderte und einen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß verlangte. Diese Forderung wurde vom Verbindungskomitee zur Verteidigung der Gewerkschaften (Liaison-Komitee) und der A.U.E.W. unterstützt, deren Sektion der technischen Angestellten (T.A.S.S., früher D.A.T.A.) gerade durch entsprechende Kampfmaßnahmen die Entscheidungen des Arbeitsgerichts ausmanövriert hatte. In der sich für die innere Einheit der britischen

Gewerkschaftsbewegung zuspitzenden Situation veranstaltete das Liaison-Komitee am 10. Juni eine zentrale Konferenz, auf der die 1 200 Delegierten von 91 Shop-Stewards-Komitees, 50 lokalen Gewerkschaftskartellen, 31 Distriktkomitees und über 300 Gewerkschaftsgruppen aus den Fabriken, Bergwerken, Schiffswerften und Docks beschlossen, eine breite Kampagne einschließlich von nationalen Streikaktionen gegen das Gewerkschaftsgesetz zu organisieren.

Auf der Konferenz des Verbindungskomitees kam eine Kampfbereitschaft der gewerkschaftlichen Basis zum Ausdruck, die bald in einer Machtprobe zwischen Regierung und Dockarbeitern konkrete Gestalt annehmen sollte. Als ein Container-Unternehmen gegen drei führende Shop Stewards vor dem Arbeitsgerichtshof klagte und daraufhin die nicht vor dem Gericht erschienenen Shop Stewards zur Aufgabe des Boykotts angewiesen wurden, legten etwa 30 000 der 42 000 britischen Dockarbeiter am 14. Juni aus Protest gegen die antigewerkschaftlichen Sanktionen des Gerichts die Arbeit nieder. Daraufhin verwickelten sich die verschiedenen Organe der staatlichen Rechtsprechung in Widersprüche, die nicht so sehr zwei verschiedenen Taktiken der herrschenden Klasse, sondern ihrer Schwäche entsprangen. Während mit Hilfe der längst in Vergessenheit geratenen Institution eines Berufungsgerichts die 55 000-Pfund-Strafe gegen die T.G.W.U. widerrufen wurde, ordnete der Nationale Arbeitsgerichtshof die Festnahme von drei Shop Stewards an, die angesichts der spontanen Solidarität der Dockarbeiter und anderer Arbeitergruppen ebenfalls rückgängig gemacht werden mußte. Denn es war fraglich geworden, wie die drei Dockarbeiterführer inmitten Tausender von Arbeitskollegen verhaftet werden sollten.

Dieser Sieg über das Gewerkschaftsgesetz und der erfolgreiche Abschluß von Verträgen über die Anstellung registrierter Dockarbeiter mit den beiden Container-Unternehmen Chopham Farm und Bishops Wharf konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die entscheidenden Auseinandersetzungen zwischen Dockarbeitern und Regierung noch anstanden. Als die Dockarbeiter sich bei einer weiteren vom Gericht stattgegebenen Klage weigerten, ihre Boykottmaßnahmen aufzugeben, wurden fünf führende Dockarbeiter, unter ihnen die Kommunisten Bernie Steer und Vic Turner vom Nationalen Hafen-Shop-Stewards-Komitee, verhaftet. Daraufhin kam es zu einer massiven Protestwelle, die sofort zur vollständigen Arbeitsruhe in allen Häfen führte. In den darauffolgenden Tagen streikten die Beschäftigten bei allen nationalen Tageszeitungen, die Arbeiter in den walisischen Bergwerken und Stahlwerken, die Londoner Busfahrer und Tausende von Arbeitern in allen Industriebereichen, selbst bei Container-Firmen beschäftigte LKW-Fahrer, die im Kampf um ihre Arbeitsplätze gegen die Dockarbeiter aufgetreten waren.

Angesichts der anwachsenden Solidarisierungswelle, der Sympathiestreiks, Demonstrationzüge und Prorestrkundgebungen beschloß der Generalrat des T.U.C. auf Antrag der Metallarbeitergewerkschaft, einen Generalstreik zur Freilassung der verhafteten Dockarbeiter auszurufen. Diese wurden kurze Zeit später auf freien Fuß gesetzt und von Tausenden britischer Arbeiter im Triumphzug durch die Straßen Londons getragen. Der Sieg über die Regierung war nur durch eine einheitliche Klassenaktion möglich geworden, in der sich gewerkschaftliche Basis, Kommunisten und Gewerkschaftsführung durch Fleet-Street-Presse und konservative Regierung nicht auseinanderdividieren ließen. Die traditionelle Taktik der britischen

Bourgeoisie: "teile und herrsche", war stumpf geblieben, wurde in modifizierter Form jedoch wieder aufgenommen. Nachdem die Gerichte vor der Kampfentschlossenheit der gewerkschaftlichen Basis zurückweichen mußten, sollte die politische Niederlage in einen juristischen Sieg über die Gewerkschaftsapparate umgemünzt werden. So ist in einer Entscheidung des Obersten Gerichts des Oberhauses (Law Lords) als höchstrichterliche Instanz das Urteil des Berufungsverfahrens aufgehoben worden, nachdem die Transportarbeitergewerkschaft nicht für das Verhalten von Mitgliedern ohne Funktionärsstatus verantwortlich ist. Das damit wieder in Kraft gesetzte erstinstanzliche Urteil des höheren Arbeitsgerichts sieht dagegen eine Strafe von 55 000 Pfund und Verfahrenskosten in der Höhe von 25 000 Pfund vor.

Die konservative Regierung wurde mit der Freilassung der Dockarbeiter zwar zum Rückzug gezwungen, die weitere Anwendung des Gesetzes ist aber keinesfalls verhindert, und auch der Kampf der Dockarbeiter um ihre bedrohten Arbeitsplätze nicht entschieden worden. Schon einen Tag nach der Freilassung der Shop Stewards mußten die Dockdelegierten der T.G.W.U. über den Bericht des Aldington-Jones-Komitees abstimmen, der einen Kompromiß zur Verhinderung eines nationalen Dockarbeiterstreiks vorsah. Die Abfindungszahlungen für freiwillig ausscheidende Dockarbeiter wurden von 2 300 auf 4 000 Pfund erhöht, keine neuen Dockarbeiter eingestellt, das Register für zeitweilig Nichtbeschäftigte abgeschafft, deren Eingliederung in die Unternehmen des Hafentransports aber nicht abgesichert. Da die entscheidenden Forderungen der Dockarbeiter wie Schutz vor Entlassung und das Recht auf Arbeit in Container-Deports für registrierte Hafenarbeiter aber nicht erfüllt worden waren, lehnten die Delegierten den Bericht trotz

seiner eindringlichen Bejahung durch Jack Jones mit 38 zu 28 Stimmen ab.

Die zunächst geschlossene Streikfront der Dockarbeiter war zahlreichen Widerständen und Repressalien ausgesetzt. In den kleinen nichtorganisierten Häfen mußten Streikposten gegen Streikbrecher aufgestellt werden. Die bürgerliche Presse startete eine verleumderische Hetzkampagne gegen die Docker, um sie in der Öffentlichkeit zu isolieren. Ihnen wurde vor allem unsoziales Handeln vorgeworfen, da sie sich angeblich weigerten, wichtige Versorgungsgüter und Medikamente zu verladen. Wo sie dies gerade taten, wie an der Merseyside und in Aberdeen, wurde ihnen von den Behörden die Familienunterstützung für streikende Arbeiter mit der Begründung gestrichen, daß sie die Arbeit wieder aufgenommen hätten. Das trug insgesamt dazu bei, daß auf einer zweiten Delegiertenkonferenz eine überarbeitete Fassung des Aldington-Jones-Berichts mit 53 zu 30 Stimmen angenommen wurde. Allerdings war das Abstimmungsergebnis insofern irreführend, als die 53 Ja-Stimmen lediglich 15 000 Dockarbeiter repräsentierten, die 30 Nein-Stimmen dagegen 30 000 Dockarbeiter. Das Nationale Hafen-Shop-Stewards-Komitee erließ noch einen weiteren Streikaufruf, verbitterte Dockarbeiter griffen Jack Jones auf einer Pressekonferenz sogar tätlich an, doch kam es angesichts der Widersprüche zwischen den verschiedenen Organen der Dockarbeiter nicht mehr zu einem allgemeinen Streik, der in Liverpool und anderen Häfen nach wenigen Tagen zusammenbrach. Trotz des Streikabbruchs haben die Dockarbeiter beträchtliche soziale Zugeständnisse von den Hafenunternehmen erzwingen können, nicht aber die Sicherung ihrer Arbeitsplätze in den Container-Depots. Damit konnten die sozialen Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung in den von Jack Jones als erfolgreich

gewerteten Verhandlungen nur gemildert werden - das grundlegende Problem, vor dem eine neue Labour-Regierung in Großbritannien stehen wird.

Wenn auch die Probleme des britischen Kapitalismus im Bereich der Hafenindustrie nicht gelöst werden konnten, so wurde der gewerkschaftliche Handlungsspielraum dennoch erhalten - eine Voraussetzung für die kommenden Auseinandersetzungen. So wurden weitere Boykottmaßnahmen ergriffen, die vom Gesetz nicht zugelassenen "closed shops" in zahlreichen Betrieben mit stillschweigender Billigung der Behörden durchgesetzt, nicht rechtlich bindende Tarifverträge abgeschlossen. Auf gewerkschaftlicher Ebene war vor allem die Metallarbeitergewerkschaft bei der Nichtanerkennung des Gesetzes standhaft geblieben. Als ein wegen fehlender Beitragszahlung ausgeschlossenes Gewerkschaftsmitglied vor dem Arbeitstribunal und dem Nationalen Arbeitsgericht um den ihm verweigerten Zutritt zu Gewerkschaftsversammlungen klagte, erschien die A.U.M.W. weder zur Gerichtsverhandlung, noch folgte sie den gerichtlichen Anordnungen. Selbst die Geldbußen von 50 000 Pfund und Zugriffe auf Teile ihres Vermögens änderten die ablehnende Haltung der Gewerkschaft nicht und verstärkten nur den Widerstand der gewerkschaftlichen Basis, die in spontanen Proteststreiks zu Hunderttausenden das Gesetz faktisch wirkungslos machte¹³⁵.

5. Konstitutive Elemente in der Herausbildung eines revolutionären Bewußtseins in der britischen Arbeiterklasse

Die Klassenkämpfe seit den 60er Jahren haben zu einer verstärkten Herausbildung von Klassenbewußtsein geführt, dessen Entwicklungsstufen in der wachsenden Militanz der Kampfformen und fortschreitenden Aktionseinheit, in der Mobilisierung der Arbeiterorganisationen und den neuen Ansätzen zu einer sozialistischen Programmatik deutlich sichtbar geworden sind. Dabei zeichnet sich eine tiefgreifende Erneuerung der britischen Arbeiterbewegung ab, die wieder an - mit dem schrittweisen Verfall des britischen Imperialismus gegebene - revolutionäre Perioden wie am Ende der Großen Depression oder um den Ersten Weltkrieg anknüpft, in denen das nach der Niederlage in der owenistisch-chartistischen Klassenkampfperiode versiegte Klassenbewußtsein partiell reaktiviert wurde. In der Gegenwart findet aber eine umfassende Revolutionierung in der britischen Arbeiterklasse statt, die mit der Strukturkrise des britischen Imperialismus zusammenhängt, der seine Monopol- bzw. fortdauernden Vorzugsstellungen in der internationalen kapitalistischen Konkurrenz endgültig verliert. Damit ist zugleich eine Periode verschärfter Klassenkämpfe eingeleitet worden, in der verschiedene Momente wie die sich entwickelnde Solidarität der britischen Arbeiter, die Aktivierung ihrer Organisationen und die verschiedenen Ansätze einer sozialistischen Programmatik sich ineinander verschränken und aufeinander wirken. Diese Interdependenz steht jedoch am Ende einer längeren, keinesfalls widerspruchsfreien Entwicklung mit gegenläufigen Tendenzen, in der die britische Arbeiterbewegung eine Rolle als Subjekt des historischen Prozesses gewinnt. In diesem stand die

wachsende Kampfbereitschaft und Solidarität der gewerkschaftlichen Basis am Ausgangspunkt, ehe die zentralen Organisationen gegen Ende der 60er Jahre mobilisiert wurden und sich Ansätze einer sozialistischen Programmatik entwickelten.

5.1. Entwicklungsstufen der gewerkschaftlichen Solidarität in der britischen Arbeiterklasse

Die spezifische Form der neueren Bewußtseinsentwicklung in der britischen Arbeiterklasse ist von der weitgehenden Anpassung der Arbeiterorganisationen an das monopolkapitalistische Herrschaftssystem entscheidend geprägt worden, wenngleich dieses auch durch Rezessionen und Pfundkrisen erschüttert wurde. Dem entsprach in den 50er Jahren die Schwäche der Linken in der britischen Arbeiterbewegung, die nur punktuell zu einheitlichen Aktionen fähig war. Während die Labour-Führung den sozialistischen Traditionsbestand zu verwässern und sich auf ihre spätere Funktion als Rationalisierungsinstrument der herrschenden Klasse vorzubereiten begann (vgl. das Ende des Abschnitts 2.4), konnten die Konservativen eindrucksvolle Wahlsiege erringen - zumindestens solange wie die wirtschaftliche Entwicklung ohne größere Störungen verlief. Die konservative Regierungspolitik und der ideologische Verfall in der Labour Party, die sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit von zentralen Gewerkschaftsführungen und staatlicher Administration bewirkten eine Zersplitterung und Auflösung selbst des reformistischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse, das sich unmittelbar um das Kriegsende entwickelt hatte.

Unter den hier angedeuteten ökonomischen, politischen und organisatorischen Rahmenbedingungen mußten zweifellos Verbürgerlichungstendenzen den nach wie

vor grundlegenden Klassenantagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital überlagern, was von empirischen Untersuchungen bestätigt wurde¹. So ist in steigenden Konsumerwartungen und größerer Familienorientierung ein stärkerer Einfluß personalisierender Einstellungen nachgewiesen worden². Dieser Prozeß der "Diversifikation" des Klassenbewußtseins verlief bei verschiedenen Arbeitergruppen zwangsläufig unterschiedlich - nach regionalem Standort, Industriezweig, Betriebsgröße, Qualifikation und gewerkschaftlichem Organisationsgrad, um nur einige Kriterien zu nennen. Wenn z. B. ungelernte Arbeiter stärker von der Auflösung kollektivistischer Bewußtseinsformen als Facharbeiter in der Metallindustrie bedroht waren, so spiegelt sich in diesem Untersuchungsergebnis unter anderem der höhere Organisationsgrad gerade bestimmter qualifizierter, aber auch angelernter Arbeitergruppen, die daher den Integrations-tendenzen eines ökonomischen "Überflusses" besser widerstehen können. Das wird in einer umfangreichen empirischen Studie nachgewiesen, die relativ hoch bezahlte Arbeitergruppen der mittelenglischen Industriestadt Luton aus verschiedenen Produktionsbereichen in ihrem Arbeits-, Freizeit- und politischen Verhalten untersucht³.

Bei den hier befragten angelernten Arbeitern wurde ein Einstellungswandel von einer solidarischen zu einer instrumentellen Orientierung festgestellt, die parallel zur privatisierten Sozialsphäre auf die Lohnhöhe fixiert ist, was sich z.B. in der Autoindustrie schon aus den spezifischen Produktionsbedingungen erklären läßt (vgl. Exkurs A). Wenn bei der Verlagerung der Industriezweigstruktur und der fortschreitenden wirtschaftlichen Konzentration die Arbeiter zunehmend in großen Industriebetrieben ar-

beiten, dann geht der traditionelle proletarische Lebenszusammenhang in dem örtlichen Gewerkschaftskartell zwangsläufig zugunsten der betrieblichen Interessenvertretung verloren.⁴ Das kann unter bestimmten organisatorischen und sozialen Voraussetzungen zwei gegenläufige Tendenzen einschließen: militante Aktionen auf betrieblicher Ebene bei einem gleichzeitigen Mangel an solidarischem Kollektivbewußtsein. Entsprechend werden auf politischer Ebene mit einem Wahlsieg der Labour Party eher materielle Vorteile als grundlegende gesellschaftliche Veränderungen verbunden⁵. Insofern entsteht ein Arbeiterbewußtsein, dem eine politische Perspektive im Sinne gesellschaftlicher Emanzipation fehlt, das aber zugleich an seine proletarische Klassenlage gebunden bleibt, so sehr sich auch die ökonomische und technologische Infrastruktur des gesellschaftlichen Lebens ändern mag⁶. Darin kommt das die sozialen Beziehungen letztlich bestimmende Lohnarbeitsverhältnis zum Ausdruck, das auch in Phasen sozialer Stabilität den Fortbestand eines Kollektivbewußtseins sichert⁷.

Da in diesen empirischen Untersuchungen vom kapitalistischen Krisenzyklus abstrahiert, vielmehr eine kontinuierliche ökonomische Entwicklung und damit eine wie auch immer fragwürdige "Überflußgesellschaft" vorausgesetzt wird, bieten die Untersuchungsergebnisse bestenfalls eine soziologische Momentaufnahme⁸. In dieser geht die historische Tradition der Arbeiterbewegung ebenso verloren wie ihre zukünftigen Perspektiven, die selbst wieder durch die gesamtgesellschaftliche Entwicklung bestimmt sind. So unterlag das hier für die 50er Jahre in einigen Momenten aufgezeigte Lagebewußtsein der britischen Arbeiterklasse tiefgreifenden Veränderungen, die von der Gefährdung der sozialen Lage und den sich verschärfenden sozialen Konflikten ausgelöst wurden.

5.1.1. Strukturelle Faktoren der betrieblichen Kampfbereitschaft

Bereits gegen Ende der 50er Jahre beschränkte sich die betriebliche Kampfbereitschaft der von Goldthorpe u.a. untersuchten Arbeitergruppen in der Metallindustrie, insbesondere im Maschinenbau und Fahrzeugbau, nicht auf reine Lohnforderungen. Es ist im einzelnen nachgewiesen worden, daß mit den zunehmenden Auseinandersetzungen um Leistungsfaktoren wie Akkordsätze und Überstunden schrittweise Kontrollrechte über die unmittelbaren Arbeitsbedingungen erkämpft wurden, um eine weitere Intensivierung der Arbeit zu verhindern. Mit den Anfang der 60er Jahre eingeführten Produktivitätsabkommen nahmen diese Konflikte schließlich eine neue Qualität an, da die Belegschaften mit ihren Shop Stewards nicht nur um die Erhaltung der erworbenen Kontrollrechte, sondern in steigendem Maße um ihre Arbeitsplätze selbst kämpften (vgl. Exkurs B).

Die zunehmenden betrieblichen Konflikte ließen sich in dieser Phase nur sporadisch verallgemeinern. Vergeblich versuchte das Verbindungskomitee der Dockarbeiter, die in den einzelnen Häfen unter verschiedenen Bedingungen arbeitenden Docker im nationalen Rahmen zu einigen. Entsprechend hatten die in bestimmten Krisensituationen entstandenen Arbeiterkomitees eines Industriezweiges nur kurze Lebensdauer wie in der Schifffahrt und Motorenindustrie. Wenn aktive Shop Stewards-Gruppen den Handlungsspielraum des Managements zu sehr einengten, wurden sie regelmäßig von der konzertierten Aktion des Unternehmens, Industriezweiges und Staats einschließlich der Gewerkschaftszentrale zurückgedrängt. Das haben die Autoarbeiter und Hafenarbeiter, aber auch die Londoner Busfahrer,

Drucker und Seeleute wiederholt erfahren müssen⁹.

Daß die ansteigende Zahl der von den militanten Betriebskomitees organisierten Arbeitsunterbrechungen, die in verschiedenen, häufig variierten Formen wie Überstundenverbote, Arbeit nach Vorschrift usw. geführt wurden, bis zu 95 % ohne offizielle Zustimmung der Gewerkschaftsapparate verliefen, hatte verschiedene Ursachen wie

- die Anpassung der Gewerkschaften an die institutionellen Formen der Konfliktaustragung in zentralisierten Verhandlungen, Schlichtungsausschüssen und besonderen Untersuchungsverfahren;
- eine wachsende Stärke der Belegschaften unter den Bedingungen der Vollbeschäftigung, bei denen zentrale Tarifabschlüsse gegenüber betrieblichen Zusatzvereinbarungen an Bedeutung verlieren können;
- bestimmte technisch-ökonomische Veränderungen wie zunehmende Betriebsgröße und fortschreitende Automatisierung in den Wachstumsindustrien, in denen kleine Arbeitergruppen eine Schlüsselfunktion in Arbeitskonflikten einnehmen konnten.

Der Verlagerung der Streikaktivität lag eine Veränderung der Industriezweigstruktur zugrunde, die eine industrielle und regionale Umverteilung der Beschäftigten z.B. auf den Maschinen- und Fahrzeugbau, auf die elektrotechnische und chemische Industrie in den Midlands und Groß-London mit sich gebracht hat. Konzentriert in großen Betriebs- und Unternehmenseinheiten, führt ein zunehmender Teil der Lohnabhängigen mit der Veränderung der materiell-technischen Basis des Produktionsprozesses nicht-manuelle Tätigkeiten aus - 29,1 % im Fahr-

zeugbau, 35,2 % in der Elektrotechnik und 39,7 % in der chemischen Industrie¹⁰. Der widersprüchliche Charakter dieses Qualifizierungsprozesses zeigt sich darin, daß bei den manuellen Arbeitern der prozentuale Anteil der Angelernten gegenüber den traditionellen Facharbeitern und bei der angestellten technischen Intelligenz die technischen Hilfskräfte mit mittleren Bildungsqualifikationen überwiegen¹¹. Das hat zu Veränderungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung geführt, in der die Transportarbeitergewerkschaft (T.G.W.U.) als Massengewerkschaft angelernter Arbeiter in verschiedenen Industriezweigen und die Industriegewerkschaft der Metallarbeiter (A.U.E.W.) mit der ihr kürzlich angeschlossenen Technikergewerkschaft (D.A.T.A.) eine neue Rolle spielen.

Dagegen hat die politische Bedeutung der traditionellen gewerkschaftlichen Hochburgen wie des Kohlebergbaus mit einem Organisationsgrad von 89 %, der Eisenbahnen (84 %) und der Baumwollindustrie (75 %) kontinuierlich abgenommen. Das läßt sich an Hand der sinkenden Beschäftigung, der relativ geringen Stundenverdienste und der regionalen Arbeitslosigkeit im Detail nachweisen. Die Bergleute, Eisenbahner und Textilarbeiter repräsentierten im Generalstreikjahr 1926 noch 40 % der Mitgliedschaft des T.U.C., 1947 waren es 20 %, 1966 gerade 10 %¹². Gegenüber den verfallenden Industrien ist die gewerkschaftliche Dichte in den expandierenden Wirtschaftsbereichen wie dem Handel, Bank- und Versicherungswesen, der Nahrungsmittelindustrie und der Chemie am niedrigsten. Dadurch fiel der gewerkschaftliche Organisationsgrad insgesamt von 45,1 % im Jahre 1948 auf 42,6 % im Jahre 1964. Selbst die rasche Rekrutierung von Angestellten, die zu diesem Zeitpunkt etwa 30 % der gesamten Mitglieder stellten, konnte diesen Trend nicht aufhalten. In diesen

Daten wird eine gewerkschaftliche Umschichtung zugunsten der metallverarbeitenden Industrie sichtbar, die bei der organisatorischen Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung seit den 50er Jahren den Aufschwung der Shop-Stewards-Bewegung begünstigt hatte (vgl. die Abschnitte 4.1.2., 5.2.1.).

5.1.2. Verallgemeinerung der Streikaktivität unter staatlichem Druck

Angesichts der in einigen Industriezweigen neu entwickelten Kampfbereitschaft begannen die britischen Arbeiter den konzentrierten Angriff der Labour-Regierung auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen nicht widerstandslos hinzunehmen. Davon zeugten die vielfältigen Arbeitskämpfe mit vereinzelt politischen Massenstreiks, denen allerdings noch eine einheitliche antikapitalistische Stoßrichtung fehlte. So währten sich die Dockarbeiter seit 1967 gegen das in zwei Phasen nach den Vorschlägen von Lord Devlin eingeführte Produktivitätsabkommen, das zwar die Gelegenheitsarbeit abschaffte, aber hohe Freisetzungsraten und eine Intensivierung der Arbeit brachte. Als das Management von Ford Anfang 1969 tarifvertraglich abgesicherte, von der gewerkschaftlichen Verhandlungsführung zunächst gebilligte Strafklauseln gegen inoffizielle Streiks einführen wollte, entstand ein vierwöchiger Streik der Fordarbeiter, der nicht nur die vorgesehenen Strafbestimmungen wirkungslos machte, sondern auch einen innergewerkschaftlichen Demokratisierungsprozeß in der A.U.E.W. und T.G.W.U. einleitete. Zur gleichen Zeit begann das Verbindungskomitee zur Verteidigung der Gewerkschaften ("Liaison -Komitee") industrielle Aktionen gegen die von der Labour-Regierung geplanten Gewerkschaftsgesetze zu organisieren, an denen am 1. Mai (kein gesetzlicher

Feiertag in Großbritannien) 1969 etwa 200 000 Arbeiter, vor allem Bau-, Dock-, Auto- und Druckereiarbeiter, teilnahmen. Dieser Widerstand mobilisierte die Gewerkschaften, so daß der Generalrat der Gewerkschaften einen Sonderkongreß einberufen mußte, auf dem die antigewerkschaftliche Gesetzgebung einmütig abgelehnt und die der Gewerkschaftsbürokratie nahestehende Labour-Regierung zu deren Rücknahme gezwungen wurde. Die politischen Aktionen der militanten Arbeiterkollektive in der Metallindustrie verstärkten die nun anhebende Streikwelle gegen die staatliche Einkommenspolitik, die schon in der Phase des gesetzlichen Lohnstopps von der radikalen Technikergewerkschaft D.A.T.A. unterlaufen worden war. So hat sich die Zahl der Streiks mit etwa 4 000 im Jahre 1970 gegenüber 1967 fast verdoppelt, ist die Zahl der beteiligten Arbeiter mit 1,8 Millionen um das Zweieinhalbfache und die Dauer der Streiks sogar um das Vierfache gestiegen.

In dem kontinuierlichen Anstieg der Streikbewegung kam ein qualitativer Wandel im Bewußtsein der britischen Arbeiterklasse zum Ausdruck, der vor allem durch die Verallgemeinerung der Streikbereitschaft auf kampfunerfahrene und zum Teil gewerkschaftlich schwach organisierte Arbeiter gekennzeichnet war. So legten nach den erfolgreichen Streiks der relativ gut bezahlten Autoarbeiter von British Leyland und den niedrig eingestuften Hüttenarbeitern in Talbot die bisher streikunerfahrenen Lehrer und Arbeiter der "schmutzigen" Berufe wie die Müllfahrer, Kanalisationsarbeiter und das Friedhofspersonal ihre Arbeit nieder. In der ansteigenden Streikbewegung entfalteten auch verschiedene Arbeitergruppen eine seit langem verschüttete Solidarität wie die 11 000 Glashüttenarbeiter in St. Helens, die ohne Unterstützung ihrer Gewerkschaft,

der Behördenarbeitergewerkschaft N.U.G.M.W. (vgl. den Abschnitt 5.2.2.), aber scheiterten. Zugleich wurden jedoch zunehmend einzelne Gewerkschaftsapparate beteiligt - ein häufig widersprüchlicher Prozeß, der vor allem in der Abfolge der Bergarbeiterstreiks 1969 - 1972 deutlich geworden ist (vgl. die Abschnitte 4.2.2.; 4.3.1.; 4.3.3.2.).

Die Intensivierung der einzelnen Arbeitskämpfe, die Verallgemeinerung der Streikbewegung und die Politisierung einzelner Gewerkschaften waren eine Folge der antigewerkschaftlichen Maßnahmen der Labour-Regierung, die eine wachsende Verbitterung und Desillusionierung in großen Teilen der britischen Arbeiterklasse hervorriefen. Das führte bei einer beträchtlichen Wahlenthaltung zum Sieg der Konservativen, die im wesentlichen die Politik des Wilson-Kabinetts noch kompromißloser fortsetzten. Angesichts der sich vertiefenden Krisenerscheinungen, deutlich in der steigenden Inflationsrate und dem verringerten Wachstum, ging die neue konservative Regierung zum unverhohlenen Angriff auf die soziale und politische Stellung der britischen Arbeiterklasse über. So wurden die Lohnforderungen der im öffentlichen Sektor ohnehin benachteiligten Arbeitergruppen gebremst und eine noch reaktionärere Reform der industriellen Beziehungen ("Industrial Relations Act") durch das Parlament gepeitscht. Dadurch verschärften sich die Klassenkonflikte erneut, wie schon ein Blick auf die ^Streikstatistik zeigt, die längst nicht alle Kampfformen registriert wie Arbeit nach Vorschrift, Boykott von Betrieben und sporadische Betriebsbesetzungen gegen Massenentlassungen. War die Zahl der Streiktage zwischen 1966 und 1969 unter Labour schon von 2,4 auf 6,8 Millionen angestiegen, so wuchs sie bis 1972 auf 24 Millionen an.

Zu den Knotenpunkten der sich verallgemeinernden Lohnbewegung wurden die politischen Massenstreiks gegen die Gewerkschaftsgesetze, an denen im Dezember 1970 Hunderttausende und im März Millionen von Arbeitern in der Metallindustrie, den Häfen, Zeitungsverlagen und anderen Industriezweigen teilnahmen. Die vor allem von Metallarbeitergruppen getragenen politischen Massenstreiks mobilisierten große Teile der britischen Arbeiterklasse, einzelne Gewerkschaftsapparate bis zum T.U.C., auf dessen letzten Kongressen der neue linke Block aus den beiden größten Gewerkschaften, den Transportarbeiter- und Metallarbeitergewerkschaften, eine Ablehnung einkommenspolitischer Maßnahmen durchgesetzt hat. Mit der weitgehenden Politisierung der britischen Gewerkschaftsbewegung erfaßte die Streikbewegung gegen die einkommenspolitischen Maßnahmen der konservativen Regierung zunehmend nicht nur schwach organisierte Arbeiter- und Angestelltengruppen, sondern brachte sie sogar an die Spitze des Kampfes um die Bewahrung des Lohnstandards¹³. So traten nach der Verkündung des Lohnstopps am 6. November 1972 und der zweiten Phase am 17. Januar 1973 nach einer Welle von Protesten, Demonstrationen und Streikaktionen die etwa 385 000 im öffentlichen Dienst Beschäftigten, die 250 000 zum nicht-medizinischen Personal gehörenden Beschäftigten im Krankenhaus und die 47 000 Gasarbeiter in den Ausstand. Dabei mußte die Behördenarbeitergewerkschaft den streikenden Gasarbeitern ganz im Gegensatz zum Pilkington-Streik drei Jahre zuvor, volle Unterstützung gewähren, die auch von anderen Gewerkschaften, vor allem aber den Shop Stewards der Berg- und Automobilarbeiter geleistet wurde. Auf einer Solidaritätskonferenz hatte der Sekretär des nationalen Shop-Stewards-Komitees der 52 000 Fordarbeiter das in den Kämpfen entstandene neue

solidarische Kollektivbewußtsein deutlich ausgesprochen: "Diese Konferenz hat ganz klar gesehen, daß keine Gewerkschaft in ihrem Kampf gegen die Regierungspolitik alleingelassen werden darf und daß die Kampagne vom T.^U.C. geführt werden und die ganze Gewerkschaftsbewegung von oben bis unten ergreifen muß." ¹⁴

5.1.3. Zum Zusammenhang von klassenbewußter Tradition, allgemeiner Solidarität und militanten Kampfformen

Auf der Grundlage dieser Verallgemeinerung und Politisierung der Auseinandersetzungen konnten sich einheitliche Klassenaktionen entwickeln, in denen vor allem traditionelle Arbeiterkollektive in verfallenden Industriezweigen wie Bergbau, Schiffbau und Hafentransport eine führende Rolle übernahmen. Statt mit der wachsenden strukturellen Arbeitslosigkeit demoralisiert zu werden, wie es z.B. während längerer Zeit für die Bergarbeiter zutraf, hatten die sich insgesamt verschärfenden Klassenkonflikte auf die kampfstarken Arbeiterkollektive zurückgewirkt, die zum Teil bewußt an ihre historische Tradition anknüpften und militante Kampfformen wie Betriebsbesetzungen und Massenstreikposten entwickelten. Dabei standen die Vereinheitlichung des Widerstandes gegen die konservative Regierungspolitik, die traditionellen Kampferfahrungen und militanten Kampfformen in einem sich wechselseitig verstärkenden Zusammenhang, der am deutlichsten in der Betriebsbesetzung von U.C.S. geworden ist.

Die erfolgreiche Betriebsbesetzung bei U.C.S. bildet einen weiteren Markstein in der klassenbewußten Tradition der schottischen Arbeiter im Glasgower Industrierevier. Das deutete der kommunistische

Shop Steward Jimmy Reid an, als er sagte: "Wir bauen nicht nur Schiffe am Clyde, wir bauen auch Männer und Davies hat den Kampf mit den falschen Leuten aufgenommen.¹⁵" Denn diese sind von den militanten Kampferfahrungen der vorhergehenden Generation mitgeprägt worden, ganz zu schweigen von der noch weiter zurückliegenden Tradition des schottischen Radikalismus.

Im vorigen Jahrhundert entstanden am Clyde große Maschinenbaukomplexe und Schiffswerften mit Glasgow als industriellem Zentrum Schottlands, in dem sich ein hoher Prozentsatz qualifizierter Arbeiter konzentrierte. Schon zehn Jahre nach der Publikation des Kommunistischen Manifests konstituierte sich der Glasgower Trades Council und vier Jahre vor der Einrichtung des Gewerkschaftskongresses wurde hier die erste nationale Versammlung der britischen Gewerkschaften abgehalten. Als die klassenbewußten Gewerkschaftskartelle 1895 von dem jährlichen T.U.C. ausgeschlossen wurden, gründete der Glasgower Trades Council einen separaten schottischen T.U.C. Schon zuvor hatte sich sozialistisches Bewußtsein in der Gründung der Schottischen Labour Party durch Keir Hardy gezeigt, später vor allem in der hier tiefer als irgendwo sonst verwurzelten Socialist Labour Party, zu deren Mitgliedern u.a. der irische Sozialist und Revolutionär James Connolly zählte. Während des Ersten Weltkrieges entstand am Clyde ein Mittelpunkt der revolutionären Shop-Stewards-Bewegung mit ihren Führern wie W. Gallacher und dem legendären Agitator John Maclean¹⁶. Die Arbeiterkollektive am Clyde bildeten die militanteste Sektion der britischen Arbeiterklasse, aus deren Reihen die entscheidenden Kader der Kommunistischen Partei nahezu bis in die Gegenwart gekommen sind. Auch in den beiden Jahrzehnten zwischen den Weltkriegen fanden am Clyde harte Klassen-

auseinandersetzungen statt. Nach dem Zweiten Weltkrieg dominierte auf politischer Ebene unangefochten die Labour Party. Im Stadtrat von Clydebank saß 1970 kein Tory, aber vier Kommunisten¹⁷.

Der konservativen Regierung ging es bei der Stilllegung der Werften nicht nur um die Durchsetzung ihrer ökonomischen Rationalisierungsstrategie, sondern ebenfalls um die Schwächung eines der klassenbewußtesten Arbeiterkollektive. Dieses baute nach der Bekanntgabe der Liquidierungspläne eine breite solidarische Front in der schottischen Arbeiterbewegung auf, die auf die gesamte britische Arbeiterbewegung übergriff. Erst auf der Grundlage der faktischen Aktionseinheit von gewerkschaftlicher Basis und Gewerkschaftsorganisationen, Kommunisten und Labour Party konnte die bis zu diesem Zeitpunkt in Großbritannien nicht übliche Aktionsform der Betriebsbesetzung erfolgreich durchgeführt und in der Folgezeit zu einem populären Kampfmittel gegen Massenentlassungen und Lohnsenkungen werden (vgl. den Abschnitt 4.3.3.1.).

Dagegen war den Arbeitern des britischen Elektrokonzerns G.E.C. im Sommer 1969 die geplante Besetzung einiger von Stilllegung bedrohter Betriebe noch nicht gelungen¹⁸. Abgesehen von einer Reihe technischer Schwierigkeiten bei der Materialversorgung und Unfallversicherung konnte die gewerkschaftliche Basis innerhalb und außerhalb des Unternehmens nicht ausreichend mobilisiert werden. Trotzdem kündigte sich mit diesem Versuch in der traditionell militanten Merseyside-Region eine neue Kampfbereitschaft der von sozialer Verelendung bedrohten Arbeiter an, die auch in den Aktionen bisher streikunerfahrener Arbeitergruppen wie im siebenwöchigen Ausstand der Glasarbeiter von St. Helens zutage trat. Insgesamt lag die Streikaktivität an der Merseyside

in der Periode 1967-69 erheblich über dem nationalen Durchschnitt. So konnten die von Entlassung bedrohten G.E.C.-Arbeiter bei einer auf 4,1 Prozent gestiegenen Arbeitslosenrate zu einer neuen Aktionsform finden, deren Gelingen weitreichender gewerkschaftlicher Unterstützung bedurfte, die in den Klassenkämpfen 1969-71 entwickelt werden konnten.

Es ist gezeigt worden, daß die Anwendung dieser Aktionsform ein hohes Niveau der Klassenkonflikte voraussetzt, in denen die Solidarisierung innerhalb der Arbeiterklasse bereits weit vorangeschritten ist. Deshalb mußte die Betriebsbesetzung bei G.E.C. zum Anfang der Streikbewegung noch scheitern, konnte nach den politischen Massenstreiks gegen die Gewerkschaftsgesetze bei U.C.S. aber erfolgreich sein. Zu einem wichtigen Kampfmittel wurde die Aktionsform bei der steigenden Arbeitslosigkeit dann von Metallarbeitergruppen, den Maschinenbauern in Manchester weiterentwickelt, die in der Phase relativer Vollbeschäftigung mit ihren gewerkschaftlichen Betriebsgruppen die Kontrollrechte über die unmittelbaren Arbeitsbedingungen erweitert hatten.

In der Betriebsbesetzung werden die Produktionsmittel für eine kurze Zeitspanne vollständig von den Arbeitern kontrolliert. Das erfordert eine viel größere Aktivität als bei einem normalen Streik, bei dem die Kampfbereitschaft in der häuslichen Umgebung, isoliert von den Kollegen, eher durch Presse, Fernsehen und sonstige Einflüsse bürgerlicher Ideologie geschwächt werden kann. Dagegen wird bei einer Besetzung die eigene Initiative in der ständigen Diskussion mit den Kollegen und der Teilnahme an Entscheidungen erst entfaltet. Dabei verstärkt sich die Solidarität der Arbeiter untereinander und das Bewußtsein von der kollektiven Stärke

wächst. Zugleich verringert sich der Respekt vor den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen und der betrieblichen Autoritätshierarchie, die faktisch außer Kraft gesetzt sind. Das Management kann weder die Maschinenausrüstungen wie bei Stilllegungen demontieren, noch Streikbrecher wie bei Aussperrungen anheuern. Insofern bildet die sporadische Verfügung über Produktionsmittel einen günstigen Ausgangspunkt für die politische Forderung nach einer umfassenden Nationalisierung mit erweiterten Arbeiterkontrollrechten in einem demokratischen Rahmenplan, wie er gerade für den Schiffbau von der Kommunistischen Partei gefordert worden ist¹⁹. Damit sind die entscheidenden Momente des sich in den ~~vielen~~ Klassenkämpfen der letzten Jahre herausbildenden Klassenbewußtseins in der Besetzung von U.C.S. enthalten, die selbst wieder auf die britische Arbeiterbewegung prägend zurückwirkte.

5.2. Die Mobilisierung der britischen Arbeiterorganisationen: zum Verhältnis von Klassenkämpfen, Organisationsstruktur und Politik

Mit den sich in der Strukturkrise des britischen Imperialismus entfaltenden Klassenkämpfen sind die Arbeiterorganisationen schrittweise aus ihrer Integration in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem gelöst worden, bis sie schließlich selbst wieder eine mobilisierende Funktion übernahmen. Das sich dieser Prozeß von der neuen Militanz bis zur einheitlichen Klassenaktion ungleichzeitig und zum Teil widersprüchlich entfaltete, liegt einmal an der organisatorischen Zersplitterung der britischen Arbeiterbewegung, zum anderen an den sozialen, politischen und ideologischen

Integrationsstrategien der herrschenden Klasse. Die Integration der Arbeiterklasse wird zwar zunehmend zu einer Reproduktionsbedingung des spät-kapitalistischen Gesellschaftssystems, verliert aber bei den strukturellen Krisenerscheinungen in dem Maße an Wirksamkeit, wie sich die sozialen Auseinandersetzungen zuspitzen und das sich in ihrem Verlauf herausbildende Klassenbewußtsein organisatorisch stabilisieren läßt. Daher sollen die Grundelemente der organisatorischen Mobilisierung der britischen Arbeiterbewegung in der historischen Abfolge von der Shop-Stewards-Bewegung über einzelne Gewerkschaftsapparate bis zu den zentralen Arbeiterorganisationen dargestellt werden.

5.2.1. Träger der organisatorischen Erneuerung:
die kommunistischen Shop Stewards

Shop Stewards

Die Erneuerung der britischen Arbeiterbewegung erhielt einen wesentlichen Anstoß durch die in den 50er Jahren beschleunigt entstehenden Shop-Stewards-Komitees, zu deren Bildung verschiedene Faktoren wie technisch-ökonomische Veränderungen, die organisatorische Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegungen und bürokratische Tendenzen in ihren zentralen Organisationen beitrugen²⁰. Mit der wachsenden Bedeutung der Shop Stewards entstand eine spontane Aktivität an der gewerkschaftlichen Basis, die mobilisierend auf die Gewerkschaftsapparate zurückwirkte, wie die steigende Zahl von Betriebskonferenzen und Kampfmaßnahmen zunächst vor allem in den Unternehmen des Maschinenbaus zeigten:

Indizes der Zahl von Shop Stewards, formalen Betriebskonferenzen und Arbeitsniederlegungen in Unternehmen des Maschinenbaus, 1956-1961.

Jahr	Shop Stewards	Formale Betriebskonfer.	Arbeitsniederlegungen		
			Zahl	Streiktage	Offiziell. Streiks
1956	100	100	100	100	0
1957	111	100	103	58	0
1958	115	120	114	100	0
1959	118	135	110	170	3
1960	123	160	130	216	4
1961	138	181	123	182	7

Quelle: W.E.J. McCarthy, The Role of Shop Stewards in British Industrial Relations, Royal Commission, London 1967, S. 41.

Die Shop Stewards konzentrierten sich hauptsächlich in der metallverarbeitenden Industrie und entwickelten eine organisatorische Stärke, die für die Veränderung der britischen Gewerkschaften ausschlaggebend wurde. Dafür waren mehrere Faktoren verantwortlich:

1. Der Mangel an Arbeitskräften in den Wachstumsindustrien begünstigte betriebliche Verhandlungssysteme, die durch die fortschreitende Konzentration der Beschäftigten in großen Betriebseinheiten noch gefördert wurde.

2. Mit den technischen Veränderungen fand eine beschleunigte Differenzierung innerhalb der Arbeiterklasse statt, in der unter den Angestellten vor allem die Zahl der Techniker sprunghaft anstieg, die sich gerade in Industrien mit hohen Streikziffern rasch organisierten - bis 1964 bereits zu 43,6 % im Fahrzeugbau und zu 56,8 % im Schiffbau²¹.

3. Zu der beschleunigten gewerkschaftlichen Organisation trug die wieder aktuell gewordene Tradi-

tion der Shop-Stewards-Bewegung bei, deren Klassenbewußtsein seit Jahrzehnten von aktiven Kommunisten geprägt wird.

Die Kombination dieser Elemente führte in der ökonomisch-sozialen Krise der sechziger Jahre dazu, daß die militanten Arbeiterkollektive in der Metallindustrie eine Schlüsselfunktion im Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie und in der Politisierung der britischen Gewerkschaftsbewegung übernahmen - ein Prozeß, der allerdings wesentlich von der kommunistischen Partei Großbritanniens beeinflußt worden ist.

Die Kommunistische Partei Großbritanniens (C.P.G.B.)

Trotz ihrer geringen Mitgliederzahl um 30 000 beginnt die aus der Shop-Stewards-Bewegung hervorgegangene Kommunistische Partei in verstärktem Maße die Massenkämpfe der britischen Arbeiterklasse zu beeinflussen. In ihren betrieblichen und gewerkschaftlichen Unterorganisationen vereinigt die C.P. die bei weitem größte Zahl von klassenbewußten Shop Stewards und militanten Industriearbeitern, während die Labour Party als parlamentarische Reformpartei trotz der etwa zwanzigfachen Mitgliederzahl einschließt ihres linken Flügels kaum engere Bindungen zum industriellen Kampf an der gewerkschaftlichen Basis besitzt.²² So haben die britischen Kommunisten mehr als eine Generation von kampfbereiten Industriearbeitern geprägt und sozialistisches Bewußtsein in ihrer Tageszeitung Daily Worker, seit einigen Jahren in Morning Star umgetauft, und in ihren Zeitschriften Marxism Today, Comment und Labour Monthly in die Arbeiterbewegung hineingetragen. Außer in den großen Gewerkschaften der Metallarbeiter und Transportarbeiter erlangten die Kommunisten eine starke Stellung bei den Bergleuten und in einigen Angestellten-gewerkschaften.

Da die Shop-Stewards-Bewegung einen ungeahnten Aufschwung genommen hat, fällt der Kommunistischen Partei als Organisation der klassenbewußten Shop Stewards eine zentrale Rolle bei der Erneuerung der britischen Arbeiterbewegung zu, in der sie allerdings einige Rückschläge verzeichnen mußte. Diese wurden zum Teil durch außenpolitische Ereignisse wie vor allem den Ungarnaufstand, weniger den sowjetischen Einmarsch in die C.S.S.R. oder die sowjetisch-chinesische Spaltung verursacht, zum Teil auch durch die partiellen Widersprüche zwischen den radikalen Betriebskomitees und hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären, die häufig nach den taktischen Vorstellungen der Partei mit "linken Kadidaten" wie den Exkommunisten Lawrence Daly (N.U.M.) und Hugh Scanlon (A.E.F.) besetzt wurden. Zu den speziellen Rollenzwängen in der Gewerkschaftsbürokratie kommt die gewerkschaftliche Zersplitterung hinzu, aus der häufig Reibungsverluste zwischen konkurrierenden Gewerkschaftsapparaten entstehen, am spektakulärsten bei den Angestelltengewerkschaften A.S.T.M.S. und D.A.T.A. Obwohl in beiden Gewerkschaftsführungen Kommunisten stark vertreten waren, hinderte das diese keinesfalls, sich gegenseitig in der Mitgliederwerbung zu lähmen. Die zwischengewerkschaftliche Rivalität und wachsende Kluft zwischen militanten Arbeitergruppen und den Gewerkschaftsapparaten erschwerte es der Kommunistischen Partei, eine einheitliche Taktik zu entwickeln bzw. durchzusetzen.

Mit der Intensivierung der Lohnkämpfe nach den einkommenspolitischen Maßnahmen der Labour-Regierung und dem Angriff auf die gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter konnten die kommunistischen Shop Stewards und ihre Partei ein zentraler Faktor in der sich politisierenden Streikbewegung werden. Vor allem die kommunistische Zeitung

Morning Star entwickelte sich zu einem integralen Moment der Kampagne, indem sie tagtäglich über die wichtigsten Streiks berichtete, Streikaufrufe veröffentlichte und zu industriellen Massenaktionen aufrief. Dabei vertrat sie konsequent die Interessen der Arbeiterklasse gegen die konservative Regierung und deckte das abwieglerische Verhalten der Labour-Führung und des T.U.C. auf. Ein Indiz für die wachsende politische Bedeutung des von seiner Auflage her kleinen Morning Star (etwa 50 000) - verglichen mit den Millionenauflagen der bürgerlichen Tageszeitungen - ist die von ihm seit dem Sommer 1971 geführte Diskussion über die "Zukunft der britischen Arbeiterbewegung", in der sich bereits Trotzlisten, Kommunisten, linke Gewerkschaftsführer, Mitglieder der Tribune-Gruppe bis hin zum Generalsekretär der Labour Party (Harry Nicholas) beteiligt haben. Daß dieses Diskussionsforum ein faktisches Bündnis mit der politisierten Gewerkschaftsbewegung und der erstarkten Linken in der Labour Party einleitete, ist in den einheitlichen Klassenaktionen deutlich geworden.

Trotzkistische Gruppen

Von den zahlreichen trotzkistischen Gruppen soll hier kurz auf "International Socialism" (I.S.) eingegangen werden, die mit ihren über 2 000 aktiven Mitgliedern eine gewisse Bedeutung gewonnen hat. Das liegt einmal daran, daß ihr Einfluß nicht auf den universitären Bereich oder vereinzelte Intellektuelle begrenzt bleibt, was z.B. für die "International Marxist Group" als britische Sektion der IV. Internationale oder die ihr nahestehende, kürzlich gegründete Jugendorganisation "Spartacus-League" oder die sich um die Zeitschrift Red Mole scharenden Wortführer der britischen

Studentenbewegung wie Tariq Ali, Robin Blackburn, Peter Gowan usw. zutrifft. Zum anderen hat I.S. eine realistische Bündnispolitik in zahlreichen antikapitalistischen Tagesfragen entwickelt, in denen sie auf lokaler Ebene mit Kommunisten und Mitgliedern der Labour Party zusammen arbeitet²³. Das unterscheidet I.S. grundsätzlich von der radikal-trotzkistischen, konspirativ agierenden "Socialist Labour League" (S.L.L.), die sich mit ihrem fluktuierenden, zumeist sehr jugendlichen Anhang auf die Herausgabe der Tageszeitung workers' press konzentriert, in der neben zum Teil detaillierten Streikberichten seitenlange Auszüge aus Trotzki's Schriften und endlose Attacken gegen konkurrierende Gruppierungen und die Kommunistische Partei enthalten sind.

Der praktischen Arbeit von I.S. entspricht eine theoretische Arbeit, die sich an den aktuellen Problemen der britischen Arbeiterklasse orientiert. Dabei sind einige aufschlußreiche Analysen über die Situation des britischen Kapitalismus, insbesondere über die staatliche Einkommenspolitik und Produktivitätsabkommen wie die neue Shop-Stewards-Bewegung von I.S.-Mitgliedern wie Colin Barker, Tony Cliff und Michael Kidron verfaßt worden²⁴. In dem Journal International Socialism wird vorwiegend über die Klassenkonflikte im Ausland und allgemeinere Probleme der britischen Situation berichtet, mit dem unter britischen Arbeitern verteilten Wochenblatt Socialist Worker dagegen zu tagespolitischen Fragen, vor allem zu Streikaktionen Stellung genommen. Die durch Flugblätter, Kurzanalysen usw. unterstützte Agitation an der gewerkschaftlichen Basis spart nicht mit schonungsloser Kritik an der Gewerkschaftsbürokratie. Erst die revolutionäre, marxistische Partei aus sozialistischen Kadern kann nach den Vorstellungen von

I.S. die isolierten Kämpfe der Arbeiter in eine Serie revolutionärer Massenaktionen gegen das kapitalistische System zusammenfassen, das durch ein System der Arbeiterräte und Arbeiterkontrolle über die Produktion ersetzt wird.

I.S. konnte eine kontinuierliche Wirksamkeit entfalten, indem in der Agitation bei den realen Kämpfen der Shop Stewards auf betrieblicher Ebene und sonstigen demokratischen Initiativen der werktätigen Bevölkerung angesetzt wurde, die man mit der bewußtseinsbildenden Funktion der revolutionären Partei verband. Diese mußte allerdings schon deshalb begrenzt bleiben, da die vor allem bei den Arbeiterorganisationen kritisierten Integrationserscheinungen nicht im Zusammenhang mit der ökonomischen und politischen Entwicklung gesehen werden. Wenn dabei das tatsächlich existierende Bürokratieproblem verabsolutiert wird, kann die Bewegungsweise der britischen Klassenkämpfe nicht mehr zureichend erkannt werden, in denen ehemals erstarrte Apparate mobilisiert und schließlich selbst zu einem politisierenden Element wurden. Die Dogmatisierung des nur in bestimmten historischen Phasen wie während des Ersten Weltkriegs und in den 50er Jahren vorherrschenden Widerspruchs zwischen einer zum Teil militanten gewerkschaftlichen Basis und weitgehend integrierten Gewerkschaftsapparaten führt unter bündnispolitischem Gesichtspunkt zu falschen Fronten und in der realen Bewegung der Klassenkämpfe schließlich zu sektiererischen Positionen.

Das Liaison-Komitee

Unter den Bedingungen einer kampfstarken gewerkschaftlichen Basis, der relativen Schwäche der revolutionären Kräfte in der britischen Arbeiterbe-

wegung, in der sozialpartnerschaftliche Strömungen dominierten, mußten die gewerkschaftlichen Verteidigungskomitees zu einem natürlichen Sammelbecken des Widerstands gegen die verschiedenen Varianten staatlicher Einkommenspolitik und die antigewerkschaftliche Gesetzgebung werden. Da sich in diesen Arbeiterkomitees die politisch bewußten Kräfte sammelten, spielten die Kommunisten an der gewerkschaftlichen Basis bald eine entscheidende Rolle. Sie stellen z.B. im Londoner Verbindungskomitee zur Verteidigung der Gewerkschaften ("Liaison Committee for the Defence of Trade Unions") in Jim Hiles und Kevin Halpin den Sekretär und Vorsitzenden.

Von dem Liaison-Komitee wurden bereits die Maidemonstrationen des Jahres 1969 gegen die Gewerkschaftsgesetze von Labour organisiert, die schließlich zurückgenommen werden mußten. Im Kampf gegen die Tory-Gesetze, unterstützt von der Kampagne für Arbeiterkontrolle und von I.S., vor allem aber vom kommunistischen Morning Star gelang es ihm, den gewerkschaftlichen Widerstand zusammenzufassen. Das zeigt die von ihm organisierte Konferenz zur Vorbereitung industrieller Aktionen, an der fast 2 000 Gewerkschaftsdelegierte aus 300 Gewerkschaftsgruppen, 155 Shop Stewards-Komitees, 55 Gewerkschaftsausschüssen und 4 nationalen Gewerkschaftsexekutiven teilnahmen. Auch zwei Repräsentanten der parlamentarischen Labour-Linken, Sid Bidwell und Norman Atkinson, sprachen auf der bisher größten politischen Arbeiterkonferenz in diesem Jahrhundert.

Von der aktiven Basis gewerkschaftlich organisierter Shop Stewards getragen, wurde das Liaison-Komitee zum Koordinator der gewerkschaftlichen und politischen Opposition gegen die Angriffe von Regierung und Monopolkapital auf die politische und

soziale Stellung der britischen Arbeiterklasse. Dabei hat es nicht nur eine politische Funktion innerhalb der militanten Shop Stewards gewonnen, sondern katalysatorisch auf die britische Gewerkschaftsbewegung bis hin zur Labour Party gewirkt. Davon zeugten die nach dem Streikaufruf zum 8. Dezember 1970 und 12. Januar 1971 folgenden Massenaaktionen der Metallarbeitergewerkschaft am 1. und 18. März 1971 und die im T.U.C. abgegebenen 4 Millionen Stimmen für politische Massenaaktionen gegen die Gewerkschaftsgesetze ebenso wie die erfolgreiche Koordination des Widerstands gegen ihre Anwendung. Die faktische Existenz des Liaison-Komitees spiegelt einerseits die organisatorische Zersplitterung der britischen Arbeiterbewegung, die es andererseits in der Vorbereitung solidarischer und zunehmend einheitlicher Klassenaktionen überwinden hilft.

5.2.2. Zur innergewerkschaftlichen Demokratisierung als ungleichzeitiger Prozeß

Die aus besonderen strukturellen Bedingungen entstandene Shop-Stewards-Bewegung bekam erst durch die Aktivität der Kommunistischen Partei und anderer sozialistischer Gruppierungen auf lokaler Ebene eine politische Dimension, die in den eher defensiven Aktionen des Liaison-Komitees zunächst nur sporadisch wirksam wurde. Dabei konnte in den verschärften sozialen Konflikten dennoch eine Mobilisierung zahlreicher Gewerkschaften in Gang gebracht werden, mit der ein innergewerkschaftlicher Demokratisierungsprozeß als unerläßliche Voraussetzung der weiteren Politisierung einherging. Diese Entwicklung mußte angesichts der organisatorischen Zersplitterung ungleichzeitig verlaufen, was an einigen Beispielen gezeigt werden soll.

Der neue linke Block: A.U.E.W. und T.G.W.U.

Eine zentrale Rolle in der Politisierung der britischen Gewerkschaftsbewegung hat die 1913 am Clyde in der Werft von John Brown gegründete Gewerkschaft der Techniker und technischen Zeichner (D.A.T.A., jetzt eine Sektion der A.U.E.W.) gewonnen, die mit ihrer betriebsnahen Tarifpolitik als einzige Gewerkschaft im April 1966 die staatliche Einkommenspolitik angegriffen und selbst in der Periode des gesetzlichen Lohnstopps beträchtliche Lohnerhöhungen erkämpft hatte. Mit dieser Streikaktivität von D.A.T.A. hängt es zusammen, daß ihre relativ jungen Mitglieder in der Regel ihre Arbeit als Lehrlinge in der Metallindustrie, nahezu ausschließlich im Maschinen- und Schiffbau, als Schlosser, Mechaniker, Elektriker, Dreher usw. beginnen. Zu der Berufserfahrung als Produktionsarbeiter kommt hinzu, daß die Mehrheit unter den Vätern gelernte Industriearbeiter mit einer langjährigen Gewerkschaftserfahrung sind²⁵. Daher richtet sich ihr ausgeprägtes Berufsbewußtsein weniger gegen verwandte Berufsgewerkschaften im Metallbereich als vielmehr gegen ein profitorientiertes Management, von dessen Entscheidungen ihre Arbeitsplätze zunehmend in den hochkonzentrierten Industrien mit marktbeherrschenden Unternehmen, wie G.E.C.-E.E., British Leyland, Rolls-Royce bedroht sind. Das hat zu ihrer raschen Organisierung beigetragen. Bereits 1964 waren von den technischen Zeichnern etwa 80 %, im Fahrzeugbau, 67,1 % im Schiffbau und über 50 % in der Metallverarbeitung organisiert.²⁶

Gefördert durch den harten Konkurrenzkampf um Mitglieder, vor allem mit der rasch zunehmenden A.S.T.M.S. unter ihrem linken Generalsekretär Clive Jenkins, hat sich die mittlerweile über 100 000 Mitglieder

zählende D.A.T.A. zur militantesten britischen Gewerkschaft entwickelt, die mehr als jede andere Gewerkschaft an Streikunterstützung zahlt. Über 90 % ihrer Streiks beendet D.A.T.A. erfolgreich. Daß im Unterschied zu den sonstigen Arbeitskämpfen fast alle offiziell geführt werden, liegt zum großen Teil an ihrer demokratischen Struktur, die eine schnelle Kommunikation zwischen den Bürokomitees (vergleichbar den Betriebskomitees der manuellen Arbeiter), den nach dem Arbeitsplatz und nicht nach der Wohngegend organisierten Gewerkschaftsgruppen, den Abteilungsräten auf regionaler Ebene und dem Exekutivkomitee ermöglicht. Bürokratische Tendenzen werden schon dadurch ausgeschlossen, daß hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre, wie der Präsident und Generalsekretär, in dem Exekutivkomitee ebenso wenig stimmberechtigt sind wie auf der jährlichen Delegiertenkonferenz als höchstes Entscheidungsorgan. Die sich ergänzenden Faktoren innere Demokratie und Militanz spiegeln sich in der Besetzung des Exekutivkomitees, dessen Mitglieder in ihren politischen Anschauungen von linken Labour-Anhängern über eine Majorität von Kommunisten bis zu trotzkistischen bzw. maoistischen Exponenten wie Mike Cooley reichen²⁷.

Die konsequente Haltung der D.A.T.A. gegen einkommenspolitische Maßnahmen half den militanten Metallarbeitergruppen, ihren Gewerkschaftsapparat mit der Wahl Hugh Scanlons als Nachfolger William Carrons von innen her aufzuweichen. Unter dem zunehmenden Druck der Labour-Regierung ließ sich der von der A.E.U.-Führung gegebene Blankoscheck für eine staatliche Einkommenspolitik immer weniger verteidigen²⁸. Zudem hatten die Attacken der Exekutive gegen die militante gewerkschaftliche Basis

zu einer Sammlung der Opposition geführt, die in ihrem Wahlkampf für das Recht jedes gewerkschaftlichen Mitglieds eintrat, alle Funktionäre vom Shop Steward bis zum Präsidenten zu wählen, für die Bindung des Exekutivrates an Entscheidungen des nationalen Delegiertenkomitees und für das Recht eines aus ehrenamtlichen Mitgliedern bestehenden Appellationshofes, über jeden Konflikt zwischen Mitgliedern und Exekutivrat zu entscheiden²⁹. Diese Wendung zur innergewerkschaftlichen Demokratie bedeutete eine folgenreiche Stärkung der gewerkschaftlichen Linken, die bereits mit der Wahl Frank Cousins und später Jack Jones als Nachfolger der reaktionären Gewerkschaftsführer Ernest Bevin und Arthur Deakin in der Transportarbeitergewerkschaft einen großen Erfolg errungen hatten. Während diese gleichermaßen eine Politik der Sozialpartnerschaft und des Antikommunismus betrieben - so durften Kommunisten nach den Regeln der T.G.W.U. keine Gewerkschaftsämter bekleiden -, verstehen Hugh Scanlon und Jack Jones ihre Organisation als Transmissionsriemen einer von den Shop Stewards getragenen Produzentendemokratie, die sich im Kampf um Arbeiterkontrolle in den Betrieben entwickelt und auf eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel zielt (vgl. den Abschnitt 5.3.1.).

Das setzt aber eine Reorganisation der zersplitterten britischen Gewerkschaftsbewegung voraus. Ein erster Schritt zur Überwindung der Industrie-, Berufs- und Mischgewerkschaften wird mit den gesetzlich geförderten freiwilligen Zusammenschlüssen getan. So ist durch den Zusammenschluß der A.E.U. mit der Gießereiarbeitergewerkschaft zur A.E.F. 1967 und drei Jahre später mit der Maschinenbauergewerkschaft C.E.U. und der Technikergewerkschaft D.A.T.A. zur Allgemeinen Gewerkschaft der Metallarbeiter (A.U.E.W.) mit 1,4 Millionen Mitgliedern eine mäch-

tige Industriegewerkschaft entstanden, die den betrieblich isolierten Kampf ihrer Shop Stewards auch auf die Ebene der monopolistischen Konzerne, des Industriezweigs und der staatlichen Wirtschaftspolitik ausdehnen kann³⁰.

Die 1922 aus 14 unterschiedlichen Gewerkschaften gebildete Transportarbeitergewerkschaft folgt einem anderen Gliederungsprinzip. So wie die Mammutunternehmen sich über mehrere Industriezweige erstrecken, so hat die T.G.W.U. verschiedene Sektionen - 324 000 allgemeine Arbeiter, 270 000 Metallarbeiter, 56 000 Hafenarbeiter usw.³¹. Im Unterschied zum französischen und italienischen Gewerkschaftspluralismus aus drei politischen Richtungsgewerkschaften zeigt die komplexe Struktur der beiden größten britischen Gewerkschaften, wie langwierig in Großbritannien der Weg zu einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation ist. Von den 1 232 Gewerkschaften um 1900 sind bis 1966 noch immer 574 übriggeblieben. Um einen Eindruck von dieser Vielfalt zu vermitteln, werden die 170 dem T.U.C. angeschlossenen Gewerkschaften nach Wirtschaftsbereichen und Mitgliederzahlen aufgeschlüsselt:

Gewerkschaften und Mitglieder des T.U.C.
nach Sektoren

Sektoren	Zahl der Ge- Mitglieder werkschaften	
1. Bergbau	3	478 328
2. Eisenbahnen	3	371.878
3. Transportwesen	10	1 568.004
4. Schiffbau	3	123 740
5. Maschinen- u. Fahrzeugbau	17	1 442 758
6. Energie	3	348 063
7. Stahl- u. Eisenindustrie	15	223 316
8. Baugewerbe, Holz-Möbelverarb.	16	515 501
9. Druck und Papier	8	372 406
10. Baumwolle	6	88 433
11. Textilindustrie	21	87 411
12. Bekleidungsindustrie	7	167 767
13. Leder- u. Schuindustrie	5	94 271
14. Glas, Zement, Chemie, Nahrungsm.	14	484 825
15. Landwirtschaft	1	135 000
16. Öffentlich Angestellte	8	715 805
17. Beamte	11	530 442
18. Sonstige Berufe	15	316 708
19. Allgemeine Arbeiter	4	802 866
insgesamt	170	8 867 522

Quelle: Selected Written Evidence, Submitted to
Royal Commission, London 1968, S. 223.

Der Gewerkschaftskongreß fördert zwar die zwischenge-
werkschaftlichen Zusammenschlüsse, doch gehen die
wesentlichen Impulse einer multigewerkschaftlichen
Zusammenarbeit von den Shop-Stewards-Komitees in
Großunternehmen wie bei British Leyland, Ford oder
Imperial Chemical Industries aus, in denen sich die
politisch bewußten Arbeiterkader organisieren. Da-
durch wird der von den Betriebskomitees ausgehende
Demokratisierungsdruck auf die Gewerkschaftsapparate
von einer in der Tendenz angestrebten Aktionsein-

heit ergünst, mit der das in der gewerkschaftlichen Linken diskutierte Konzept der Arbeiterkontrolle an aktueller Bedeutung gewinnt.

Bürokratische Tendenzen am Beispiel der N.U.G.M.W. und E.T.U.

Die hier erneut erhobenen Forderungen nach Arbeiterkontrolle hängen eng mit dem in Gang gesetzten Prozeß der innergewerkschaftlichen Demokratisierung zusammen, der in zahlreichen Gewerkschaften erst in den Anfängen steckt. So stehen der T.G.W.U. und A.E.F. in der E.T.U. und N.U.G.M.W. zwei Bollwerke des rechten Establishments gegenüber, deren unge-
trübte Zusammenarbeit mit dem kapitalistischen Management und dem Staatsapparat nicht zuletzt von ihrer bürokratischen Struktur abgedeckt wird. Das soll im einzelnen an dem Beispiel der 1923 aus dem Zusammenschluß von Gewerkschaften der Gas-, Behörden- und sonstigen Arbeiter entstandenen G.M.W.U. untersucht werden, deren Verfassung sich seitdem wenig geändert hat³².

Im Jahre 1965 gab es 2 261 örtliche Gewerkschaftsgruppen in der N.U.G.M.W., die von 10 regionalen Ausschüssen mit 140 hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären verwaltet werden. Die jährliche Delegiertenkonferenz setzt sich aus Vertretern der Gewerkschaftsgruppen und aus einem Delegierten für jeweils 2 000 Mitglieder einer Region zusammen. Zwischen den Kongressen bestimmt der Generalrat die offizielle Gewerkschaftspolitik, der aus dem jeweils für zwei Jahre gewählten Vorsitzenden, dem auf Lebenszeit gewählten Generalsekretär, den 10 regionalen Sekretären und 14 regional gewählten ehrenamtlichen Mitgliedern besteht. Der Generalrat ernennt ein nationales Exekutivkomitee, das

selbständig entscheiden kann. Bis 1926 mußten sich die hauptamtlichen Funktionäre alle zwei Jahre einer Neuwahl stellen, danach wurden sie auf Lebenszeit gewählt.

Die bürokratischen Tendenzen in der N.U.G.M.W. werden nicht nur in der Verbeamtung aller Funktionäre offenbar, sondern auch darin, daß über die Eignung der Anwärter allein das nationale Exekutivkomitee entscheidet. Insofern hat die nach einer zweijährigen Probezeit folgende Wahl nur Bestätigungscharakter, zumal innergewerkschaftliche Opposition nach den Statuten (Regel 43) untersagt ist. Jedem Mitglied der N.U.G.M.W. droht der unverzügliche Ausschluß, wenn es in irgendeiner Weise, ob mündlich oder schriftlich, einen hauptamtlichen Funktionär oder ein Organ der Gewerkschaft angreift, sich oppositionell zur offiziellen Gewerkschaftspolitik verhält oder mit einer von den Spitzenfunktionären abgelehnten Person oder Organisation zusammenarbeitet. Die Kontrolle wird noch dadurch ausgedehnt, daß - abgesehen von dem generellen Vetorecht der Funktionäre gegen neugewählte Shop Stewards - den gewerkschaftlichen Ortsgruppen strikt verboten ist, miteinander zu kommunizieren. Sie können jederzeit vom zuständigen Bezirkssekretär versetzt, zusammengelegt oder geschlossen werden³³. Durch die vollständige Abschirmung von der gewerkschaftlichen Basis konnte sich ein oligarchischer Führungsstil entwickeln, der konsequenterweise zu einem nahezu undurchlässigen Funktionärsapparat führte. So hat der nationale Industriefunktionär David Basnett seit seiner Schulentlassung für die N.U.G.M.W. gearbeitet. Schon sein Vater war hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär. Diese familiäre Tradition trifft auch auf andere nationale Gewerkschaftsführer der N.U.G.M.W. zu, bei Jack Eccles reicht sie sogar bis in die dritte Generation zurück. Der Onkel des

jetzigen Generalsekretärs Lord Cooper ist Lord Dukes, ein Generalsekretär der N.U.G.M.W. in den zwanziger und dreißiger Jahren, um nur einige Beispiele des Nepotismus zu nennen. Der bürokratischen Struktur entspricht ein partnerschaftliches Verhältnis zum jeweiligen Management und strenge Disziplin gegenüber den eigenen Mitgliedern. In dem schriftlichen Memorandum für die Donovan-Commission sagte Lord Cooper, "daß wir soviel wie möglich dazu beitragen sollten, den Profit eines Unternehmens oder Industriezweigs zu maximieren, um die Aussicht auf bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu erhöhen"³⁴. Dabei können Streiks nur hinderlich sein, auf deren Ausübung die N.U.G.M.W. ebenso wie die E.T.U. am liebsten verzichtet, was am Ausstand der Elektrizitätsarbeiter im Herbst 1970 deutlich wurde. Die N.U.G.M.W. steigerte zwar die Mitgliedsbeiträge beträchtlich, gab aber mit 11 567 Pfund im Jahre 1964 für ihre knapp 785 000 Mitglieder nur ein Bruchteil des Streikgeldes aus, das z.B. D.A.T.A. ihren (1964 etwa) 70 000 Mitgliedern zahlte - 114 000 Pfund. Um die lästigen inoffiziellen Streiks zu vermeiden, hat sich die N.U.G.M.W. auch nicht gescheut, das ursprüngliche gewerkschaftliche Kampfziel einer hundertprozentigen Mitgliedschaft in einem Betrieb bzw. Unternehmen ("closed chop") in das Gegenteil zu verkehren. Sie übernimmt dabei die Disziplinierung ihrer militanten Mitglieder, für die ein Ausschluß aus der Gewerkschaft automatisch den Verlust des Arbeitsplatzes nach sich zieht. Die hiermit praktizierte Interessensharmonie mit dem Management kam deutlich während des siebenwöchigen Streiks der Glasarbeiter des Unternehmens Pilkington zum Ausdruck, als die N.U.G.M.W. zunächst den Streik abzuwiegeln versuchte, später mit dem Management zusammen eine abgesplitterte Gewerkschaftsgruppe liquidierte.

Die Kooperation mit dem Management der Industrie und der staatlichen Bürokratie äußerte sich in der Zustimmung zu Produktivitätsabkommen und einkommenspolitischen Maßnahmen. Trotz des sich gegen die Gewerkschaftsgesetze ansammelnden Protestes der britischen Arbeiterklasse wurden diese von Lord Cooper und Les Cannon von der E.T.U. nur in einigen Klauseln abgelehnt³⁵. Der inzwischen verstorbene Les Cannon hatte in einer von der bürgerlichen Presse massiv unterstützten Kampagne die kommunistische Führung in der E.T.U. mit dem Vorwurf der Wahlmanipulation gestürzt. Dadurch gelang es, die militante, gegen jede Lohnbeschränkung kämpfende E.T.U. in eine sozialpartnerschaftliche Gewerkschaft zu verwandeln, in der inoffizielle Streiks reduziert wurden und disziplinarische Maßnahmen jede institutionelle Veränderung verhinderten. So wurde der Exekutivrat mit hauptamtlichen statt ehrenamtlichen Gewerkschaftsmitgliedern besetzt, die zudem nur alle 5 Jahre statt vorher für 2 Jahre gewählt wurden. Die Gebietsausschüsse wurden aufgelöst und die Shop Stewards vom Exekutivrat überwacht. Die horizontale Organisationsform in der E.T.U. mußte, wie Les Cannon sagte, der vertikalen Struktur weichen.

Auf die Dauer läßt sich allerdings eine restriktive Gewerkschaftspolitik bei der sich verschlechternden sozialen Lage und der anwachsenden Kampfbereitschaft der britischen Arbeiter nicht aufrechterhalten. So machte sich bei den letzten Präsidentenwahlen in der E.T.U. bereits eine bedeutende Gegenfraktion bemerkbar. Die etablierten Gewerkschaftsbürokratien konnten sich zwar im Bridlington-Abkommen erfolgreich gegen abgesplitterte Arbeitergruppen absichern, so daß die neue Glasarbeitergewerkschaft in St. Helens weder vom Pilkington-Management anerkannt noch von der T.G.W.U. als Un-

terabteilung aufgenommen wurde. Doch brachte der Pilkington-Streik schließlich eine weitreichende Revision der autoritären Struktur der N.U.G.M.W. in St. Helens³⁶. Die wachsende Streikaktivität ihrer Basis und der seit Jahren kontinuierliche Mitgliederchwund machen neue Handlungsspielräume für die gewerkschaftliche Basis frei, die im weiteren Verlauf der Klassenauseinandersetzungen auf den Apparat mobilisierend wirkt, wie es am Gasarbeiterstreik des Jahres 1973 deutlich werden sollte.

5.2.3. Die Politisierung der zentralen Arbeiterorganisationen T.U.C. und Labour Party

Der ungleichzeitige Demokratisierungsprozeß in der britischen Gewerkschaftsbewegung tritt in den Abstimmungen der Gewerkschaftskongresse und Parteitage deutlich zutage, die zudem als zentrale Organisationen der britischen Arbeiterbewegung in besonderer Weise den Integrationszwängen des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems unterliegen. Insofern trat der allgemeine Politisierungsprozeß in den zentralen Arbeiterorganisationen erst in einer späteren Phase in Erscheinung, zunächst im T.^U.C., dann in der Labour Party. So eng beide Organisationen in Großbritannien auch verknüpft sind, zeigt sich in dem Phasenunterschied dennoch ein charakteristischer Tatbestand. Die in der sozialökonomischen Krise verstärkten arbeiterfeindlichen Maßnahmen der sozialdemokratischen Labour-Regierung zwängen den sie tragenden T.U.C. unter dem Druck der gewerkschaftlichen Basis zum Widerstand, der schließlich zum Rückzug der Labour-Regierung führen mußte, falls sie nicht die Spaltung riskieren wollte.

Trades Union Congress

Die bürokratischen Tendenzen in den britischen Gewerkschaften sind allgemein als das Resultat einer sozialen Entfremdung von den Belegschaften und der Zentralisierung gewerkschaftlicher Entscheidungen nachgewiesen worden. Daß sich unter diesem Rollenzwang vor allem die Spitzenfunktionäre vom Klasseninteresse der gewerkschaftlichen Basis entfernen können, haben die N.U.G.M.W. unter Lord Cooper, Les Cannon von der E.T.U. und der "konstitutionelle Flügel" in der Bergarbeitergewerkschaft N.U.M. nur zu deutlich, im Ansatz aber auch linke Gewerkschaftsführer wie Lawrence Daly in den Bergarbeiterstreiks 1969 und 1970 und Hugh Scanlon im Fordstreik 1970 gezeigt. So überließ Jack Jones im nationalen Dockerstreik 1970 als unbedingter Verfechter gewerkschaftlicher Demokratie zwar die endgültige Entscheidung der nationalen Delegiertenkonferenz, band sich jedoch gleichzeitig an keineswegs neutrale Verhandlungsprozeduren, als er auf das Ablenkungsmanöver einer Untersuchungskommission einging (Exkurs B). Darin spiegeln sich funktionelle Integrationsmechanismen ebenso wie der nach wie vor rechte Funktionärskörper in der T.G.W.U., der noch aus der antikommunistischen Deakin-Ära stammt. Das mochte auch der Kompromißlösung beim Dockerstreik 1972 zugrundeliegen, als Jack Jones sich die zentralen Forderungen der Dockarbeiter durch soziale Zugeständnisse abkaufen ließ (vgl. den Abschnitt 4.3.3.). In weitaus stärkerem Maße trifft diese Integrationstendenz für den nur aus hauptamtlichen Funktionären bestehenden Generalrat des T.U.C. zu.

Als direkter Gesprächspartner von Unternehmerverband (C.B.I.) und Arbeitsministerium (D.E.P.) wird der T.U.C. faktisch vom Kampf seiner Mitglieder im

Betrieb und auf der Straße entfremdet. War der Druck staatlicher Organe auf die Gewerkschaften zunächst nur sporadisch während der beiden Weltkriege erfolgt, so wurde das Widerspiel von direkter Zusammenarbeit und rechtlichen Sanktionen nach dem Zweiten Weltkrieg ein Dauerzustand. Dabei ließ man die Gewerkschaftsspitzen gleichsam in den Vorhof der Macht eintreten, indem man sie an zahlreichen Regierungsausschüssen beteiligte - unter Labour 1949 in 60, 1954 bereits in 81 unter den Konservativen. So wurde der T.U.C. institutionell am Nationalen Rat für wirtschaftliche Entwicklung (N.E.D.C.), an der Preis- und Einkommensbehörde (P.I.B.) und sogar am halböffentlichen Rationalisierungskuratorium (I.R.C.) usw. beteiligt. Ohne relevante Entscheidungsbefugnisse ausgestattet, konnte der T.U.C. für das "Gemeinwohl" verantwortlich gemacht werden. So verwundert es nicht mehr, daß der T.U.C. konzertierte Anstrengungen zur höchsten Effektivität der britischen Industrie in der gleichen Weise akzeptierte wie die einkommenspolitischen Maßnahmen der Labour-Regierung von 1964, denen der Generalrat mit Vertretern des C.B.I. in einer gemeinsamen Absichtserklärung zustimmte³⁷. Vergeblich versuchte der T.U.C. bald darauf einem gesetzlichen Lohnstopp durch ein freiwilliges Frühwarnsystem auszuweichen, das allerdings nur mit einer Stimmenmehrheit von 5 : 3 angenommen wurde. Dennoch fand sich der T.U.C. bereit, dem gesetzlichen Lohnstopp und der folgenden Periode "strenger Zurückhaltung" zuzustimmen, um die wirtschaftliche Krisensituation, d.h. die angeschlagene Rolle des Pfund Sterling zu bereinigen.

In allen verschärften Klassenauseinandersetzungen hat sich allerdings die Integrationsfunktion des T.U.C. vermindert. Dieser sprach sich im Anschluß an den "Donovan-Report" mit dem C.B.I. zwar noch

für eine Rationalisierung des Tarifverhandlungssystems aus, die Anti-Streik-Gesetze der Labour-Regierung aber lehnte er ab. So gelang es 1969 auch mit Hilfe der T.G.W.U. eine von George Doughty (D.A.T.A.) vorgetragene Resolution gegen die anti-gewerkschaftlichen Regulierungsmaßnahmen mit einer knappen Mehrheit von 4,7 : 4,2 durchzubringen³⁸. Diese hatten einen Aufschub von Lohnerhöhungen bis zu drei Monaten mit Strafbestimmungen gegen Streikende vorgesehen. Nahezu geschlossen nahm der T.U.C. unter dem Druck der gewerkschaftlichen Basis den propagandistischen Kampf gegen die Neuauflage der antigewerkschaftlichen Maßnahmen durch die konservative Regierung auf. Wie am "schwarzen Freitag" 1921 oder beim Generalstreik 1926, als die streikenden Bergarbeiter im Stich gelassen wurden, war der T.U.C. zu diesem Zeitpunkt jedoch noch darauf bedacht, die industrielle Kraft der britischen Arbeiterklasse nicht in politische Massenaktionen umzusetzen. Dennoch zeigten die für einen Generalstreik abgegebenen vier Millionen Stimmen einen beträchtlichen Linksruck im T.U.C., der die in der Führung dominierende Rechte in einer Reihe von Entscheidungen zu Zugeständnissen zwang. Bereits auf dem T.U.C. 1971 und selbst dem Parteitag der Labour Party wurde die entschädigungslose Verstaatlichung der Schiffbauindustrie, der Banken und Versicherungsgesellschaften sowie reprivatisierter Industriezweige gefordert. Dieser Trend setzte sich auf dem T.U.C. 1972 fort. So wurde das faktisch schon weitgehend durchlöchernte Verbot für Kommunisten, offizielle Ämter zu bekleiden, vollständig aufgehoben. In einem weiteren Beschluß kündigte der T.U.C. eine Kampagne zur Anhebung der Renten auf das offizielle Mindesteinkommen und zur Herabsetzung des Pensionsalters auf 60 Jahre an. Den sich der Durchführung des Mietgesetzes widersetzenen Stadtvätern wurde

volle Unterstützung zugesagt. Hatte man noch ein Jahr zuvor nur auf neuen Bedingungen für einen EWG-Betritt bestanden, so wurde dieser nun prinzipiell abgelehnt. Außerdem forderte man die sofortige Anerkennung der DDR und die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz. Im Zentrum standen jedoch nach wie vor die Auseinandersetzungen um die antigewerkschaftlichen Maßnahmen der konservativen Regierung, die nach wie vor den Motor der Klassenauseinandersetzungen darstellen und in der britischen Gewerkschaftsbewegung irreversible Veränderungen bewirkt haben.

Der gewerkschaftliche Ökonomismus wird durch die zunehmende staatliche Regulierung des gesellschaftlichen Reproduktionprozesses in Frage gestellt. Einkommenspolitische Maßnahmen und antigewerkschaftliche Gesetze politisieren die sozialökonomischen Auseinandersetzungen ebenso wie die staatsmonopolistischen Rationalisierungsstrategien. So hat der zunehmende Druck der konservativen Regierung auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der werktätigen Bevölkerung und der wachsende Widerstand der Arbeiterklasse in der aufgezeigten organisatorischen Umsetzung den T.U.C. in einem ungeahnten Maße mobilisiert. Mit der Unterstützung der U.C.S.-Besetzung, der stillschweigenden Rückendeckung des Bergarbeiterstreiks und der Ausrufung eines Generalstreiks zur Freilassung der verhafteten Dockarbeiter übernahm er selbst eine politisierende Funktion, indem er hinter die einzelnen Arbeiterkollektive die solidarische Kraft der gesamten Arbeiterbewegung stellte und den Staat zum Rückzug zwang.

Gerade die Auseinandersetzungen um die Gewerkschaftsgesetze haben gezeigt, daß das Kalkül der staatlichen Administration nicht aufgegangen war, die

betrieblichen Shop-Stewards-Komitees in die Gewerkschaftsapparate und diese in die staatlichen Institutionen zu integrieren, um die Gewerkschaftsbewegung insgesamt zu einem Transmissionsriemen für die staatlichen Regulierungsmaßnahmen, insbesondere die Einkommenspolitik, umzuwandeln³⁹. Dieser Zusammenhang wurde in der Haltung des T.U.C. zu den einkommenspolitischen Maßnahmen der konservativen Regierung deutlich, zu deren Vorschlägen der T.U.C. am 10. Oktober 1972 Gegenvorstellungen entwickelte. Darin machte er einkommenspolitische Zugeständnisse von Lebensmittelsubventionierung, Wohnbeihilfen, Streikfreiheit usw., also von der Sicherung der Lebensbedingungen der werktätigen Bevölkerung abhängig. Diese Forderungen führten zum Abbruch der Verhandlungen zwischen T.U.C., dem Unternehmerverband C.B.I. und der Regierung Heath, die daraufhin einen Lohn-, Preis-, Miet- und Dividendenstopp verhängte. Nach dem 90tägigen Lohnstopp sollten in einem Anti-Inflations-Programm für die folgenden drei Jahre ab 1. April 1973 strikte Lohn- und Preisregulationen mit entsprechenden Strafbestimmungen für zuwiderlaufende Handlungen eingeführt werden. Dabei sind die im Gewerkschaftsgesetz niedergelegten Bestimmungen bereits abgewandelt - durch eine vorrangige Haftung von Organisationen, Aufgabe des Unterschieds zwischen registrierten und nicht-registrierten Gewerkschaften, Entmachtung des Arbeitsgerichts und Zwischenschaltung einer nach politischer Opportunität entscheidenden Instanz⁴⁰.

Gegenüber dem Anti-Inflationsprogramm der Regierung legte der T.U.C. wirtschaftspolitische Grundsätze für 1973 vor, die im einzelnen vorsahen: Widerstand gegen die Einkommenspolitik der Heath-Regierung; Forderung nach strikten Preiskontrollen; Steuererhöhungen für Höchstverdienste, Körperschaften und

Grundstücksspekulation, ein umfassendes Sozialprogramm von Mietbeihilfen und Lebensmittelsubventionen; Anhebung niedriger Einkommen; gezielte Subventionspolitik⁴¹. Mit diesem offensiven Gegenprogramm wirkte der T.U.C. wiederum politisierend auf die britische Arbeiterklasse, die sich in vielen Protesten, Streiks und Demonstrationen gegen die einkommenspolitischen Maßnahmen wehrte. Die militanten Ford- und Bergarbeiter forderten vom Sonderkongreß des T.U.C. am 5. März einen eintägigen politischen Generalstreik, den der vom "konstitutionellen Flügel" der Bergarbeitergewerkschaft 1971 gewählte Präsident Joe Gormley mit der Forderung nach einer Neuwahl koppelte. Der darauf von der T.G.W.U. und A.U.E.W. eingebrachte Antrag für einen eintägigen politischen Generalstreik am 1. Mai wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen. Der zunehmenden politischen Konfrontation mit der konservativen Regierung entspricht zugleich ein wachsender Einfluß auf die Labour Party, die in der Regierungsperiode 1964-70 dem strukturell geschwächten britischen Imperialismus zwar noch Führungspersonal lieferte, aber nicht mehr die Interessen der Arbeiterklasse vertreten hatte.

Labour Party

Seit ihrer Entstehung war für die Labour Party der Widerspruch konstitutiv, daß sie zwar eine politische Klassenbewegung der Arbeiter organisierte, aber unter den spezifischen sozialökonomischen Bedingungen des britischen Imperialismus faktisch den Reformismus der Gewerkschaften stabilisierte. Dieser Trend ist durch zwei institutionelle Formen des britischen Parlamentarismus noch beschleunigt worden: die Kabinettsregierung und das Verhältniswahlrecht. Das Kabinett ist als der Kern des britischen

Verfassungssystems bezeichnet worden, das Unterhaus dagegen weniger als Kontrollorgan denn als Forum der Kritik und Brennpunkt der öffentlichen Meinung⁴². Dadurch war eine Verselbständigung der Regierung gegenüber dem Parlament, der eigenen parlamentarischen Fraktion und Partei gegeben, die durch das Mehrheitswahlrecht noch begünstigt wurde. Ursprünglich charakteristisch für einen repräsentativen Parlamentarismus, in dem die gewählten Volksvertreter der bürgerlichen Klasse entstammten, immunisiert das Mehrheitswahlrecht heute die herrschende Parteioligarchie vor politischer Konkurrenz und innerparteilicher Demokratie. Zugleich gewährleistet es bei einem Zweiparteiensystem, daß die Unzufriedenen in gesellschaftlichen Krisen von der jeweiligen Oppositionspartei systemkonform aufgefangen werden, was für die britische Nachkriegsregierungen typisch war. Allerdings funktioniert dieser Mechanismus nur solange, wie eine sich tendenziell zur Volkspartei wandelnde Arbeiterpartei den klassenspezifischen Zündstoff bereits vorgängig als "Ihrer Majestät" Opposition entschärft.

Wenn Lenin die neugegründete Labour Party bei ihrem Aufnahmeantrag zur II. Internationale als einen ersten Schritt zur sozialistischen Arbeiterpartei charakterisierte, dann hat sich statt des notwendigen zweiten Schrittes über die besondere Arbeiterfraktion im Parlament hinaus eher eine rückläufige Entwicklung vollzogen. Vom moralischen Zusammenbruch im Ersten Weltkrieg über die offene Klassenkollaboration im Jahre 1931 führte ein nahezu gradliniger Weg zur Regierungsperiode 1964-1970, in der die Labour-Führung als Modernisator des britischen Kapitalismus vergleichbar der demokratischen Partei in den Vereinigten Staaten agierte (vgl. den Abschnitt 4.2.). So kündigte das Wahlmanifest von 1964 an, den Abbau sozialer Disparitäten nicht durch

steuerliche Umverteilungsmaßnahmen, sondern allein aus dem ökonomischen Wachstum zu finanzieren. Diese Wirtschafts- und Sozialpolitik - jedermann offenbar seit dem Seeleutestreik 1966 - brachte der lohnabhängigen Majorität eine Verschlechterung ihres Lebensstandards, was schließlich zum Regierungswechsel, zu einem Anwachsen der innerparteilichen und gewerkschaftlichen Opposition und zu verschärften Klassenkämpfen beitrug.

Schon auf der Parteikonferenz 1969 war der bislang schwebende Widerspruch zwischen der Führungsspitze und der parlamentarischen Fraktion auf der einen Seite und dem linken Gewerkschaftsflügel und den Parteimitgliedern auf der anderen offen ausgebrochen. Als Harry Urwin von der T.G.W.U. eine Resolution vorlegte, mit der die Parteikonferenz "ihre unveränderte Opposition gegen jede Gesetzgebung, die grundlegende Gewerkschaftsrechte einschränken könnte, einschließlich Strafklauseln gegen Werktätige oder Gewerkschaften hinsichtlich industrieller Konflikte" erklären sollte, stimmte die Arbeitsministerin Barbara Castle zwar zu, verteidigte aber gleichzeitig die Absicht der Regierung, das Preis- und Einkommensgesetz von 1966 mit Strafbestimmungen gegen Streikende zu verlängern⁴³. Als dieses doppelbödige Verhalten von Jack Jones angeprangert wurde, postulierte Wilson die Unabhängigkeit eines Ministers von seinen Funktionen als Parteimitglied und formulierte das Primat der Regierung. In dieser Weise wurden die produktivitätsorientierte Lohnpolitik und die gesetzlich erzwingbare Verzögerung von Lohnerhöhungen fortgesetzt, ohne daß sich die Regierung um protestierende Gewerkschaften und Parlamentarier scherte, die mit der Drohung einer vorzeitigen Parlamentsauflösung übertölpelt wurden.

Die Labour Party stand in der widersprüchlichen Grundsituation, Disziplinierungsinstrument und Integrationsmittel der Arbeiterklasse zu sein und damit zugleich den inneren Konflikt bis zur Spaltung bei der Zuspitzung der Klassenkämpfe zu produzieren. Das hat zunächst zu einem kontinuierlichen Mitgliederchwund geführt - 1953 noch über eine Million, 1963 nur noch 830 000 und 1970 knapp 700 000, in den Jahren 1967 allein ein Aderlaß von 40 000, 1968 von 33 000 Mitgliedern. Dieser stumme Protest kündigte bereits die Resignation und folgende Wahlenthaltung zahlreicher Labour-Anhänger an, die nach wie vor hauptsächlich aus der Arbeiterklasse stammen, während sich die Konservativen auf die verbürgerlichten Teile der Lohnabhängigen (bis zu einem Drittel Arbeiter) und auf das Kleinbürgertum stützen. Da es trotz der Wahlniederlage nicht gelang, innerhalb der Labour Party eine sozialistische Alternative aufzubauen, blieb ein Schattenkabinett erhalten, dessen opportunistischer Führungswille sich über jegliche Programmatik hinwegsetzte. Hatten Harold Wilson und Barbara Castle zuvor die Anti-Gewerkschaftsgesetze mit Strafklauseln verabschieden wollen und den EWG-Beitritt Großbritanniens nahezu um jeden Preis verfochten, so führten sie später in furiosen Rededuellen die parlamentarische Opposition gegen die gleichen Pläne der Konservativen an. Zu dieser Kehrtwendung durch gewerkschaftlichen Druck gezwungen, kanalisieren sie denselben zugleich für eine gewisse Zeit, indem sie industrielle Aktionen strikt ablehnten und somit den Aufbau einer sozialistischen Opposition in der Labour Party und Arbeiterklasse verzögerten. Damit wurde wieder die ambivalente Funktion der parlamentarischen Linken in der Labour Party aktuell, die sich um die Wochenzeitschrift Tribune gruppiert.

Die Tribune-Linke hat mit dem Funktionswandel des Parlaments, dem Übergang der Mitgliederpartei zur Wahlmaschine und der Dezentralisierung der Sozialreform kontinuierlich an Bedeutung verloren. Das monopolkapitalistische Management handelt die entscheidenden wirtschaftlichen Regulierungsdaten direkt mit der Exekutive aus, während Altersrenten, Krankenversicherungen und sonstige Gratifikationen zunehmend auf betrieblicher Ebene erkämpft werden. Zugleich dezentralisierte sich das Tarifverhandlungssystem, so daß parallel zu den Veränderungen in den lohnpolitischen Auseinandersetzungen das klassische Operationsfeld des linken Labour-Flügels schrumpfte, der nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem umfassenden Gesundheitsdienst und Reformen im Erziehungswesen noch wesentliche sozialpolitische Erfolge errungen hatte. Man konnte zwar Gaitskells Versuch abwehren, nach dem Vorbild sozialdemokratischer Massenparteien auf dem Kontinent - wie der SPD in ihrem Godesberger Programm - "sozialistischen Ballast" abzuwerfen. Hilflös stand die Tribune-Linke jedoch dem technokratischen Führungsstil eines Harold Wilson gegenüber, der ebenso wie Stafford Cripps ihr Mann gewesen war. Davon zeugt selbst ihr von Parteimitgliedern und linken Gewerkschaftern unterzeichnetes Grundsatzprogramm, in dem wohl die Ausdehnung des öffentlichen Eigentums, die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und ein nationaler Plan gefordert, aber nicht vom unerläßlichen Kampf der Arbeiterklasse gesprochen wird, der unumgänglich ist, um diese Ziele auch nur ansatzweise zu erreichen⁴⁴.

Von der Parteiführung domestiziert und den betrieblichen Konflikten der Arbeiterklasse abgeschnitten, konnte die Labour-Linke erst wieder in den seit 1968 verschärften Klassenkämpfen aktiv werden. So wurde unter dem Druck der anwachsenden

Streikbewegung auf dem Parteitag 1970 in Blackpool dem Plädoyer von Callaghan, Jenkins u.a. für eine staatliche Einkommenspolitik zusammen mit dem linken Gewerkschaftsflügel eine Absage erteilt, die Forderung nach einer Ausdehnung des öffentlichen Eigentums mit weitgehenden Mitbestimmungsrechten intensiviert, die Propaganda gegen den EWG-Beitritt Großbritanniens verstärkt und unter der Führung von T.G.W.U. und A.E.F. eine von den Delegierten der Wahlbezirke unterstützte Resolution durchgebracht, in der eine künftige Labour-Regierung an Parteitagsbeschlüsse gebunden werden soll. Mit dieser Aktivierung hat auch eine von der Labour-Linken bisher vermiedene Diskussion mit der Kommunistischen Partei begonnen, die als ein zentraler Faktor der Klassenkämpfe und natürlicher Bündnispartner nicht mehr ignoriert werden konnte.

Trotz dieser Stärkung der Linken in der Labour Party, deren prominentester Repräsentant, Michael Foot, in die nationale Leitung gewählt wurde, vollzieht sich die Politisierung in der Labour Party, vor allem in der Parlamentsfraktion und Führung nur zögernd. Das liegt zum Teil an den seit den 50er Jahren noch existierenden antikommunistischen und undemokratischen Einschränkungen. Deshalb haben die Auseinandersetzungen um die Erweiterung der innerparteilichen Demokratie unmittelbar politische Konsequenzen. Dabei geht es im wesentlichen um die Bindung der Parlamentsfraktion an Parteitagsbeschlüsse, Wahl des Parteivorsitzenden auf der Parteikonferenz und demokratische Auswahl der Parlamentskandidaten. Der Kampf der Tribune-Gruppe um demokratische und sozialistische Positionen leidet aber an einer entscheidenden strukturellen Schwäche - der unzureichenden Verankerung in der Gewerkschaftsbewegung,

die gerade die Kommunistische Partei als natürlichen Bündnispartner der Labour-Linken aufweist. Daher haben die Kämpfe um die Aufhebung der anti-kommunistischen Verbote in der Labour Party weitreichende strategische Konsequenzen (vgl. den Abschnitt 5.3.3.).

Von der wachsenden Aktionseinheit zwischen Kommunisten, Gewerkschaften und T.U.C. gegen die arbeiterfeindliche Politik der konservativen Regierung konnte die Labour Party jedoch nicht unberührt bleiben. Der überall anwachsende Kampf für das Recht auf Arbeit, die gewerkschaftliche Tarifaufonomie und die Wahrung der gewerkschaftlichen Aktionsfreiheit überhaupt hat zu einer allgemeinen Politisierung in der gesamten Arbeiterbewegung beigetragen, von der nicht nur der Generalrat der T.U.C., sondern auch die zentralen Organe der Labour Party wie ihr Nationales Exekutivkomitee und die Parlamentsfraktion erfaßt worden sind, die gemeinsam den 1. Mai zum Tag des nationalen Protestes gegen die konservative Regierungspolitik erklärt haben. Gleichzeitig revidierte die Labour Party gemeinsam mit dem T.U.C. ihre bisherigen einkommenspolitischen Grundsätze und schlug stattdessen eine wirksame Preiskontrolle vor, ohne die gewerkschaftliche Tarifaufonomie zu beschränken. In einer gemeinsamen von T.U.C. und Labour Party verabschiedeten Erklärung wurde gefordert: 1. effektive Begrenzung von Preissteigerungen, insbesondere bei Schlüsselpreisen; 2. Mietstopp; 3. Widerruf des Wohnungsfinanzierungsgesetzes der Konservativen; 4. Steuer für Grundstücksgewinne; 5. Widerruf des Arbeitsgesetzes von 1971; 6. Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf 7,5 %; 7. Dividendenbegrenzung; 8. ein besseres Wohnprogramm; 9. Preissenkungen für Agrarprodukte durch Neuverhandlung der Agrarpolitik der

Europäischen Gemeinschaft; 10. Förderung des ökonomischen Wachstums; 11. radikale Senkung der Arbeitslosigkeit; 12. verstärkter Verbraucherschutz; 13. Anhebung der Renten. Außerdem wurden eine Reihe progressiver Vorschläge zur Sozial- und Steuerpolitik, zur regionalen Entwicklung und Vollbeschäftigung entwickelt. Damit zeichnet sich auch in der Labour Party ein maßgeblich vom T.U.C. beeinflusster Linkskurs ab, der in dem Entwurf zu einem neuen Regierungsprogramm konkrete Gestalt angenommen hat (vgl. den Abschnitt 5.3.2.).

5.3. Ansätze zu einer sozialistischen Programmatik

In den verschärften Klassenkämpfen hat sich zwischen militanter gewerkschaftlicher Basis, der Kommunistischen Partei und Einzelgewerkschaften eine Aktionseinheit herausgebildet, die wiederum auf die zentralen Arbeiterorganisationen T.U.C. und Labour Party mobilisierend zurückgewirkt hat. Der Widerstand gegen die staatsmonopolistische Regulierungspolitik hatte zunächst auf verschiedenen Ebenen begonnen, ehe er sich in den einheitlichen Klassenaktionen zunehmend durchsetzte. Im Verlaufe dieses Prozesses hat eine Reaktivierung der sozialistischen Substanz in der britischen Arbeiterbewegung begonnen, die mit den sich vertiefenden gesellschaftlichen Widersprüchen konkretisiert wird. Während die Konzeption der Kampagne für Arbeiterkontrolle an der wachsenden Kampfbereitschaft der gewerkschaftlichen Basis anknüpft und dabei die syndikalistischen Vorstellungen um den Ersten Weltkrieg aufarbeitet, stehen im Mittelpunkt des vorläufigen Regierungsprogramms der Labour Party die schon im Parteiprogramm von 1918 enthaltenen Nationalisierungsforderungen, die mit den strukturellen Krisenerscheinungen eine besondere Aktualität erhalten.

Das Problem einer revolutionären Strategie liegt nun gerade darin, den syndikalistischen Arbeiterkontrollgedanken und die reformistisch eingefärbten Sozialisierungsziele der Labour Party im Prozeß der realen Klassenkämpfe in konkrete Schritte auf dem Wege zum Sozialismus umzusetzen.

5.3.1. Die Kampagne für Arbeiterkontrolle

Bei der innergewerkschaftlichen Demokratisierung und zwischengewerkschaftlichen Kommunikation, d.h. aber auch bei der Politisierung eines Teils der Gewerkschaftsbewegung hat die Kampagne für Arbeiterkontrolle eine wesentliche Funktion gewonnen, deren institutionelle Bedeutung mit der Wahl Hugh Scanlons zum Präsidenten der A.E.F. und der Gründung eines Instituts für Arbeiterkontrolle (I.W.C.) im Jahre 1968 beträchtlich gewachsen ist. Gefördert durch Jack Jones von der T.G.W.U. und anderen prominenten Gewerkschaftsführern wie Ernie Roberts (Vizepräsident der A.E.F.) und Ian Mikardo (Präsident der A.S.T.M.S.), kann die Kampagne mit dem Wiederaufstieg von radikalen Betriebskomitees in einer Periode verschärfter Klassenkämpfe historisch an die revolutionäre Arbeiterkontrollstrategie anknüpfen, die untrennbar mit dem syndikalistischen Aufbruch vor dem Ersten Weltkrieg, dem "nächsten Schritt der Bergarbeiter" in den südwalisischen Kohlenrevieren und der Shop-Stewards-Bewegung in der Metallindustrie verbunden ist.

Von einem kleinen Zirkel engagierter Intellektueller und Gewerkschaftsfunktionäre im Jahre 1964 haben sich die jährlichen Konferenzen der Kampagne für Arbeiterkontrolle zu Massenversammlungen mit über 1 000 Teilnehmern aus verschiedenen Industriezweigen, Gewerkschaften und politischen Organisationen ent-

wickelt. Zur Hauptaufgabe des I.W.C. wird die Förderung schon bestehender betrieblicher Arbeiterkontrollgruppen, die sich zunächst in der Stahlindustrie, dann in der Dockindustrie und anderen Sektoren bildeten. Diese werden durch Untersuchungen gestützt, die speziell in den Pamphlet Series, in allgemeinerem Sinne im Monthly Digest, einem vierteljährlichen Bulletin und den Archives in Trade Union History and Theory publiziert werden. In Seminaren und Schulungskursen wird das Konzept der Arbeiterkontrolle vertieft und von interessierten Arbeitergruppen für ihre jeweiligen Industriezweige konkretisiert. Da das Institut als zentrale Informationsstelle wie auch die Jahreskonferenzen allen gewerkschaftlichen und politischen Gruppierungen offenstehen, gehen von ihnen wichtige Impulse zu einer gewerkschaftlichen Aktionseinheit aus.

In den vielfältigen Publikationen des I.W.C. läßt sich ein Dreiphasenschema erkennen⁴⁵. Die erste Phase zielt auf eine intensive Schulungsarbeit, in der ein antikapitalistisches Konfliktbewußtsein geweckt wird. Dabei ist der populäre Slogan "Open the Books!" z.B. ansatzweise im Fordstreik 1971 aufgenommen worden, als die T.G.W.U. nachwies, daß die Paritätsforderung die finanziellen Ressourcen des Konzerns keinesfalls erschöpfte. In aktuellen Auseinandersetzungen werden dann die modellartigen Kontrollprogramme in die Praxis umgesetzt. Ein exemplarisches Beispiel hierfür war die geplante Besetzung von Betrieben des Elektrokonzerns G.E.C. - E.E. im Herbst 1969, als das Unternehmen Massenentlassungen ankündigte. Das I.W.C. informierte die Arbeiter über den Stand des Konflikts und entwickelte Gegenforderungen. Das Beschäftigungsproblem sollte durch ungehinderten Zugang der Gewerkschafter zu den Geschäftsunterlagen des Konzerns und durch eine

gesamtwirtschaftliche Analyse der Elektroindustrie und ihrer zukünftigen Entwicklung gelöst werden, während man für die betroffenen Arbeiter vorschlug, den Merseyside-Betrieb in gesellschaftliches Eigentum unter ihrer Kontrolle zu überführen⁴⁶.

Neben dieser Schulungsphase mit exemplarischen Aktionsformen kommt es darauf an, die bereits erkämpften Kontrollrechte im privatwirtschaftlichen Sektor zu sichern und weiterzuentwickeln. Ein Teil der Kampagne legt dabei ein Schwergewicht auf betriebliche Verhandlungen, ein anderer auf eine Differenzierung des Verhandlungssystems in nationale Rahmenverträge und betriebliche Zusatzvereinbarungen. Darin enthaltene Schutzbestimmungen gegen verbindliche Verträge, lange Laufzeiten, disziplinarische Klauseln usw. können durch Forderungen ergänzt werden, die unmittelbar in die Betriebsorganisation eingreifen und bei Produktivitätsverhandlungen die unternehmerische Kalkulation offenlegen, was gerade bei den anstehenden Rationalisierungsprogrammen mit ihren Freisetzungseffekten für die Beschäftigten angesichts einer rapide steigenden Arbeitslosigkeit zu einer Existenzfrage wird.

Während sich im privaten Bereich Kontrollformen nur sporadisch durchsetzen lassen, bietet der öffentliche Sektor günstigere Ansatzpunkte für umfassende Organisationsmodelle, vor allem aber private Bereiche mit schrumpfenden Profitspannen wie im Schiffbau. Das zeigt sich bereits in den Auseinandersetzungen um den "Devlin-Report", in denen Arbeiterkontrollgruppen einen verstaatlichten Hafentransport mit lokal, regional und national gegliederten Hafenbehörden geplant hatten. Dabei sollten den Gewerkschaften die lohnpolitischen Verhandlungen zufallen

und die Hafenarbeiterräte entscheidende Kontrollrechte wahrnehmen. Die Parallelität von Verwaltungs- und Kontrollstufen, die unmittelbare Verantwortung der Räteorganisation gegenüber der gewerkschaftlichen Basis und die Verflechtung der Räte mit den Gewerkschaften sind in allen Organisationsplänen der Kampagne für Arbeiterkontrolle enthalten, wie in dem Modell der Sheffield Steel Group für die Stahlindustrie, aber auch in den Entwürfen für eine verstaatlichte Luftfahrtindustrie, das kommunale Verkehrssystem und das öffentliche Gesundheitswesen.

Im Modellcharakter der von der Kampagne für Arbeiterkontrolle entwickelten Vorstellungen kommt eine spezifische Schwäche zum Ausdruck. Der Kampf um die betrieblichen Kontrollrechte und die weiteren Aktionsstufen sparen die gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und damit auch den politischen Kampf um die Staatsmacht weitgehend aus, deren Übernahme durch die Arbeiterklasse allein eine wirksame Arbeiterkontrolle sichert⁴⁷. Diese Problematik ist nirgendwo deutlicher aufgewiesen worden, als bei der bisher militantesten, wirksamsten und auch erfolgreichsten Kontrollaktion der britischen Arbeiterklasse: der Betriebsbesetzung bei U.C.S. Mit der Sicherung des Rechts auf Arbeit für Tausende von Entlassung bedrohter Arbeiter bei einer Arbeitslosenzahl von einer Million wurde nicht die sozialistische Transformation eingeleitet, aber die Verfügungsgewalt des Kapitals und seiner Staatsmacht eingeschränkt und das Bewußtsein von der eigenen Stärke und der historischen Notwendigkeit des Sozialismus gestärkt.

5.3.2. Das Nationalisierungsprogramm der Labour Party

Das grundlegende Ziel des neuen Parteiprogramms der Labour Party wird in einer fundamentalen und unwiderruflichen Machtverlagerung zugunsten der werktätigen Bevölkerung und ihrer Familien gesehen⁴⁸. Dabei muß eine möglichst weitgehende Kontrolle privater gesellschaftlicher Macht durch die Gemeinschaft, die Arbeiter und Verbraucher, gewährleistet sein. Erst unter diesen Voraussetzungen läßt sich die noch bestehende Armut beseitigen, eine größere soziale Gleichheit im Einkommen, Lebensstandard und Wohlstand jedes Einzelnen erreichen. Das erfordert wiederum erhöhte öffentliche Ausgaben im Bildungswesen, Wohnungsbau und Sozialleistungssystem wie eine durchgreifende Verbesserung der von der Umwelt abhängigen Arbeits- und Lebensbedingungen. Im Einverständnis mit dem T.U.C. legt sich eine künftige Labour-Regierung im einzelnen darauf fest:

1. die arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsgesetze zurückzunehmen und im Gegenzug eine strikte Preiskontrolle einzuführen;
2. im Bereich des Wohnungswesens umfassende Reformen einzuleiten;
3. die Renten zu erhöhen;
4. eine weitgehende Einkommens- und Vermögensumverteilung durch Steuerreformen in Gang zu setzen;
5. die öffentliche Kontrolle der Wirtschaft zu erweitern vor allem hinsichtlich des Kapitalexports, der Investitionslenkung in der verarbeitenden Industrie und der Ausdehnung des staatlichen Sektors;

6. die Bedingungen des Beitritts zur EWG erneut zu verhandeln;
7. den Bildungssektor auszuweiten;
8. das Gesundheitswesen zu verbessern;
9. die Regierungsmaschinerie zu demokratisieren.

Dabei wird ausgesprochen, daß "Labour's Programme for Britain" auf eine neue soziale Ordnung zielt, in der das britische Volk über sein nationales Schicksal selbst bestimmen soll. Dies erfordert aber eine gesellschaftliche Stärke, die laut Programm "nur durch ökonomische Befreiung" gewonnen werden kann. Insofern sollen vor allem die Maßnahmen im ökonomischen Bereich erläutert werden, von deren Erfolg wiederum die zahlreichen sozialen Reformvorschläge abhängen.

Um die Inflation zu kontrollieren, Vollbeschäftigung zu erhalten und den allgemeinen Lebensstandard zu erhöhen, soll die staatliche Wirtschaftspolitik in die Entscheidungskompetenz der kleinen Zahl von dominierenden Großunternehmen in der verarbeitenden Industrie eingreifen. Produzierten vor fünfzig Jahren die 100 größten Firmen etwa 15 % des Nettoausstoßes, betrug ihr Anteil 1950 erst 20 %, so ist er Anfang der 70er Jahre bereits auf 50 % gestiegen und dürfte 1980 bei etwa 70 % liegen. Da die Interessen des Großkapitals nicht mehr mit denen der Gesellschaft identifiziert werden, wie es noch in den 50er und 60er Jahren von der offiziellen Labour-Ideologie getan wurde, bedarf es nicht nur fiskalischer und monetärer Maßnahmen, sondern auch direkter Eingriffe auf der Ebene des Großunternehmens selbst: "Die Erfahrung der Labour-Regierungen hat in steigendem Maße offenbar gemacht, daß sogar die umfassendsten sozialen und fiskalischen Reformmaßnahmen nur dann Erfolg haben, das unannehmbare und

unerfreuliche Gesicht einer kapitalistischen Wirtschaft zu mildern, daß sie aber keinen entscheidenden Wandel in den Machtverhältnissen zustandebringen, die unsere Gesellschaft bestimmen". Aus dieser richtigen Erkenntnis wird folgerichtig abgeleitet: "Wenn die Ursachen der Ungleichheit an der Wurzel angegriffen werden sollen, dann muß die ökonomische Macht von einer kleinen Elite auf die Mehrheit des Volkes übertragen werden."

In diesem Zusammenhang werden die bisherigen Nationalisierungsmaßnahmen im Energiesektor, Transportwesen und der Stahlindustrie unterschiedlich eingeschätzt. Sie werden unmittelbar nach dem Krieg zwar als ein wesentliches sozialistisches Element angesehen, seit den 50er Jahren aber als ein Mittel zur Unterstützung des kapitalistischen Systems. Denn die unprofitable Infrastruktur der Wirtschaft wird nur verstaatlicht, um letztlich den privaten Profitinteressen zu dienen. Insofern läßt sich eine unabhängige Planung des wirtschaftlichen Prozesses nur gewährleisten, wenn ein einschneidender Teil der für die Investitionspolitik zentralen Wachstumsindustrien in gesellschaftliches Eigentum überführt wird. Daher sollen 25 Großunternehmen in der verarbeitenden Industrie von einem nationalen Unternehmensamt übernommen werden, um die Investitions- und Preispolitik, die regionale Strukturpolitik und technologische Entwicklung, das Wachstum der Exporte und die multinationalen Firmen zu kontrollieren. Diese Vergesellschaftung von Monopolen wird flankiert von der wenigstens teilweisen Nationalisierung verschiedener Industrien: Dockindustrie und Schiffbau, Flugzeugindustrie und Arzneimittelindustrie sowie Bauland, Banken und Versicherungen.

Erst auf dieser Grundlage versprechen die weiteren Planungsprogramme Erfolg, die etwa die 100 größten Unternehmen in der verarbeitenden Industrie einbe-

ziehen sollen. Damit wird eine Lenkung der Investitionen im gesellschaftlichen Interesse und eine effektive Preiskontrolle angestrebt, die beide zunehmend den Profitmechanismus unter gesellschaftliche Kontrolle bringen sollen. Hierauf zielt auch, verbunden mit der Revision der antigewerkschaftlichen Gesetzgebung, die Erweiterung der gewerkschaftlichen Rechte schlechthin. So wird im Zusammenhang mit der Ausdehnung der industriellen Demokratie die paritätische Mitbestimmung auf Unternehmensebene zur Diskussion gestellt. Außer den Interessen der Produzenten findet auch der Schutz der Konsumenten Berücksichtigung, der von einer Verbraucherbehörde wahrgenommen werden soll.

Die hier skizzierten Eingriffe in das monopolkapitalistische Wirtschaftssystem bilden das Rückgrat für die angestrebten Reformen im Bereich der allgemeinen Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung, deren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg erreichten sozialen Errungenschaften in den letzten beiden Jahrzehnten schrittweise abgebaut worden sind. Dabei geht es im wesentlichen um drei zentrale Problembereiche, zu denen detaillierte Reformvorstellungen entwickelt werden:

- zu den wachsenden Wohnungs-, Transport- und Umweltproblemen,
- zum Gesundheits- und Sozialleistungssystem und im besonderen zur Rentenproblematik,
- zu einer umfassenden Demokratisierung des Bildungswesens.

Das Parteiprogramm der Labour Party stellt einen großen Fortschritt in der britischen Arbeiterbewegung dar, die mit den verschärften Klassenkonflikten zu einem deutlichen Bewußtsein der zentralen gesellschaftlichen Widersprüche kommt.

5.3.3. Probleme einer revolutionären Strategie in Großbritannien

Die Vorstellungen der Kampagne für Arbeiterkontrolle und das neue Nationalisierungsprogramm der Labour Party enthalten wesentliche Elemente einer sozialistischen Strategie in Großbritannien, vernachlässigen aber zugleich die wesentlichen Voraussetzungen ihrer Entstehung: die sich mit der Strukturkrise des britischen Imperialismus zuspitzenden Klassenkämpfe auf allen gesellschaftlichen Ebenen, in denen sich die Arbeiterklasse in steigendem Maße mit der zentralisierten Macht des Kapitals, mit dem Staat als Repressionsapparat der herrschenden Klasse auseinandersetzen muß. Das trifft auch für die Vorschläge des Nationalen Komitees der Jungsozialisten in der Labour Party zur "Nationalisierung und Arbeiterkontrolle" zu, die im Gegensatz zum Entwurf der Labour Party wenigstens einen Verbund zwischen den beiden wesentlichen Elementen in der programmatischen Tradition der britischen Arbeiterbewegung herstellen⁴⁹.

Das Zurückweichen vor der Machtfrage wird gerade beim Kern des neuen Programms der Labour Party deutlich. Weder werden die zur Nationalisierung vorgeschlagenen Großunternehmen genannt, noch die Entschädigungsproblematik herausgearbeitet. Eben- sowenig läßt sich erkennen, wie die antimonopolistischen Maßnahmen und sozialistischen Zielsetzungen gegen den Widerstand der herrschenden Klasse durchgesetzt werden sollen. Gerade in diesem Zusammenhang bleibt die entscheidende Frage nach dem gesellschaftlichen Kräfteverhältnis, dem Niveau der Klassenauseinandersetzungen und der solidarischen Aktionsbereitschaft der Arbeiterklasse einschließ- lich der verschiedenen Formen demokratischer Massen-

initiative ausgespart. Dadurch fehlt bisher auch ein Begriff vom Prozeßcharakter der sozialistischen Transformation.

Die kritische Diskussion des vorliegenden Parteiprogramms in den zentralen strategischen Fragen wird ein wichtiges Moment in der zukünftigen Entwicklung der britischen Arbeiterbewegung sein, die selbst wieder von den aktuellen Klassenkämpfen und den ihnen zugrundeliegenden sozial-ökonomischen Widersprüchen bestimmt wird. Die faktische Existenz dieses Regierungsprogramms zeigt, wie die britische Arbeiterbewegung an sozialistischer Substanz gewinnt und programmatisch in die Nähe der italienischen und insbesondere der französischen Arbeiterbewegung rückt⁵⁰. In der Kluft zwischen einer unvergleichlichen gewerkschaftlichen Kampfstärke der britischen Arbeiterklasse einschließlich demokratischer Masseninitiativen der werktätigen Bevölkerung und ihrer mangelnden politisch-strategischen Umsetzung wird jedoch ein nach wie vor aktuelles Problem deutlich, das zugleich auf die Rolle der Kommunistischen Partei weist.

Die Kommunistische Partei hatte mit ihrem Einfluß unter den Shop Stewards eine entscheidende Funktion in der Mobilisierung der britischen Arbeiterbewegung gewonnen. In der tagespolitischen Agitation unterstützte die C.P.G.B. die Forderungen des linken Labour-Flügels nach einem schnellen Sturz der konservativen Regierung und einer sozialistischen Führung in der Labour Party. Diese sollte die Gewerkschaftsgesetze und den Beitritt zum Gemeinsamen Markt rückgängig machen, die Arbeitslosigkeit beseitigen, die Sozialleistungen durch ein verändertes Steuersystem und verminderte Rüstungsausgaben ausdehnen und die Schlüsselindustrien einer demokratischen Kontrolle unterwerfen, die als Nationali-

sierung mit weitgehenden Mitbestimmungsrechten auf allen Entscheidungsebenen verstanden wird. Dabei verknüpfte die Kommunistische Partei die gewerkschaftlichen Kämpfe um eine Verbesserung des Lebensstandards, Vollbeschäftigung und Ausdehnung der Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen mit der Wahl einer parlamentarischen Mehrheit, die mit friedlichen Mitteln und ohne bewaffneten Kampf die sozialistische Transformation einleitet⁵¹. Wenn in ihrem Programm das die gewerkschaftlichen Kämpfe und parlamentarischen Wahlerfolge erst verbindende Moment einer Reihe proletarischer Massenaktionen mit revolutionärer Stoßrichtung vernachlässigt wird, so hat sich diese strategische Position mit der anwachsenden Streikbewegung faktisch verschoben, die nicht nur im Morning Star, sondern auch in ihrem theoretischen Organ Marxism Today einer ausführlichen Diskussion unterzogen wurde. In verstärktem Maße wird die Notwendigkeit einheitlicher Klassenaktionen betont, die vor allem von ihren Mitgliedern an der gewerkschaftlichen Basis vorangetrieben wird⁵². Das heißt: die vor allem von der militanten gewerkschaftlichen Basis getragenen und von den britischen Arbeiterorganisationen unterstützen Massenkämpfe gegen die arbeiterfeindlichen Maßnahmen des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems ermöglichen einen parlamentarischen Wahlsieg der von linken Gewerkschaften und einer sozialistisch orientierten Tribune-Gruppe geführten Labour Party unter Ein-schluß der Kommunisten, die mit der Nationalisierung der Schlüsselindustrien, weitreichenden Arbeiterkontrollrechten und einer demokratischen Planung die sozialistischen Transformation einleiten.

Dieses strategische Konzept läßt sich aber nur verwirklichen, wenn es der C.P.G.B. gelingt, die von

ihr in den Klassenauseinandersetzungen der letzten Jahre maßgeblich geförderte Aktionseinheit auch auf politischer Ebene durchzusetzen. Deshalb forderte sie in der Hauptresolution des XXXII. Parteitages ~~auch~~ die Beseitigung aller Verbote und Einschränkungen bei der Wahl kommunistischer Gewerkschaftsdelegierter zu Gewerkschaftskongressen und Parteitagen, um die politische Einheit der Arbeiterklasse herzustellen⁵³. Die Kommunistische Partei Großbritanniens ist mit der zunehmenden sozialistischen Programmatik in den großen Arbeiterorganisationen dieser zentralen organisatorischen Zielsetzung nähergekommen, deren Verwirklichung weitreichende politische, taktische und strategische Konsequenzen für die britische Arbeiterbewegung haben kann, wie es schon Lenin in der Gründungsphase der C.P.G.B. erkannte. Die wachsende Bedeutung der Kommunistischen Partei als politisierendes Ferment in der britischen Arbeiterbewegung, die sich zuspitzenden Klassenkämpfe und die sich vertiefende Strukturkrise des britischen Imperialismus weisen in ihrem Zusammenhang auf die aktuelle Möglichkeit der Lösung des Widerspruchs zwischen einer kampfstarken und klassenbewußten, aber organisatorisch zersplitterten Arbeiterklasse und dem für die historische Tradition der britischen Arbeiterbewegung konstitutiven Reformismus, dessen Entstehung, Krise und sich andeutende Überwindung in einigen Thesen zusammengefaßt werden sollen:

- In der chartistischen Wahlrechtsbewegung kulminierte die Anfangsperiode der britischen Arbeiterbewegung, die mit der Durchsetzung der industriekapitalistischen Produktionsweise zwar verschiedene gewerkschaftlich-genossenschaftliche Organisationsansätze und politische Aktionsformen wie Petitionen, Massendemonstrationen und Generalstreikversuche entwickelte, aber

keine stabil organisierte und ideologisch gefestigte Klassenorganisation. Während die syndikalistisch geprägten Massenbewegungen der frühen 30er Jahre keine politische Perspektive eröffneten, fehlte der chartistischen Wahlrechtsagitation in den von der Massenarbeitslosigkeit geschwächten Gewerkschaften die notwendige organisatorische Basis, so daß sich nicht die für die russische Revolutionsperiode typischen ökonomisch-politischen Kampfbewegungen entfalten konnten.

- Da nach dem Scheitern der owenistisch-chartistischen Klassenkampfperiode nur die unpolitischen und partikularistischen Berufsverbände der gelernten Arbeiter und Handwerker übrigblieben, mußte das gerade erworbene Klassenbewußtsein ohne die Vermittlung einer politischen Arbeiterorganisation wieder zerfallen. Daß sich die nach einer entscheidenden Niederlage unvermeidliche politische Apathie aber über mehrere Jahrzehnte erstreckte, wurde im wesentlichen durch zwei Faktoren begünstigt: durch das für mehrere Jahrzehnte unangefochtene Industrie-, Handels- und Kolonialmonopol als Angelpunkt des britischen Gesellschaftssystems, auf dessen Grundlage wiederum die historische Tradition der herrschenden Klasse befestigt wurde, die politischen Konflikte auf parlamentarischem Wege systemkonform zu kanalisieren. So förderten die sozialen, rechtlichen und politischen Konzessionen eine reformistische Ausrichtung der verschiedenen Arbeiterorganisationen, die ohne einen absolutistischen Staatsapparat mit einem mächtigen Landheer und einer zentralistischen Bürokratie nicht zur organisatorischen Straffung und politischen Führung gezwungen wurden.

- Die andauernde strukturelle Zersplitterung der Gewerkschaften stabilisierte einen politischen Reformismus, der auch die nach dem "New Unionism" von den Gewerkschaften mit einigen kleinen sozialistischen Gruppierungen gegründete Labour Party bestimmte. Diese sollte die sozialen und rechtlichen Interessen der Gewerkschaften effektiver im Parlament als die Liberalen vertreten, deren Schutzfunktion bei den nach der Großen Depression verstärkten Gegenangriffen der Unternehmer nicht mehr ausreichte. Geradezu umgekehrt hatten im militaristischen Deutschland und polizeistaatlichen Rußland die marxistisch geprägten Arbeiterparteien die Gründung von Gewerkschaften vorangetrieben, die wie die parlamentarische Vertretung nur eine untergeordnete, wenn auch unerläßliche Rolle im Emanzipationskampf des Proletariats spielten. Diese - in letzter Instanz von der ungleichzeitigen Industrialisierung und unterschiedlichen ökonomischen Stellung auf dem Weltmarkt bestimmte - Differenz macht bereits die besondere historische Entwicklung der britischen Arbeiterbewegung offenbar, die selbst in gesellschaftlichen Krisensituationen wie um den Ersten Weltkrieg den Rahmen von ökonomischem Tageskampf und parlamentarischer Reformarbeit nur in syndikalistischen Aktionsformen sprengen konnte.

- Syndikalistische Massenaktionen erwiesen sich in sozialökonomischen Krisenperioden als spezifische Reaktionsform der britischen Arbeiterklasse auf das Scheitern parlamentarischer Ambitionen: wie der "militante Owenismus" nach der Wahlrechtsreform von 1832, der "New Unionism" am Ende der Großen Depression, die "Labour-unrest"

vor dem Ersten Weltkrieg, die "Shop-Stewards-Bewegung" während des Ersten Weltkrieges und selbst noch der Generalstreik von 1926. Dabei führte die Enttäuschung über den politischen Reformismus der Arbeiterorganisationen bzw. ihre Integration in das politische Herrschaftssystem zu einer strikt basisdemokratischen Orientierung, mit der häufig wie in der Shop-Stewards-Bewegung eine politische Führung schlechthin abgelehnt wurde. Das erschwerte den Aufbau einer revolutionären Massenpartei wie der Anfang der 20er Jahre gegründeten Kommunistischen Partei, die in ihrer strukturellen Schwäche wiederum das Schwanken zwischen syndikalistischen Aktionen der gewerkschaftlichen Basis und einiger Gewerkschaften und dem politischen Reformismus der Majorität der Gewerkschaftsapparate nicht verhindern konnte - eine politische Sackgasse, die auf organisatorischer Ebene durch die gewerkschaftliche Zersplitterung zementiert wurde.

- Nach der Generalstreikniederlage von 1926 vollzog sich eine durch die Massenarbeitslosigkeit der 30er Jahre noch bestärkte Integration in das vom Monopolkapital bestimmte politische Herrschaftssystem, bei der allerdings die objektive Beeinflussungsmacht der Arbeiterorganisationen vom Mondismus über die Kriegskoalition bis zu den Labour-Regierungen unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg zunahm. Wenn die Labour-Regierung auch wesentliche soziale Reformen durchsetzen konnte, so stabilisierte sie doch angesichts der weltpolitischen Kräftekonstellation, des latenten Antikommunismus und der ökonomischen Schwäche Großbritanniens das kapitalistische Gesellschaftssystem, unter dessen

immanenten Zwängen sie schließlich zu arbeiterfeindlichen Maßnahmen greifen mußte. Der über anderen Strömungen dominierende Integrationskurs in der Labour Party führte im Zeichen der technisch-wissenschaftlichen Revolution zu einem Endpunkt, als die zum Rationalisierungsinstrument der herrschenden Klasse gewordenen Labour-Regierungen der 60er Jahre von der eigenen gewerkschaftlichen Basis und in wachsendem Maße von den Gewerkschaften selbst zum Rückzug gezwungen wurden.

- Mit der sich seit den 50er Jahren vertiefenden Strukturkrise des britischen Imperialismus und der Gefährdung der sozialen Lage der Arbeiterklasse geht eine schrittweise Erneuerung der britischen Arbeiterbewegung einher - von den spontanen betrieblichen Kampfstrieks um Lohn- und Kontrollforderungen über massive Lohnbewegungen auch von bisher streikunerfahrenen Arbeitergruppen bis zu politischen Massenstrieks gegen die antigewerkschaftliche Gesetzgebung, die schließlich eine Phase einheitlicher Klassenaktionen mit militanten Kampfformen wie Betriebsbesetzungen, Massenstreikposten und spontanen Solidaritätsstrieks einleiten. Bei der etappenweisen Entwicklung der Klassenkämpfe wurde die Kommunistische Partei mit ihrer konsequenten Bündnispolitik und weiterführenden Strategie zu einem entscheidenden Integrationsfaktor, der über die militante gewerkschaftliche Basis und ihren Shop-Stewards-Komitees die Mobilisierung, Demokratisierung und Politisierung der Arbeiterorganisationen vorantreiben half. Von diesem Prozeß wurden zunächst die großen Transport- und Metallarbeitergewerkschaften, dann der Gewerkschaftskongreß und die Führungsorgane der

Labour Party erfaßt, die schließlich mit der Herausbildung einer antikapitalistischen Programmatik selbst zu einem mobilisierenden Faktor in der britischen Arbeiterklasse werden.

- Mit der Entwicklung einer revolutionären Strategie eröffnet sich die Perspektive einer sozialistischen Transformation, die nach der revolutionären Anfangsphase der britischen Arbeiterbewegung erst wieder in der Strukturkrise des britischen Imperialismus konkrete Gestalt annimmt. Dabei ist von besonderer Bedeutung, daß der seit der Großen Depression währende Zerfallsprozeß des britischen Imperialismus mit den aufeinander folgenden Verlusten des Industrie-, Handels- und Kolonialmonopols - einmal abgesehen von den langfristigen Aufschwung- und Abschwungperioden mit den sich jeweils zuspitzenden und abflauenden Klassenkämpfen - in einer strukturellen Krise mündet, die sich unter den Bedingungen einer allgemeinen Krisensituation im Weltmaßstab vertieft. Dadurch ist nicht nur in Großbritannien, sondern auch in Italien und Frankreich sowie anderen westeuropäischen Ländern eine Periode verschärfter Klassenkämpfe ausgelöst worden, die trotz aller historischen und nationalen Unterschiede vergleichbare Elemente einer sozialistischen Programmatik freigesetzt haben. Diese könnten über eine verstärkte Zusammenarbeit gegen multinationale Konzerne und im Rahmen der supranationalen Institutionen in der EWG, vor allem aber unter den Bedingungen sich auf internationaler Ebene vertiefender sozialer, ökonomischer und politischer Widersprüche, zu einer gesamteuropäischen Strategie der verschiedenen nationalen Arbeiterbewegungen

führen, die sich in ihren Anfängen zumindestens theoretisch als Einheit verstanden hat, was am deutlichsten in der Losung des "Kommunistischen Manifestes" zum Ausdruck kommt.

TABELLARISCHER ANHANG

Kapitalistische Weltindustrieproduktion, 1850 - 1950 (Anteile in Prozent)

Jahr	England	Deutschland	Frankreich	U S A	Rußland	Japan
1850	39	15	-	15	-	-
1860	36	16	12	17	4	-
1870	32	13	10	23	4	-
1880	28	13	9	28	3	-
1890	22	14	8	31	3	-
1900	18	16	7	31	6	1
1910	14	16	7	35	5	1
1920	14	9	5	47	-	2
1937	11	12	5	42	-	4
1946	10	3	4	62	-	1
1955	10	8	4	49	-	2
1963	9	9	5	45	-	5

Quelle: Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Band 24, Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1832 bis 1900, 1900, hms Berlin 1965; ders., Band 25, Darstellung der Lage der Arbeiter in England hms zur Gegenwart, Berlin 1965.

Tabelle 2.2

Durchschnittliche Geldlöhne, Lebenshaltungskosten und Reallöhne, 1849 bis 1963, (1900 = 100)

Wirtschaftszyklus bzw. Zeitraum	Netto- Geldlöhne	Lebenshaltungs- kosten	Netto- Reallöhne
1849 - 1858	59	103	57
1859 - 1868	67	106	63
1869 - 1879	81	110	74
1880 - 1886	81	101	80
1887 - 1895	87	96	91
1895 - 1903	95	96	99
1904 - 1908	97	102	95
1909 - 1914	101	108	93
1915 - 1923	180	204	87
1924 - 1932	164	181	91
1933 - 1939	163	169	96
1939 - 1965	269	237	113
1946 - 1963	621	476	130

Quelle: Jürgen Kuczynsky, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Band 24 und Band 25.

Tabelle 2.3

Reallöhne der Arbeiteraristokratie und der Großen Masse
der Arbeiter in England, 1869 bis 1903
(1869-1879 = 100)

Wirtschaftszyklus	Arbeiterari- stokratie	Große Masse der Arbeiter
1869-1879	100	100
1880-1886	109	98
1887-1895	116	108
1895-1903	125	112

Quelle: Kuczynski, Band 24, S. 200

Tabelle 2.4

Übersicht über Zahl und Mitglieder der Gewerkschaften

Jahr	Gewerkschaften	Mitglieder	T.U.C.-Gewerkschaften	T.U.C.-Mitglieder
1900	1.323	2.022.000	191	1.200.000
1910	1.269	2.565.000	202	1.662.133
1920	1.384	8.348.000	213	6.417.910
1925	1.176	5.506.000	207	4.365.619
1930	1.121	4.842.000	210	3.719.401
1935	1.049	4.867.000	214	3.614.551
1940	1.004	6.613.000	223	5.079.094
1945	781	7.875.000	192	6.671.120
1950	732	9.289.000	186	7.827.945
1955	704	9.741.000	186	8.263.741
1960	664	9.835.000	183	8.299.393
1965	583	10.181.000	170	8.867.522
1969	508	10.302.000	150	9.402.170

Quelle: Pelling, H., A History of British Trade Unionism,
Harmondsworth 1971, S. 280 ff

Jahr Indiv. Gewerk- Konsum- Soz. Insg.
schaften gen. Ges.

Jahr	Indiv.	Gewerk- schaften	Konsum- gen.	Soz. Ges.	Insg.
1900-1	Nil	353,070	Nil	22,861	375,931
1901-2	Nil	455,450	Nil	13,861	469,311
1902-3	Nil	847,315	Nil	13,835	861,150
1903-4	Nil	955,025	Nil	13,775	968,800
1904-5	Nil	855,470	Nil	14,730	900,000
1905-6	Nil	904,496	Nil	16,764	921,260
1906-7	Nil	975,182	2,271	20,885	998,338
1907	Nil	1,049,673	472	22,267	1,072,412
1908	Nil	1,127,035	565	27,465	1,155,065
1909	Nil	1,450,648	678	30,982	1,482,308
1910	Nil	1,394,493	760	31,377	1,426,630
1911	Nil	1,501,793	911	31,404	1,534,108
1912	Nil	1,568,178	1,073	31,237	1,599,488
1913	Nil	Not compiled	1,328	33,304	Not compiled
1914	Nil	1,572,391	1,426	33,230	1,612,147
1915	Nil	2,053,735	1,792	32,828	2,093,365
1916	Nil	2,170,762	1,792	34,190	2,212,744
1917	Nil	2,415,363	2,668	47,140	2,465,171
1918	Not compiled	2,460,409	Nil	52,720	3,013,129
1919	"	3,464,020	Nil	47,270	3,511,290
1920	"	4,317,537	Nil	42,270	4,359,807
1921	"	3,973,558	Nil	36,803	4,010,361
1922	"	3,479,276	Nil	31,760	3,511,036
1923	"	3,120,149	Nil	31,762	3,151,911
1924	"	3,158,002	Nil	36,397	3,194,399
1925	"	3,337,870	Nil	36,235	3,374,105
1926	"	3,352,347	Nil	35,939	3,388,286
1927	"	3,238,939	20,000	34,676	3,293,615
1928	"	2,024,139	20,000	32,060	2,076,200
1929	227,997	2,044,279	32,000	26,669	2,106,945
1930	277,211	2,011,416	32,000	26,213	2,076,840
1931	297,003	2,024,214	32,000	24,847	2,088,064

Jahr Indiv. Gewerk- Konsum- Soz. Insg.
schaften gen. Ges.

Jahr	Indiv.	Gewerk- schaften	Konsum- gen.	Soz. Ges.	Insg.
1932	371,607	1,960,269	32,040	7,871	2,371,787
1933	366,013	1,899,007	32,040	7,970	2,305,030
1934	381,239	1,837,524	32,040	7,667	2,278,490
1935	419,311	1,912,924	36,000	9,280	2,377,515
1936	430,694	1,968,538	36,000	9,125	2,444,357
1937	447,130	2,037,071	37,333	6,118	2,537,676
1938	428,866	2,138,076	37,333	6,054	2,603,286
1939	408,344	2,214,770	37,333	2,820	2,663,067
1940	404,124	2,226,575	37,333	3,131	2,671,163
1941	426,622	2,239,728	25,400	2,908	2,485,458
1942	417,793	2,206,209	25,400	3,740	2,453,932
1943	435,501	2,237,307	25,200	5,232	2,503,240
1944	465,763	2,375,381	45,200	6,501	2,672,845
1945	487,047	2,510,369	33,600	7,681	3,038,697
1946	645,345	2,635,346	33,600	8,067	3,322,358
1947	668,487	4,386,074	36,600	8,778	5,040,299
1948	698,025	4,751,030	33,600	8,782	5,472,437
1949	729,624	4,945,207	33,600	7,516	5,716,947
1950	908,161	4,937,121	30,800	9,300	5,920,172
1951	876,275	4,937,427	28,000	7,300	5,849,002
1952	1,014,524	5,071,935	14,000	7,200	6,107,659
1953	1,004,685	5,056,919	28,000	7,425	6,096,022
1954	933,657	5,239,760	28,000	7,610	6,438,027
1955	843,356	5,603,988	28,000	7,660	6,438,984
1956	845,129	5,655,249	28,000	6,850	6,537,228
1957	912,587	5,644,012	20,000	5,550	6,582,549
1958	888,955	5,627,690	20,000	5,541	6,542,186
1959	847,526	5,564,010	20,000	5,450	6,436,986
1960	790,192	5,512,688	20,000	5,450	6,325,607
1961	750,555	5,549,592	20,000	5,475	6,235,707
1962	767,459	5,604,773	20,000	5,475	6,336,436
1963	830,346	5,507,232	16,000	4,858	6,353,317
1964	830,116	5,502,001	16,000	5,200	6,339,893
1965	816,765	5,601,982	16,000	5,146	6,439,893
1966	675,693	5,538,744	16,000	5,175	6,335,612
1967	733,332	5,539,562	16,000	5,120	6,294,614
1968	700,556	5,304,484	16,000	5,285	6,086,695
1969	680,556	5,461,721	16,000	5,505	6,153,882

Quelle: H. Pelling, A Short History of the
Labour Party, London 1972, S. 156f.

Tabelle 2.6

Streiks in allen Industriezweigen 1911 - 1972

Jahr	Zahl d. im Jahr begonnenen Streiks	Zahl der beteiligten Arbeiter in Tausend	Streiktage in Tausend
1911	872	952	10,126
1912	834	1,462	38,255
1913	1,459	664	10,239
1914	972	447	9,362
1915	672	448	2,953
1916	532	276	2,367
1917	730	872	5,865
1918	1,165	1,116	5,892
1919	1,352	2,591	34,330
1920	1,607	1,932	28,858
1921	736	1,801	32,269
1922	576	552	19,850
1923	628	405	10,949
1924	710	613	8,361
1925	603	441	8,907
1926	322	1,154	146,298
1927	308	108	867
1928	302	124	1,390
1929	431	533	8,287
1930	422	307	4,453
1931	420	490	7,013
1932	389	379	6,435
1933	357	136	1,024
1934	471	134	1,061
1935	553	271	1,951
1936	818	316	2,008
1937	1,129	597	3,136
1938	875	274	1,332
1939	940	337	1,354
1940	922	299	941
1941	1,251	360	1,077
1942	1,303	456	1,530
1943	1,785	557	1,832
1944	2,194	821	3,696
1945	2,293	531	2,847
1946	2,205	526	2,182
1947	1,721	623	2,393
1948	1,759	424	1,935
1949	1,426	433	1,805
1950	1,339	302	1,375
1951	1,719	379	1,687
1952	1,714	415	1,769
1953	1,746	1,360	2,157
1954	1,939	448	2,441
1955	2,419	659	3,741
1956	2,648	507	2,036
1957	2,859	1,356	8,396
1958	2,620	523	3,416

Jahr	Zahl d. im Jahr begonnen Streiks	Zahl der be- teiligten Ar- beiter (i.Tsd.)	Streiktage in Tausend
1959	2,093	645	5,257
1960	2,832	814	3,001
1961	2,686	771	2,998
1962	2,449	4,420	5,757
1963	2,068	590	1,731
1964	2,524	872	2,011
1965	2,342	869	2,933
1966	1,937	530	2,372
1967	2,116	731	2,765
1968	2,378	2,255	4,672
1969	3,116	1,654	6,799
1970	3,906	1,793	10,854
1971	2,228	1,178	13,551
1972	2,470	1,713	23,904

Quelle: V.L. Allen, Militant Trade Unionism, London
1969, S. 106f.; Department of Employment Ga-
zette, 1970ff.

Tabelle 2.7

Wahlergebnisse der Labour Party

Datum	Gewählte Abgeordnete	Zahl der Stimmen
1900	2	62,698
1906	29	323,195
1910 (Jan.)	40	505,690
1910 (Dez.)	42	370,802
1918	57	2,244,945
1922	142	4,236,733
1923	191	4,348,379
1924	151	5,487,620
1929	287	8,364,883
1931	46	6,362,561
1935	154	8,325,260
1945	393	11,992,292
1950	315	13,295,736
1951	295	13,943,385
1955	277	12,405,246
1959	258	12,216,166
1964	317	12,205,606
1966	363	13,064,951
1970	237	12,141,676

Quelle: Henry Pelling, A Short History of the Labour Party, London 1972, S. 158

Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen in Pfund Sterling

Jahr	zu jeweiligen Preisen (nominal)	nominale gerung (in %)	Steil- zu Preisen von 1863 (real)	reale Steil- gerung (in %)	jährliche In- flationsrate
1959	24 282		26 876		
1960	25 750	6,0	28 152	4,8	1,2
1961	27 509	6,8	19 136	3,5	3,3
1962	28 928	5,2	29 522	1,3	3,9
1963	30 783	6,4	30 783	4,3	2,1
1964	33 371	8,4	32 420	5,3	3,1
1965	35 848	7,4	33 224	2,5	4,9
1966	38 163	6,5	33 886	2,0	4,5
1967	40 140	5,2	34 567	2,0	3,2
1968	42 898	6,9	35 539	2,8	4,1

Quelle: National Accounts of OECD countries, 1950 - 1968.

T a b e l l e 3.2

Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen 1959 - 1968

	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
Bruttoanlageninvestitionen (in Millionen Pfund zu Marktpreisen von 1963)	4 025	4 418	4 847	4 829	4 916	5 717	5 949	6 102	6 525	6 791
Anteil am Brutto-sozialprodukt (in Prozent)	15,0	15,7	16,6	16,4	16,0	17,6	17,9	18,0	18,9	19,1
davon:										
Wohnungsbau	2,8	3,0	3,1	3,1	3,1	3,6	3,6	3,6	3,8	3,9
Maschinen und Ausrüstungen	7,7	8,0	8,3	7,8	7,8	8,5	8,7	8,9	9,2	9,2

Quelle: National Accounts of OECD countries, 1950 - 1968.

Einige Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung des Vereinigten Königreichs
1959 - 1966 (1958 = 100)

	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Bruttoinlandsprodukt	104,5	110,1	112,1	113,5	117,3	124,3	127,7	129,2
Industrielle Produktion	105,1	112,5	113,9	115,1	119,0	128,2	131,9	133,0
Produktion je Beschäftigten	104	107	108	109	113	118	120	121
Arbeitslosigkeit	1,97	1,50	1,35	1,84	2,17	1,56	1,32	1,38
Offene Stellen	1,02	1,40	1,42	0,93	0,85	1,37	1,64	1,58
Wochenlohnsätze	102,7	105,3	109,7	113,7	117,8	123,4	128,7	134,7
Wochenverdienste	104,6	111,5	118,3	122,5	127,5	136,6	146,7	156,2
Verbraucherpreise	100,5	101,4	104,4	108,2	109,7	112,8	117,9	122,5
Exportpreise	99	101	101	102	105	107	109	113
Importpreise	99	99	97	96	100	104	104	106

Quelle: National Institute of Economic and Social Research, Economic Review 1967,
No. 40, S. 69 ff.

Maßnahmen der britischen Regierungen zur Bekämpfung der Sterlingkrisen 1947 - 1966

Zeitpunkt	Maßnahmen
August 1947	Wiederaufhebung der am 15. Juli 1947 erklärten teilweisen Ausländerkonvertibilität für das Pfund Sterling (für laufende Transaktionen).
Juli 1949	Verschärfung der Importrestriktionen der Sterlingländer für Einfuhren aus dem Dollarraum.
September 1949	Abwertung des Pfund Sterling um 30,5 v.H. gegenüber dem US-Dollar (neuer Wechselkurs: 1 £ = 2,80 \$).
November 1951	Verschärfung der erst im Vorjahr abgebauten Importrestriktionen; Erhöhung des seit 1932 unveränderten Diskontsatzes von 2,0 v.H auf 2,5 v.H.; Kürzung der Devisenzuteilungen für den Touristenverkehr.
Januar 1952	Weitere Verschärfung der Importrestriktionen; Beschränkungen für Teilzahlungskäufe.
März 1952	Erhöhung des Diskontsatzes auf 4,0 v.H.
Januar 1955	Erhöhung des Diskontsatzes von 3,0 auf 3,5 v.H.
Februar 1955	Wiedereinführung der erst im September 1954 abgeschafften Restriktionen für Teilzahlungskäufe und erneute Diskontsatzserhöhung (auf 4,5 v.H.).
Juli 1955	Verschärfung der Restriktionspolitik: 1. Aufforderungen an die Banken zur Einschränkung ihrer Kreditgewährung; 2. Verschärfung der Bedingungen für Teilzahlungskäufe bei bestimmten Gütern (Automobile, Fernsehgeräte); 3. Aufforderung an die Gemeinden und verstaatlichten Betriebe zur Verringerung ihrer Investitionsprogramme.
September 1955	Schatzkanzler Butler schließt die Möglichkeit einer Rückkehr zur Pfundkonvertibilität bei gleitenden Wechselkursen aus (Jahrestagung des IWF).

Oktober 1955

Zwischenbudget: 1. Verschärfung der Kredit- und Teilzahlungsrestriktionen; 2. Erhöhung der Verkaufs- und Gewinnsteuern; 3. Einschränkung der öffentlichen Investitionen bei Gemeinden und verstaatlichten Industrien.

Februar 1956

Erhöhung des Diskontsatzes von 4,5 v.H. auf 5,5 v.H.; weitere Beschränkung der Teilzahlungskäufe und der öffentlichen Investitionen.

April 1956

Geringe Erhöhung der Tabak- und Gewinnsteuern im Budget für das Fiskaljahr 1956/57.

Dezember 1956

Britische Ziehung auf den IWF in Höhe von 201 Mill. £; Gleichzeitig Vereinbarung über einen Standby-Kredit des IWF und eine Kreditzusage der amerikanischen Export-Import-Bank.

Mai 1957

Erneute Verschärfung der Teilzahlungskäufe.

Juli 1957

Verschärfung der Devisenbestimmungen: Kontrolle des Erwerbs ausländischer Wertpapiere durch britische Staatsangehörige von deren Sterlinggebietbewohnern (Schließung der "Kuweit-Lücke").

September 1957

Erhöhung des Diskontsatzes von 5,0 auf 7,0 v.H.; Kürzung der öffentlichen Investitionsprogramme; Begrenzung der Bankkredite; Absage des britischen Schatzkanzlers Thorneycroft an eine Änderung der Währungspolitik (Jahrestagung des IWF).

Januar 1960

Erhöhung des Diskontsatzes von 4,0 auf 5,0 v.H.

April 1960

Budget für das Fiskaljahr 1960/61: 1. Erhöhung der Gewinnsteuer; 2. Erhöhung der Verbrauchsteuern für Tabakwaren; insgesamt Einnahmeerhöhung um 72 Mill. £. Wiedereinführung der abgeschafften Restriktionen für Teilzahlungskäufe; restriktive Geldpolitik der Bank von England. Einführung von Mindestreserververpflichtungen (special deposits) für die englischen Clearingbanken (1,0 v.H. aller Einlagen) und die schottischen Banken (0,5 v.H.).

Juni 1960

Erhöhung des Diskontsatzes von 5,0 auf 6,0 v.H.

Zeitpunkt	Maßnahmen
April 1961	Budget für das Fiskaljahr 1961/62: 1. Erhöhung der Kraftfahrzeug- und Gewinnsteuern; 2. Wiedereinführung der Heizölsteuer; 3. Einführung einer Steuer auf das kommerzielle Fernsehen; 4. der Schatzkanzler wird ermächtigt, die wichtigsten indirekten Steuern jederzeit und ohne parlamentarische Zustimmung bis zu 10 v.H. innerhalb eines Jahres herauf- oder herabzusetzen und in einem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkt eine Beschäftigungssteuer zu erheben.
2. Vierteljahr 1961	Aufgrund der Basler Verabredungen (Basle Arrangements) vom März 1961 intervenieren die beteiligten europäischen Notenbanken an den Devisenmärkten zugunsten des bedrängten Pfundes und stellen der Bank von England außerdem kurzfristige Kreditfazilitäten zur Verfügung, die im Juli 1961 eine Höhe von 323 Mill. £ erreichen.
Juli 1961	Zwischenbudget: 1. Erhöhung des Diskontsatzes von 5,0 auf 7,0 v.H.; 2. Erhöhung zwischenzeitlich gesenkter Mindestreserven; 3. Empfehlung einer zurückhaltenden Kreditpolitik; 4. Heraufsetzung der Verbrauchssteuern und Fiskalzölle bei einer Reihe von Verbrauchs- und Luxusgütern um den Höchstbetrag des erst im April 1961 verabschiedeten Finanzgesetzes (10 v.H.); 5. Einschränkung der öffentlichen Ausgaben durch a. eine mehrmonatige Lohnpause im öffentlichen Dienst, b. Aufhebung der Vereinbarungen mit Wohnungsbaugesellschaften über die Anleihegewährung beim Kauf alter Häuser, c. Reduzierung der Ausgaben in Übersee; 6. Verschärfung der Devisenbestimmungen für private Direktinvestitionen in Nicht-Sterlingländern; 7. Ankündigung der Einsetzung des National Economic Development Council, dem die Aufstellung eines langfristigen Programms zur Lösung der britischen Wirtschaftsprobleme obliegen soll.
August 1961	Britische Ziehung auf den IWF in Höhe von 536 Mill. £ (1,5 Mrd. \$), mit der die kurzfristigen Notenbankhilfen zurückgezahlt werden, außerdem Bereitstellung eines Standby-Kreditlinie in Höhe von 178 Mill. £ (498 Mill. \$).
Februar 1964	Erhöhung des Diskontsatzes von 4,0 auf 5,0 v.H.

Zeitpunkt	Maßnahmen
April 1964	Budget für das Fiskaljahr 1964/65: Erhöhung der Verbrauchssteuern für Tabakwaren und Alkoholika (Mehreinnahmen rund 100 Mill £).
September 1964	Kurzfristige Devisenhilfe mehrerer europäischer Notenbanken in Höhe von 500 Mill. \$, so daß zusammen mit dem seit längerem mit dem Federal Reserve System auf Gegenseitigkeit vereinbarten Standby-Kredit von ebenfalls 500 Mill. \$ kurzfristige Kreditfazilitäten in Höhe von 1 Mrd \$ zur Verfügung stehen.
Oktober 1964	Einführung eines zeitweiligen Sonderzolls in Höhe von 15 v. H. auf alle Fertigwareneinfuhren; Ermäßigung der indirekten Steuern für Exporte.
November 1964	Zwischenbudget: 1. Erhöhung der Verbrauchssteuern für Benzin; 2. Ankündigung der Erhöhung der Einkommensteuer ab April 1965; 3. Ankündigung einer Körperschaftssteuer anstelle der bisherigen "company income tax and profits tax" für April 1965. Erhöhung des Diskontsatzes von 5,0 auf 7,0 v.H.. Vereinbarung der Bank von England mit den Zentralbanken der Zehnergruppe, der Schweiz, Österreichs, der BIZ sowie der amerikanischen Export-Import-Bank über die Zurverfügungstellung kurzfristiger Kreditfazilitäten in Höhe von 3 Mrd. \$ zur Stützung des Pfundes an den Devisenmärkten.
Dezember 1964	Britische Ziehung auf den IWF in Höhe von 1 Mrd. \$ zur Konsolidierung der seit September 1964 in Anspruch genommenen kurzfristigen Notenbankkredite. Die Bank von England empfiehlt dem privaten Bankgewerbe eine Einschränkung der Kreditexpansion. Die Regierung sichert sich die Zustimmung der Arbeitgeber und der Gewerkschaften zu einem "Joint Statement of Intent", das die Notwendigkeit einer Produktionssteigerung durch zurückhaltende Lohn- und Preispolitik betont.
Februar 1965	Verlängerung der kurzfristigen Notenbankkredite vom November 1964 um weitere drei Monate. Veröffentlichung eines "White Paper on Machinery of Prices and Incomes Policy", das genauere Empfehlungen über die Durchführung einer Einkommenspolitik enthält.

Zeitpunkt	Maßnahmen
April 1965	Budget für das Fiskaljahr 1965/66; a. Steuererhöhungen für Tabakwaren, Alkoholika und Automobile; 2. Einführung einer neuen Steuer auf Kapitalgewinne; 3. Durchführung der angekündigten Reform des Körperschaftsteuersystems; 4. Verschärfung der Devisenbestimmungen für private Direktinvestitionen in Nicht-Sterlingländern und für den Touristenverkehr. Verringerung des Importsonderzolls auf 10 v.H. Die Bank von England setzt die Mindestreserven auf 1,0 v.H. für die englischen und auf 0,5 v.H. für die schottischen Banken fest.
Mai 1965	Die Bank von England empfiehlt den englischen Clearing-Banken die Kreditgewährung bis zum Mai 1966 um nicht mehr als 5 b.H. auszuweiten. Weitere britische Ziehung auf den IWF in Höhe von 114 Mrd. £.
Juni 1965	Senkung des Diskontsatzes auf 5,0 v.H., aber Verschärfung der Bestimmungen für Teilzahlungskäufe für bestimmte Güter (Automobile, Elektrogeräte).
Juli 1965	Zwischenbudget: 1. Einsparung der öffentlichen Ausgaben in Höhe von 200 Mill. £; 2. Aufschub gewisser sozialer Reformen; 3. Verschärfung der Bedingungen für Teilzahlungskäufe; 4. Ankündigung einer Lizenzierung privater Büro Neubauten; 5. weitere Verschärfung der Devisenbestimmungen für Kapitalexporte; 6. Verbot einer Bezahlung der Importe vor Lieferung.
September 1965	Die Bank von England verkündet neue Notenbankhilfe zur Abwehr der Spekulation gegen das Pfund, ohne die genaue Höhe zu nennen. Das Wirtschaftsministerium (Department of Economic Affairs) veröffentlicht einen Fünfjahresplan (The National Plan), dessen Ziel eine Erhöhung des Volkseinkommens um 25 v.H. bis 1970 ist.
November 1965	Veröffentlichung eines "White Paper on an Early Warning System", das Vereinbarungen über eine freiwillige Bekanntmachung geplanter Preis- und Lohnerhöhungen enthält.

Februar 1966

Die Bank von England gibt bekannt, daß die Bankkredite bis März 1966 um nicht mehr als 5 b.H. gegenüber der Höhe vom März 1965 steigen dürfen. Weitere Verschärfung der Bedingungen für Teilzahlungskäufe.

März 1966

Ankündigung einer Glücksspielsteuer.

Mai 1966

Budget für das Fiskaljahr 1966/67: 1. Einführung einer selektiven Beschäftigungssteuer (selective employment tax) mit dem Ziel, über eine höhere Besteuerung des Dienstleistungsgewerbes eine Umgruppierung der Arbeitskräfte in produktivere Wirtschaftsbereiche zu ermöglichen; 2. Verschärfung der Devisenbestimmungen für den Kapitalexport nach Nicht-Sterlingländern; 3. Programm einer freiwilligen Einschränkung der privaten Direktinvestitionen in den entwickelten Sterlingländern. Erneuerung der kurzfristigen Notenbankkredite vom September 1965 zum Ausgleich eines Teils jener Devisenverluste, die durch Schwankungen in den Sterlinbalances (überseeische Sterlingguthaben) entstehen.

Juni 1966

Juli 1966

Erneute Ermahnung der Bank von England an die Kreditbanken, den im März genannten Kreditplafond unbedingt einzuhalten. Verdoppelung der Mindestreserven: 2,0 v.H. für die englischen Banken, 1,0 v.H. für die schottischen Banken; Erhöhung des Diskontsatzes von 6,0 v.H. auf 7,0 v.H. Scharf restriktiv wirkendes Zwischenbudget: 1. Verschärfung der Teilzahlungskaufbestimmungen; 2. Anwendung des sogenannten Regulators, d.h. eines Aufschlages von 10 v.H. auf alle Kaufsteuern und Abgabesteuern; 3. Erhöhung der Post- und Fernmeldegebühren ab. 1. Oktober 1966; 4. Verringerung der Investitionsprogramme der Zentralregierung, der Gemeinden und der verstaatlichten Industrien; 5. Verminderung der zivilen und militärischen Ausgaben in Übersee; 6. Verschärfung der Devisenbestimmungen für den Touristenverkehr; 7. Einführung eines allgemeinen Lohn- und Preisstopps.

Zeitpunkt	Maßnahmen
September 1966	Kurzfristige Überbrückungskredite der Basler Gruppe der Notenbanken für allgemeine Devisenzwecke zur Bekämpfung der Spekulation gegen das Pfund im dritten Quartal 1966 (genaue Höhe der Kreditlinie unbekannt), Hauptbestandteil war die Erhöhung der bilateralen Standby-Fazilität des Federal Reserve Systems von 750 Mill. \$ auf 1350 Mill. \$.

Quelle: Bank of England Quaterly Bulletin, 1960 u. lfd. Jgg. - Deutsche Bundesbank, Geschäftsberichte, Frankfurt/M. lfd. Jgg. - Economic Survey, Cmd 1947 u. lfd. Jgg, -H.M. Treasury, Economic Report, 1962 u. lfd. Jgg - National Institute of Economic and Social Research, Economic Review, 1959 u. lfd. Jgg. -House of Commons, Parliamentary Debates, lf.Jgg,- Pressemeldungen; zitiert nach: Günther Maaß, Die Rolle des Pfund Sterling in der Weltwirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg, Tübingen 1968, S. 89 - 92.

Großbritanniens internationale Schuldner- und Gläubigerposition" 1962 bis 1968 (jeweils Jahresende) in Millionen £

	1962	1964	1966	1967	1968
Staatliche Verpflichtungen (Schatzwechsel, Obligationen) Private Verbindlichkeiten (Bankkonten usw.) Internationaler Währungsfonds (Sterlingverpflichtungen)	2 528 2 765 517	2 834 3 730 881	2 932 5 005 1 553	3 573 6 330 1 457	4 143 (9 015) 1 982
A. Kurzfristige Verpflichtungen insgesamt Gold- u. Devisenreserven Regierungsportefeuille Private Forderungen (Bankkonten usw.) Quote beim Intern. Währungsfonds	5 810 1 002 (360) (2 375) 696	7 445 827 (445) (3 325) 696	9 490 1 107 (180) (4 900) 871	11 360 1 123 - (6 390) 1 017	15 140 1 009 - (9 500) 1 017
B. Kurzfristige Guthaben insgesamt Langfristige staatl. Verschuldung Langfristige private Verpflichtungen (Aktien, Investitionen)	4 435 (2 670) (3 185)	5 295 (2 620) (3 730)	7 060 (2 580) (4 210)	8 530 (2 920) (4 905)	11 525 (2 995) (6 085)
C. Langfristige Verpflichtungen insg. Regierungsdarlehen Langfristige private Guthaben (Aktien, Investitionen)	5 855 (710) (7 885)	6 350 (840) (9 285)	6 790 (985) (9 8507)	7 825 (1 060) (11 955)	9 080 (1 115) (13 555)
D. Langfristige Guthaben insgesamt	8 595	10 125	10 835	13 015	14 670
A + D Gesamtverpflichtungen	11 665	13 795	16 280	19 185	24 220
B + D Gesamtguthaben	8 595	10 125	10 835	13 015	14 670

Quelle: Bank of England Quarterly Bulletin, Vol. 9 London, Nr. 4 vom Dezember 1969, s. 444, 445.
zitiert nach: DWI-Forschungshefte 4, 1970, s. 32.

Vergleich des Anteils der Konsum- und Staatsausgaben von Kapitalbildung und Exporten
am BSP zwischen 1959 und 1968 in Prozent

		Großbritannien	BRD	Frankreich	Italien
Konsumausgaben	1959	65,9	56,2	61,6	62,9
	1968	- 2,5	- 0,3	- 0,6	+ 1,0
		63,4	55,9	61,0	63,9
Staatsausgaben	1959	17,5	13,8	14,6	14,0
	1968	- 0,9	+ 0,3	- 2,6	- 1,8
		16,6	14,1	12,0	12,2
Kapitalbildung	1959	15,0	23,7	19,8	20,3
	1968	+ 4,1	+ 0,9	+ 5,8	- 0,7
		19,1	24,6	25,6	19,6
Exporte	1959	21,7	21,8	12,8	11,8
	1968	+ 2,1	+ 4,7	+ 3,1	+10,4
		23,8	26,5	15,9	22,2

Quelle: National Accounts of OECD countries 1950 - 1968.

Jährlicher Durchschnitt der Streiktage

Industriezweig	1930 - 1938	1947 - 1955	1956 - 1964
Docks	39 800	344 400	169 100
Schiffsbau	54 200	194 100	514 600
Kohlenbergbau	1 002 600	616 100	444 000
Maschinen- und Fahrzeugbau	88 000	441 700	1 290 300
Baugewerbe	91 600	87 900	172 000
Textil	1 504 000	21 100	27 100
Lebensmittel, Getränke, Tabak	5 400	12 000	22 400

Quelle: Final Report of the Committee of Inquiry under the Rt.Hon. Lord Devlin into certain matters concerning the Port Transport Industry, Cmd. 2734, August 1965, S. 4

Verteilung der Aufgaben von Shop Stewards

Aufgaben	Alle Stewards	Senior Stewards
Diskussion mit Gewerkschaftsmitgliedern	32	33
Verhandlungen mit dem Management und mit Vorarbeitern	21	36
Sitzungen in Betriebsausschüssen usw.	16	7
Gewerkschaftsversammlungen	11	10
Alkordberechnung	8	5
Schriftverkehr	6	5
	6	4
	100	100

Quelle: Clegg, Killick und Adams, Trade Union Officers, Oxford 1961, S. 157.

Stellung hauptamtlicher Funktionäre nach Aufgabe ihres Gewerkschaftspostens

Posten in der verstaatlichten Industrie	48
Regierungsamt	25
Leitende Stellung in der privaten Industrie	14
Posten in einer anderen Vereinigung	11
Rückkehr zur betrieblichen Basis	13
Eigenes Geschäft oder Unternehmen	7
Posten in der Labour Party	4
Gewähltes Mitglied des Parlaments	4
Posten in anderen Organisationen	9
Sonstige Ämter	9
Unbekannt	122

Quelle: Clegg, Killick und Adams, S. 85

Jährlicher Durchschnitt inoffizieller Streiks im Verhältnis zur Beschäftigten-
zahl, 1964 - 1966

Industriezweig	Zahl inoffizieller Streiks pro 100 000 Beschäftigte	Zahl der Streiktage pro 1000 Beschäftigte
Kohlenbergbau	138,7	466
Docks	62,1	850
Schiffbau	43,7	379
Fahrzeugbau	30,9	798
Alle Industrien	9,2	72

Quelle: Royal Commission on Trade Unions and Employers' Associations 1965-1968
(Donovan-Report), London 1969, S. 98

Jährlicher Durchschnitt inoffizieller Streiks 1964 - 1966 nach Industriezweigen und Ursache

Ursachen	Kohlen- bergbau	Fahrzeug- bau	Docks	Schiff- bau	Sonst. Masch.- bau	Bau- wesen	And. Indu- strien	Alle Indu- strien
Löhne	365	77	45	58	149	111	245	1052
Arbeitszeit	-	6	1	-	5	2	14	30
Abgrenzung	3	4	7	12	7	9	13	57
Entlassungen	26	24	5	13	56	81	118	326
Arbeitsregelungen, Disziplin	384	35	27	10	43	26	119	646
Gewerkschaftsfragen	-	4	1	2	11	7	34	63
Sympathiestreiks	4	-	-	1	2	2	7	18
Alle Ursachen	783	154	87	98	277	242	553	2196

Quelle: Donovan-Report, S. 101.

ANMERKUNGEN

1. Einige Bemerkungen zum methodischen Ansatz bei der Analyse von Klassenkonflikten im gegenwärtigen Kapitalismus
- 1 R. Dahrendorf, Elemente einer Theorie des sozialen Konflikts, in: Gesellschaft und Freiheit, München 1961
- 2 Vgl. P.A. Baran, P.M. Sweezy, Monopolkapital, Frankfurt am Main 1967
- 3 Siehe u.a. Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als 'ideologie', Frankfurt am Main 1968
- 4 So etwa die OECD-Studie: The Growth of Output 1960-1980, Paris 1970; Andrew Shonfield, Modern Capitalism, London 1965; Gottfried Bombach, Wirtschaftswachstum, HDWS Bd. 12, 1965; Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen wandels in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1970
- 5 Z.B. S. Kuznets, Capital in the American Economy, Princeton 1961, der die nach ihm benannten 18-20jährigen Zyklen auch für Westeuropa nachzuweisen versucht. F. Janossy, Das Ende der Wirtschaftswunder, Frankfurt am Main 1966; Paul Boccara, La théorie de la suraccumulation-dévalorisation du capital, in: Economy et Politique, Nr. 202f., Paris 1970; E. Mandel, Geschichte des Kapitalismus und seine Bewegungsgesetze, in: Kapitalismus in den siebziger Jahren. Referate vom Kongreß in Tillburg im September 1970, Frankfurt am Main 1971
- 6 Elmar Altvater, Die Weltwährungskrise, Frankfurt am Main 1969
- 7 Michael Kidron, Western Capitalism Since the War, London 1969; Ernest Mandel, Die EWG und die Konkurrenz Europa-Amerika, Frankfurt am Main 1968; J.J. Servan-Schreiber, Le défi américain, Paris 1967; L. Armand, M. Drancourt, Le pari européen, Paris 1968; Klaus von Dohnany, Japanische Strategien, München 1969; Pierre Jalée, L'imperialisme en 1970, Paris 1969
- 8 Richard J. Barnet, The economy of death, New York 1969, deutsch: Der amerikanische Rüstungswahn oder die Ökonomie des Todes, mit einem Beitrag von Claus Grossner, Ein militärisch-industrieller Komplex in der Bundesrepublik, Hamburg 1971
- 9 J.K. Galbraith, Die moderne Industriegesellschaft, München 1969; OECD, Government and Technical Innovation, Paris 1966; Joachim Hirsch, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System, Frankfurt am Main 1970
- 10 A. Shonfield, a.a.O.; M. Kidron, a.a.O.; Jean-Pierre Delilez, La planification dans les pays d'économie capitaliste Paris 1968 sowie die dortige umfangreiche Bibliographie; H.A. Turner, H. Zoetewij, Prices, Wages and Incomes Policies in industrialised Market Economies, International Labour Office, Genf 1966; Jörg Huffscheid, Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 1969

- 11 Vgl. hierzu allgemein: Redaktionskollektiv, Intensivierung der Arbeit in der BRD, in: Probleme des Klassenkampfes, September 1972, S. 81ff., Dezember 1972, S. 125ff.; Der Staatsmonopolistische Kapitalismus, Frankfurt am Main 1972, S. 256ff.
- 12 Alain Rezo, Le chômage. Structure et évolution récentes, in: Economie et Politique, Nr. 210, Januar 1972 und die dortige Bibliographie
- 13 An dieser Stelle berührt die Analyse von Streikbewegungen die Problematik des Arbeiter- und Klassenbewußtseins, die in der wissenschaftlichen Literatur bisher weitgehend unter dem Gesichtspunkt der Produktionsorganisation, technischer Veränderungen oder des Konsumniveaus und sozialpsychologischer Erwartungen, weniger aber unter dem Blickwinkel der realen Klassenauseinandersetzungen behandelt worden ist. Vgl. u.a. Popitz, H., Bahrddt, P. u.a., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, Tübingen 1957; Horst Kern, Michael Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Frankfurt am Main 1970; Serge Mallet, La nouvelle classe ouvrière, Paris 1963; Alain Touraine, La conscience ouvrière, Paris 1966; Ferdinand Zweig, The worker in an affluent society, New York 1961; Robert Blauner, Alienation and Freedom. The Factory Worker and His Industry, Chicago 1967; J.H. Goldthorpe, D. Lockwood, u.a., The affluent worker, 3 Bde., Cambridge 1968f.; usw.
- 14 Vgl. zum Ansatz dieser Studie auch: D. Albers, W. Goldschmidt, P. Oehlke, Klassenkämpfe in Westeuropa, Reinbek 1971
- 15 So sehr die gesamte Irland-Problematik mit der Geschichte des britischen Imperialismus auch verknüpft ist, so kann hier die komplexe Struktur der Klassenkämpfe und des Bürgerkriegs in Irland, insbesondere in Ulster, nicht behandelt werden. Dafür sind zwei Gründe ausschlaggebend: Einmal ist dieses Thema im Rahmen dieser Arbeit gar nicht zu bewältigen; zum anderen haben die irischen Ereignisse die britischen Klassenkämpfe seit den sechziger Jahre allenfalls indirekt beeinflußt. Weiterführende Literatur u.a.: Special Irish Number, in: Marxism Today, Juni 1973; Jack Woodis, Ireland - Common Cause of British and Irish People, in: Marxism Today, Juli 1973; Ireland, in: International Socialism, April-Juni 1972; C.D. Greaves, The Irish Crisis, London 1972; Ulster by the Sunday Times Insight Team, Harmondsworth 1972; Bernadette Devlin, Ireland: Religionskrieg oder Klassenkampf?, Reinbek 1969; usw.

2. Zur Entstehung und Krise des Reformismus in der britischen Arbeiterbewegung
- 1 G.D.H. Cole, Studies in Class Structure, London 1955 S. 31; T.S. Ashton, An Economic History of England: The 18th Century, London 1955, S. 129
 - 2 Friedrich Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, in: Marx/Engels/Werke (MEW), Band 2, Berlin 1972, S. 225ff.; Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, MEW 23; vgl. auch Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Band 23, Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1760 bis 1832, Berlin 1964; Band 24, Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1832 bis 1900, Berlin 1965; Band 25, Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1900 bis zur Gegenwart, Berlin 1965
 - 3 Henry Pelling, A History of British Trade Unionism, Harmondsworth 1971, S. 24
 - 4 Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß. Die Entstehung antikapitalistischer Theorie und Praxis in England 1792-1848, Frankfurt am Main 1970. Bei der Darstellung dieser Periode beziehe ich mich weitgehend auf Michael Vesters Ergebnisse.
 - 5 G.D.H. Cole, A Short History of the British Working Class Movement 1789-1927, Band 1, 1789-1848, London 1927;
 - , Chartist Portraits, London 1941;
 - , Ein Jahrhundert englische Genossenschaftsbewegung, Hamburg 1950;
 - , A.W. Filson (Hrsg.), British Working Class Movements - Select Documents 1789-1875, London 1967
 - 6 Eric Hobsbawn, Labouring Men, Studies in the History of Labour, London 1968; Industrie und Empire, Frankfurt 1969
 - 7 E.P. Thompson, The Making of the English Working Class, Harmondsworth 1970
 - 8 Thompson, S. 656-59; Vester, S. 136ff.
 - 9 Max Beer, Geschichte des Sozialismus in England, Stuttgart 1913, S. 140f.; Thompson, S. 734ff.
 - 10 Kuczynski, Band 23, S. 9
 - 11 A. Aspinall, The Early English Unions, London 1949; S. und B. Webb, Die Geschichte des britischen Trade Unionismus, Stuttgart 1906, S. 50ff.
 - 12 Vgl. zur Bedeutung Robert Owens u.a.: Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: MEW 20 Berlin 1972, S. 243ff.; G.D.H. Cole, A History of Socialist Thought; Band 1, The Forerunners 1789-1850, London 1962, S. 1ff.; Vester, S. 187ff.; Thilo Ramm (Hrsg.), Der Früh-

- sozialismus, Stuttgart 1956; ders., Die großen Sozialisten als Rechts- und Sozialphilosophen, Stuttgart 1955
- 13 Eine knappe Einordnung gibt Werner Hofmann, Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, Berlin 1970, S. 23ff.; vgl. ferner: Max Beer, Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe, Berlin 1931, S. 459ff.; Elie Halévy, Thomas Hodgskin, Edited in Translation, London 1956, S. 31ff.; R.K.P. Pankhurst, William Thompson 1775-1833. Britain's Pioneer Socialist, Feminist and Co-operator, London 1954
- 14 Beer, England, S. 238ff.; Cole, Short History, S. 98ff.
- 15 Thompson, S. 781ff., insbesondere S. 887ff.; Vester, S. 299ff.
- 16 Beer, England, S. 251ff.; L. Pumpianski, Die Kooperation und der Sozialismus in England in den 20er und 30er Jahren des XIX. Jahrhunderts, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, Band 2, Leipzig 1912, S. 330-371, hier S. 364ff.
- 17 Cole, Short History, S. 130
- 18 Vester, S. 334f.
- 19 So Friedrich Engels in der Einleitung zur englischen Ausgabe (1892) von "Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft", in: MEW 19, S. 539; vgl. auch W.I. Lenin, Die Dritte Internationale und ihr Platz in der Geschichte, in: Werke 29, Berlin 1970, S. 298
- 20 A. Briggs, National Bearings, in: A. Briggs (Hrsg.), Chartist Studies, London 1967, S. 300ff.
- 21 Friedrich Engels, Die Lage Englands, in: MEW 1, S. 531
- 22 Beer, England, 416ff.; Vester, 386ff.
Entsprechend wertete der Chartist Friedrich Engels, der in "jugendlicher Hitze", wie er später selbst im Vorwort zur deutschen Ausgabe von 1892 der "Lage der arbeitenden Klasse in England" (MEW 2, S. 642) eingestand, die bevorstehende soziale Revolution prophezeite, die englische Zehnstunden-Bill nach dem Scheitern des Chartismus und der europäischen Revolution von 1848 als eine "reaktionäre Maßregel". Sie wurde als das Produkt eines fortschrittsfeindlichen sentimental "Arbeiterorysmus" unpolitischer Arbeiter und Fabrikaufseher und als eine "Schikane" der vereinigten Aristokratie gegenüber der Industriebourgeoisie gegeißelt, mit der sich der Grundadel für die von den Freihändlern durchgesetzte Abschaffung der Kornzölle rächen wollte (MEW 7, S. 226-43). Dennoch erkannte Engels bereits die physische Notwendigkeit der Zehnstunden-Bill für die biologische Regeneration der Arbeiterklasse. Mit dem endgültigen Scheitern der Revolutionperiode von 1848 in der folgenden Geschäftsblüte trat der sozialpolitische Aspekt immer in den

Vordergrund, wie überhaupt die realhistorische Entwicklung notwendigerweise den Akzent von der unmittelbar revolutionären Praxis auf die Analyse der ökonomischen Widersprüche verlagerte. So sieht Marx in der "Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Association" (MEW 16, S. 5ff.) die Zehnstunden-Bill nicht nur als eine große praktische Errungenschaft an, sondern als den Sieg eines neuen Prinzips, das zum ersten Mal die politische Ökonomie der Mittelklasse durch die politische Ökonomie der Arbeiterklasse ersetzt. Mit der gesetzlichen Beschränkung des Arbeitstages wird aber zugleich ein neues Stadium in der kapitalistischen Entwicklung eingeleitet, in der die Produktion des absoluten Mehrwertes mehr und mehr der alle technischen Arbeitsprozesse revolutionierenden Produktion des relativen Mehrwertes Platz macht, wie Marx im Ersten Band des "Kapital" im einzelnen darlegt. Schließlich zeigt Engels im "Anti-Dühring", daß erst mit der Steigerung der Produktivkräfte in der großen Industrie eine herrschende Klasse zum Hindernis der gesellschaftlichen Entwicklung wird, die jetzt bei der verkürzten Arbeitszeit theoretisch und praktisch von der arbeitenden Bevölkerung selbst organisiert werden kann (MEW 20, S. 169). Die hier von Marx und Engels beispielhaft geleistete revolutionstheoretische Verarbeitung einer sozialreformerischen Maßnahme konnte von der britischen Arbeiterbewegung nach dem Verfall des Chartismus praktisch nicht geleistet werden. Die hier behandelte Einschätzung der Zehnstunden-Bill durch Marx und Engels wird detailliert erläutert von Kuczynski, Band 24, S. 58-65. Siehe auch Dieter Kramer, Reform und Revolution bei Marx und Engels, Köln 1973, S. 36-41 und S. 137-42.

- 23 Vgl. hierzu: Barrington Moore, Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie, Frankfurt am Main 1969, S. 21ff.; J.L. und B. Hammond, The Village Labourer 1760-1832, London 1911
- 24 Das britische Industrie-, Handels- und Kolonialmonopol konnte sich bei dem industriellen Entwicklungsvorsprung vor den Konkurrenten gerade auf der Grundlage freier Konkurrenz entfalten. So produzierte die "Werkstatt der Welt" zwischen 1850 und 1870 ebenso viel Roheisen und Kohle wie der Rest der Welt, der Anteil am Außenhandel lag bei 21-22% und an der Welthandelsflotte 1870 bei 36%. Die Industrialisierung war insofern abgeschlossen, als der Prozentsatz der Beschäftigten in der Fabrikindustrie ("manufacturing") Mitte des 19. Jahrhunderts bereits abzunehmen begann. Kuczynski, Band 24, S. 112.
- 25 Maurice Dobb, Der Lohn, Frankfurt am Main 1970, S. 153ff.
- 26 Die Trade Unions, in: MEW 19, S. 254ff.
- 27 J.B. Jefferys, The Story of Engineers 1800-1945, London 1945
- 28 Allen Hutt, British Trade Unionism, London 1962, S. 25f.
- 29 Kuczynski, Band 24, S. 219
- 30 B. C. Roberts, The Trades Union Congress 1868-1921, Lon-

don 1958, S. 80

- 31 So wurde diese Gruppierung von den Webbs genannt (Geschichte des britischen Trade Unionismus).
- 32 Wie tief diese Respektabilität auch einem revolutionären Kämpfer wie Tom Mann in Fleisch und Blut übergegangen war, davon berichtet Engels in einem Brief vom 7. Dezember 1889 an Sorge. MEW 37, S. 320f.
- 33 Zuvor waren kontraktbrüchige Unternehmer höchstens einer zivilrechtlichen Haftung ausgesetzt, während kontraktbrüchige Arbeiter dagegen nach dem "Molestation of Workmen Act" (1859) wie Schwerkverbrecher mit Zuchthausstrafen belegt und auch nach dem "Master and Servant Act" (1867) noch strafrechtlich verfolgt werden konnten. Vgl. Kurt M. Walter, Die Emanzipation der Arbeiterschaft in Großbritannien. Eine Untersuchung ihrer arbeits- und wahlrechtlichen Aspekte bis zum Ausgang des ersten Weltkrieges, Inaugural-Dissertation Köln 1965; N.A. Citrine, Trade Union Law, London 1960
- 34 A.L. Morton, G. Tate, Die britische Arbeiterbewegung 1770-1920, Berlin 1960, S. 116f.
- 35 Da Lenin diese beiden Aspekte vernachlässigt, gerät er in die Gefahr, den Reformismus in der britischen Arbeiterbewegung bei sonst zutreffender Beschreibung nur auf ökonomische Phänomene zu reduzieren, ganz abgesehen von der damit einhergehenden subjektivistischen Einfärbung, deutlich an Kategorien wie Bestechung, Korruption, Verrat usw. Vgl. unter den vielen Äußerungen Lenins zu dieser Problematik: Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, in: Werke 23, S. 102ff.
- 36 Vgl. MEW 29, S. 358; MEW 35, S. 357; MEW 21, S. 191ff.
- 37 Zu dieser Phase: Maurice Dobb, Entwicklung des Kapitalismus, Köln 1970, S. 298ff.; Hobsbawn, Industrie und Empire 1, S. 129ff.; 136ff.; Kuczynski, Band 24, S. 153ff.
- 38 Vgl. die bahnbrechenden Studien von Charles Booth (Life and Labour of the People in London), die durch die Analysen von Seebohm Rowntree in York um die Jahrhundertwende bestätigt wurden.
- 39 H.A. Clegg, Alan Fox, A.F. Thompson, A History of British Trade Unions Since 1889, Oxford 1964, S. 128ff.
- 40 Hobsbawn, British Gas-Workers 1873-1914, in: Labouring Men, London 1968; J.Lovell, Stevedores and Dockers. A Study of Trade Unionism in the Port of London, 1870-1914, London 1969, S. 92ff.
- 41 Clegg, Fox, Thompson, S. 55ff.
- 42 Leider kann hier auf die Entwicklung dieser sozialistischen Gruppierungen nicht näher eingegangen werden, über deren Geschichte und Verhältnis zur Gewerkschaftsbewegung aber

zwei detaillierte Untersuchungen vorliegen. Henry Pelling, *The Origins of the Labour Party 1880-1900*, Oxford 1965; Siegfried Binger, *Friedrich Engels und die britische sozialistische Bewegung von 1881-1895*, Berlin 1962

- 43 Hutt, S. 43f.
- 44 Pelling, *British Trade Unionism*, S. 108f.
- 45 E.H. Phelps Brown, *The Growth of British Industrial Relations*, London 1965, S. 115ff.
- 46 Clegg, Fox, Thompson, S. 305ff.
- 47 B.C. Roberts, S. 200ff.
- 48 Lenin, *Werke* 15, S. 230f.
- 49 Vgl. Pelling, *Origins*, S. 225f.
- 50 Hutt, S. 55
- 51 Lenin, *Werke* 22, S. 261; Kuczynski, Band 25, S. 172ff.
- 52 Hutt, S. 70f.
- 53 Webb, S. 635
- 54 Pelling, *British Trade Unionism*, S. 133; Kuczynski, Band 2 S. 27f.
- 55 K. Coates, A. Topham (Hrsg.), *Industrial Democracy in Great Britain*, London 1968, S. 3ff.
- 56 Lenin, *Werke* 18, S. 460f.
- 57 Hutt, S. 43f.
- 58 Webb, S. 690; vgl. auch Lloyd George, *War Memories of Lloyd George*, London 1938, S. 1141-2
- 59 Vgl. *The Miners' Next Step*, in: *Industrial Democracy in Great Britain*, S. 14ff.; vgl. hierzu auch Rudolf Kuda, *Arbeiterkontrolle in Großbritannien. Theorie und Praxis*, Frankfurt am Main 1970
- 60 *Industrial Democracy*, S. 38ff.
- 61 Branco Pribičević, *The Shop Stewards' Movement and Workers Control 1910-1922*, Oxford 1959, S. 35. Auf analoge Strukturen zur deutschen Rätebewegung weist Peter von Oertzen, *Betriebsräte in der Novemberrevolution*, Disseldorf 1963, S. 31ff.
- 62 W. Gallacher, *Revolt on the Clyde*, London 1949; T. Bell, *John Maclean*, Glasgow 1944
- 63 Walter Kendall, *The Revolutionary Movement in Britain*

1900-21, London 1971, S. 142-69

- 64 Industrial Democracy, S. 113
- 65 William Gallacher, Revolt on the Clyde, London 1949, S. 221
- 66 Lenin, Werke 31, S. 63-76, S. 246-52; vgl. auch: Protokoll des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (Reprint), Erlangen 1972, S. 640ff.
- 67 Hutt, S. 93
- 68 Vgl. G.D.H. Cole, A History of the Labour Party from 1914, London 1948
- 69 Arnot, R.P., The Miners: Years of Struggle, London 1953, S. 182ff.
- 70 V.L. Allen, Trade Unions and the Government, London 1961, S. 171ff.; Allen Hutt, Post-War History of the British Working Class, London 1937, S. 25ff.
- 71 W.G. Truchanowski, Neueste Geschichte Englands 1917-51, Berlin 1962, S. 58ff.
- 72 Siehe hierzu allgemein: A.C. Pigou, Aspects of British Economic History 1918-1925, London 1948
- 73 V.L. Allen, Trade Unions and the Government, London 1961, S. 188; Hutt, Post-War History, S. 58ff.; W.H. Crook, The General Strike. A Study of Labour's Tragic Weapon in Theory and Practice, Chapel Hill 1931, S. 270
- 74 Arnot, S. 314f.
- 75 James B. Jefferys. S. 223ff.; siehe auch Emil Bandholz, Die englischen Gewerkschaften, Köln 1961, S. 245ff.
- 76 Vgl. Protokoll des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Band I, (Reprint) Erlangen 1972, S. 461f.
- 77 J.Klugman, History of the Communist Party of Great Britain, Band 1, Formation and Early Years, 1919-1924, London 1968, S. 108ff.
- 78 Vgl. Richard Hyman, Communist Industrial Policy in the 1920's, in: International Socialism, Oktober-November 1972, S. 14ff.
- 79 Truchanowski, S. 127f.; vgl. auch Cole, History of the Labour Party, S. 157f.
- 80 Klugman, S. 346ff.; vgl. auch: Cole, Short History, S. 167ff.
- 81 Roderick Martin, Communism and the British Trade Unions 1924-1933, Oxford 1969, S. 62ff.
- 82 J.M. Keynes, The Economic Consequences of Mr. Churchill, 1925, zitiert nach Arnot, S. 358; Crook, S. 285f.

- 83 Crook, S. 300; R.P. Arnot, The General Strike May 1926. Its Origin History, London 1926, S. 59ff.
- 84 W. Gallacher, The Rolling of the Thunder, London 1947, S. 76; Hutt, British Trade Unionism, S. 106f.
- 85 Siehe ferner: J. Symons, The General Strike, 1957; Kingsley, Martin, The British Public and the General Strike, London 1926; Allen, S. 190ff. usw.
- 86 Diese spezifische britische Situation führte schon 1922 zu einer allgemeinen Ratlosigkeit im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale. Vgl. IV. Weltkongreß, S. 50
- 87 John Lovell, B.C. Roberts, A Short History of the T.U.C., London 1968, S. 162
- 88 Wolfgang Abendroth, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt am Main 1965, S. 114ff.
- 89 Lovell, Roberts, S. 93f.
- 90 Citrine, S. 559f.; Crook, S. 481
- 91 J.M. Keynes, zitiert nach Kuczynski, Band 25, S. 48f.
- 92 Vgl. Eric Hobsbawn, Industrie und Empire 2, Frankfurt am Main 1969, S. 42ff.; Kuczynski, Band 25, S. 43ff.; R. Evelyn I.M.D. Little, Concentration in British Industry, Cambridge 1960.
- 93 Hutt, British Trade Unionism, S. 115
- 94 Lovell, Roberts, S. 95ff.
- 95 M. Cole, Growing Up into Revolution, London 1949, S. 125; Hutt, Post-War History, S. 190
- 96 Hutt, Post-War History, S. 207
- 97 P. Snowden, An Autobiography, Band 2, London 1934, S. 947
- 98 Henry Pelling, A Short History of the Labour Party, London 1972, S. 71ff.
- 99 Cole, Short History, Vorwort S. X
- 100 Andrew Glynn, Bob Butcliffe, British Capitalism, Workers and the Profits Squeeze, S. 32; E.H. Phelps Browne, M. Brown, A Century of Pay, London 1968, S. 241
- 101 C.F. Brand, The British Labour Party, Stanford 1964 S. 162
- 102 R. Martin, S. 102-78
- 103 Vgl. hierzu: Communist Party of Great Britain, Resolutions of the Eleventh Congress, 1929; Brand, The British Labour Party, a.a.O.

- 104 Pelling, Labour Party, S. 82ff.
- 105 Truchanowski, S. 291ff.
- 106 K. Ingram, History of the Cold War, London 1955, S. 218; Lovell, Roberts, S. 148f.
- 107 J. Price, British Trade Unions and the War, London 1945, S. 36f.
- 108 Industrial Democracy in Great Britain, S. 139ff.
- 109 Truchanowski, S. 421ff.; Pelling, British Trade Unionism, S. 215f.
- 110 Hutt, British Trade Unionism, S. 159ff.; Pelling, A History of British Trade Unionism, S. 217ff.
- 111 Hutt, British ^Trade Unionism, S. 166
- 112 Hutt, S. 170; vgl. Martin Harrison, Trade Unions and the Labour Party Since 1945, London 1960, S.215
- 113 The Beveridge Report: Social Insurance and Allied Services, Cmd. 6404; C.A.R. Crosland, the Future of Socialism, London 1968, S. 119ff.
- 114 B. Seeböhm Rowntree, G.R. Lavers, Poverty and the Welfare State, 1951, S. 40
- 115 Vgl. allgemein: R.A. Brady, Crisis in Britain, Plans and Achievements of the Labour Government, London 1950; R.Kelf-Cohen, Twenty Years of Nationalisation, London 1969
- 116 Vgl. Report of the Forty-Ninth Annual Conference of the Labour Party, London 1951, S. 90f.; Report of Proceedings at the 82nd Annual Trades Union Congress, London 1950, S. 515
- 117 Allgemein: R.P. Dutt, The Crisis of Britain and the British Empire, London 1957
- 118 Abendroth, S. 161
- 119 Truchanowski, S. 465ff.; G.D.H. Cole, Money, Trade and Investment, London 1954, S. 366
- 120 Hutt, S. 177ff.
- 121 Lovell, Roberts, S. 158f.
- 122 Pelling, British ^Trade Unionism, S. 225f.; Lovell, Roberts, S. 159f.
- 123 Truchanowski, S. 478f.
- 124 G.D.N. Worswick, P.H. Ady (Hrsg.), The British Economy, 1945-1950, Oxford 1952, S. 493

- 125 Truchanowski, S. 579f.
- 126 Hutt, S. 190
- 128 The Campaigne Guide, Supplement, hrsg. von Conservative and Unionist Central Office, London 1950, S. 153
- 129 Labour Research, April 1950, S. 83
- 130 Pelling, Labour Party, S. 107
- 131 Vgl. Hutt, S. 205ff.; Pelling, British Trade Unionism, S. 250ff.
- 132 Harrison, S. 189, 248
- 133 Pelling, Labour Party, S.
- 134 Hutt, S. 205, 210
- 135 Tribune, 3. Oktober 1969
- 136 Harrison, Trade Unions and the Labour Party Since 1945, London 1960, S. 198; vgl. allgemein: R.T. McKenzie British Political Parties, London 1964
- 137 Allen, Trade Unions, S. 34
- 138 Harrison, S. 295
- 139 Hutt, S. 212
- 140 Hugh Gaitskell, Socialism and Nationalisation, Fabian Tract No. 300, 1956
- 141 Gaitskell, S. 12
- 142 Kelf-Cohen, S. 293ff.
- 143 Harold Wilson, The Relevance of British Socialism, London 1964
- 144 Bedeutenden Einfluß gewannen Stracheys Bücher: "The Nature of Capitalist Crisis" und "The Coming Struggle for Power", sowie Laskis Buch: "The State in Theory and Practice".
- 145 Vor allem in seinem immer wieder aufgelegten Buch: The Future of Socialism, London 1956; vgl. auch: The Conservative Enemy, London 1962
- 146 Crosland, Future, S. 529

3. Daten zur Strukturkrise des britischen Imperialismus und zur sozialen Lage der Arbeiterklasse

- 1 National Institute Economic Review, Nr. 55, Februar 1971 S. 23
- 2 R. Gündel, K. Nehls, Zur Wirkungsweise des Gesetzes der ungleichmäßigen, sprunghaften ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Länder, in: Aktuelle Probleme des Imperialismus, DWI-Forschungshefte 1/1970, S. 41
- 3 A.K. Cairncrosse, Home and foreign investment, 1870-1913, Cambridge 1953
- 4 Auf die besondere Entwicklung des britischen Kapitalismus hatte schon Lenin hingewiesen, Vgl. u.a.: Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, in: Werke 23, Berlin 1972, S. 111f.
- 5 Allgemein hierzu: W.I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Werke 22, Berlin 1971 S. 191ff.; Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Band 23, Berlin 1964 und Band 24, Berlin 1965
- 6 E.J. Hobsbawn, Industrie und Empire 2, Frankfurt am Main 1969 S. 13ff.
- 7 Vgl. u.a.: G.C. Allen, British Industries and their Organization, London 1970, S. 26ff.; W. Beckermann, The British Economy in 1975, Cambridge 1965, S. 32; M. Stamp, The British Economic Problem, in: The British Economic Problem, London 1968, S. 2
- 8 National Accounts of OECD Countries, 1950-1968, S. 10
- 9 Nicholas Kaldor, Causes of the Slow Rate of Economic Growth of the United Kingdom, Cambridge 1966
- 10 G.D.N. Worswick, C.G. Fane, Goods and services again, in: District Bank Review, Nr. 161, März 1967, S. 13; E. Strijek, Die Selective Employment Tax in Großbritannien als steuerpolitisches Instrument einer wachstumsorientierten Strukturpolitik, S. 49f.
- 11 National Income and Expenditure 1967, London 1967, S. 19
- 12 A. Maddison, Output, employment and productivity in British manufacturing industry in the last half century, in: Bulletin of the Oxford University Institute of Statistics, Band 17 1955. Siehe auch: K.S. Lomax, Production and productivity movements in the United Kingdom since 1900, in: Journal of the Royal Statistical Society, Band 122, Teil 2, 1959. Allgemein hierzu: W.E.G. Salter, Productivity and Technical Change, Cambridge 1966
- 13 Labour Research, Juni 1969, S. 93ff.

- 14 H.A. Turner, Is Britain Really Strike Prone?, Cambridge 1969, S. 32f.
- 15 Es sei hier nur am Rande vermerkt, daß in dieser Argumentation ein beliebiger Standortwechsel erfolgt, indem von der Ebene des Einzelkapitals nach Opportunität auf die fiktive eines Gesamtkapitals gewechselt wird, ohne daß die jeweils vorliegenden Beziehungen herausgearbeitet werden.
- 16 H.A. Turner, G. Clack, G. Roberts, Labour Relations in the Motor Industry, London 1967, S. 104ff.
- 17 Vgl. M.C. Kennedy, The Economy as a whole, in: The U.K. Economy, London 1966, S. 40; National Accounts of OECD countries, 1950-1968
- 18 Hobsbawn, S. 97
- 19 Joachim Gruner, Großbritannien und die EWG, DWI-Forschungshefte, 4/1970, S. 26
- 20 T. Drinkwater, A Guide to the Balance of Payments, Labour Research Department, London 1967, S. 31f.
- 21 Central Statistical Office, United Kingdom Balance of Payments 1970, London 1970, S. 16f. Dem entsprach die Wiederaufnahme von Waffenlieferungen an Südafrika trotz eines U.N.-Embargos durch die neu gewählte Heath-Regierung, die ihren Schritt mit der Aktualität sowjetischer Kriegsschiffe im Indischen Ozean motivierte (Vgl. M. Christie, The Simonstown Agreements, Britain's Defence and the Sale of Arms to South Africa, The Africa Bureau, London 1970, S. 16
- 22 Vgl. auch H.G. Jaeger, Wirtschaftliche Auswirkungen der Verteidigungsausgaben, Darmstadt 1967, S. 99
- 23 The Economist Intelligence Unit: The Economic Effects of Disarmament, London 1963, S. 27
- 24 Siehe allgemein: Ch.J. Hitch, R.N. McKean, The Economics of Defense in the Nuclear Age, Cambridge 1960, S. 246f.; R.R. Nelson, Impact of Disarmament on Research and Development, in: Disarmament and the Economy, hrsg. v. E. Benoit und K. E. Boulding, London 1963
- 25 Vgl. Jaeger, S. 65f.
- 26 Zur Verschlechterung der britischen Wettbewerbsfähigkeit siehe: R.J. Ball, J.R. Eaton, M.D. Steur, The Relationship Between United Kingdom Export Performance in Manufactures and the Internal Pressure of Demand, in: The Economic Journal, Band 76, London 1966, S. 501ff.
- 27 National Institute Economic Review, Nr. 43, Februar 1968, S. 89; vgl. auch: Vivian Anthony, Britain's Overseas Trade, London 1969, S. 66
- 28 Hier beziehe ich mich auf die Studie von Günther Maaß, Die Rolle des Pfund Sterling in der Weltwirtschaft seit dem

Zweiten Weltkrieg, Tübingen 1968, S. 116

- 29 Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, 1970, S. 75 (Internationale Übersichten)
- 30 Zur Londoner City gehören die Handelsbanken, Diskontbanken, Warenmärkte, Lloyd's und Versicherungsgesellschaften, die Bank von England usw. Vgl. Paul Bareau, The Financial Institutions of the City of London, in: The City of London as a Centre of International Trade and Finance, London 1961, S. 9ff.
- 31 C.W. Park, Britain and the World Trade, London 1970, S. 6; vgl. auch A.M. Hackett, The British Economy, Problems and Prospects, London 1967, S. 58
- 32 Maaß, S. 122ff.
- 33 Klaus Boeck, Henry Krägenau, Devisenausgleich und Burden-Sharing, HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg, März 1971, S. 66; vgl. auch zur gesamten Entwicklung der Zahlungsbilanz: J. Rohwedder, Einige Aspekte der Zahlungsbilanzprobleme der Vereinigten Staaten und Großbritannien, Kiel 1967, S. 10ff.
- 34 R.F. Harrod, The Pound Sterling, Essays in International Finance, Nr. 13, Princeton: New Jersey 1952, S. 1
- 35 Vgl. zu dieser Definition der Rolle des Pfund Sterlings: Committee on the Working of the Monetary System, Radcliffe-Report, Cmd. 827, London 1959, S. 237; siehe auch: R.G. Holloway, The Burden of the Sterling Area, in: The Bankers' Magazine, Band 206, 1968, S. 6ff.
- 36 Main economic indicators, Historical Statistics, OECD, 1959-1969, S. 469; Radcliffe-Report, S. 237
- 37 F.T. Blackaby, Britain's Share in World Trade Manufactures, Woolwich Economic Papers, Nr. 8, London 1965, S. 15
- 38 Vgl. Annual Abstracts of Statistics, Nr. 103, 1966, S. 239
- 39 Geschäftsberichte der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1968
- 40 Vgl. Geschäftsberichte der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1969, (S. 36ff.) und für das Jahr 1970 (S. 31)
- 41 P.S. Johnson, Research in Britain Today, in: Lloyds Bank Review, Oktober 1969, S. 36
- 42 A. Glynn, B. Sutcliffe, The Collaps of UK Profits, in: New Left Review, März-April 1971, S. 5
- 43 Vgl. T. Nairn, The Left against Europe?, in: New Left Review, September-Oktober 1972, S. 19ff.
- 44 Confederation of British Industry, Britain and Europe, Lon-

don 1967, S. 17

- 45 The UK Economy, A Mannual of Applied Economies, hrsg. v. A.R. Prest, London 1968, S. 109
- 46 Zur Kapitalverflechtung zwischen den USA und den westeuropäischen Ländern, in: DWI-Berichte, 12/1970, S. 10ff.
- 47 UK Balance of Payments, 1970, Tabelle 23
- 48 Allerdings ist die Rentabilität des amerikanischen Kapital in den sechziger Jahren im Vergleich zum britischen gesunken: J.R. Dunning, The Role of American Investment in the British Economy, London 1969
- 49 Gleichzeitig stiegen die Ausgaben der Unternehmen bei Zusammenschlüssen von 477 Millionen Pfund im Jahre 1966 auf 781 Millionen Pfund 1967 und 2373 Pfund 1968. Stan Newens, Mergers and Modern Capitalist Development, in: Trade Union Register, London 1970, S. 25ff.
- 50 The Times, 3. August 1970; Financial Times, 12. November 1970
- 51 Britain 1971, An Official Handbook, London: HMSO 1971, S. 238f.
- 52 Board of Trade Journal, 7. Mai 1965, S. 995, zitiert nach: The Size of Plant: A Comparison, in: National Institute Economic Review, November 1966, S. 64
- 53 Three Big Banks?, in: The Bankers' Magazine, Band 205, 1966 S. 205; Phaedra, 'True' Bank Profits 1967, in: The Bankers Magazine, S. 329
- 54 Anthony Sampson, Anatomy of Britain Today, London 1966 S. 456ff.
- 55 Vgl. allgemein u.a.: R. Kelf-Cohen, Nationalisation in Britain, London 1958; R. Brady, Crisis in Britain, Cambridge 1950; W.A. Robson, Nationalized Industry and Public Ownership, London 1960; W.G. Shepherd, British Nationalized Industry: Performance and Policy, in: Yale Economic Essays, Nr. 1, 1964, S. 183ff. usw.
- 56 S. Aaronovitch, Monopoly, London 1955, S. 78
- 57 Kelf-Cohen, S. 185; vgl. auch: G. Polanyi, Comparative returns from Investment in nationalized Industries, London 1968
- 58 Friedrich Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, in: Marx/Engels/Werke, Band 2 (MEW 2), Berlin 1962 S. 255
- 59 Vgl. Wirtschaft und Statistik, H 3/1970, S. 135ff.; Annuaire Statistique de la France 1969, S. 79; Annuario

statistico italiano, Rom 1970, S. 318

- 60 Siehe auch: Frank Deppe, Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins, Köln 1971, S. 122f.
- 61 Helmut Steiner, Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus, Berlin 1967, S. 57ff., 117ff.
- 62 Die in der kapitalistischen Produktion sich entwickelnde Autoritätsstruktur und Berufshierarchie verleitet Untersuchungen über die Sozialstruktur häufig, das antagonistische Klassenverhältnis in hierarchisch gegliederte Einkommensgruppen oder Berufsprestigeskalen aufzulösen, in denen das unterschiedliche Verhältnis zu den Produktionsmitteln nur mittelbar erscheint, Vgl. u.a. J. Burnett, A History of the Cost of Living, Harmondsworth 1969, S. 295f.; Guy Routh, Occupation and Pay in Great Britain, London 1965, S. 3ff.
- 63 Vgl. Alan Hunt, Class Structure in Britain Today, in: Marxism Today, Juni 1970, S. 167ff.
- 64 Hobsbawn, S. 254
- 65 Eine ähnliche Entwicklung, wenn auch mit einer gewissen Phasenverzögerung ist für Deutschland nachgewiesen worden: Helmut Steiner, S. 34; M. Tjaden-Steinhauer, K.H. Tjaden, Zur Analyse der Sozialstruktur des deutschen Kapitalismus, in: Das Argument 61, Dezember 1971, S. 648ff.
- 66 G.S. Bain, The Growth of White-Collar Unions, S. 14
- 67 D. Lockwood, Der Angestellte, in: Die Angestellten zwischen Arbeiterschaft und Management, Berlin 1961, S. 149
- 68 Phil Goodwin, Das Hochschulwesen in der kapitalistischen Gesellschaft, in: Marxismus Digest, 1/1971, S. 97ff.
- 69 Bain, S. 18
- 70 Vgl. allgemein hierzu: H. Kern, M. Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, 2 Bände, Frankfurt am Main 1970
- 71 Kuczynski, Band 25, S. 75
- 72 The Growth of Output. S. 36
- 73 Kuczynski, Band 25, S. 76; Die parasitären Züge dieses starken Wachstums der Sphäre der Zirkulation und Dienstleistungen im britischen Imperialismus sind häufig verabsolutiert worden, Vgl. dazu: Eugen Varga, Grundlagen der Ökonomik und Politik des Imperialismus, Berlin 1955, S. 218. Bei der Expansion des Dienstleistungssektors ist zu beobachten, daß die überproportionale Zunahme seines Anteils an der Gesamtbeschäftigung auch von der geringeren Produktivität bedingt ist. Da die Mechanisierung und Automatisierung langsamer als in der Industrie vorausschreitet, trägt der tertiäre Sektor unterproportional zum Anstieg des Brutto-

- sozialprodukts bei, Siehe auch : M. Teschner, Nachfragerstruktur und Wirtschaftswachstum in den angelsächsischen Ländern, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 2.Heft, 1968, S. 242ff.
- 74 Department of Employment Gazette, Februar 1971, S. 196f.
- 75 Vgl. P.S. Florence, Post-War Investment, Location and Size of Plant, Cambridge 1962, S. 10ff.
- 76 Allerdings war die Konzentration der Beschäftigten in diesen Industriezweigen schon vor dem Ersten Weltkrieg weit vorangeschritten. So arbeiteten in Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten bereits 71,8% im Elektromaschinenbau, 57,7% im Fahrzeugbau, 57% in der Eisen- und Stahlindustrie und 43,5% im Schiffbau. P.S. Florence, The Logic of British and American Industry, London 1961, S. 24
- 77- Errechnet nach Angaben der Zeitschrift Fortune, August 1966 und 1970
- 78 Vgl. Robin Blackburn, The Unequal Society, in: The Incompatibles. Trade Union Militancy and the Consensus, Harmondsworth 1967, S. 15ff.
- 79 H.A. Turner und H.Zoetewij, Prices, Wages and Incomes Policies in Industrialised Market Economies, International Labour Office, Genf 1966, S. 16f.
- 80 Allgemein hierzu: C.Feinstein, Changes in the Distribution of National Income, New York 1968, S. 120f. Dieser Trend hat nicht kontinuierlich angehalten. Zwischen 1955 und 1966 stiegen die Verdienste der Angestellten schneller als die der manuellen Arbeiter, danach war es wieder umgekehrt. Employment and Productivity Gazette, Februar 1970, S. 174.
- 81 ebd. S. 166-169.
- 82 Ferdinand Zweig The worker in an affluent society, New York 1961
- 83 Department of Employment Gazette (DEG), Februar 1971, S. 137f.
- 84 H.A. Turner, H.Zoetewij, S. 20
- 85 D.J. Robertson, The economics of wages and the distribution of income, London 1961, S.66
- 86 DEG, Februar 1971, S. 181-184
- 87 Hours of Work, Overtime and Shiftworking, hrsg. v. PIB, Bericht Nr. 161, HMSO 1970. Financial Times, 31. Dez. 1970
- 88 Paul E. Mott u.a., Shift Work, The Social, Psychological and Physical Consequences, Ann Arbor 1965, S. 261ff.

- 89 DEG, Februar 1971, S. 141-144, 147-156
- 90 DEG, Februar 1971, S. 141-144, 147-156
- 91 Social Security in Britain and certain other countries, in: Economic Review of the National Institute for Economic and Social Research, August 1965
- 92 Social Insurance and Allied Services, Cmd. 6404, HMSO, 1942
- 93 Vgl. J.J. Dupeyroux, Entwicklung und Tendenzen der Systeme der Sozialen Sicherheit in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften und in Großbritannien, Luxemburg 1966; Gabriele Bremme, Freiheit und soziale Sicherheit, Stuttgart 1961; Social Services in Britain, hrsg. v. Central Statistical Office for Information, London 1966
- 94 Vgl. allgemein: Bericht über den Vergleich des britischen Systems der Sozialen Sicherheit mit den Systemen in den Ländern der Gemeinschaft, hrsg. v. der Kommission für Europäische Gemeinschaften, Generaldirektion Soziale Angelegenheiten, Generaldirektion Energie, o.J.
- 95 A.B. Atkinson, Poverty in Britain and the Reform of Social Security, Cambridge 1969
- 96 Klaus Schierloh, Fiscal Policy in Großbritannien, Berlin 1964, S. 105ff.
- 97 Allgemein: R.H. Titmuss, Income Distribution and Social Change, London 1962; Bernd Reichelt, Großbritannien: Behutsame Steuertechnik, in: Steuermentalität und Steuermoral in Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien, Köln 1969, S. 18ff., hier S. 28
- 98 Vgl. Erich Strijek, Die Selective Employment Tax in Großbritannien als steuerpolitisches Instrument einer wachstumsorientierten Steuerpolitik, Dissertation Hamburg 1970, S. 45ff.
- 99 B. Abel-Smith, P. Townsend, The Poor and the Poorest, London 1965, S. 65
- 100 Atkinson, S. 55ff.
- 101 P. Townsend, D. Wedderburn, The Aged in the Welfare State, Occasional Papers on Social Administration, Nr. 14, London 1965, S. 134ff.
- 102 Vgl. auch D. Wedderburn, Economic Aspects of Ageing, Reprint Series Nr. 233, University of Cambridge, Department of Applied Economics, 1965, S. 16
- 103 United Nations Population Studies, Nr. 26: The Ageing of Populations and its Economic and Social Implications, United Nations, New York 1956
- 104 Annual Abstract of Statistics, Nr. 99, HMSO, London 1962

- 105 Vgl. J. Jewkes, A. Winterbottom, Juvenile Unemployment, 19
Men Without Work, hrsg. v. Stanley Lebergott, 1964
- 106 L.L. Hunter, A.J. Robertson, Economics of Wages and Labour
London 1969, S. 181f.

4. Die Entwicklung der Klassenkämpfe seit den sechziger Jahren
- 1 Allen Hutt, British Trade Unionism, London 1962, S. 196ff.
- 2 National Institute Economic Review, Nr. 55, Februar 1971, S. 61
- 3 H.A. Turner, The Trend of Strikes, Leeds University Press 1963, S. 18
- 4 Vgl. Emil Bandholz, Die englischen Gewerkschaften, Köln 1961, S. 349f.; H.A. Clegg, The System of Industrial Relations in Great Britain, Oxford 1972, S. 356ff.
- 5 Vgl. dazu die Entwicklung der Metallarbeitergewerkschaften in der Zwischenkriegszeit: J.B. Jefferys, The Story of the Engineers 1800-1945, London 1945
- 6 Als Gegenmaßnahme propagiert die bürgerliche Sozialwissenschaft häufig steigende Arbeitslosenzahlen: Vgl. u.a.: A. W. Phillips, The Relation between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the United Kingdom 1962-1957, in: Economica, Februar 1960; L.A. Dicks-Mireaux, The Interrelationship Between Cost and Price Changes 1946-1959, in: Oxford Economic Papers, Oktober 1961 usw.
- 7 Tony Cliff, Colin Barker, Revolte der Arbeiter, Berlin o.J., S. 64f.
- 8 Allan Flanders, Collective Bargaining: Prescription for Change, London 1967, S. 28
- 9 Royal Commission on Trade Unions and Employers' Associations (Donovan-Report), London 1969, S. 28
- 10 S.W. Lerner, J. Marquand, Workshop Bargaining, Wage Drift and Productivity in the British Engineering Industry, Manchester School of Economics and Social Studies, Januar 1972
- 11 Workshop Wage Determination, hrsg.v. Sh.W. Lerner, J.R. Cable und S. Gupta, Oxford 1969, S. 37
- 12 Tony Cliff, The employers' offensive productivity deals and how to fight them, London 1970, S. 40
- 13 John Elliot, This troublesome question of 'parity', in: Financial Times, 11.3. 1971
- 14 Cliff, S. 39ff.
- 15 A.P. Marsh und E.E. Cooker, Shop Steward Organization in Engineering, in: British Journal of Industrial Relations, Juni 1963, S. 177
- 16 W.E.J. McCarthy, S. R. Parker, Shop Stewards and Workshop Re-

- lations, Royal Commission, Research Papers 10, London 1968
- 17 McCarthy, Parker, a.a.O.
- 18 McCarthy, Parker, S. 57
- 19 Cliff, Barker, S. 67
- 20 Cliff, Barker, S. 58
- 21 McCarthy, Parker, S. 34ff.
- 22 Cliff, Barker, S. 61f.
- 23 Die Mitgliedsbeiträge werden direkt vom Lohn abgezogen und vom Management (statt von den Shop Stewards) den Gewerkschaftskassen überwiesen. A.I. Marsch, Check-Off Agreements in Britain: A Study of their Growth and Function, in: Research Papers 8, London 1969, S. 45ff.
- 24 Donovan-Report, S. 7
- 25 Vgl. J.E.T. Eldrige, Industrial Disputes, London 1968, S. 91
- 26 W.E.J. McCarthy, The Role of Shop Stewards in British Industrial Relations, Royal Commissions, Research Papers 1, London 1967 S. 51
- 27 Workshop Wage Determination, S. 87-94
- 28 Ein umfassender Katalog der Verhandlungsgegenstände ist in einer Untersuchung von 45 Betriebsvereinbarungen in 5 Städte aufgestellt worden. S.W. Lerner, Factory Agreements and national bargaining in the British engineering industry, International Labour Review, Januar 1964; siehe auch: McCarthy /Parker, S. 83, Tabelle 8
- 29 H.A. Turner, The Trend of Strikes, Leeds University Press 1963, S. 18
- 30 TUC, Annual Report, 1960, S. 125f.
- 31 Cliff, Barker, S. 64f.
- 32 Maurice Dobb, Der Lohn, Frankfurt am Main 1970, S. 58-60
- 33 McCarthy, Parker, S. 46, 91
- 34 Hubertus Hüppauf, Fordstreik und der Mythos der Militanz, in: Sozialistische Politik, Oktober 1969, S. 18
- 35 Kidron, Rüstung und wirtschaftliches Wachstum, Frankfurt am Main 1971, S. 172ff.
- 36 Motor Industry Employers, Minutes of Evidence, 23, Royal Commission, London 1966, S. 833
- 37 Dieser Exkurs beruht auf weitgehend, sofern nicht andere

Quellen angegeben werden, auf der Studie von: H.A. Turner, Garfield Clack und Geoffrey Roberts, Labour Relations in the Motor Industry, London 1967

- 38 Turner, Clack, Roberts, S. 162
- 40 Vgl. allgemein: Workshop Wage Determination
- 41 Turner, Clack, Roberts, S. 133ff.
- 42 Vgl. The Ford Wage Claim, A TGWU Pamphlet, Dezember 1970
- 43 Department of Employment Gazette, Februar 1971, S. 221
- 44 Workshop Wage Determination, S. 68
- 45 Donovan-Report, S. 106
- 46 Labour Research, Januar 1971, S. 147ff.
- 47 Allan Flanders, The Fawley Productivity Agreements, London 1964; kritisch hierzu: Tony Topham, The implication of 'package deals' in British collective bargaining, in: International Socialist Journal, Nr. 5-6, September-Dezember 1964 S. 520-541
- 48 Ray Collins, Trends in Productivity Bargaining, in: Trade Union Register, London 1970, S. 36ff.
- 49 P.I.B. Report Nr. 23, Productivity and Pay During the Period of Restraint, Cmnd. 3167, S. 3; P.I.B. Report, Nr. 123, Productivity Agreements, Cmnd. 4136, S. 3, 16; Collins, Trends in Productivity Bargaining, a.a.O.
- 50 Vgl. Bert Ramelson, Productivity Agreements, an Exposure of the Latest and Greatest Swindle on the Wages Front, a Communist Party Pamphlet, o.J.
- 51 P.I.B. Report, Nr. 83, Job Evaluation, Cmnd. 3772
- 52 Siehe auch: A. Brock, W. Hindrichs, R. Hoffmann, O. Negt, W. Pöhler, O. Sund, R. Weißeke, Der Konflikt um Lohn und Leistung, 1969, S. 114ff.
- 53 Umfassend hierzu, den zahlreichen Ausführungen Tony Tophams folgend: Tony Cliff, The Employers' offensive. productivity deals and how to fight them, London 1970
- 54 Siehe dazu: REFA, Methodenlehre des Arbeitsstudiums, 3 Teile München 1972
- 55 R.H. Heath, The National Power-Loading Agreement in the Coal Industry and some Aspects of Workers' Control, in: Trade Union Register, London 1969, S. 190
- 56 D.T.B. North, G.L. Buckingham, Productivity Agreements and

- and Wage Systems, London 1969, S. 41ff.
- 57 Cliff, S. 58ff.
- 58 Zitiert nach: Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, Berlin 1962, S.257
- 59 North, Buckingham, Productivity Agreements and Wage Systems, S. 197ff.
- 60 Vgl. u.a. Heath, The National Power-Loading Agreement and the Coal Industry and some Aspects of Workers' Control, a.a.O.; siehe auch den Abschnitt 3.3.4.
- 61 Engineering Employers Federation, Productivity Bargaining and the Engineering Industry, London 1968, S. 1
- 62 Final Report of the Committee of Inquiry under the Rt. Hon. Lord Devlin into certain matters concerning the Port Transport Industry, London 1965, Cmnd. 2734 (Devlin-Report).
- 63 Hull and London Port Workers' Control Groups, The Dockers' Next Step, hrsg. v. The Institute for Workers' Control, Pamphlet Series Nr. 12
- 64 Tony Topham, The Dockers, in: Can the workers run industry? London 1968, S. 157ff.
- 65 The Times Business News, 17.8. 1967, S. 19
- 66 Topham, S. 165f.
- 67 Devlin-Report, S. 6
- 68 Devlin-Report, S. 6
- 69 Devlin-Report, S. 88
- 70 Devlin-Report, S. 8
- 71 Report of the Committee under Lord Devlin, into the Wages Structure and Level of Pay for Dock Workers, HMSO Oktober 1966, Cmnd. 3104, S. 18
- 72 Brian Nicholson, The First Year of Devlin: A Review of the Docks, in: Trade Union Register, London 1969, S. 211ff.
- 73 Harold Youd, Dockers face massive attack on jobs and conditions, in: Socialist Worker, 11.7. 1970
- 74 Democracy on the Docks, hrsg. v. Tony Topham, The Institute for Workers' Control, 1970, S. 7ff.
- 75 T. Topham, The Ports bill, Joint Control and Rationalization in: Trade Union Register, London 1970, S. 153ff.
- 76 Topham, S. 155

- 77 Paul Oehlke, Dockerstreik in England, Barometer der Klassenauseinandersetzungen, in: links, Nr. 13, Oktober 1970
- 78 Report of a Court of Inquiry under the Rt. Hon. The Lord Pearson, London, Juli 1970, Cmd. 4429, S. 15
- 79 Tony Topham, New Types of Bargaining, in: The Incompatibles: Trade Union Militancy and the Consensus, Harmondsworth 1970 S. 138-147
- 80 Volkhard Mosler, Zur Reaktion der britischen Linken auf Versuch staatlicher 'Einkommenspolitik', Teil 1, in: Neue Kritik August 1968, S. 71
- 81 V.L. Allen, Militant Trade Unionism, London 1969, S. 75ff.
- 82 T. Topham, The Labour Government's Incomes Policy and the Trade Unions, in Trade Union Register, London 1970, S. 193ff
- 83 Mike Taylor, The Revolt against Low Pay in the Public Services, in: Trade Union Register, London 1970, S. 193ff
- 84 Whatever happened to our wages? The anatomy of a wage packet 1938-68, Tribune Discussion Pamphlet, August 1969, S. 15f.
- 85 Jim Oldham u.a., The Miners' Strike, in: Trade Union Register, London 1970
- 86 Oldham, S. 130ff.
- 87 Vgl. Donovan-Report. S. 207.; O.Kahn-Freund, Labour and the Law, London 1972
- 88 K.W. Wedderburn, Labour Law and Labour Relations in Britain in: British Journal of Industrial Relations, 1972, S. 270ff. Sarah Britten, Trade Unions and the Law - A Background, in: Marxism Today, September, 1972, S. 260ff.
- 89 Donovan-Report. S. 262ff.; George Doughty, The Donovan-Report, in: Trade Union Register, London 1969, S. 41ff.
- 90 Donovan-Report, S. 128-140, 261-277
- 91 In Place of Strife, London 1969, HMSO, Cmd. 3888, S. 28-30
- 92 Diese Haltung der Labour-Regierung war beim Seeleutenstreik zu ersten Mal offenbar geworden. Vgl. auch: Paul Foot, The Seamen's Struggle, in: The Incompatibles, Harmondsworth 1967 S. 169ff.
- 93 Industrial Relations Act 1971, London: HMSO, 1971
- 94 Zur Bedeutung des "Closed Shop" vgl. Donovan-Report, S. 160f
- 95 Wir folgen in der Darstellung des Streiks weitgehend dem detaillierten Bericht von Freddy Silberman, The 1969 Ford Strike, in: Trade Union Register, London 1970, S. 213ff. Siehe auch: Hüppauf, S. 14ff.

- 96 Turner, Clack, Roberts, S. 267ff.
- 97 Silberman, S. 219
- 98 Fords: Diary of a Disappointed Boss, in: Labour Research, Mai 1969, S. 76ff.
- 99 Die Delegiertenkonferenz der Metallarbeiter ist seit Jahrzehnten ein militantes Organ der gewerkschaftlichen Basis. Silberman, a.a.O.
- 100 So auch Hüppauf, S. 27
- 101 Dieser Widerspruch sollte auch die Endphase des großen Fordstreiks von 1971 bestimmen (vgl. den Abschnitt 4.3.1.)
- 102 Silberman, S. 226
- 103 National Institute Economic Review, Nr. 55, Februar 1971 S. 63
- 104 Pilkington-Streik. Aufbruch der Militanz, in: Marburger Blätter, IV/1970, S. 11ff.
- 105 Vgl. Labour Research, Oktober 1970, S. 166; Department of Employment Gazette, Oktober 1970
- 106 Diese Streikdokumentation wurde im wesentlichen aus den Berichten folgender Zeitungen zusammengestellt: Financial Times, Morning Star, Socialist Worker und der monatlich erscheinenden Publikation Labour Research
- 107 So schrieb Eric Jacobs in der Sunday Times (15.11. 1970): Wie die Kommunisten sich sonst in der Industrie auch verhalten mögen, in den Gruben sind sie Bergarbeiter zuerst und Kommunisten an zweiter Stelle."
- 108 Guardian, 24.2. 1971
- 109 The Times, 5.3. 1971
- 110 Who's next for shaving?, The Economist, 6.-12. 3. 1971
- 111 Vgl. u.a. Labour Research, Oktober 1970, S. 166; Department of Employment Gazette, Oktober 1970
- 112 Vgl. das Interview der Convenor Jock Macrae und Sid Harraway, in Black Dwarf, Nr. 27, 30. 1. 1970, S. 6f.
- 113 The Ford Wage Claim, A TGWU Pamphlet, Dezember 1970
- 114 Siehe den Abschnitt 5.2.1.
- 115 Labour Research, Februar 1971, S. 32f.
- 116 Labour Research, August 1971, S. 130
- 117 W. Thompson, F. Hart, The UCS Workmen, London 1972, S. 46

- 118 Weitere Literatur zu dem Work-in bei U.C.S., abgesehen von den detaillierten Berichten im "Morning Star" und der "Financial Times": A Murray: UCS- the Fight for the Right to Work - the Story of the Upper Clyde Confrontation, London 1972
- 119 G.C. Allen, British Industries and their Organization, London 1970
- 120 Socialist Worker, 8. Januar 1972, S. 6f.
- 121 Lawrence Daly, A Future of the Miners, in: Trade Union Register, London 1970, S. 53ff.
- 122 Vgl. die Ausführungen des Sekretärs der Bergarbeitergewerkschaft von Kent: Jack Dunn, The Miners' Case, in: Morning Star 14. Januar 1972
- 123 Diese Entwicklung zeichnete sich schon Anfang der 60er Jahre ab. Vgl. Jürgen Kuczynski, Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1900 bis zur Gegenwart, Berlin 1965, S. 250f.
- 124 Roy Hudson, The plight pit village, in: Financial Times, 12. Oktober 1970
- 125 Chris Evans, A Miners' Life, in: Work, Band 2, Harmondsworth 1969, S. 41-55
- 126 The Wilberforce Report on Miners' Pay, in: Financial Times, 19. Februar 1972
- 127 Socialist Worker, 8. Januar 1972
- 128 Department of Employment Gazette, Februar 1971, S. 221
- 129 Nach Aussage des Präsidenten der Bergarbeitergewerkschaft Jor Gormley: Miners' Pay - we are determined to win, in: Morning Star, 22. Dezember 1971
- 130 Heath, S. 185-200
- 131 The Wilberforce Court of Inquiry, in: Financial Times, 16. Februar 1969, S. 30
- 132 Vgl. Economic Trends, HMSO, Februar 1969, S. 30
- 133 Eine genaue Darstellung des Streikverlaufs, abgesehen von den an anderer Stelle genannten Tageszeitungen in: Labour Research, April 1972, S. 66ff.
- 134 Ich folge in der Darstellung dieser Auseinandersetzungen weitgehend Klaus Pickshaus, Dockerstreik in Großbritannien, in: Sozialistische Politik, Oktober 1972, S. 55ff.
- 135 Zu dieser Einschätzung kommt Ulrich Mückenberger in seiner noch unveröffentlichten Analyse über den Dockarbeiterstreik.

5. Konstitutive Elemente in der Herausbildung eines revolutionären Bewußtseins in der britischen Arbeiterklasse
- 1 An dieser Stelle soll nicht auf die analytische Stringenz und theoretische Relevanz solcher Untersuchungen eingegangen werden, die bereits einer eingehenden Kritik unterzogen worden sind. Vgl. hierzu vor allem Frank Deppe, Empirische Untersuchungen zum Arbeiterklassenbewußtsein im Spätkapitalismus, in: Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins, Köln 1971, S. 118ff.; siehe auch: D. Lockwood, The "new working class" in: Archives Europeennes de Sociologie, Band 1, Nr. 2, 1966, S. 248ff.
- 2 J. Goldthorpe, D. Lockwood, F. Bechhofer, J. Platt, The Affluent Worker, 3 Bände, Cambridge 1968 und 1969
- 3 F. Zweig, The Worker in an Affluent Society, New York 1961
- 4 The Affluent Worker, Band 1, S. 93ff., S. 176f.; vgl. zum Bedeutungsverlust der lokalen Gewerkschaftsgruppen auch: B. C. Roberts, Trade Union Government and Administration in Great Britain, London 1956; Joseph Goldstein, The Government of British Trade Unions, London 1952
- 5 The Affluent Worker, Band 2, S. 31, S. 79f.
- 6 The Affluent Worker, Band 3, S. 162f.
- 7 R. Hoggart, The Uses of Literacy, Harmondsworth 1958
- 8 Deppe, S. 88
- 9 M. Kidron, Rüstung und wirtschaftliches Wachstum, Frankfurt am Main 1971, S. 172ff.
- 10 Department of Employment Gazette, März 1971, S. 261
- 11 G. S. Bain, The Growth of White-Collar Unionism, Oxford 1970, S. 18
- 12 Jack Jones, Trades Unionism in the Seventies, A TGWU Pamphlet
- 13 Bert Ramelson, Großbritanniens Werktätige in der Offensive in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Juni 1973, S. 775ff.
- 14 Times, 19. 2. 1973
- 15 W. Thompson, F. Hart, The UCS Work-In, London 1972, S. 45; vgl. auch: Bill Cowe, The Making of a Clydeside Communist, in: Marxism Today, April 1973, S. 112ff.
- 16 Die Bolschewiki setzten John Maclean mit Karl Liebknecht gleich, die beide ins Präsidium des Ersten Gesamtrussischen Sowjetkongresses gewählt wurden. Tom Bell, John Maclean,

Glasgow 1944, S. 67; vgl. auch: W. Kendall, The Revolutionary Movement in Britain 1900-1921, London 1971, S. 105ff.

- 17 Thompson, Hart, S. 46f.
- 18 G. Chadwick, The Big Flame - Events at the Liverpool Factories of G.E.-E.E.C., in: Trade Union Register, S. 178ff.
- 19 Shipbuilding, Looking Forward, 1960; siehe auch: Labour Research, Februar 1972, S. 28ff. (Übersetzt in: Marxismus Digest 14, April-Juni 1973, S. 73ff.
- 20 Die ersten Neuanfänge der mit der Massenarbeitslosigkeit nach dem Ersten Weltkrieg vernichteten Shop-Stewards-Bewegung reichen bis in den Zweiten Weltkrieg, in dessen Verlauf sie mit der organisatorischen Hilfe der Kommunistischen Partei wieder entstanden. Vgl. K. Caotes, A. Topham, Industrial Democracy in Great Britain, London 1968, S. 139ff.
- 21 Bain, S. 21ff.
- 22 Volkhard Mosler, Zur Reaktion der britischen Linken auf Versuche staatlicher "Einkommenspolitik", Teil 2, in: Neue Kritik, Februar 1969, S. 59ff.
- 23 Vgl. das jüngste Aktionsangebot an die Kommunistische Partei, in: Socialist Worker, 5. Mai 1973, S. 3
- 24 Siehe u.a.: T. Cliff, C. Barker, Incomes Policy, Legislation and Shop Stewards, deutsch: Revolte der Arbeiter, Berlin 1968
T. Cliff, The employers' Offensive productivity deals and how to fight them, London 1970; M. Kidron Western Capitalism Since the War, Harmondsworth 1970
- 25 Vgl. des Memorandum von D.A.T.A. zur Anhörung vor der Royal Commission on Trade Unions and Employers' Associations, Minutes of Evidence 36, London 1967, S. 1518f.
- 26 Bain, S. 35
- 27 Vincent Hanna, Fight to button up the white collar, in: Sun-Times, 12. Juli 1970. Siehe auch die Äußerungen des Generalsekretärs zu aktuellen Problemen der britischen Arbeiterbewegung: G. Doughty, The Donovan Report, in: Trade Union Register, London 1969, S. 41ff.; Mergers and Redundancy - A Study of the Industrial Reorganization Corporation, in: Trade Union Register 1970, S. 53ff.
- 28 Auf ihre führende Rolle im Abschluß langfristiger Tarifabkommen und der Ausführung staatlicher Einkommenspolitik hatte die A.E.U. in ihrem Memorandum für die Royal Commission ausdrücklich hingewiesen. Minutes of Evidence 24, S. 923. Ganz im Gegensatz hierzu die Angestelltengewerkschaften "Draughtsmen's and Allied Technicians' Association of Supervisory Staffs, Executives and Technicians" (minutes of Evidence 53, S. 2240).
- 29 Diesen Wandel in der A.E.U. hat Hugh Scanlon in einem Interview nach seiner Wahl skizziert: The Role Of Militancy, in:

- New Left Review, November-Dezember 1967, S. 3ff.
- 30 A.U.E.W., Structure and Function of the Union, Technical Department, Oktober 1970
 - 31 Minutes of Evidence 30, London 1967, S. 1181.; 1197ff.
 - 32 Vgl. hierzu, Minutes of Evidence 42; T. Lane, K.Roberts, Strike at Pilkingtons, London 1971, S. 49ff.
 - 33 J. Hughes, Trade Union Structure and Government, Royal Commission, Research Papers 5, London 1968, S. 39
 - 34 Minutes of Evidence 42, S. 1780, 1785
 - 35 Les Cannon, TUC must fight the clauses - not the Bill, in: Sunday Times, 11. 10. 1970
 - 36 D. Wilson, The march to peace at Pilkington, in: Financial Time, 4.12. 1970
 - 37 Das traf in gleicher Weise für den Donovan-Report zu. Sieh TUC, Action on Donovan, London 1968, S. 47f.
 - 38 T. Topham, The Labour Government's Income Policy and the Trade Unions, in: Trade Union Register, London 1970, S.116
 - 39 Dieser Zusammenhang wird von Ulrich Mückenberger in einer Studie über den englischen Dockarbeiterstreik 1972 präzise entwickelt (noch unveröffentlichtes Manuskript)
 - 40 Mückenberger, a.a.O.
 - 41 Times, 1.3. 1973
 - 42 Ivor Jennings, Cabinet Government, 1951, S. 1
 - 43 Topham, a.a.O.
 - 44 The Socialist Charter, Tribune, 7. Juni 1968
 - 45 Rudolf Kuda, Arbeiterkontrolle in Großbritannien. Theorie und Praxis, Frankfurt am Main 1970
 - 46 Institute for Workers' Control, GEC-EE, Pamphlet Series Nr. 17
 - 47 Vgl. die Diskussion in Marxism Today: B. Ramelson, Workers Control? Possibilities and Limitations, Oktober 1968, S. 269ff.; T.Topham, C. Coates, Workers' Control, Januar 1969, S. 24f.
 - 48 "Labour's Programm for Britain" wurde Anfang Juni 1973 in der Parteizeitschrift "Labour Weekly" veröffentlicht.
 - 49 Siehe den Auszug aus der Vorlage "Nationalisation and Workers' Control" des Nationalen Komitees der Jungsozialisten in der Labour Party für die 11. Jungsozialisten-Tagung in

Scarborough vom 1.- 3. April 1972, teilweise abgedruckt in:
Marxismus Digest 14, April-Juni 1973, S. 78ff.

- 50 Vgl. das gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialisten und
Kommunisten in Frankreich, herausgegeben und eingeleitet
von W. Goldschmidt, Köln 1972
- 51 The British Road to Socialism, Programme of the Communist
Party, London 1968
- 52 John Gollan, From Left Advance to Socialist Revolution, in:
Morning Star, 27.7. 1971; vgl. auch: Bert Ramelson, „Groß-
britanniens Werktätige in der Offensive, a.a.O.
- 53 Comment, Band 9, 4.12. 1971, S. 458

LITERATUR

1. Quellen

Annual Abstracts of Statistics, 1960ff.

Annuario Statistico Italiano, 1970

Annuaire Statistique de la France, 1969

Amalgamated Union of Engineering Workers, Structure and Function of the Union, Technical Department, Oktober 1970

-, Journal, 1969ff.

-, The Way, for Women and Youth, 1970

Bericht über den Vergleich des britischen Systems der Sozialen Sicherheit mit den Systemen in den Ländern der Gemeinschaft, hrsg. v. der Kommission für Europäische Gemeinschaften, Generaldirektion Soziale Angelegenheiten, Generaldirektion Energie, o.J.

Beveridge, W.H., Report on Social Insurance and Allied Services, Cmd. 6404, H.M.S.O., 1942

Board of Trade Journal, 1965

Britain, An Official Handbook, 1968ff.

Central Statistical Office, United Kingdom Balance of Payments 1970, London 1970

Committee on the Working of the Monetary System, Radcliffe Report, Cmd. 827, H.M.S.O., London 1959

Communist Party of Great Britain, Resolutions of the Eleventh Congress, 1929

-, Shipbuilding. Looking Forward, 1960

-, The British Road to Socialism. Programme of the Communist Party, 1968

-, Pamphlets:

Mick Costello, The Communist View;

John Gollan, The Common Market. Why Britain Should not Join;

Martin Jacques, The Menace of the Monopolies;

Bert Ramelson, Productivity Agreements. An Exposure of the latest and greatest Swindle on the Wages Front; ders., Carr's Bill and how to kill it. A class analysis;

Betty Reid, Ultra Leftism in Britain

-, Comment, 1968ff.

-, Marxism Today, 1969ff.

-, Morning Star, 1969ff.

-, Labour Monthly, 1970ff.

Confederation of British Industry, Britain and Europe, London 1967

-, Productivity Bargaining, London 1968

-, Trades Union Congress, Productivity: Joint Initiative, Juli 1967

Department of Employment Gazette, 1970ff.

- Draughtsmen's and Allied Technicians' Association, Its Structure and Work, London 1970
-, Journal, 1970ff.
- Dupeyroux, J.J., Entwicklung und Tendenzen der Systeme der Sozialen Sicherheit in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften und in Großbritannien, Luxemburg 1966
- Economic Trends, 1965ff.
- Engineering Employers Federation, Productivity Bargaining and the Engineering Industry, London 1968
- Final Report of the Committee of Inquiry under the Rt. Hon. Lord Devlin into certain matters concerning the Port Transport Industry, London 1965
-, Report of the Committee of Inquiry under Lord Devlin into the Wages Structure and Level of Pay for Dock Workers, London 1966
- Fords: Diary of a Disappointed Boss, in: Labour Research, Mai 1969
- Fortune, 1964, 1970
- Geschäftsberichte der Deutschen Bundesbank, 1968ff.
- Industrial Relations Act, H.M.S.O., London 1971
- In Place of Strife, H.M.S.O., London 1969
- Institute for Strategic Studies, The Military Balance 1970-1971, London 1970
- Institute for Workers' Control, How and Why Industry Must Be Democratised, Nottingham 1969
-, Pamphlet Series:
Nr. 1 Scanlon, H., The Way Forward For Workers' Control
Nr. 2 Topham, T., Productivity Bargaining and Workers' Control
Nr. 4 Barrat-Brown, M., Opening the Books
Nr. 5 Coates, K., Topham, T., The Labour Party's Plans for Industrial Democracy
Nr. 7 The Steel Workers Next Step
Nr. 12 The Dockers Next Step
Nr. 17 GEC - EE
Nr. 25 UCS, Workers' Control: The Real Defence against Unemployment ist attack!
-, Bulletin of the Institute for Workers' Control, 1971ff.
-, The Spokesman, 1971
- Kommunistische Internationale, Protokoll des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, (Reprint) Erlangen 1972
-, Protokoll des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, 2 Bde., (Reprint) Erlangen 1972
- Labour Party, Annual Conference Report, 1960ff.
-, Constitution, London 1923
-, Labour and the Nation, London 1928
-, Let Us Face the Future. A Declaration of Labour Policy for the Consideration of the Nation, London 1945
-, Public Enterprise, London 1957

Labour Party, Industry and Society, London 1957

- , Party Organisation, London 1966
- , Report of the Port Transport Study Group, Juni 1966
- , Report of the Labour Party Working Party on Industrial Democracy, Juni 1967
- , Labour's Programme for Britain, Juni 1973
- , Labour Weekly, 1968ff.
- , Tribune, 1968ff.

Labour Research, 1968ff.

Monthly Digest of Statistics, 1970

National Income and Expenditure 1967, London 1967

National Institute Economic Review, 1966ff.

O.E.C.D., Economic Surveys, United Kingdom 1965-1970

- , National Accounts of OECD Countries 1950-1968, Paris o.J.
- , Main Economic Indicators, Historical Statistics 1959-1969, Paris 1970
- , The Growth of Output 1960-1980, Paris 1970
- , Government and Technical Innovation, Paris 1966

P.I.B. Reports:

- Nr. 23 Productivity and Pay during the Period of Restraint, Cmnd. 3167
- Nr. 83 Job Evaluation, Cmnd. 3772
- Nr. 123 Productivity Agreements, Cmnd. 4136
- Nr. 161 Hours of Work, Overtime and Shiftworking

Report of a Court of Inquiry under the Rt. Hon. The Lord Pearson, C.B.E., into a dispute between the parties represented on the National Joint Council for the Transport Industry, Cmnd. 4429, H.M.S.O., London 1970

Royal Commission on Trade Unions and Employers' Associations 1965-1968 (Donovan-Report), London 1969

- , Minutes of Evidence:

- Nr. 23 Motor Industry Employers
- Nr. 24 Amalgamated Engineering Union
- Nr. 30 Transport and General Workers' Union
- Nr. 36 Draughtsmen's and Allied Technicians' Associations
- Nr. 42 National Union of General and Municipal Workers
- Nr. 53 Association of Supervisory Staffs, Executives and Technicians

- , Research Papers:

- Nr. 1 McCarthy, W.E.J., The Role of Shop Stewards in British Industrial Relations
- Nr. 2 Marsh, A.J., Disputes Procedures in British Industry
- Nr. 5 Hughes, J., Trade Union Structure and Government
- Nr. 7 Munns, V.G., The Function and Organisation of Employers' Associations in Selected Industries
- Nr. 8 Check-off Agreements in Britain - A Study of their Growth and Function
- Nr. 10 McCarthy, W.E.J., Parker, S.R., Shop Stewards and Workshop Relations

- Social Insurance and Allied Services, Cmnd. 6404, H.M.S.O., London 1942
- Social Security in Britain and certain other countries, in: Economic Review of the National Institute for Economic and Social Research, August 1965
- Social Services in Britain, hrsg. v. Central Statistical Office for Information, London 1966
- Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, 1970
- The case for change in the EETU-PTU, A Flashlight Pamphlet for Electricians and Plumbers
- The 1970 Docks Dispute, in: Workers' Educational Service Centre for Social Studies, Background Notes on Industrial Relations, Nr. 8, 1970
- The Fourth International, Stalinism and the Origins of the International Socialists, Some Documents, London 1971
- , International Socialism, 1969ff.
 - , Socialist Worker, 1970ff.
- The National Plan, Cmnd. 2764, H.M.S.O., London 1965
- The Socialist Charter, Tribune, 7. Juni 1968
- The Wilberforce Report on Miners' Pay, in: Financial Times, 19. Februar 1972
- Transport and General Workers' Union, Committee of Inquiry into National Ports Dispute, Juli 1970
- , The Ford Wage Claim, case submitted by Moss Evans, Chairman of the Trade Union Side of the Ford National Joint Negotiating Committee
 - , Jack Jones, Trades Unionism in the Seventies
 - , ders., The Right to Participate - key to industrial progress
 - , Harry Urwin, Plant and Productivity Bargaining
 - , Plant Level Bargaining
 - , Shop Stewards Handbook
 - , The Better Deal - case for higher pensions this winter
 - , Plus - The Record - monthly news and views paper of the TGWU
 - , V.L. Allen, Defeat the Bill. An Exposure of the Tories Attack on Trade Unionism
 - , The Record, 1970ff.
- Trades Union Congress, Annual Report, 1960ff.
- , General Council, The History of the T.U.C. 1868-1968. A Pictorial Survey of a Social Revolution, London 1968
 - , Relations between Unions
 - , Productivity Bargaining
 - , Outline of Work Study and Payment by Results
 - , Job Evaluation and Merit-Rating
 - , Costs and Profits: Financial Information for Trade Unionists
 - , Action on Donovan
 - , Report of Special Trades Union Congress Juni 1969, Industrial Relations, Programme for Action
 - , Reason. The Case Against the Governments Proposals on Industrial Relations by the T.U.C., 1970

United Kingdom Balance of Payments, 1970

United Nations Population Studies, Nr. 26: The Aging of
Populations and its Economic and Social Implications,
New York 1956

Wirtschaft und Statistik, 1970

2. Monographien und allgemeine Darstellungen

- Aaronovitch, S., Monopoly, London 1955
- Abel-Smith, B., Townsend, P., The Poor and the Poorest, London 1965
- Abendroth, W., Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt am Main 1965
- Allen, V.L., Trade Unions and the Government, London 1960
- , Militant Trade Unionism, London 1969
- Allen, G.C., British Industries and their Organization, London 1970
- Altwater, E., Die Weltwährungskrise, Frankfurt am Main 1969
- Andrieux, L., L'ouvrier d'aujourd'hui, Paris 1960
- Anthony, V., Britain's Overseas Trade, London 1969
- Armand, L., Drancourt, M., Le Pari Européen, Paris 1968
- Arnot, R.P., The General Strike May 1926. Its Origin History, London 1926
- , The Miners: Years of Struggle, London 1953
- Ashton, T.S., An Economic History of England: The 18th Century, London 1955
- Aspinall, A., The Early English Unions, London 1949
- Atkinson, A.B., Poverty in Britain and the Reform of Social Security, Cambridge 1969
- Atkinson, N., whatever happened to our wages?, the anatomy of a wage packet 1938-68, a Tribune Discussion Pamphlet, August 1969
- Bain, S.G., The Growth of White-Collar Unionism, Oxford 1970
- Bandholz, E., Die englischen Gewerkschaften, Köln 1961
- Baran, P.A., Sweezy, P.M., Monopolkapital, Frankfurt am Main 1968
- Bureau, P., The Financial Institutions of the City of London, in: The City of London as a Centre of International Trade and Finance, London 1961
- Barker, C., The Pilkington Strike, a Socialist Worker pamphlet, Juni 1970
- , Cliff, T., Incomes Policy, Legislation and Shop Stewards, deutsch: Revolte der Arbeiter, Berlin 1968

- Barnet, R.J., The economy of death, deutsch: Der amerikanische Rüstungswahn, New York 1969
- Barry, E.E., Nationalisation in British Politics. The Historical Background, London 1965
- Beckermann, W., The British Economy in 1975, Cambridge 1965
- Beer, M., Geschichte des Sozialismus in England, Stuttgart 1913
- , Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe, Berlin 1931
- Bell, T., John Maclean, Glasgow 1944
- Blackburn, R., The Unequal Society, in: The Incompatibles. Trade Union Militancy and the Consensus, Harmondsworth 1967
- Blauner, R., Alienation and Freedom. The Factory Worker and his Industry, Chicago 1967
- Boccaro, P., u.a., Der Staatsmonopolistische Kapitalismus, Frankfurt am Main 1972
- Brady, R.A., Crisis in Britain. Plans and Achievements of the Labour Government, London 1950
- Brand, C.F., The British Labour Party, Stanford 1964
- Bremme, G., Freiheit und soziale Sicherheit, Stuttgart 1961
- Briggs, A., National Bearings, in: Chartist Studies, London 1967
- Brock, A., u.a., Der Konflikt um Lohn und Leistung, Frankfurt am Main 1969
- Browne, E.H.P., The Growth of British Industrial Relations, London 1965
- , Brown, M., A Century of Pay, London 1968
- Buckingham, G.L., North, D.T.B., Productivity Bargaining and the Engineering Industry, London 1968
- Bünger, S., Friedrich Engels und die britische sozialistische Bewegung von 1881-1895, Berlin 1962
- Burnett, J., A History of the Cost of Living, Harmondsworth 1969
- Cairncross, A.K., Home and foreign investment, 1870-1913, Cambridge 1953
- Christie, M., The Simonstown Agreements. Britain's Defence and the Sale of Arms to South Africa, The Africa Bureau, London 1970

- Citrine, N.A., Trade Union Law, London 1960
- Clegg, H.A., The System of Industrial Relations in Great Britain, Oxford 1972
- , Fox, A., Thompson, A.F., A History of British Trade Unions Since 1889, Oxford 1964
- Cliff, T., The employers' offensive, productivity deals and how to fight them, London 1970
- Coates, K., Topham, T., Industrial Democracy in Great Britain, London 1968
- Cohen, B.J., Balance of Payments Policy, London 1969
- Cole, G.D.H., A Short History of British Working Class Movements 1789-1927, Band 1 (1789-1848), London 1927
- , Chartist Portraits, London 1941
- , A History of the Labour Party, from 1914, London 1948
- , Ein Jahrhundert englische Genossenschaftsbewegung, Hamburg 1950
- , Money, Trade and Investment, London 1954
- , A History of Socialist Thought, Band 1, The Forerunners 1789-1850, London 1962
- , Filson, A.W. (Hrsg.), British Working Class Movements, Select Documents 1789-1875, London 1967
- Crook, W.H., The General Strike. A Study of Labour's Tragic Weapon in Theory and Practice, Chapel Hill 1931
- Crosland, C.A.R., The Conservative Enemy, London 1962
- , The Future of Socialism, London 1968
- Dahrendorf, R., Elemente einer Theorie des sozialen Konflikts, in: Gesellschaft und Freiheit, München 1961
- Delilez, J.P., La planification dans les pays d'économie capitaliste, Paris 1968
- Deppe, F., Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins, Köln 1971
- Dobb, M., Entwicklung des Kapitalismus, Köln 1970
- , Der Lohn, Frankfurt am Main 1970
- Dohnany, K.v., Japanische Strategien, München 1969
- Drinkwater, T., A Guide to the Balance of Payments, Labour Research Department, London 1967
- Ducros, B., Marchal, A., The Distribution of National Income, New York 1968
- Dunning, J.N., The Role of American Investment in the British Economy, London 1969

- Dutt, R.P., The Crisis of Britain and the British Empire, London 1957
- Eldridge, J.E. T., Industrial Disputes, London 1968
- Engels, F., Die Lage der arbeitenden Klasse in England, in: Marx, Engels, Werke (MEW), Band 2, Berlin 1962
- , Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: MEW 19, Berlin 1972
- , Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: MEW 20, Berlin 1972
- Evans, C., A Miner's Life, in: Work, Band 2, Harmondsworth 1969
- Evely, R., Little, I.M.D., Concentration in British Industry, Cambridge 1960
- Feinstein, C., Changes in the Distribution of National Income, New York 1968
- Fetscher, I., Großbritannien. Gesellschaft - Staat - Ideologie, Frankfurt am Main 1968
- Flanders, A., The Fawley Productivity Agreements, London 1964
- , Collective Bargaining: Prescription for Change, London 1967
- Florence, P.S., The Logic of British and American Industry, London 1961
- , Post-War Investment, Location and Size of Plant, Cambridge 1962
- Foot, P., The Seamen's Struggle, in: The Incompatibles, Harmondsworth 1967
- Gaitskell, H., Socialism and Nationalisation, Fabian Tract Nr. 300, 1956
- Galbraith, J.K., Die moderne Industriegesellschaft, München 1968
- Gallacher, W., The Rolling of the Thunder, London 1947
- , Revolt on the Clyde, London 1949
- Glynn, A., Sutcliffe, B., British Capitalism, Workers and the Profits Squeeze, Harmondsworth 1972
- Goldstein, J., The Government of British Trade Unions, London 1952
- Goldthorpe, J.H., Lockwood, D. u.a., The Affluent Worker, 3 Bde., Cambridge 1968f.

- Gollan, J., The British Political System, deutsch: Das politische System Großbritanniens (Berlin 1956), London 1954
- , The Case for Socialism in the Sixties, London 1966
- Gruner, J., Großbritannien und die EWG, DWI-Forschungshefte 4, 1970
- Gündel, R., Nehls, K., Zur Wirkungsweise des Gesetzes der ungleichmäßigen sprunghaften ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Länder, in: Aktuelle Probleme des Imperialismus, DWI-Forschungshefte 1, 1970
- Habermas, J., Technik und Wissenschaft als 'Ideologie', Frankfurt am Main 1968
- Hackett, A.M., The British Economy. Problems and Prospects, London 1967
- Halévy, E., Thomas Hodgskin, Edited in Translation, London 1956
- Hammond, J.L., B., The Village Labourer 1760-1832, London 1911
- Harrison, M., Trade Unions and the Labour Party Since 1945, London 1960
- Harrod, R.F., The Pound Sterling, Essays in International Finance, Nr. 13, Princeton: New Jersey 1952
- Hartmann, P.T., Ross, A.M., Changing Patterns of Industrial Conflict, New York 1960
- Hitch, C.J., McKean, R.N., The Economics of Defence in the Nuclear Age, Cambridge 1960
- Hirsch, J., Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System, Frankfurt am Main 1970
- Hobsbawm, E.J., Labouring Men, Studies in the History of Labour, London 1968
- , Industrie und Empire, 2 Bde., Frankfurt am Main 1969
- Hofmann, W., Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, Berlin 1970
- Hoggart, R., The Uses of Literacy, Harmondsworth 1958
- Hufschmidt, J., Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der BRD, Frankfurt am Main 1969
- Hughes, J., The TUC: a plan for the 1970s, Fabian Tract Nr. 397, Oktober 1969
- Hunter, L.L., Robertson, A.J., Economics of Wages and Labour, London 1969

- Hutt, A., Post-War History of the British Working Class, London 1937
- , British Trade Unionism, London 1962
- Ingram, K., History of the Cold War, London 1955
- Jaeger, H.G., Wirtschaftliche Auswirkungen der Verteidigungsausgaben, Darmstadt 1967
- Jalile, P., L'imperialisme en 1970, Paris 1969
- Janossy, F., Das Ende der Wirtschaftswunder, Frankfurt am Main 1966
- Jay, D., Socialism in the New Society, London 1962
- Jefferys, J.B., The Story of the Engineers 1800-1945, London 1945
- Jennings, I., Cabinet Government, Cambridge 1965
- Kahn-Freund, O., Labour and the Law, London 1972
- Kaldor, N., Causes of the Slow Rate of Economic Growth of the United Kingdom, Cambridge 1966
- Kelf-Cohen, R., Twenty Years of Nationalisation, London 1969
- Kendall, W., The Revolutionary Movement in Britain 1900-1921, London 1971
- Kennedy, M.C., The Economy as a whole, in: The U.K. Economy, London 1967
- Kern, H., Schumann, M., Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, 2 Bde., Frankfurt am Main 1970
- Kidron, M., Western Capitalism Since the War, London 1970, deutsch: Rüstung und wirtschaftliches Wachstum, Frankfurt am Main 1971
- Kingsley, M., The British Public and the General Strike, London 1926
- Klugmann, J., History of the Communist Party of Great Britain, Band 1, Formation and Early Years (1919-1924), London 1968
- Kramer, D., Reform und Revolution bei Marx und Engels, Köln 1971
- Kuczynski, J., Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bde. 23-25, Berlin 1964f.
- Kuda, R., Arbeiterkontrolle in Großbritannien. Theorie und Praxis, Frankfurt am Main 1970
- Kuznets, S., Capital in the American Economy, Princeton 1961

Lane, T., Roberts, K., Strike at Pilkingtons, London 1968

Laski, H., Reflections on the Constitution, Manchester 1951

Lenin, W.I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Lenin, Werke (LW), Band 22, Berlin 1971

-, Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, LW 23, Berlin 1972

-, Die Dritte Internationale und ihr Platz in der Geschichte, LW 29, Berlin 1970

Lerner, S.W., Cable, J.R., Gupta, S., Workshop Wage Determination, Oxford 1969

Lockwood, D., Der Angestellte, in: Die Angestellten zwischen Arbeiterschaft und Management, Berlin 1961

-, The Blackcoated Worker, Berlin 1969

Löwenstein, K., Der britische Parlamentarismus, Reinbek 1964

-, Verfassungslehre, Tübingen 1959

Lovell, J., Stevedores and Dockers, A Study of Trade Unionism in the Port of London (1870-1914), London 1969

-, Roberts, B.C., A Short History of the TUC, London 1968

Maaß, G., Die Rolle des Pfund Sterling in der Weltwirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg, Tübingen 1968

Mallet, S., La nouvelle classe ouvrière, Paris 1963

Mandel, E., Die EWG und die Konkurrenz Europa-Amerika, Frankfurt am Main 1968

-, Geschichte des Kapitalismus und seine Bewegungsgesetze, in: Kapitalismus in den siebziger Jahren, Referate vom Kongreß in Tillburg im September 1970, Frankfurt am Main 1970

-, Der Spätkapitalismus, Frankfurt am Main 1972

Marchal, A., Ducros, B., The Distribution of National Income, New York 1968

Marsh, A., Industrial Relations in Engineering, London 1965

Martin, K., The British Public and the General Strike, London 1926

Martin, R., Communism and the British Trade Unions 1924-1933, Oxford 1969

Marx, K., Das Kapital, Erster Band, in: MEW 23, Berlin 1967

- McKenzie, R.T., British Political Parties, London 1964
- Moore, B., Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie, Frankfurt am Main 1969
- Morton, A.L., Tate, G., Die britische Arbeiterbewegung 1770-1920, Berlin 1960
- Mott, P.E., u.a., Shift Work. The Social, Psychological and Physical Consequences, Ann Arbor 1965
- Mückenberger, U., Studie über den englischen Dockarbeiterstreik 1972 (unveröffentlichtes Manuskript)
- Murray, A., UCS - The Fight for the Right to Work. The Story of the Upper Clyde Confrontation, London 1972
- Nelson, R.R., Impact of Disarmament on Research and Development, in: Disarmament and the Economy, London 1963
- North, D.T.B., Buckingham, G.L., Productivity Agreements and Wage Systems, London 1969
- Oehlke, P., Großbritannien, in: Albers, D., Goldschmidt, W., Oehlke, P., Klassenkämpfe in Westeuropa, Reinbek 1971
- Oertzen, P.v., Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf 1963
- Pankhurst, R.K.P., William Thompson 1775-1833, Britain's Pioneer Socialist, Feminist and Co-operator, London 1954
- Park, W.C., Britain and the World Trade, London 1970
- Parsons, O.H., Strikes and Trade Unions, Labour Research Department, o.J.
- Pelling, H., A History of British Trade Unionism, Harmondsworth 1971
- , The Origins of the Labour Party 1880-1900, Oxford 1965
- , A Short History of the Labour Party, London 1972
- Pigou, A.C., Aspects of British Economic History 1918-1925, London 1948
- Polanyi, G., Comparative returns from investment in nationalized industries, London 1968
- Popitz, H., Bahrtdt, P., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, Tübingen 1957
- Prest, A.R., The UK Economy, A Manual of Applied Economics, London 1968

- Pribičević, B., The Shop Stewards' Movement and Workers' Control 1910-1922, Oxford 1959
- Price, J., British Trade Unions and the War, London 1945
- Pritt, D.N., Law, Class and Society, London 1970
- Ramm, T., Die großen Sozialisten als Rechts- und Sozialphilosophen, Stuttgart 1955
- , Der Frühsozialismus, Stuttgart 1956
- REFA, Methodenlehre des Arbeitsstudiums, 3 Bde., München 1972
- Reichelt, B., Großbritannien: Behutsame Steuertechnik, in: Steuermentalität und Steuermoral in Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien, Köln 1965
- Reid, G.L., Robertson, D.J., Fringe Benefits, Labour Costs and Social Security, London 1965
- Roberts, B.C., Trade Union Behaviour and Wage Determination in Great Britain, in: The Theory of Wage Determination, London 1957
- , The Trades Union Congress 1868-1921, London 1958
- Robertson, D.J., The economics of wages and distribution of income, London 1961
- Robson, W.A., Nationalized Industry and Public Ownership, London 1960
- Rohwedder, J., Einige Aspekte der Zahlungsbilanzprobleme der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, Kiel 1967
- Ross, A.M., Hartmann, P.T., Changing Patterns of Industrial Conflict, New York 1960
- Rowntree, B.S., Poverty and Progress, London 1941
- , Lavers, G.R., Poverty and the Welfare State, London 1951
- Salter, W.E.G., Productivity and Technical Change, Cambridge 1966
- Sampson, A., Anatomy of Britain Today, London 1966
- Servan-Schreiber, J.J., Le Défi américain, Paris 1967
- Shonfield, A., Modern Capitalism, London 1965
- Snowden, P., An Autobiography, 2 Bde., London 1934
- Socialism and Affluence, Four Fabian Essays, Mai 1967
- Schierloh, K., Fiscal Policy in Großbritannien, Berlin 1964

- Sontheimer, K., Das politische System Großbritanniens, München 1972
- Stamp, M., The British Economic Problem, in: The British Economic Problem, London 1968
- Stark, T., The Distribution of Personal Income in the United Kingdom 1949-1963, Cambridge 1972
- Steiner, H., Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus, Berlin 1967
- Strijek, E., Die Selective Employment Tax in Großbritannien als steuerpolitisches Instrument einer wachstumsorientierten Strukturpolitik, Dissertation Hamburg 1970
- Symons, J., The General Strike, 1957
- Thompson, W., Hart, F., The UCS Work-in, London 1972
- Thompson, E.P., The Making of the English Working Class, Harmondsworth 1970
- Titmuss, R.H., Income Distribution and Social Change, London 1972
- Topham, T., New Types of Bargaining, in: The Incompatibles: Trades Union Militancy and the Consensus, Harmondsworth 1970
- , The Dockers, in: Can the Workers run Industry, London 1968
- Touraine, A., La conscience ouvrière, Paris 1966
- Townsend, P., The Family Life of Old People, London 1957
- Truchanowski, W.G., Neueste Geschichte Englands 1917-1951, Berlin 1962
- Turner, H.A., Is Britain Really Strike Prone?, Cambridge 1969
- , The Trend of Strikes, Leeds 1963
- , Zoetewij, H., Prices, Wages and Incomes Policies in industrialised Market Economies, in: International Labour Office, Genf 1966
- , Clack, G., Roberts, G., Labour Relations in the Motor Industry, London 1967
- Vester, M., Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß. Die Entstehung antikapitalistischer Theorie und Praxis in England 1792-1848, Frankfurt am Main 1970
- Varga, E., Grundlagen der Ökonomik und Politik des Imperialismus, Berlin 1955

- Walther, K.M., Die Emanzipation der Arbeiterschaft in Großbritannien. Eine Untersuchung ihrer arbeits- und wahlrechtlichen Aspekte bis zum Ausgang des ersten Weltkrieges, Dissertation Köln 1965
- Webb, B., S., Die Geschichte des britischen Trade Unionismus, Stuttgart 1906
- Wedderburn, D., Economic Aspects of Ageing, Cambridge 1965
- Wedderburn, K.W., The Worker and the Law, Harmondsworth 1965
- Wilson, H., The Relevance of British Socialism, London 1964
- Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland. Zusammenfassung der Ergebnisse, 1. Band, hrsg. v. IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, Frankfurt am Main 1970
- Worswick, G.D.N., Ady, P.H., The British Economy (1945-1950), Oxford 1952
- Zweig, F., The Worker in an Affluent Society, New York 1961

3. Zeitschriftenartikel

- Aaronovitch, S., Perspectives of Class Struggle and Alliances, in: Marxism Today, März 1973
- Bell, R.J., Eaton, J.R., Steur, M.D., The Relationship Between United Kingdom Export Performance in Manufactures and the Internal Pressure of Demand, in: The Economic Journal, Band 76, London 1966
- Bellamy, R., Trends in British Capitalism in the 1970's, in: Marxism Today, Januar 1973
- Berrington, H.B., The General Election of 1964, in: Journal of the Royal Statistical Society, Band 128, 1965
- Blackaby, F.T., Britain's Share in World Trade Manufactures, in: Woolwich Economic Papers, Nr. 8, London 1965
- Boccara, P., La théorie de la suraccumulation - dévalorisation du capital, in: Economie et Politique, Nr. 202f., Paris 1970
- Boeck, K., Krägenau, H., Devisenausgleich und Burden-Sharing, HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg, März 1971
- Bombach, G., Wirtschaftswachstum, in: HDSW, Band 12, 1965
- Britten, S., Trade Unions and the Law - A Background, in: Marxism Today, September 1972
- Challinor, R., Labour and the Parliamentary Road, in: International Socialism, Juni-September 1972
- Chadwick, G., The Big Flame - Events at the Liverpool Factories of G.E.-E.E.C., in: Trade Union Register 1970
- Collins, R., Trends in Productivity Bargaining, in: Trade Union Register 1970
- Cowe, B., The Making of a Clydeside Communist, in: Marxism Today, April 1973
- Daly, L., A Future of the Miners, in: Trade Union Register 1970
- Devine, P., The Economic Strategy of British Capitalism, in: Marxism Today, September 1971
- Dicks-Mireaux, L.A., The Interrelationship between Cost and Price Changes 1946-1959, in: Oxford Economic Papers, Oktober 1961
- Doughty, G., The Donovan Report, in: Trade Union Register 1969

- Doughty, G., Mergers and Redundancy - A Study of the Industrial Reorganisation Corporation, in: Trade Union Register 1970
- Dunn, J., The Miner's Case, in: Morning Star, 14.1. 1972
- Elliot, J., This troublesome question of 'parity', in: Financial Times, 11.3. 1971
- Glynn, A., Sutcliffe, B., The Collaps of UK Profits, in: New Left Review, März-April 1971
- Gollan, J., From Left Advance to Socialist Revolution, in: Morning Star, 27. 7. 1971
- Goodwin, P., Das Hochschulwesen in der kapitalistischen Gesellschaft, in: Marxismus Digest Nr. 1, 1971
- Gormley, J., Miners' Pay - we are determined to win, in: Morning Star, 22. 12. 1971
- Harman, C., The Common Market, in: International Socialism, Herbst 1971
- Heath, R.H., The National Power-Loading Agreement in the Coal-Industry and some Aspect of Workers' Control, in: Trade Union Register 1969
- Hollaway, R.G., The Burden of the Sterling Area, in: The Bankers' Magazine, Band 206, 1968
- Hüppauf, H., Fordstreik und der Mythos der Militanz, in: Sozialistische Politik, Oktober 1969
- Hunt, A., Class Structure in Britain Today, in: Marxism Today, Juni 1970
- Hunter, L.C., Productivity Agreements, in: Scottish Journal of Political Economy, November 1964
- Intensivierung der Arbeit, in: Probleme des Klassenkampfes, September, Dezember 1972
- Johnson, P.S., Research in Britain Today, in: Lloyds Bank Review, Oktober 1969
- Keeler, W.R.C., The Relationship of Plant Productivity Agreements to Incomes Policy, in: British Journal of Industrial Relations, März 1967
- Lerner, S.W., Factory agreements and national bargaining in the British engineering industry, in: International Labour Review, Januar 1964
- , Marquand, J., Workshop Bargaining, Wage Drift and Productivity in the British Engineering Industry, in: Manchester School of Economics and Social Studies, Januar 1972

- Life under Labour: Paul Foot, Law and Order; Dave Peers, Declining Regions and the Labour Movement; Jim Kincaid, Social Policy and the Labour Government, in: International Socialism, April-Mai 1970
- Lockwood, D., The "new working class", in: Archives Européennes de Sociologie, Band 1, Nr. 2, 1960
- Lomax, K.S., Production and productivity movements in the United Kingdom since 1900, in: Journal of the Royal Statistical Society, Band 122, Teil 2, 1959
- Maddison, A., Output, employment and productivity in British manufacturing industry in the last half century, in: Bulletin of the Oxford University Institute of Statistics, Band 17, 1955
- Marsh, A.P., Cooker, E.E., Shop Steward Organization in Engineering, in: British Journal of Industrial Relations, Juni 1963
- Mosler, V., Zur Reaktion der britischen Linken auf Versuche staatlicher "Einkommenspolitik", in: Neue Kritik, August 1968, Februar 1969
- Nairn, T., The Left against Europe?, in: New Left Review, September-Oktober 1972
- Nehls, K., Entwicklung und Rolle der internationalen Konzerne, in: DWI-Berichte 5, 1971
- Newens, S., Mergers and Modern Capitalist Development, in: Trade Union Register, 1970
- Nicholson, E., The First Year of Devlin: A Review of the Docks, in: Trade Union Register 1969
- Oehlke, P., Dockerstreik in England. Barometer der Klassenauseinandersetzungen, in: links, Oktober 1970
- , Pilkington-Streik. Aufbruch der Militanz, in: Marburger Blätter, IV/1970
- , Zur politisch-ökonomischen Bedeutung des Gewerkschaftsgesetzes in Großbritannien, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, April 1971
- , Der Bergarbeiterstreik. Ein weiterer Schritt zur einheitlichen Klassenaktion, in: Sozialistische Politik, April 1972
- , Programmatische Wende der Labour Party, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Juli 1973
- Oldham, J., u.a., The Miners' Strike, in: Trade Union Register 1970
- Pearce, B., Strategy of Socialist Revolution in Britain: A Reply, in: Marxism Today, Mai 1973

- Philipps, A.W., The relationship between unemployment and the rate of change of money wage rates in the United Kingdom 1861-1957, in: *Economica*, Band 25, 1958
- Phaedra, 'True' Bank Profits 1967, in: *The Bankers' Magazine*, Band 205, 1968
- Pickshauss, K., Dockerstreik in Großbritannien, in: *Sozialistische Politik*, Oktober 1972
- Pumpianski, L., Die Kooperation und der Sozialismus in England in den 20er und 30er Jahren des XIX. Jahrhunderts, in: *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung*, Band 2, Leipzig 1912
- Ramelson, B., Workers' Control? Possibilities and Limitations, in: *Marxism Today*, Oktober 1968
- , Über die jüngsten Klassenkämpfe in England, in: *Ökonomische Theorie, politische Strategie und Gewerkschaften*, Frankfurt am Main 1971
 - , Gegenoffensive der britischen Werktätigen, in: *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, Juni 1973
- Rowthorne, B., Unemployment in Britain Today, in: *Marxism Today*, Februar 1973
- Scanlon, H., The Role of Militancy, in: *New Left Review*, November-Dezember 1967
- Shepherd, W.G., British Nationalized Industry: Performance and Policy, in: *Yale Economic Essays*, Nr. 1, 1964
- Silberman, F., The 1969 Ford Strike, in: *Trade Union Register*, London 1970
- Taylor, M., The Revolt against Low Pay in the Public Services, in: *Trade Union Register* 1970
- Teschner, M., Nachfragestruktur und Wirtschaftswachstum in den angelsächsischen Ländern, in: *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, 2. Heft, 1968
- The Trade Union Bureaucracy in Britain, in: *International Socialism*, Juni-Juli 1971
- Three Big Banks?, in: *The Bankers' Magazine*, Band 205, 1968
- Topham, T., Shop Stewards and Workers' Control, in: *New Left Review*, Mai-Juni 1964
- , The implication of package deals' in British collective bargaining, in: *International Socialist Journal*, September-Dezember 1964
 - , Coates, K., Workers Control, in: *Marxism Today*, Januar 1969
 - , The Ports bill, Joint Control and Rationalization, in: *Trade Union Register* 1970

Topham, T., The Labour Government's Incomes Policy and the Trade Unions, in: Trade Union Register 1970

Turner, H.A., The Disappearing Drift (Or, in Defense of Turner), in: The Manchester School of Economic and Social Studies, Band 32, 1964

-, Bescoby, J., Strikes, Redundancy and the Demand Cycle in the Motor Car Industry, in: Bulletin, Oxford University Institute of Statistics, Mai 1961

Vincent, H., Fight to button up the white collar, in: Sunday Times, 12.7. 1970

Wedderburn, K.W., Labour Law and Labour Relations in Britain, in: British Journal of Industrial Relations, 1972

Whelan, T., The Credibility Gap - The Politics of S.L.L., März 1970

Wilson, D., The march to peace at Pilkington, in: Financial Times, 4.12. 1970

Woodis, J., The Role of Youth and Students in Society, in: Marxism Today, April 1972

Worswick, G.D.N., Fane C.G., Goods and services again, in: District Bank Review, Nr. 161, März 1967

LEBENS LAUF

Am 25. Januar 1943 wurde ich als Sohn von Paul und Edith Oehlke in Landsberg/Warthe geboren. Von 1949 bis 1955 besuchte ich die Grundschule in Bad Doberan, anschließend bis zum Abitur im Jahre 1962 die Niedersächsische Heimschule Wolfenbüttel, einem mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasium.

Im Sommersemester 1962 begann ich in Göttingen mit dem Studium der Germanistik, Philosophie, Soziologie und Politik, das ich 1965 in Marburg bis zu meinem Staatsexamen im November 1969 fortsetzte.

Vom April 1970 bis März 1973 war ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter an dem Projekt "Probleme der Mitbestimmung" an der Forschungsstelle der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler in Hamburg beschäftigt. Seit April 1973 bin ich im Rahmen des gleichen Projektes Forschungsassistent am Sozialwissenschaftlichen Seminar der Technischen Universität Hannover.

Hamburg, im Juli 1973

Paul Oehlke

